

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw - 33



11. Jahrgang
5. Heft
Dezember 1988
12,50 DM

DGB



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Katrin Fuchs (Werl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretär: Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Tel.: (030) 461 7083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,
Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1986.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1986

Die spw erscheint 1986 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.
Der Buchhandelspreis beträgt 12,50 DM, in der Republik Österreich 90,— ÖS, in der Schweiz 12,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 8,50 DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 9,— DM (65,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripten müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Belegenhinweis: Diesem Heft liegen — in Teilaufgaben — eine Abo-Rechnung des spw-Verlags, Berlin-West, und ein Prospekt des Argument-Verlags, Berlin-West, sowie für die Berliner Abonnenten eine Einladungskarte zum spw-Leserforum bei.

Inhalt

Editorial	387
Das <i>spw</i> -Konzept 1987	389

Aktuelle Kommentare

<i>Joachim Günther</i> : »... auszusprechen, was ist«	391
<i>Michael Karnatz</i> : »He, Alter, haste mal 'ne Mark?« Zum Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen	392
<i>Jürgen Quandt</i> : Was habt ihr euch dabei bloß gedacht? Zur SED-SPD-»Lösung« des Flüchtlingsproblems	394
<i>Jon Bloomfield</i> : Labour unter Beschuß der US-Regierung	397

Analysen

<i>Kurt Neumann</i> : Sozialdemokratie im Umbruch? Die SPD nach den Parteitag in Nürnberg und Offenburg	399
<i>Hermann Glaser</i> : Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Kulturpolitik? Auseinandersetzung mit dem Kulturteil des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs ..	409
<i>Günther Horzetzky</i> : Dimensionslos Gedanken zum agrarpolitischen Teil des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs	422
<i>Andreas Westphal</i> : Wenn vor Capri die rote Sonne im Meer versinkt ... Zu den außenwirtschaftlichen Passagen des Programmentwurfs	426
<i>Malte Ristau und Martin Gorholt</i> : Gemeinsam dem Morgenrot entgegen oder zerstritten-irrelevant in die neunziger Jahre? Überlegungen zu Situation und Perspektiven der Jusos	430
<i>Andreas Wehr</i> : Beiträge zur Weiterentwicklung des Marxismus?	436
<i>Wolfgang Michal</i> : Der Mann ohne Eigenschaften Ein Portrait des SPD-Chefideologen Peter Glotz	446
<i>Eric Hobsbawm</i> : Labour an der Regierung — Erfahrungen und Aussichten	452

Diskussionsschwerpunkt: Gewerkschaftskrisen

<i>Erich Ott</i> Gewerkschaften und Sozialdemokratie Zu Peter Glotz' Thesen zur gewerkschaftlichen Entwicklung und Perspektive	464
<i>Ralph Greifenstein / Peter Jansen / Leo Kißler</i> Neue Technologien — Neues Management — Alte Gewerkschaften?	465

<i>Margrit Zauner</i> : Gewerkschaften und Frauenförderpläne Ein Versuch, das Recht auf Arbeit für Frauen durchzusetzen?	474
<i>Stefan Krätke</i> : Erhaltung preiswerten Wohnraums und Konzepte zur Lösung des Neue Heimat-Problems	479
<i>Roland Kunkel</i> : Gewerkschaftsarbeit mit Jugendlichen Ein kulturpolitischer Ansatz	488

Bericht

<i>Britta Ernst/Gerwin Möller</i> : Antonio Labriola — Vordenker des historischen Materialismus. Internationales Symposium 11. bis 13. September 1986 in Bre- men	493
---	-----

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Diskussionsschwerpunkt »Linke und Kultur und SPD« <i>spw</i> 32 (Gerald Mackenthun)	497
--	-----

Besprechungen

<i>Obermeyer, Ute</i> : Das Nein der SPD — Eine neue Ära? SPD und Raketen 1977- 1983 (<i>Eva-Margarete Bittner</i>)	489
<i>Weinzen, Hans Willi (Hrsg.)</i> : Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genos- senschaft — Wirtschaftspolitische und andere Schriften von Viktor Agartz (<i>Josef</i> <i>Hülsdünker</i>)	500
<i>Reuter, Edzard</i> : Vom Geist der Wirtschaft. Europa zwischen Technokraten und Mythokraten (<i>Klaus Naumann</i>)	502
<i>Kuhn, Annette (Hrsg.)</i> : Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Band 1: Doris Schubert: Frauenarbeit 1945-1949. Band 2: Frauenpolitik 1945-1945-1949 (<i>Kurt</i> <i>Schilde</i>)	504
Über die Autoren / Autorinnen	506
Jahresinhaltsverzeichnis 1986	507

Editorial

Die bürgerlich orientierten Medien sind besorgt über den Zustand von Gewerkschaften und SPD. In gewohnt formaldemokratischer Manier wird beklagt, daß doch die in einer »gesunden Demokratie« so notwendige starke Opposition nicht in Aussicht ist. Dahinter steckt schon die reale Besorgnis, die Integrationskraft von SPD und Gewerkschaften könnte langfristig Schaden nehmen mit weitreichenden Konsequenzen für die Stabilität dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Bis zu sozialen und ökonomischen Fragestellungen stoßen bürgerliche Journalisten bei ihren »Analysen« allerdings nur selten vor. Eine Inflationsrate von Null Prozent wird als großer Erfolg gefeiert, obwohl die Bundesregierung dafür nun wirklich nichts kann. Auch wäre sehr wohl einmal interessant zu untersuchen, was »der Bürger« von diesen Null Prozent eigentlich hat. Welche Entlastung erfährt z.B. ein kinderreicher Haushalt *ohne* Auto und Ölheizung bei gleichzeitig davongaloppierenden Preissteigerungen der öffentlichen Verkehrsmittel? Jeder kümmerliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen wird dahingehend interpretiert, daß nun endlich der »Aufschwung« auch die Arbeitslosen erreicht habe. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Berlin (West) in den letzten Monaten jedoch findet in der Presse keine Beachtung. *Tatsächlich* haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen in den letzten Jahren verschlechtert, haben die Unternehmer ihren durch die Arbeitslosigkeit gewonnenen Machtspielraum rücksichtslos ausgenutzt. Vor diesem Hintergrund ist doch eigentlich nur eine Frage wirklich spannend: Wieso ist diese Wenderegierung noch so stabil mit besten Aussichten auf die Erneuerung ihrer parlamentarischen Mehrheit?

All das interessiert unsere Medien hingegen nur wenig; sie kochen zum soundsovielten Male die Frage auf, ob die SPD denn nun den richtigen Kanzlerkandidaten hat, ob der nun mit den Grünen will oder kann oder auch nicht, weiden sich an ausgedachten oder tatsächlichen Differenzen zwischen diesem und jenem Wahlkampfmanager, zwischen Brandt und Rau und Vogel usw. Sie bohren mit Genuß in den Problemen des DGB herum, schlachten mit Akribie immer neue Skandale aus. Natürlich ist auch das wichtig, der Aufarbeitung dieser Probleme muß sich die gerade die Linke stellen, wenn sie mehrheitsfähige Strategien entwickeln will, *aber* gibt es denn nicht auch noch andere, vielleicht sogar gewichtigere Skandale und Schweinereien in dieser Republik?

Auf die Frage eines Reporters, ob denn nicht vielleicht die Zeit der Sozialdemokratie vorüber wäre, antwortete Willy Brandt kürzlich, im Gegenteil, er meine, daß das Zeitalter der Verwirklichung des alten Ziels der Arbeiterbewegung, der Schaffung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, uns erst noch bevorsteht. In der Frage des Reporters und in der Antwort drückt sich die aktuelle Lage der Arbeiterbewegung aus: Es müssen neue Strategien gefunden werden, um die alten Ziele zu erreichen. In diesem Diskussions- und Strategiefindungsprozeß befinden sich SPD und Gewerkschaften in der BRD, und um diese Fragestellungen gruppieren sich auch die meisten Beiträge im vorliegenden Heft.

Im *Analyseteil* nehmen eine Reihe von Autoren Stellung zur aktuellen Programmdebatte in der SPD. Kurt Neumann analysiert die zurückliegenden Parteitage in der SPD in Nürnberg und Offenburg und die dort gefaßten Beschlüsse. Er hebt hervor, daß in wichtigen Fragen die SPD bei ihrer inhaltlichen Erneuerung Fortschritte gemacht hat, daß in der für Marxisten jedoch zentralen Frage der Einschätzung der Wirtschaftsordnung eine grundsätzliche Neuorientierung noch nicht erfolgt ist. — Mechtild Jansen geht in ihrem

Beitrag auf das Verhältnis der SPD und da besonders der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) zur Frauenbewegung ein. Sie stellt fest, daß im Irseer Programmwurf zum Teil durchaus auch für die Frauenbewegung akzeptable Vorstellungen vertreten werden, daß aber die politische Praxis und Politikkultur von AsF und die der Frauenbewegung weit auseinanderklaffen.

Hermann Glaser nimmt sich des Kulturteils des Irseer Entwurfs an, schält die dort oft hinter Floskeln verborgenen Fragestellungen und Lösungsvorschläge heraus und unterzieht sie der Kritik. Gleichzeitig werden damit Alternativen zum vorliegenden Programmwurf entwickelt. Nach Meinung von *Günther Horetzky* erlaubt der Agrarteil des Irseer Entwurfs nur eine feuilletonistische Behandlung und führt dies überzeugend aus. *Andreas Westphal* kommt in seiner Analyse der außenwirtschaftlichen Passagen des Programmwurfs zu dem Schluß, daß die SPD darin noch immer ihr Konzept der Orientierung auf Eroberung von Weltmarktanteilen nicht aufgegeben hat. Dieses Konzept ist aber weder zur Lösung der binnenwirtschaftlichen Probleme (Arbeitslosigkeit durch den Zwang zur forcierten Rationalisierung) noch zum Ausgleich mit den Interessen der Länder der Dritten Welt tauglich.

Mit *Malte Ristau* und *Martin Gorholt* nehmen zwei Vertreter der auf dem letzten Bundeskongreß unterlegenen »undogmatischen Juso-Linken« (Selbsteinschätzung) zur Entwicklung und den Perspektiven der Jusos Stellung. Dabei beziehen sie sich auf den Artikel von *Uwe Kremer* in *spw* 32. Die Autoren betonen die schwere Verantwortung der sozialdemokratischen Linken für die Zukunft der Partei und schlagen eine inhaltliche Minimalverständigung zwischen den verschiedenen Juso-Strömungen vor, um die Aktionsfähigkeit der Jungsozialisten zurückzugewinnen.

Andreas Wehr geht in seinem Beitrag auf die Vorschläge zur Weiterentwicklung des Marxismus von *Wolfgang Fritz Haug* in dessen Buch »Pluraler Marxismus« ein. Er beurteilt diese Aufsatzsammlung sehr zwiespältig. Teilweise würde Haug wichtige Anstöße für die innermarxistische Debatte geben; je näher sich Haug auf die reale Politik zubewegt, desto fragwürdiger wären seine Thesen allerdings einzuschätzen. — *Wolfgang Michal* hat die ersten fünf »Werke« von *Peter Glotz* gelesen und zieht die Bilanz: »Ein Mann ohne Eigenschaften«. Im letzten Aufsatz des Analyseteils untersucht *Eric Hobsbawm* die Politik der bisherigen Labour-Regierungen, um daraus Schlußfolgerungen für die Labour-Politik nach einer hoffentlichen Ablösung der Konservativen im nächsten (übernächsten) Jahr zu ziehen.

Unser Schwerpunkt ist diesmal den Problemen der Gewerkschaftsbewegung und deren Lösungsversuchen gewidmet. *Erich Ott* greift die Forderung von Peter Glotz, die Gewerkschaften müßten politischer werden, positiv auf, weist hingegen den von Glotz angeregten »tendenziellen Abschied von der Tarifpolitik« zurück. Ott plädiert hingegen entschieden für einen Ausbau der Tarifpolitik. Gegen Glotz argumentiert er, daß die Politik der Gewerkschaften nach wie vor an den (auch materiellen) Interessen anzusetzen hat. *Greifenstein*, *Jansen*, *Kißler* zeigen, wie neue Technologien und geschickte Managementstrategien bisherige gewerkschaftliche Politiken unwirksam machen und zu neuen Überlegungen zwingen. *Margrit Zauner* stellt einen Versuch der Gewerkschaften vor, mit Hilfe von Frauenförderplänen die Interessenvertretung von Frauen in der Gewerkschaftspolitik zu verbessern.

Stefan Krätke erläutert Konzepte zur Erhaltung preiswerten Wohnraums. Dies weist über die aktuelle Problematik der Neuen Heimat hinaus. Es geht vielmehr generell um Möglichkeiten, wie die allgemein im sozialen Wohnungsbau zu beobachtenden Preisstei-

gerungen verhindert und größere Mietermitsprache verwirklicht werden können. — *Roland Kunkel* schließlich geht auf Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit ein. Er tritt dabei für ein Konzept ein, das den zentralen Widerspruch zwischen persönlicher, beruflicher und politischer Entwicklung der Jugendlichen aufheben soll. Michael Karnatz

Das spw-Konzept 1987

In den vergangenen drei Jahren hat *spw* als politisch-theoretische Zeitschrift von Linksozialisten und Marxisten an Profil gewonnen. Sie ist Instrument der Selbstverständigung und der Artikulation linker Kräfte in der Sozialdemokratie geworden, der Kreis der Autoren erweiterte sich. Daß *spw* in einer Zeit der Umbrüche und Krisen linker Kultur zu einer politisch und bisweilen auch theoretisch anspruchsvollen Zeitschrift ausgebaut werden konnten, als manches Organ der Linken abstarb, stand 1978 oder 1981 keineswegs zu erwarten. Gerade die relative Stabilisierung des Projekts hat zwei Probleme der Zeitschrift sichtbar werden lassen:

1. Die bisherige Erscheinungsweise (Anfang März, Juni, September, Dezember) bedingte, daß wichtige politische Entwicklungen manchmal erst nach drei bis vier Monaten Eingang in *spw* fanden. Darin liegt — neben der kaum reduzierbaren Zeit von drei bis vier Wochen für die technische Herstellung — eine der Ursachen für die von Leserinnen und Lesern beklagte »fehlende Aktualität«. Diskussionen und Kontroversen in der Zeitschrift müssen lange Zeiträume bis zur Auslieferung der nächsten oder gar übernächsten Ausgabe überbrücken.
2. Lesegewohnheiten und Formen der Aneignung von »Theorie« haben sich in den letzten Jahren gewandelt, auch in der *spw*-Leserschaft und mehr noch in der heranwachsenden Generation junger Sozialistinnen und Sozialisten. Die theoretische Kultur der Studentenbewegung ist als Hintergrund von Politik bei den Jungsozialisten ebenso verschwunden wie als Stimulanz kaufkräftiger Nachfrage auf dem Markt der Theoriezeitschriften. Wir hören häufiger solche Stimmen: Einhundertzwanzig eng bedruckte Seiten je Heft wirken zu kompakt; das Schriftbild verdirbt die Lust am Lesen. *spw* gleicht mehr einer Buchreihe als einer Zeitschrift.

Redaktion und Herausgeber schien eine Antwort auf diese Kritiken möglich, ohne bereits 1987 eine Totalrevision der bisherigen Konzeption vorzunehmen. Im kommenden, neunten Jahrgang erscheint *spw* in fünf Ausgaben bei gleichem Format und gleicher Aufmachung. Erscheinungstermine sind (jeweils Ende) Februar, April, Juni, September und November. Heft 34 wird Bewertungen des Bundestagswahlergebnisses beinhalten, Heft 35 schwerpunktmäßig Beiträge zur Deutschland- und Entspannungspolitik. Sechs Ausgaben im Jahr streben wir an, aber vorläufig fehlen dazu noch die redaktionellen Kapazitäten. Im übrigen erfordert es eine günstigere Relation von Abonnenten zum Organisationsverkauf, um ein Heft in der Sommerpause der Partei erscheinen zu lassen (was bei sechs Ausgaben unvermeidlich wird).

Das einzelne Heft hat künftig 96 Seiten; der Jahresumfang wird mit 480 Seiten dem bisherigen (ca. 500) entsprechen. Das Schriftbild wird lesbarer gestaltet werden, was eine etwas geringere Textdichte pro Druckseite zur Folge haben wird. Die Konzeption als Themenheft wird beibehalten, weil sie das Ableiten in Beliebigkeit und Oberflächlichkeit bremsen kann. Die Rubriken »Kommentare« und »Analysen« werden als solche nicht mehr erscheinen; das Inhaltsverzeichnis wird die längeren analytischen und theoretischen Beiträge (die auch bei reduziertem Umfang des einzelnen Heftes nicht entfallen werden)

zusammen mit den kürzeren Kommentierungen thematischen Stichworten zugeordnet: z.B. Jungsozialisten, Kultur, SPD Hamburg, Technologiepolitik ... Die Redaktion wird regelmäßiger für Berichte und Beiträge zur SPD-Politik und insbesondere zu den Entwicklungen der Jungsozialisten sorgen.

Das *Jahresabonnement* wird trotz einer Kostensteigerung von zehn Prozent, die das neue Konzept und allgemeine Preiserhöhungen verursachen, *nicht teurer!* Es bleibt bei 39,- DM für's Inlands-Abo und 42,- DM für's Auslands-Abo (incl. Versandkosten). Die Preise im einzelnen, gültig ab 1. Januar 1987, für *spw* 34ff. — Das Einzelheft kostet:

- a) im Abonnement 7,- DM (zzgl. Versand),
- b) im Buchhandel 9,50 DM
(statt 12,50 DM bei *spw* 30 bis 33/1986) bzw. 90,- ÖS oder 9,- sfr,
- c) im Organisationsverkauf über Vertriebsagenten 7,50 DM
(statt bisher 9,- DM) bzw. 55,- ÖS oder 7,- sfr.

Herausgeber und Redaktion erwarten, daß mit dieser Modifikation des *spw*-Konzepts die Zeitschrift lesbarer und interessanter wird. Natürlich hoffen wir auch auf einen Leser-Zugewinn. Veränderte Erfahrungen und Leseerwartungen unserer (potentiellen) Leser und Leserinnen ignoriert man nur bei Strafe des Untergangs. Aber einer Tendenz der Theoriefeindlichkeit einfach nachzugeben, hieße für eine sozialistische Zeitschrift, ihre Existenzberechtigung zu verlieren. Konzessionen an den »Zeitgeist« zahlen sich allenfalls in wachsender Indifferenz und für den politischen Gegner aus. Für uns ist denkendes Begreifen der Verhältnisse Voraussetzung eingreifenden Handelns. Theoretische Standpunktlosigkeit und politische Gleichgültigkeit — auch auf sozialdemokratischer Seite —, falsche Harmoniebedürfnisse auch unter Linken durch Entwicklung, Bereitstellung und kontroverse Diskussion analytischer Einsichten zu überwinden, bleibt weiterhin Sinn und Ziel unserer Arbeit.

Frank Heidenreich

Sonstige Verlagsmitteilungen

Jahres-Abo-Rechnung

Unsere Abonnenten bitten wir um Beachtung der beiliegenden Rechnung und um umgehende Bezahlung. Die Erteiler von Einzugsermächtigungen erhalten *keine* Rechnung. Der Abo-Betrag wird Ende Dezember abgebucht.

Personelle Veränderungen

Knut Krusewitz, der 1980 in die Redaktion eintrat, ist aus Gründen der Arbeitsbelastung und häufiger Abwesenheit von Berlin ausgeschieden. Für seine Mitarbeit war die Redaktion sehr dankbar. Als Autor hoffen wir, Knut auch künftig begrüßen zu können.

Zum Jahresende scheidet gleichfalls unser langjähriger Sekretär *Joachim Pieczkowski* aus. Nach mehr als fünf Jahren Arbeit für das Projekt unter zuweilen schwierigen Bedingungen wechselt er als Organisationssekretär zum Berliner Landesverband der SJD — Die Falken. Wir wünschen ihm Spaß und Erfolg in seiner neuen Tätigkeit!

Programmheft »Hungergala«

Gerade erschienen ist im *spw*-Verlag ein 32seitiges Programmheft (DIN A 5) zu dem von *Diether Dehm*, *Erich Virch* und *Stephan Wald* geschriebenen Theaterstück »Hungergala« über Probleme der Verschuldung und Ausplünderung der Dritten Welt (7,- DM incl. Versand). Bestellungen an: *spw*-Verlag, Tegeler Str. 6 in Berlin (West) 65.

Aktuelle Kommentare

Joachim Günther

»... auszusprechen, was ist.«

Als Hans-Jochen Vogel am 18. März 1985 vor dem Landesparteitag der Berliner SPD Stellung zur gerade erlittenen Erdrutsch-Niederlage bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen nahm, bemühte er den Partei-Ahnen Ferdinand Lassalle: »Jedes revolutionäre Tun beginnt damit, auszusprechen, was ist.« Und was war damals in Berlin?

Der prominente Kandidat Hans Apel war mit dem Versuch gescheitert, durch eine SPD-Alleingang-Strategie die regierende CDU/FDP-Koalition aus dem Sattel zu heben. Statt erhoffter Zugewinne rutschte die Partei von 38 auf etwas über 32 Prozent. Zu viele Wählerinnen und Wähler mochten an eine SPD-Alleinregierung nicht glauben, wählten (wenn überhaupt) das »kleinere Übel AL«, wie die »Szene« sich auszudrücken pflegte, oder gleich Dieppen.

38 Prozent hatte die SPD auch bei der letzten Bundestagswahl erreicht. Und dennoch: In ihrem jetzt vorgelegten »Handbuch« für die wahlkämpfenden Funktionäre beginnt jedes Kapitel mit dem Glaubenssatz der erreichbaren »eigenen Mehrheit«. Mit zum Teil verwirrenden Schaubildern, einer Kaskade von Fieberkurven, Blockdiagrammen und Grafiken wird »belegt«, daß das »Wunder von 1972« wiederholbar, ja überholbar sei. In der Argumentation stimmt kaum mehr als das blanke Zahlenmaterial. Und warum gerade jetzt die Chance zum Durchbruch bestünde, dafür gibt es ein einziges akzeptables Argument: Der Spitzenkandidat sei dem Kanzler überlegen. Aber auch diejenigen, die der amerikanisierten Neuauflage der patriarchalischen Geschichtsweisheit »Männer machen Geschichte« anhängen, müssen wohl zugeben, daß zur »Hegemonie« doch etwas mehr gehört als eine telegene Frohnatur mit rhetorischem Charme.

Die Erkenntnis, daß die »eigene Mehrheit« — zumal unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen — Illusion ist, ist aber kein Ergebnis der Hamburg- oder Bayern-Wahl. Hierzu waren die besonderen Probleme und die örtlichen Strategien der Partei kaum exemplarische Belege: In Bayern gelang es der Partei nicht, ein eigenes Profil zu gewinnen, und in Hamburg häuften sich die Skandale — die »Neue Heimat« bescherte den Rest. Das Ergebnis zeigt daher leider die »Normalität« sozialdemokratischen Abschneidens bei Wahlen an, seit es die Grünen gibt. Aber selbst wenn man sich auf den Umfrage-Sozialismus der Partei-Zentrale einläßt, wird man in den letzten zwölf Monaten kaum einen Zeitpunkt finden, an dem sich die SPD so deutlich hätte profilieren können, daß die bürgerliche Mehrheitskoalition *und* die Grünen in die Minderheit hätten geraten können. Die »eigene Mehrheit« beruht nämlich auf zwei spekulativen Voraussetzungen: Zum einen müßte die SPD die Grünen »schlucken«, was aber nicht allein die Frage einer »ökologischen Öffnung« der Partei wäre, sondern eine »kulturelle« Offensive der Sozialdemokratie auf wesentlichen Feldern der Politik zur Bedingung hätte. Die andere Voraussetzung wäre das Verschwinden der FDP, ohne daß die Union die absolute Mehrheit erreicht. Aber auch hierfür fehlen trotz eines schlaffen Herrn Bangemann deutliche Hinweise.

Politische Ziele sind nur dann für die Organisation motivierend, wenn ihre Erreichbarkeit plausibel erscheint. Überhöhte Erwartungen lähmen hingegen. Doch die Proklama-

tion der »eigenen Mehrheit« ist weder ein realistisches Ziel, noch beinhaltet sie eine überzeugende Analyse der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen. Gerade andersrum: Die »eigene Mehrheit« ist das Ablenkungsmanöver von der für die weitere politische Entwicklung entscheidende Frage: Wie halten wir es mit den Grünen?

»Trotz alledem« oder gerade deswegen, ist seit dem Hamburger Debakel nicht nur Katerstimmung angesagt. Warum? Weil die Nebelschwaden einer »eigenen Mehrheit« langsam verschwinden und der Blick frei wird für die eigentlichen Ziele. Willy Brandt hat den ersten Schritt getan, wenn er nun von der notwendigen Verhinderung einer absoluten Mehrheit der Union spricht. Eine Konzentration der Wahlkampfthemen auf die »soziale Frage« und die Entspannungspolitik sind Schritte in die richtige Richtung. Mehr an Kurswechsel im laufenden Wahlkampf würde nur zu Irritationen führen. Wichtiger ist, daß mit zunehmender Distanz zur Proklamation der »eigenen Mehrheit« die Beschäftigung mit den Möglichkeiten anderer Mehrheiten auf die Tagesordnung gesetzt wird. So könnte jene Auffassung an Boden gewinnen, die Hans-Jochen Vogel einmal beschrieben hat: Die SPD sollte sich nicht scheuen, für die Durchsetzung sozialdemokratischer Positionen Mehrheiten im Parlament zu suchen und zu nutzen. Dies muß für die Politik »über den Tag hinaus« Leitlinie werden. Der Nürnberger Parteitag hat — bei aller Unzulänglichkeit besonders in der Wirtschaftspolitik — innerparteiliche Weichen gestellt, die die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren voranbringen könnten. Und für die inhaltliche Weiterentwicklung steht auch eine stattliche Anzahl von Genossinnen und Genossen bereit, die einen solchen Weg vom beschriebenen Papier in praktische Politik umzusetzen imstande sind.

Michael Karnatz

»He, Alter, haste mal 'ne Mark?«

Zum Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen

Ein alter Punker-Spruch kam zu Ehren: Für eine Mark erstand der Berliner Brotfabrikant Schiesser (geschätztes Vermögen: 20 bis 30 Millionen Mark) Europas größten Wohnungsbaukonzern (Bankschulden: 17 Milliarden Mark), die Neue Heimat. Mittelständisches Unternehmer-Know-how sollte eine Sanierung bewerkstelligen, an der die DGB-Manager bisher vier Jahre lang erfolglos arbeiteten. Die Rechnung war allerdings ohne die Herren der Welt, die Bankmanager, gemacht. Sie zwangen das eilig Weggeworfene den Gewerkschaften wieder auf. Als Trost bleibt beim Berliner Bäcker ein ansehnliches »Schmerzengeld« in Millionenhöhe hängen.

Da wird der Chef der Gewerkschaftsholding, Alfons Lappas, wegen Aussageverweigerung vor einem Bundestagsuntersuchungsausschuß und anschließend verhängter Beugehaft auf dem IG Metall-Kongreß als Held der Arbeiterklasse gefeiert, und wenige Tage darauf läßt der DGB-Vorsitzende Breit eine Prüfungsgesellschaft ermitteln, ob sich Lappas auf Kosten der Neuen Heimat bereichert hat. Da wird den Gewerkschaftsmitgliedern seit Jahrzehnten erklärt, daß eine eigene Bank zur Sicherung der Streikkassen unerlässlich

sei, und dann erfahren sie plötzlich aus der Presse, daß ein Versicherungskonzern die Bank für Gemeinwirtschaft übernehmen soll. Kein Wunder, daß die Konservativen diese preiswerte Wahlkampfmunition freudig aufgreifen und gegen den DGB unter der Fahne »Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit Wahlprüfsteinen werfen!« zu Felde ziehen.

Das Debakel wird aber erst richtig deutlich, wenn man die jetzige Situation mit der politischen Stimmung am Anfang des Jahres vergleicht, als die Mobilisierungskampagne des DGB zum § 116 AFG zusammen mit alltäglichen Pannen und Skandalen die Bundesregierung arg in Bedrängnis brachte. Was ist daraus geworden?

Nur mühsam kämpfen SPD-Vorstände und Wahlkampfmanager gegen die ausgebrochene Katerstimmung im sozialdemokratischen Lager an. Mag der DGB für die einzelnen Schritte jeweils plausible Gründe haben, ins Bewußtsein seiner Mitglieder und Anhänger ist er damit bisher nicht gedrungen. Hier herrschen Verwirrung, Vertrauensverlust und Resignation vor, sicherlich *ein* Erklärungsmoment für die Wahlergebnisse in Bayern und Hamburg und die dort festzustellende Wahlenthaltung.

Die Enttäuschung unter den Gewerkschaftsmitgliedern, den SPD-Anhängern und den vielen, die sich an diesen Organisationen orientieren, sitzt tief: Sie spüren, daß die gesamte Gewerkschaftspolitik (und vermittelt damit auch die der SPD) in eine tiefe Krise geraten ist. Die gerade im Vergleich mit den anderen kapitalistischen Ländern bemerkenswert stabile Mitgliederentwicklung verstellt bisher noch den Blick darauf, daß die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung keine überzeugende Strategie zur Bewältigung der drängenden Probleme hat. Einige seien genannt: Wie kann der technologische Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten beherrscht werden? Wie kann die zahlenmäßig ständig steigende Gruppe der Angestellten organisiert und verstärkt in den gewerkschaftlichen Kampf einbezogen werden? Wie kann den Interessen der weiblichen Beschäftigten stärker Rechnung getragen werden?

Für Jugendliche ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und die Mitarbeit in ihr keineswegs mehr selbstverständlich. Die veränderten Ansprüche an Arbeit, Leben und Politik bringen sie nur allzuleicht in Konflikt mit schwerfälligen Gewerkschaftsapparaten.

Schließlich weht der Zeitgeist der »Individualität« allen kollektiven Aktionen zur Stabilisierung oder Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ins Gesicht. Eine fortschrittliche Politik muß heute genauer nachweisen, wie kollektive Sicherungssysteme die individuellen Spielräume der Menschen gerade sichern anstatt einzuschränken.

Der Aufbau der Gewerkschaftsunternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg stand in den genossenschaftlichen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und hatte den Anspruch, die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen konkret zu verbessern. Dabei konnten in den Anfangsjahren der Republik durchaus beachtliche Erfolge erzielt werden. In der Aufschwungphase begann sich dann aber langsam die kapitalistische Logik durchzusetzen. »Was gut ist für's Geschäft, ist auch gut für die Arbeiter.« Die Interessen von Kapital und Arbeit schienen versöhnt, die Gewerkschaftsunternehmen unterschieden sich immer weniger von »normalen« kapitalistischen Unternehmen. Als ein »normales« Unternehmen wollte man mithalten und einen größeren Anteil am wachsenden Kuchen ergattern. Die Organisationskraft der Gewerkschaften diente anfangs als ideale Rückenstärkung im harten Wettbewerb. Doch die Fesseln des Genossenschaftswesens und der Gemeinnützigkeit waren dabei nur lästig. So wie die rechtssozialdemokratischen Verantwortlichen in diesen Unternehmen naiv an die weitgehende Krisenfreiheit der kapitalistischen Wirtschaft glaubten, so gingen sie auch von der fast störungsfreien Entwicklung ihrer in

diese Wirtschaftsordnung eingebetteten Unternehmen aus. Der Kater konnte natürlich nicht ausbleiben.

In der Krise zeigte sich aber auch, daß die Gewerkschaftsunternehmen von ihrer Verfassung her keine rein kapitalistischen Betriebe sind. Die Aufsichtsgremien, besetzt mit Gewerkschaftsvorsitzenden, waren mit der Beaufsichtigung milliardenschwerer Unternehmen schlicht überfordert («Eine unternehmerische Laienspielschar«, höhnte die FAZ). Die Unternehmensleitungen selbst dienten oft als Abstellgleise für ausgediente Gewerkschaftsfunktionäre. »Verfälschung« und »Verbonzung« gingen damit Hand in Hand. Im Unterschied zu »normalen« Betrieben müssen auch die Gewerkschaften bei der Sanierung ihrer Unternehmen einen gewissen Anstand bewahren. Die Anpassung an die Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz konnte nicht so ohne weiteres über Massenentlassungen erreicht werden (erst Schießer ging daran, die Hausmeister der Neuen Heimat hinauszuschmeißen). Wie das Umspringen mit dem eigenen Betriebsrat der Neuen Heimat zeigt, bemühen sich aber die Gewerkschaften auch in diesem Bereich um Anpassung an ihre rein kapitalistischen Konkurrenten.

Der Einbruch einer neuen Krisenperiode mit dem Beginn der siebziger Jahre ließ die grundsätzlichen Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung stärker wieder hervortreten. In dieser Situation wären die Gewerkschaftsunternehmen gefordert, zu zeigen, was die eigenen Ansprüche wert sind und zumindest ansatzweise vorzustellen, wie ein alternatives Wirtschaften aussehen könnte. Das meint nicht die Schaffung sozialistischer Inseln, aber zumindest die fortschrittliche Ausfüllung von Handlungsspielräumen. Außerdem hätten sie eine wichtige Rolle spielen können beim Aufzeigen der durch die kapitalistische Logik gezogenen Grenzen und bei der Mitformulierung einer darüber hinausweisenden Politik. Doch all das hätte ein Umdenken und eine Phantasie des Führungspersonals erfordert, die offensichtlich nicht vorhanden waren und nicht vorhanden sind. So ist der Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen und die nun proklamierte stärkere Konzentration auf die unmittelbare Vertretung der Mitgliederinteressen die einfachere Lösung. Es ist zu hoffen, daß die Gewerkschaften ihre Kampfkraft zurückgewinnen und noch stärken können. Keine Illusion sollte aber darüber bestehen, daß dieser Ausverkauf gleichzeitig auch die Aufgabe eines Stückes Gestaltungsmacht und eine Kapitulation vor den Schwierigkeiten einer grundsätzlichen Neuorientierung bedeutet.

Jürgen Quandt

Was habt ihr euch dabei bloß gedacht?

Zur SED—SPD—»Lösung« des Flüchtlingsproblems

Wieder einmal haben Sozialisten in Deutschland das Geschäft der politischen Rechten besorgt. Nach monatelangem Trommelfeuer aus den konservativen Wahlkampfzügen gegen eine wehr- und rechtlose Minderheit — die Flüchtlinge — haben sich die Sozialisten in West und Ost den Forderungen der Reaktion ergeben, hier aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen, drüben aus Angst um wackelnde Kredite. Sie haben miteinander verabredet, daß der Flughafen Schönefeld für Flüchtlinge nach West-Berlin geschlossen wird.

Die Strategen auf beiden Seiten mögen es als besonders geschickten Schachzug angesehen haben, den politischen Gegner in der Bonner Regierung auszutricksen, als sie ihren Coup verabredeten. Aber wenn Politik noch im mindesten etwas mit Moral zu tun hat, dann ging dieser Schuß nach hinten los. Die düpierten Konservativen werden's den Sozialisten nicht danken und das Wählervolk wohl auch nicht.

Es schmerzt vor allem, daß ein Mann wie Egon Bahr sich für diesen Kuhhandel mit der DDR hergab, als ob Politik gegen Kriegsvorbereitung und Aufrüstung nichts mit Flüchtlingselend zu tun hätte. Wer heute für Friedenspolitik als Sicherheitspartnerschaft eintritt, weil er erkannt hat, daß es ausschließlich noch um die Bewahrung der *einen* Erde für die *eine* Menschheit geht, der kann doch nicht gleichzeitig einem Teil dieser nach Sicherheit suchenden Menschheit brüsk die Tür vor der Nase zuschlagen.

Man wird wohl hinnehmen müssen, daß auch oder gerade in der Politik Fehler gemacht werden, aber es kann nicht hingenommen werden, wenn demokratische Prinzipien leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Angeblich ist ja mit der Entscheidung der DDR-Regierung, Flüchtlingen nur noch mit gültigen Anschlußvisa die Durchreise via Flughafen Schönefeld zu gestatten, das Grundrecht auf Asyl in der BRD gerettet worden. Ausgerechnet die doch sonst so undemokratische DDR muß erhalten, um eines unserer sensibelsten demokratischen Grundrechte zu bewahren: Austreibung des Teufels mit Beelzebub!

Es gibt wahrlich wenig genug Anlaß, mit der DDR in der Flüchtlingspolitik Geschäfte zu machen. Es ist ja wahr, daß auch die DDR kein Interesse an den menschlichen Schicksalen hatte, die ihr da über Aeroflot und Interflug ins Land gebracht wurden. Das Flüchtlingsproblem war immer das Problem der anderen; die Flüchtlinge bestenfalls ein Faustpfand zur Durchsetzung eigener politischer Interessen, etwa bezüglich der Statusfragen zwischen West- und Ost-Berlin.

Aber wo, in Gottes Namen, steht geschrieben, daß man sich an solch üblen Geschäften beteiligen muß?

Was das gesamte Rechtskartell nicht vermochte, die DDR hat es geschafft: der Flüchtlingsstrom ist versiegt! Ein Traum wird wahr — der des Leiters der Abteilung Asyl bei der Ausländerbehörde: West-Berlin wird flüchtlingsfrei! Die Stadt nimmt im Zuge der Verteilung Flüchtlinge aus Westdeutschland auf! Das Traumszenario eines Bürokraten ist inzwischen Realität: Im Oktober kamen nur noch 76 Flüchtlinge über Schönefeld nach West-Berlin. Für alle in der Stadt tätigen Flüchtlingsgruppen und -organisationen ist der »Erfolg« von Herrn Rau und Herrn Bahr bei Herrn Honnecker eine schwere Niederlage, ein schwerer Rückschlag in ihrem Bemühen um die Flüchtlinge. Alle, die täglich mit Flüchtlingsschicksalen zu tun haben, empfinden es als blanken Zynismus, wenn die Schließung der Grenzen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik auch noch als politische Maßnahme zur Bewahrung des Asylgrundrechts verkauft wird.

Ein Recht, das nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, ist zwar vor »Mißbrauch« geschützt, aber eben auch vor denen, für die es geschaffen wurde: Ein Gesetz wird zur legalistischen Farce; der Rechtsstaat stirbt ab.

Das Grundrecht auf Asyl ist nichts wert, wenn nicht zugleich das Recht auf Zugang zu den Grenzen West-Berlins und der Bundesrepublik gewährleistet ist.

Was geht eigentlich jetzt in den Köpfen derer vor, die die Maßnahmen der DDR-Regierung mit herbeigeführt haben, nachdem klar geworden ist, daß hier von heute auf morgen ein Fluchtweg für Tausende von Menschen abrupt abgeschnitten worden ist? Fragt sich etwa einer jener Herren, was wohl mit den vielen Flüchtlingen nun geschehen mag? Jeden-

falls haben sie sich nicht in Luft aufgelöst. Allein in der Türkei sollen inzwischen Hunderttausende geflohener Iraner leben. Man liest in der Zeitung, daß Flüchtlinge an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei durch die Grenzsoldaten mit Schüssen hin und her gejagt werden. Was hier wie dort stattfindet, ist Macht- und Sicherheitspolitik auf dem Rücken von Flüchtlingen. Man muß davon ausgehen, daß z.B. unter den iranischen Flüchtlingen mindestens die Hälfte als Asylberechtigte bei uns anerkannt würden. Aber auch solche Flüchtlinge, die im Sinne unseres Asylrechts nicht als politische Flüchtlinge gelten, fliehen ja nicht grundlos und gefahrlos. Sie fliehen vor dem mörderischen Krieg zwischen Irak und Iran; sie fliehen vor der unterdrückerischen Minderheitenpolitik in der Türkei; sie fliehen vor dem Bürgerkrieg im Libanon; sie fliehen vor Massakern an der Zivilbevölkerung in Sri Lanka. In kaum einem der genannten Länder kann ein Flüchtling gefahrlos eine deutsche Botschaft aufsuchen und dort Reisepapiere in die Bundesrepublik beantragen. Aber — einmal unterstellt, das wäre möglich — er würde auch kein Einreisevisum erhalten. Die Tatsache, daß er ja noch die deutsche Botschaft lebend erreicht habe, wäre wohl Beweis genug, daß er nicht wirklich politisch verfolgt sein könne. Das, was einmal die Ausgestaltung des Asylrechts als Grundrecht hervorbrachte — die Erfahrung der eigenen Verfolgung durch eine verbrecherische Regierung, die Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der Wille zur Sühne und zur Wiedergutmachung — gilt vierzig Jahre später nicht mehr. Die Generosität dieses deutschen, nicht irgendeines beliebigen Staates gegenüber Asylsuchenden, von der Carlo Schmid noch bei der Abfassung des Asylrechtsartikels 1948 gesprochen hat, ist längst, auch unter Mitwirkung der Sozialdemokratie, einer *das Boot ist voll*-Mentalität gewichen. Die Methode ist stets die gleiche: nicht die Verfolgung und die Zurückweisung von Menschenrecht und Menschenwürde ist kriminell, sondern das Opfer.

Allerdings sollte niemand glauben, daß die jetzige Beteiligung von Sozialdemokraten an der Aushöhlung des Asylrechts ein einmaliger Ausrutscher sei. Es war die sozialliberale Koalition, die 1982 ein Asylverfahrensgesetz beschloß, das den Asylsuchenden in der BRD Lageraufenthalt, Arbeitsverbot, Sachleistungen statt Bargeld und andere entwürdigende Lebensumstände bescherte.

Vollends deprimierend war, in den letzten Monaten miterleben zu müssen, auf welch fruchtbaren Boden der unterschwellige Appell an rassistische Vorurteile in breiten Teilen der Bevölkerung fällt. Es war und ist beschämend, daß es vor allem sich christlich nennende Politiker sind, die die Stimmung aus sehr durchsichtigen Gründen angeheizt haben. Der christliche Glaube und die gesamte biblische Tradition bieten dafür jedoch nicht die geringste Handhabe. Politische Einmischung aus Glaubensüberzeugung ist gefordert, weil »christliche« Politiker sich nicht scheuen, den christlichen Glauben für ihre gänzlich unchristlichen Ziele zu vereinnahmen. Gefordert sind aber nicht nur der einzelne Christ, sondern auch die verfaßten Kirchen, wenn sie sich nicht dem Verdacht der stillschweigenden Komplizenschaft aussetzen wollen. Die Berliner Christen warten allerdings immer noch (Anfang November) auf ein Wort ihrer Kirchenleitung oder ihres Bischofs zur Schließung von Schönefeld für Asylanten und zur Aufhebung des Abschiebestopps in den Libanon.

Wir Christen und Sozialisten sollten sensibel bleiben, wo es um Menschenrecht und Menschenwürde geht. Dazu verpflichten uns unsere jeweiligen Traditionen. Dort, wo unsere Überzeugungen im harten Überlebensgeschäft der Gegenwart unterzugehen drohen, sollten wir nicht vor Selbstkritik und gegenseitiger Kritik aus opportunistischen Gründen zurückschrecken. In der Flüchtlingspolitik muß ein gänzlich neuer Anfang gemacht werden, wenn wir vor unserer geschichtlichen Verantwortung bestehen wollen!

Jon Bloomfield

Labour unter Beschuß der US-Regierung*

»Welchen Gewinn hat Britannien, wenn es diese Raketen beseitigt ...? Ich vermag keinen zu erkennen, nur Verluste ...« Mit diesen offenen Worten im Fernsehen startete US-Verteidigungsminister *Caspar Weinberger* seinen Präventivangriff auf Labours nicht-nukleare Verteidigungspolitik. In derselben Woche feuerte sein Mitarbeiter *Richard Perle* seine eigene Breitseite gegen Pläne von Labour, Cruise Missiles und US-Nuklearwaffenstützpunkte von britischem Boden zu entfernen. Für den Fall, daß diese »rechts-links-Kombination« noch nicht gesessen hatte, versicherte der US-Botschafter in Britannien sogleich, daß diese Auffassungen für die Reagan Administration vollkommen repräsentativ seien.

Infolge grünen Lichts aus Washington war die Verteidigungspolitik von Labour zum Abschluß freigegeben. *George Jounger* gab seine Anonymität im britischen Verteidigungsministerium auf; höchste Militärs drückten ihr Mißfallen aus; und die meisten inländischen Blätter machten ihrem Ärger Luft. Lediglich *David Owen* schwieg ungewohnt; sein ausdrückliches Verlangen, in Verteidigungsfragen »Labour an die Kehle zu gehen«, war durch das Votum des liberalen Parteitags für ein nicht-nukleares Europa gebremst worden. In einer kurzen Woche hatten Labour und die Friedensbewegung eine Ahnung davon bekommen, was auf sie zukommen wird. Während der Thatcherismus an Kraft verliert, ist doch die Erinnerung an die Exocet-Raketen auf Labour im Wahlkampf 1983 lebendig; Verteidigung ist eindeutig eine Frage, der sich zu bemächtigen die Rechte bestrebt ist.

Wie wird Labour damit fertig werden? Die Vorzeichen sind vielversprechender als letztes Mal. Die Partei ist sich in ihrer Politik einig. Ihre bindende Erklärung zugunsten starker konventioneller Verteidigung macht sie gegenüber dem Vorwurf, sie ließe das Land schutzlos, weniger verwundbar. Die Betonung der Souveränität der britischen Wählerschaft, über die Verteidigungspolitik des Landes zu entscheiden, gestattet ihr, eine demokratische, patriotische Karte gegen exzessive US-amerikanische Einmischung auszuspielen. Diese Politik schloß Kompromisse sowohl der Rechten wie der Linken ein. Der ernsthafte Wunsch ist deutlich, eine Wiederholung der versuchten Selbstzerstörung von 1983 zu vermeiden.

Das breite Spektrum der öffentlichen Meinung ist auch empfänglicher für eine nicht-nukleare Politik. Die Katastrophe von Tschernobyl vergegenwärtigte zu viele Realitäten atomarer Strahlung; der Angriff der USA auf Libyen durch in Britannien stationierte F-111-Maschine machte anschaulich, wie wir in einen von uns nicht gewollten Krieg hineingezogen werden könnten; und die Folgen von Abrüstungsinitiativen der sowjetischen Führung unter Gorbatschow ließen die Eindrücke von der Sowjetunion aus der Zeit des Kalten Kriegs verblassen. Das größere Interesse an nuklearer Abrüstung spiegelte sich in einer Serie von Meinungsumfragen wider, die zeigten, daß eine wachsende Zahl einseitige Abrüstungsschritte Britanniens unterstützt und daß solide Mehrheiten gegen Cruise Missiles, Trident-Raketen und eine »Euro-Bombe« eintreten. Die erfolgreiche Menschenkette quer durch Schottland, die zum Protest gegen das Wettrüsten 45 000 Menschen anzog, berührte genau diese Grundstimmung und gab ihr Ausdruck.

* Der Beitrag ist der britischen Monatsschrift *Marxism Today*, No. 11 (November), London 1986, entnommen.

Kann Labour dieser Stimmung eine zusammenhängende Sprache und Form verleihen? Einige Zweifel bleiben. Erstens wird das Ausmaß des Widerstands unterschätzt, den ihre nicht-nukleare Politik provozieren wird. Vielleicht hat Weinbergers Episode einige Illusionen vertrieben. Zweitens unterließ es die Labour-Party bislang, für ihre Verteidigungspolitik zu kämpfen. Dieses Zögern muß aufhören. Labour kann sich in dieser Frage nicht verstecken; am besten wäre sie offensiv und kämpferisch in ihrer eigenen Politik.

Drittens hält die überwiegende Mehrheit der Labour-Politiker Distanz zur Friedensbewegung. Es gibt zu wenige wie *Ken Livingstone* und *Joan Ruddock*, die ihre Rolle ernst nehmen, sowohl an einem Klima zu arbeiten, in dem Labour-Politik gedeihen kann, als auch ein populäres Moment zu fördern, um diese Politik durchzusetzen, wenn Labour ins Amt gelangt.

Viertens ist — und dies ist das wichtigste — die Verteidigungspolitik noch nicht mit einer neuen Außenpolitik verknüpft. Der Abzug von US-Atomwaffen wird Britanniens bisheriges Verhältnis zu den USA unausweichlich ändern. Das Blocksystem, das 40 Jahre lang Britannien und Westeuropa an die USA gebunden hat, ist belastet. Für eine britische Regierung, der es mit der Beendigung des untergeordneten »besonderen Verhältnisses« ernst ist, bildet die Suche nach einer Funktion innerhalb eines autonomen Westeuropa die einzige strategische Option, die geographisch, historisch, wirtschaftlich und politisch Sinn macht. Diese Option hat nicht einen neuen militärischen Block à la *David Owen* zum Ziel, sondern eine Formation, die vom Blocksystem entkoppelt und fähig ist, neue Beziehungen zu den USA, zur UdSSR und zur Dritten Welt zu entwickeln.

Auf dem Parteitag in Blackpool war es noch *Willy Brandt* in seiner Grußansprache für die Sozialistische Internationale überlassen, den Punkt klar zu benennen: »Ohne ein europäisches System gemeinsamer Sicherheit wird es keinen Frieden geben, und ein europäisches System gemeinsamer Sicherheit wird es ohne eine britische Regierung, die eine konstruktive Rolle spielt, nicht geben.«

Wenn die Linke eine neue strategische Vision ausgeben kann, dann kann Labour vielleicht noch auf die Sehnsüchte von Millionen bauen, die einen neuen, auf Abrüstung gerichteten Internationalismus anstreben. Solch eine Perspektive würde der Verteidigungspolitik von Labour auch die Kohärenz geben, die sie benötigt, um gegen den Ansturm eines sehr schmutzigen Wahlkampfs zu bestehen.

Analysen

Kurt Neumann

Sozialdemokratie im Umbruch?

Die SPD nach den Parteitag in Nürnberg und Offenburg

I.

Nach den Parteitagen in Nürnberg und Offenburg, einen Tag nach der katastrophalen Wahlniederlage in Hamburg und nur wenige Wochen vor den Bundestagswahlen 1987 eine Einschätzung von Politik und Perspektive der bundesdeutschen Sozialdemokratie zu skizzieren, ist ebenso reizvoll wie riskant. Analytisches mischt sich mit subjektiven Impressionen. Irrtümer sind schon methodisch fast zwangsläufig.

Die Mehrheit der SPD hatte spätestens seit 1960 den Weg der vorbehaltlosen Integration in den Adenauer-Staat, verbunden mit der Option seiner Modernisierung, beschritten. Die volle Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die weitgehende Kontinuität des Staatsapparats seit dem Kaiserreich und die antikommunistische Eingliederung in das westliche Militärsystem wurden praktisch nicht mehr in Frage gestellt, Alternativen nur noch in vorgegebenem Rahmen formuliert.

Der Weg der Integration und Modernisierung war nicht ohne Erfolg. Parlamentarisch und persönlich war dies subjektiv am ehesten erfahrbar in der Regierungsbeteiligung in den Jahren 1966 bis 1982. Es gab aber auch politische Erfolge: Die materielle Situation und die Rechtsposition der arbeitenden Menschen konnten verbessert werden. Ein Mehr an Liberalität prägte jedenfalls anfangs das innenpolitische Klima. Die neue Ost-Politik führte zu echter politischer Entspannung im Ost-West-Verhältnis.

Ohne diese und andere Veränderungen überzubewerten, bleibt doch festzustellen, daß sie heute — nach der Wende 1982/83 — von nicht wenigen Linken positiver eingeschätzt werden, als zur Zeit ihrer Durchsetzung. Das Projekt der Modernisierung stieß aber schon bald auf die Schranken der Bedingungen, in die die Partei sich zu integrieren vorbehaltlos bereit gewesen war. Rückschläge waren deshalb zwangsläufig. Zuerst zu nennen sind die Berufsverbote und die »Anti-Terror«-Maßnahmen am Ende der siebziger Jahre. Die — wenn auch zu zaghaft und kleindimensioniert begonnenen — Programme für Zukunftsinvestitionen wurden zurückgeschnitten; statt dessen folgte eine Politik der Haushaltskonsolidierung, die für die Arbeitnehmer und sozial Schwachen materielle Verbesserungen in erheblichem Umfang zurücknahm. Energiepolitisch setzte die Regierung Schmidt trotz problematisierender Beschlüsse der Partei eindeutig auf den Ausbau der Atomenergie. Im außenpolitischen Bereich erlitt die Entspannungspolitik auf Grund der vom Bundeskanzler herbeigeredeten Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen einen empfindlichen Rückschlag.

Mit der Wende des Jahres 1982 befindet sich die SPD nicht nur außerhalb der Bundesregierung. Sie steht auch vor den weitgehend selbst zu verantwortenden Scherben ihres Modernisierungsprojekts. An einem Entwurf für die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft, an einer politisch-konzeptionellen Alternative zur Wenderegierung fehlt es.

II.

Seit der Wende hat sich die sozialdemokratische Politik in vielen Feldern mehr oder weniger grundlegend verändert. Der Nürnberger Parteitag, der vom 25. bis 29. August 1986 stattfand, erscheint in seinen Beschlüssen als Zusammenfassung des aktuellen Standes erneuerter sozialdemokratischer Politik. Das gilt auch dann, wenn man sich dessen bewußt bleibt, daß Parteitage und deren Beschlüsse eine Seite, daß institutionalisierte Beharrungsvermögen parlamentarischer und kommunaler Mandatsträger aber die andere Seite der Politik der SPD sind.

1. Am weitesten fortgeschritten ist die Erneuerung sozialdemokratischer Politik in den Bereichen Frieden, Abrüstung und Entspannung. Der Beschluß: »Unser Weg zu Abrüstung und Frieden« orientiert sich an der Konzeption der »Sicherheitspartnerschaft« und beschreibt konkrete »Wege zur Abrüstung«. Entscheidend ist die eindeutige Aussage, die zur Frage der Raketenstationierung getroffen wurde:

»Im Einklang mit dem Beschluß des Essener Parteitages fordert die SPD

- von den USA ein Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles,
- von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug in der DDR und der CSSR aufgestellten Raketen sowie eine drastische Verminderung der SS20 auf einen Stand vor 1979.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine sozialdemokratische Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Aufhebung des Beschlusses vom 22. 11. 1983 beantragen, um der unter der konservativen Bundesregierung beschlossenen Stationierung dieser Waffen die parlamentarische Legitimation zu entziehen und der Bundesregierung die volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.«

Auch wenn im konkreten Umsetzungsprozeß eine Frist, etwa die Sechs-Monats-Frist, nicht genannt wird, ist doch eindeutig, daß die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses zu Beginn der neuen Legislaturperiode erfolgen soll, wenn die parlamentarischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Der Entwurf des Parteivorstands hierfür war wesentlich unpräziser gehalten. Dort hieß es noch:

»Die SPD-Fraktion im Bundestag wird diese Forderungen durch parlamentarische Initiativen mit dem Ziel eines entsprechenden Beschlusses des deutschen Bundestages bekräftigen.«

2. Große Aufmerksamkeit fanden auch Diskussionen und Beschlußfassungen zur Frage der Energiepolitik, insbesondere zum Ausstieg aus der Kernenergie. Darüber gab es eine völlige Absage an die Politik der Schmidt-Zeit. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Frage an, innerhalb welchen Zeitraums der Ausstieg aus der Atom-Politik abgeschlossen ist. Hierzu enthält der Beschluß des Parteitages eher vage Formulierungen:

»Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von 10 Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzmehrheiten.«

Als wichtig erscheinen die Aussagen zu den kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen, wenn auch hier Präzisierungen durchaus noch denkbar gewesen wären. In einem »Sofort-Programm für die nächsten zwei Jahre« sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- »— Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke; Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke sowie Ablehnung der Wiederaufarbeitung, Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung von Plutonium und Unterbindung des Exports von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik.
- Abschaltung der ersten Atomkraftwerke in den nächsten beiden Jahren.«

3. Hervorzuheben ist auch die Beschlußfassung des Nürnberger Parteitages zur Frage der innerparteilichen »Quotierung«. In dem Beschluß »Gleiches Recht für Frauen« wird der Parteivorstand beauftragt, bis spätestens August 1987 Änderungsvorschläge für das Organisationsstatut vorzulegen, die auf dem Parteitag 1988 beschlossen werden sollen. Wörtlich heißt es hier:

»Die Änderungsvorschläge des Parteivorstandes sollen u.a. vorsehen:

- 1.1 — daß die Wahlvorschläge für Funktionen und Mandate einen Anteil von mindestens 40 % eines jeden Geschlechts umfassen,
- 1.2 — daß in allen Entscheidungsgremien sowie bei der Besetzung aller Funktionen und Mandate mindestens 40% eines jeden Geschlechts vertreten sein müssen,
- 1.3 — daß die Nichtbeachtung der vom Parteitag beschlossenen Zielvorgaben Konsequenzen hat für die Anerkennung von Delegationen (so können Delegationen zu Parteitag nur insoweit zahlenmäßig anerkannt werden, wie sie dem Minderheitenschutz Rechnung tragen) und/oder für den innerparteilichen Finanzausgleich.«

Trotz der sprachlichen Verquastheiten ein beachtlicher Beschluß, bei dem es kaum Gegenstimmen gab. Achten wir darauf, daß er auch tatsächlich umgesetzt wird. Nicht wenige Delegierte schienen darauf zu vertrauen, daß in zwei Jahren die »Sache« nicht mehr modern sei und sich von selbst erledige.

4. Insgesamt sind die Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung, zur Energiepolitik und auch zur Ökologie sowie zur Gleichstellung von Frauen und Männern eine Absage an die Politik eines Helmut Schmidt, deutet sich in ihnen eine Alternative zum Projekt der Integration und Modernisierung an. Dabei ist es sicherlich nicht zufällig, daß in den genannten Bereichen die stärksten und konsequentesten Veränderungsprozesse stattgefunden haben. Hier hat es in erheblichem Umfang soziale Bewegungen gegeben, die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung und die Frauenbewegung. Ausgehend von diesen Feldern haben sich auch die Grünen als politische Partei und damit als parlamentarische Konkurrenz zur SPD konstituiert. Bessere Einsichten waren also nicht nur Ergebnis tiefgründigen Nachdenkens und kräftiger innerparteilicher Überzeugungsarbeit. Zu einem nicht geringen Maße sind sie auch dem außerparlamentarischen Druck und der parlamentarischen Konkurrenz geschuldet.

III.

Ein überzeugendes alternatives Projekt zur Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft erfordert im Kern Aussagen zu einer alternativen Wirtschaftspolitik. Hierzu hat der Parteitag das »Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden — Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern« gegen nur drei Stimmen (Detlev Albers, Monika Buttgerit, Kurt Neumann) beschlossen. Fast die gesamte innerparteiliche Linke und auch die Jungsozialisten haben also dieses Aktionsprogramm inhaltlich mitgetragen. Nach dem Kongreß hat es dazu noch wohlthönende Lobeshymnen gegeben. Manche sehen hier den »endgültigen Abschied von einer Gesellschafts- und Wachstumspolitik, die in den siebziger Jahren unter dem Begriff 'Modell Deutschland' gefaßt wurde«. ¹ Andere loben »Stationen und ein Niveau des Programmprozesses, die einen Fixpunkt darstellen, hinter den die Diskussion nicht mehr zurückgehen kann«. ²

Nun ist es richtig, daß das Nürnberger Aktionsprogramm insofern einen ganz wesentlichen Teilerfolg darstellt, als es gelungen ist, die Vorstellungen etwa von Herbert Ehrenberg und Wolfgang Roth zurückzudrängen. Das gilt insbesondere für die Konzeption eines klassenübergreifenden »Sozialen Bündnisses« aus Arbeitgeberverbänden, Bund, Ländern und Gemeinden und Bundesbank, mit dem nach den Formulierungen des ursprünglichen Parteivorstandsantrages die Massenarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden sollte. Die Absage an diese an Karl Schillers Konzept der »Konzertierten Aktion« erinnernden Vorstellungen ist zu begrüßen. Gleichwohl muß festgehalten werden, daß Anklänge an die illusorischen Sozialpartnerschaftsvorstellungen auch noch in dem beschlossenen Dokument enthalten sind, wenn es heißt:

»Wir Sozialdemokraten werden aber auch national die Möglichkeiten der gesamtwirtschaftlichen Nachfragesteuerung ausschöpfen. Solche Globalsteuerung setzt auf die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft, Tarifparteien und Deutscher Bundesbank.«

Positiv an dem beschlossenen Aktionsprogramm ist zu bewerten, daß die richtigen Eckpunkte einer kurzfristig ansetzenden alternativen Wirtschaftspolitik benannt werden:

»Arbeitszeitverkürzung, Programm für Zukunftsinvestitionen, Arbeit und Umwelt, Ausbau der sozialen Infrastruktur, soziale und kulturelle Dienstleistungen, offensive Bildungspolitik, Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Massenkaufkraft.«

Kritisch bleibt aber zu allen Bereichen anzumerken, daß sie in unterschiedlichem Ausmaß jeweils nicht konkret genug sind. Im übrigen hat gerade auch das in Offenburg beschlossene Wahlprogramm gezeigt, daß hinsichtlich des Programms für Zukunftsinvestitionen durchaus hinter den Nürnberger Stand zurückgefallen werden kann. Dort heißt es deutlich abgeschwächt nur:

»Wir werden durch gezielte öffentliche Investitionen Arbeit schaffen und gleichzeitig Umweltschutz verbessern.«

Dafür wird im Vertrauen auf die Kreativität der Unternehmer gefordert:

»Wir brauchen eine Gründer- und Erneuerungswelle mit vielen neuen Unternehmen.«

Weshalb aber das Nürnberger Aktionsprogramm von einem linken Standpunkt insgesamt eher als negativ bewertet werden muß, ist die »ordnungspolitische« Festlegung auf das bestehende Wirtschaftssystem:

»Das gemischtwirtschaftliche Ordnungssystem, wie es in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, wollen wir reformieren und weiterentwickeln. Der Markt ist unentbehrlich als Antriebsmotor und Steuerungsprinzip für unzählige Einzelentscheidungen der Produzenten und Konsumenten. Aber der Markt hat auch Grenzen.«

Der Markt wird also hier nicht als ein Instrument einer demokratisch bestimmten Wirtschaft gesehen, sondern als Motor und Steuerungsprinzip. Konsequenterweise wird dann auch noch programmatisch festgelegt:

»Da der Staat bereits heute am wirtschaftlichen Geschehen in großem Umfang teilnimmt, wollen die Sozialdemokraten nicht mehr Staat.«

Krönender Abschluß ist die Formulierung:

»Nur eine Wirtschaftsordnung, in der Markt, staatliches Handeln, Sozialstaat und Wirtschaftsdemokratie erhalten und verbessert werden, kann den sozialen Frieden sichern, der sich als wichtige Produktivkraft in der Vergangenheit erwiesen hat.«

Während an anderer Stelle Wirtschaftsdemokratie als Leitprinzip postuliert wird, ohne daß daraus irgendwelche Konsequenzen abgeleitet werden, wird hier deutlich: Wirt-

schaftsdemokratie verkommt zu einem Pazifizierungsmittel, das den sozialen Frieden sichern soll, weil dieser zur Steigerung der Produktivität nützlich erscheint.

Es verspricht spannend zu werden, wie diejenigen Linken, die den zitierten Passagen ihre Zustimmung gegeben haben, die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm aufnehmen wollen. Schließlich sind die entsprechenden wirtschaftspolitischen Teile weitgehend bis in den Wortlaut hinein identisch mit dem, was in Nürnberg beschlossen wurde. Zum zentralen Bereich der Wirtschaftspolitik muß deshalb zusammenfassend festgestellt werden, daß bei allen Teilerfolgen in Einzelfragen es noch nicht gelungen ist, den Weg der Integration und Modernisierung zu verlassen. Hier müssen die Voraussetzungen für die Erneuerung sozialdemokratischer Politik erst noch geschaffen werden.

IV.

Die Beschlüsse des Nürnberger Parteitag signalisieren einen für verschiedene Politikfelder unterschiedlich fortgeschrittenen Prozeß der Erneuerung sozialdemokratischer Politik. Gerade wegen der Rückstände in der Wirtschaftspolitik müssen wir davon ausgehen, daß der größere Teil der Wegstrecke noch vor uns liegt und daß ein geradliniger, rückschlagsfreier Fortgang der Dinge nicht erwartet werden kann. Das drückte sich auf dem Parteitag übrigens auch in personeller Hinsicht aus: Die »alte« Rechte, als deren Hauptrepräsentant Hans Apel erst im zweiten Wahlgang in den Parteivorstand gewählt wurde, ist völlig desolat. Die in und um den Frankfurter Kreis organisierte Parteilinke verfügte auf dem Parteitag und verfügt im Parteivorstand über etwa die Hälfte der Stimmen. Zugleich findet hier eine Entwicklung hin zu einem neuen Parteizentrum und zu einer Integration mit zur Mitte rückenden früheren Rechten statt. Unter der Überschrift »Die Linke in der Mehrheit«³ ist da allenfalls die halbe Wahrheit zu fassen; die andere Hälfte lautet: »Die Mitte erobert die Linke«.⁴

Jenseits der Notwendigkeit, die weitere Entwicklung des Erneuerungsprozesses zu fördern und innerhalb der sich herausbildenden neuen Mehrheit sozialistische Optionen offen zu halten, zeichnet sich seit dem Nürnberger Parteitag und für jeden unübersehbar seit dem Hamburger Wahl-Desaster eine kurzfristige politisch-strategische Aufgabenstellung ab: Die in unerschiedlichem Ausmaß erneuerte sozialdemokratische Politik kann weder mit der CDU/CSU noch mit der FDP durchgesetzt werden. Auf eine absolute Mehrheit in dem nunmehr herausgebildeten Vier-Parteien-System zu bauen, ist nicht übermäßig realistisch. Die Ansätze von Nürnberg können nur politisch gestaltend werden, wenn sich die SPD zu einer Kooperation mit den Grünen öffnet und wenn sich die »Grünen« zu einer Kooperation mit der SPD öffnen. Jeder ist dabei gefordert, selbst den ersten Schritt zu gehen. Ein Schritt rückwärts, wie er sich in der Diskussion um eine große Koalition in Hamburg andeutet, wäre nicht nur ein Schritt hinter Nürnberg zurück, er bedeutete die Aufgabe der Identität der sozialdemokratischen Partei.

Anmerkungen

- 1 Maldaner, Karlheinz, und Michael Müller, 1986: Die Linke in der Mehrheit. In: Sozialismus 10, S.53.
- 2 Peter, Horst, 1986: Wirtschaftsdemokratie als Prinzip. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11, S.1352.
- 3 Maldaner, Karlheinz, und Michael Müller, 1986: Die Linke in der Mehrheit. In: Sozialismus 10, S.53.
- 4 Albers, Detlev, 1986: Die Mitte erobert die Linke. In: Sozialismus 10, S.50.

Mechtild Jansen

Sozialdemokratie und Frauenbewegung

Widersprüche im Programmwurf und in der Parteipraxis

Fünfunddreißig Jahre lang haben es die Parteien der Bundesrepublik erfolgreich geschafft, seltsam uniform und allen programmatischen Gleichberechtigungsgrundsätzen zum Trotz, die eine Hälfte der Menschheit aus ihrem Treiben weitgehend fernzuhalten. Doch die Zeiten dieser Art politischer Stabilität sind nun endgültig vorbei. Lebenslage und Bewußtsein der Frauen haben sich so nachhaltig verändert, daß sich keine Partei dem feministischen Druck mehr entziehen kann. Das gilt auch für die Sozialdemokratische Partei, die sich an und für sich gerne ihrer Nähe zum weiblichen Emanzipationsverlangen rühmt.

Doch bei aller historischen Tradition des Kampfes um Gleichberechtigung der Geschlechter, seitdem die SPD dem »sozialen Frieden« Vorrang gibt gegenüber einer kämpferischen Interessenvertretung ihrer lohnabhängigen Klientel, war sie erst recht in der Frauenfrage kein sonderlich vorwärtstreibendes Element mehr. Das war solange ungefährlich, solange auch keine andere Partei ihr ernsthafte Konkurrenz zu sein vermochte. Heute aber ist die SPD von zwei Seiten unter Druck geraten, von den Grünen, die das linke Oppositionsmonopol der SPD in Frage stellen, und von der CDU, die die SPD plötzlich mit frauenpolitischen Signalen von rechts zu überholen droht. Trotz ihrer engagierten Haltung, beispielsweise in der Friedenspolitik, vermag auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen diese Mankos nicht aufzuholen. Zu brav und angepaßt bleibt sie innerhalb der Partei, zu distanziert und bieder im Kontext der Frauenbewegung. Bei aller inneren Differenzierung blieb auch der *Inhalt* der sozialdemokratischen Politik *widersprüchlich oder bißlos*. Einerseits wird der hohe Stellenwert der Erwerbstätigkeit der Frau für ihre Emanzipation und Unabhängigkeit benannt, werden gesellschaftliche Einrichtungen für Haus- und Familienarbeit befürwortet, andererseits aber gibt es gegenüber der CDU keinen grundlegend anderen Ansatz zur Behebung von Arbeitslosigkeit und Krise, werden in sozialdemokratisch regierten Ländern und Kommunen die Mittel für Kinder- und Sozialeinrichtungen gekürzt. Lediglich eine bessere soziale Abfederung von Umverteilungspolitik wird versprochen. Daß eine sozialdemokratisch geführte Regierung über viele Jahre ihrerseits Abbau sozialer und demokratischer Rechte und Verschlechterung der Lage der Frauen verantwortete, darüber wird tunlichst geschwiegen.

Nun sieht sich die SPD einer von Generalsekretär Geißler angeleiteten Offensive der CDU gegenüber, die nach vollbrachten erheblichen sozialen, arbeitsmarktpolitischen, rechtlichen und politisch-klimatischen Verschlechterungen mit einer Anzahl von materiellen Almosen und anerkennenden Worten zu glänzen versucht. In ihrem Gewande offeriert die CDU den Frauen ein *Konzept der gerechteren Mängelverteilung* oder *Gleichstellung in ungerechten Verhältnissen*, das mit der Mobilisierung der Frauen noch die Schleusen für allgemeine Flexibilisierung, Selbsthilfe und Ehrenamt und Rücknahme angeblich »überhöhter« Lebensansprüche öffnen möchte. Auf der anderen Seite steht das Konzept der *Grünen*, die mit Antidiskriminierungsgesetz und Quotierung bemüht sind, gleiche Arbeitsmarktchancen, Abbau struktureller Nachteile von Frauen im gesamten Sozialsystem und allen gesellschaftlichen Bereichen *in Verbindung* mit einer allgemeinen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zu garantieren. Innerparteilich räumen die *Grünen* den

Frauen dabei mit zum Teil radikalen Maßnahmen beträchtlichen Einfluß und Machtteilhabe ein.

Doch auf diese neuen Herausforderungen reagiert die SPD — selbst wenn Willy Brandt und Peter Glotz den Stellenwert der Frauenfrage theoretisch zu begreifen scheinen — eher konturenschwach. Die SPD setzt auf die kleinen Schritte und Reformen mit Hilfe von Gleichstellungsstellen und Frauenförderung, die praktisch aber allzuoft in hilflose Krisenverwaltung abzugleiten drohen. Die SPD spricht von »Enkelinnen« und mehr Frauenrepräsentanz in den eigenen Reihen, aber einen Generalsekretär oder eine Sekretärin, der oder die auf der Basis eines stimmigen, gar ausgereift alternativen Konzeptes auf handfeste Schlußfolgerungen drängen würde, gibt es nicht.

Im August dieses Jahres hat sich der Nürnberger Parteitag sowohl mit den programmatischen Aussagen zu den Bundestagswahlen als auch mit dem Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms beschäftigt. An präziseren Aussagen zur Frauenpolitik war nicht vorbeizukommen. Bislang kennzeichnete die SPD ein Verständnis von Gleichberechtigung, das als Abfallprodukt der immerwährenden Reformaufgabe des demokratischen Sozialismus anfallen würde. In der Tagesarbeit implizierte das flugs eine Anpassung an das herrschende Rollenbild, in der Zukunftsvorstellung das *Hinaufholen* der Frau auf den männlichen Standard. Das aber reicht den Frauen nicht mehr, die ihre Ansprüche nicht auf das Jenseits des eigenen Lebens vertragen und Eigenes für sich wie in der Gestaltung des ganzen Lebens haben wollen. Trotz erkennbarer Schritte, die die SPD jetzt unternimmt, will dennoch keine rechte Faszination aufkommen, die Bemühungen bleiben einem Zwittercharakter verhaftet.

Grundsatzprogramm

Den neuen *Irseer Programmentwurf* durchgängig auf die feministische Herausforderung hin zu durchforsten, diese systematisch zu integrieren und den instrumentellen Zugang zur Frauenfrage gänzlich fallenzulassen — soweit ist es noch nicht gekommen. Das wäre für die SPD wohl zu viel auf einmal gewesen. So findet sich z.B. das Problem in der Präambel nur an einer Stelle, gleich im Zusammenhang mit anderen »Minderheiten«. Doch erstmalig sieht der neue Entwurf ein *eigenes* Kapitel »Frau und Mann: Gesellschaftliche Gleichheit« vor. Dabei kommt der im ganzen Text etwas magere einmalige Bezug auf die Frauenbewegung als Impulsspender auch der SPD dem Grad der Berücksichtigung ihrer inhaltlichen Anliegen nahe. Die Zustandsbeschreibungen sind treffend. Auf eine Analyse der Ursachen von Frauenunterdrückung wurde der Einfachheit halber verzichtet. Als Folge erreichen Veränderungsvorschläge oft nicht mehr als die Erscheinungsebene. Die SPD macht zur Zielmarke, was heute auch nicht mehr anders möglich wäre. Von der Übernahme der traditionellen Rollenverteilung in den 50er Jahren, zur »Wahlfreiheit« in den Siebzigern schreitet sie zur »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« für beide Geschlechter. Der Vorbericht der Programmkommission schon formulierte das »Ziel einer gesellschaftlichen Gleichstellung von Mann und Frau in der personalen Wahlfreiheit zwischen den Lebensaufgaben Beruf, gesellschaftlicher Arbeit, häuslicher Tätigkeit und Erziehungsarbeit«. Auf besonderen Wunsch der AsF hin wurden die Grundwerte des demokratischen Sozialismus — *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* um den Grundwert *Gleichheit* bereichert.

Diese Orientierungen allein allerdings bleiben — sicher ehrenwerte — moralische Zielsetzungen, solange nicht die notwendigen sozialen und politischen Grundlagen für ihre

Realisierung aufgezeigt werden. Die eine Hälfte der Menschheit wird nicht einfach nur — wie es heißt — »erzogen, über die andere zu dominieren«, sondern sie hat in der gesellschaftlichen Hierarchie einen entsprechenden Platz und dementsprechende handfeste Befugnisse und Möglichkeiten. Der freiheitliche Westen hat sich Frauenunterdrückung als zentrales Spaltungs- und Herrschaftsmittel einverleibt. Der in eine weibliche und männliche Hälfte aufgeteilten Gesellschaft wird kaum ihr wünschenswertes »Ende zu bereiten« sein, wenn allein kurz gegriffen wird auf das Geschlechterverhältnis, ohne seinen Zusammenhang mit den sozialen Gegensätzen und der doppelten Unterdrückung der Frau zu erfassen. Wenn von der privaten, unter dem Leitstern des Profits stehenden Verfügungsmacht einiger weniger Großkonzerne über die nahezu gesamte Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktentwicklung abgesehen wird, müssen Vorschläge zu einer »gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit und Haus- bzw. Eigenarbeit« eher halbherzig bleiben. Zwar wird eine »beträchtliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für alle« verlangt, aber zum notwendigen Lohnausgleich wird geschwiegen. Flexibilisierungskonzepten der Unternehmen wird keine prinzipielle Absage erteilt. Es ist gar nicht einzusehen, wieso auch bei kürzerer Arbeitszeit der »überragende Stellenwert von Erwerbsarbeit abnehmen« soll, bleibt letztere doch die entscheidende Basis der Existenzsicherung und Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen. Unerklärt bleibt auch die Übernahme des konservativen Sprachgebrauchs von der »Gleichwertigkeit« der Hausarbeit. Worin soll der gleiche Wert von etwas liegen, was nie und nimmer gegeneinander zu ersetzen ist, da für Frauen wie Männer Hausarbeit kein Ersatz für das Recht auf Erwerbsarbeit sein darf und das Recht auf Erwerbsarbeit niemand von Haus- und Familienarbeit zur eigenen Reproduktion befreien sollte, beides also Werte ganz unterschiedlicher Art sind? Von gleichen Werten kann nur reden, wer in den Kategorien von Umverteilung von Lasten unter den Betroffenen denkt und das Ergebnis unter dem Aspekt der Verbesserung der Gewinnchancen »unserer Unternehmer« berechnet. Wenn schließlich Überlegungen zu einer weiteren, sinnvollen, qualitativ guten, den heutigen Lebensbedürfnissen angemessenen Vergesellschaftung von Haus- und Familienarbeit nebulös oder ausgespart bleiben, wenn der Mensch als von der Geburt bis zum Tod soziales, von der Art seiner gemeinschaftlichen Umgebung abhängiges Wesen wenig in den Blick rückt, dann kann der grundlegende Unterschied einer sozialdemokratischen Programmatik der Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu der der CDU nicht hinreichend klar werden und dann können auch die in der Praxis bis dato eher graduellen Unterschiede nicht überraschen. Das gilt nicht zuletzt für die im Irseer Programmentwurf hochgehaltene Absage an »Gewalt gegen Frauen«, soll diese nicht zu einem Herumkurieren an Symptomen verkommen. Was also ist der präzise Inhalt von Gleichstellung?

Zweiter Kernpunkt frauenprogrammatischer SPD-Erneuerung ist die Absage an die Vorstellung, Emanzipation sei allein der Abbau von »Defiziten« der Frauen. In modischer, von Biologismus nicht völlig freier Attitüde wird von »der männlichen Unterordnung des Gefühls unter Rationalität« gesprochen — als sei allein die *Verzerrung* dieser beiden immer zusammengehörenden und — wenn vielleicht auch gestört — zusammen funktionierenden Komponenten und nicht auch ihre *inhaltliche* Ausrichtung auf Verfügbarkeit für »unsere Wirtschaft« das Problem. Die notwendige Veränderung des gesamten Systems von Produktion und Reproduktion für Männer und Frauen als strategisches Kernelement der Emanzipationsfrage dagegen wird nicht benannt. »Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden. (...) ... von einseitigen männlichen Denkmustern lösen ...« Ja. Aber mehr und tiefer noch sind die männlichen Denkmuster zu überwinden in ihrer Ausrichtung auf Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts *und*

ihrem damit *verwobenen* Trainiertsein auf ein Profitsystem. Erst beider Überwindung läßt die Frau sie selbst werden und auch den Mann, wie dann das »Weibliche« und das »Männliche« in freier Entfaltung erst »menschlich« werden können.

Quotierung und Gleichstellung

Abgesehen von diesen Entwürfen für ein neues Grundatzprogramm setzen viele SPD-Frauen und die AsF vor allem auf neue Beschlüsse zur innerparteilichen Quotierung. Beflügelt durch die herannahenden Wahlzeiten ebenso wie übervoll vom eigenen »Frust«, in der Partei immer nur abgedrängt zu werden, sprechen die Frauen von den Grenzen ihrer Geduld und der Glaubwürdigkeit der Partei. Sie verlangen gemäß entsprechender Beschlüsse ihrer letzten Bundeskonferenz vom Oktober '85 eine Satzungsänderung, die nach norwegischem Vorbild eine 40-Prozent-Quote für jedes Geschlecht vorsieht und die verbliebenen 20 Prozent dem freien Spiel der Kräfte überlassen will. Der Nürnberger Parteitag wollte mit der Gleichstellung nicht warten, bis sie sich im Zuge ewiger Reformierung des Systems von selbst einstellt, und hat nun eine Statutenänderung und eine Prüfung des Wahlrechts in Auftrag gegeben. Zugleich sollen ein Stufenplan innerparteilicher Gleichstellung für Nachdruck in der Praxis sorgen, der allerdings nicht bindend verpflichtet, sondern lediglich »Soll«-Vorstellungen beinhaltet. Noch in den 90er Jahren soll danach der Frauenanteil an Mandaten und Funktionen dem Frauenanteil in der Bevölkerung entsprechen.

Außerparteilich soll »Gleichstellung« mit Unterstützung der kommunalen und regionalen Gleichstellungsstellen weiterentwickelt werden. Doch abgesehen vom Verweis auf die Unlust der Männer, Macht abzugeben, fehlt es an befriedigenden Ausführungen zu einer neuen Politik, die die reale Lebenssituation einer breiten Schicht von Frauen verbessern und ihnen auch in der nächsten Zeit mehr Chancen verleihen könnten, tatsächlich gleichziehen. Vergeblich ist die Suche nach Kampfstrategien und Initiativen, die den konkret stattfindenden Abbau von Frauenarbeitsplätzen, Kinder- und Sozialeinrichtungen (die ja auch den sozialdemokratisch regierten Ländern nicht eben fremd sind) verhindern könnten. Höchst widersprüchlich ist die Bereitschaft der AsF, unvoreingenommen und gleichberechtigt mit den Gruppen der außerparlamentarischen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten. Denn woher — wenn nicht von dort — soll Druck und Bewegung für Frauen kommen? So unverzichtbar innerparteiliche Repräsentanz und Quotierungsmaßnahmen sind, in Anbetracht des politischen Kontexts scheint die plötzliche Debatte auch manch sonstige Blößen verdecken zu sollen.

... und die leise Integration

Diesen Schwächen zum Trotz aber hat die SPD eine ausgebildete Fähigkeit der leisen Integration und der Verbreitung heimatlicher Anklänge oder Gefühle. Das »Vergessen« der Existenz von Frauen in der Sprache passiert dem Nürnberger Parteitag an kaum einer Stelle mehr. Die Frauen der Partei rücken in der Repräsentanz gegenüber der Öffentlichkeit und auch bei Wahlen nach vorne. Die wohl ausgewählten Farben der den Parteitag schmückenden Fahnen lassen ein warmes Lila nicht missen und zeichnen die — vielleicht nicht immer faktische, zumindest aber erwünschte — Verbundenheit verschiedener sozialer Kräfte und Bewegungen mit der SPD nach.

Die frauenprogrammatische Erneuerung der SPD trägt so die Spuren der Stärken wie

Begrenzungen sozialdemokratischer, d.h. reformistisch-patriarchalischer Tradition. Für die Sache der Frauen bringt sie in jedem Fall Unterstützung und Nachdruck. Speerspitze, Impulsgeber oder gar Treibriemen ist sie nicht. Bereitwillig aber nimmt sie reformerisches Bestreben auf, erfahren pragmatisch, geduldig und gutwillig sucht sie nach breiten Möglichkeiten der Realisierung, solange sie Rückenwind hinter sich und keine harten machtpolitischen Widerstände vor sich weiß. Auf explizite Ermunterung an autonomes und eigenständiges Handeln der Frauen und Frauenbewegung verzichtet sie lieber, was letztere nicht ihrerseits zum Verzicht veranlassen muß.

Wenn der Emanzipationsbegriff nicht seines Inhalts beraubt werden soll, so hätte jede fortschrittliche Frauenpolitik den theoretisch und praktisch untrennbaren Zusammenhang von mehr Gleichstellung oder Gleichberechtigung und Befreiung aus allen Abhängigkeiten zu formulieren und herzustellen. Es müßte die Gesellschaft feministisch und sozialistisch neu strukturiert werden und dies unter Berücksichtigung des dialektischen Wechselverhältnisses zwischen beiden. Dies wird nur gelingen, wenn Produktions- und Reproduktionsbereich in ihren wechselseitigen Bezügen für Frauen und Männer verändert und neu strukturiert werden, so daß beiden Geschlechtern gleichermaßen eigenständige Lebenssicherung möglich wird und beiden gleichermaßen Beruf, Familie, Gesellschaft und Politik als Lebensfeld offenstehen.

Die hauptsächlich politischen Eingriffsmöglichkeiten und Kampfaufgaben lägen dann in der Garantierung des Rechts auf (voll bezahlte, ganztägige) Erwerbsarbeit für Frauen wie Männer, in der allgemeinen radikalen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich), dem Ausbau qualitativ neuwertiger gesellschaftlicher Einrichtungen für Kindererziehung, Hausarbeit, soziale und andere Dienstleistungen, einer gleichen Aufteilung von Haus- und Familienarbeit und damit auch einer parallelen Überwindung traditioneller Rollenverteilung in allen Lebensfeldern. Um der Ausbeutung und Unterdrückung der weiblichen Sexualität bzw. des weiblichen Körpers ein Ende zu bereiten, bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des § 218 eine unverzichtbare Schlüsselforderung. Um Frauen gleiche Teilhabe in allen Lebensbereichen, an Demokratie und Macht zu erschließen, ist in Verbindung und parallel zu solcher Politik Quotierung und Frauenförderung ein Instrument und Mittel positiver Diskriminierung, das historische Nachteile aufholen und gleiche Startchancen erst herstellen kann. Dies ist dauerhaft zu sichern und Fremdbestimmung in Arbeit, Familie und Gesellschaft ist erst dann aufzuheben, wenn Demokratie auch ökonomisch und sozial gilt, d.h. wenn und in dem Maße wie die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unserer Gesellschaft und die Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums eingeschränkt und überwunden wird. Ohne ein prinzipielles Bekenntnis zum eigenständigen Handeln der Frauen und außerparlamentarischen Frauenbewegung, ohne gleichberechtigte, auf Sonderbeachtung verzichtende aktive Mitarbeit in ihr, ist an Verwirklichung all dessen nicht zu denken.

Hermann Glaser

Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Kulturpolitik?

Eine Auseinandersetzung mit dem Kulturteil des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs

Eine Leistungsbilanz zur Kulturförderung, vorgelegt von der Bundesregierung, macht deutlich, daß im laufenden Jahr rund 500 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt für Kulturpflege ausgegeben werden. Das sind 0,19 Prozent. Diese Relation, so *Die Zeit*, drücke ganz gut aus, wo die Kultur »in diesem unserem Lande, von Bonn aus betrachtet, ihren Platz hat: hinter dem Komma«. Eine Null vor dem Komma kann auch die kulturpolitischen Interessen der Parteien und »gesellschaftsrelevanter« Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmer etc.) sowie die kulturpolitischen Perspektiven der Kultusministerien charakterisieren. Es überwiegen schulpolitische Gesichtspunkte; ansonsten neben finanzstatistischen Erfolgsmeldungen im Bereich der Subventionen bestenfalls gutgemeinte, auf abendländische oder heimatliche Kulturgüter rekurrierende »Betreuungsabsichten«. Reale Utopien werden nicht vorgelegt, Visionen im Zuständigkeitsgerangel erstickt. Die Ermutigung für eine Kulturpolitik der »Gegenentwürfe«, unangepaßter Phantasie und experimenteller Wagnisse fehlt. »Singt die Lieder, die man aus eurem Munde nicht erwartet!« — statt dessen der Sing-out-Optimismus des spätgeborenen Herrn K, der zwar für Geschichte schwärmt, aber politische Kultur von Skandal zu Skandal herunterhandelt.

Man tut sich schwer, wenn man Namen amtierender Kultusminister aufzählen soll, die als »bewegende Kraft« (innovatorisch, antizipatorisch, provokativ) fungieren. Man erinnert sich wehmütig an den längst ausgeschiedenen *Werner Remmers* (CDU), der, dabei nicht nur seine kulturpolitischen Erfahrungen resümierend, davon sprach, daß viele Menschen ein so dickes Fell hätten, daß sie auch ohne Rückgrat stünden. Der konservative *Hans Maier* (CSU) ist zwar ein herausragender Wissenschaftler und politischer Publizist, zudem Organist, hat freilich wenig Einfluß auf die Kulturpolitik des bayerischen Kabinetts, die im Zeichen von *Franz-Josef Strauß* steht. Dessen Formulierungskraft ist immerhin — gegenüber dem Schaumberg Kohl — ein positives (bajuwarisch-folkloristisches) Phänomen; die Gehalte jedoch stammen aus der aufklärungsfeindlichen Hinterwelt, die sich neuerdings mit einer aus dem Bauch argumentierenden, zwischen links und rechts oszillierenden Postmoderne verbindet. Das Grundsatzreferat des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten anläßlich der Regionalbeauftragtenkonferenz des Goethe-Instituts am 12. Juni 1986 in München ist ein sprechendes Beispiel für das, was politische Hinterwelt sich unter Kulturpolitik vorstellt. So wenn Strauß befriedigt hervorhebt, daß bei einem Symphoniekonzert, das ein deutsches Orchester in einer schwarz-afrikanischen Hauptstadt gab, ein einheimischer Besucher geäußert habe: »Ein deutsches Symphonieorchester, das ist für uns nicht nur Musik, sondern auch eine Lehre in Engagement und Disziplin.« Daß die Klassik von Abendländern mit ästhetischer Strategie gleichgesetzt wird — »Organisation« chaotischer Stoffe und undisziplinierter Menschen durch kulturellen Schliff und Drill (»Weimar ist Potsdam«) —, stammt genauso aus der finsternen Spießer-Ideologie des 19. Jahrhunderts wie die Instrumentalisierung des Guten, Schönen und Wahren für staatsbejahenden »Positivismus«. Letzterer gibt zwar vor, dem Schriftsteller z.B. nicht übelzunehmen, »daß er seine Kopfgeburt höher schätzt als die Wirklichkeit«, ihn aber nichtsdestoweniger bei Abweichung von konservativer Norm denunziert:

»Seit beinahe zwei Jahrzehnten unterhöhlt ein erheblicher Teil der deutschen schreibenden Zunft unseren demokratischen Rechtsstaat, indem seine Grundlagen ständig 'hinterfragt', seine verantwortlichen Persönlichkeiten ständig verunglimpft und seine Institutionen ständig böswillig verzerrt dargestellt werden. Diese Schriftsteller und Publizisten haben sich schon wieder auf einen deutschen Sonderweg begeben. Sie lehnen trotz aller Lippenbekenntnisse die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen und in dessen demokratisch-rechtsstaatliche Tradition ab, suchen auf ihrer ewigen Jagd nach der 'Blauen Blume' das Heil in einem verblasenen politutopischen Neutralismus und entdecken schon wieder die angebliche besondere Affinität der Deutschen zu den politischen und kulturellen Strukturen des europäischen Ostens.«

In der Suada des bayerischen Gralshüters, in der einige unverstandene kulturhistorische bzw. kulturphänomenologische Begriffe (»blaue Blume«) wie Gallensteine eingeklemmt sind, schwimmt all das heran, was als offizielle Fehlinterpretation des deutschen Geistes einen einschlägigen fatalen Ursprung hat. Durchschlagend wirkungslos erweisen sich etwa die Denk- und Gefühlsmuster der deutschen Literatur. Ein Politiker wie *Franz-Josef Strauß* vereinnahmt Naiv-Tiefgründiges, Komplex-Urbanes, Geheimnisvoll-Dunkles, Ironisch-Zerrissenes, Antinomisch-Hintergründiges, Dämonisch-Surreales und macht daraus hohle Affirmation. Die vielschichtige, vielstimmige, widersprüchliche und vieldimensionale Kultur-Partitur, die geeignet wäre, im Sinne von *Karl Marx* den erstarrten Verhältnissen die eigene Melodie vorzuspielen und sie auf diese Weise zum Tanzen zu zwingen, wird auf das Unisono einer einfältigen Politmelodie reduziert. F.J.S.:

»Ich ... verweise in diesem Zusammenhang auf Gestalten der deutschen Geistes- und Literaturgeschichte wie Claudius, Humboldt, Novalis, die Brüder Schlegel, Eichendorff, ja sogar E.T.A. Hoffmann und Kafka, die sich mit den Zwängen der Lebenswirklichkeit abfanden, ja sich sogar wohlfühlten.«

»Wohlfühlen« bedeutet: das schwierige Geschäft (»unvollendete Projekt«) der Aufklärung einstellen und sich zum Frischwärts einer warenästhetisch verpackten Politik zu bekennen, die weltanschaulich wie parteiprogrammatisch unter dem Motto »Es-ist-erreicht« das Trugbild von der besten aller Welten vorgaukelt. Die Saturierten sollen sich auf dem Polster der Platitüde wohlfühlen; gefragt ist nicht Sand, sondern Öl für das Getriebe der Welt.

In einer Zeit, da sich die Kulturlandschaft immer mehr nivelliert und dialektisch schroffe wie widerspenstige Formationen zum total platten Lande eingeebnet werden sollen, hoffen gleichwohl viele weiterhin auf eine aktive kommunale Kulturpolitik; und sie hoffen auf die SPD. »Wir wollen, daß sich in den Gemeinden eine kommunale Kultur, eine Kultur der Geselligkeit, des Feierns und der Besinnung erhält oder herausbildet.« Dieser Satz findet sich in Kapitel XII (»Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«) im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Irsee Juni 1986 (alle Zitate daraus im folgenden kursiv). Das Diktum zur kommunalen Kultur macht das Dilemma des gesamten Kulturteils deutlich: Die Anstrengung des Begriffs wird nicht geleistet, Anstößiges kaum gewagt, der Herausforderung aus dem Weg gegangen. Alles fließt. Es gibt eigentlich keine Passage, die »herausfordert«. Helmut Kohl könnte weite Teile vortragen; er ist ein vorzüglicher Sprachdarsteller, wenn es gilt, redundante Vagheit über die Rampe zu bringen. Man stelle sich vor, mit welch überzeugter Emphatik er Sätze wie diesen sprechen würde: »Die Kultur eines Volkes ist Ausdruck gemeinsamer menschlicher Werte, die seinen Zusammenhalt ermöglichen. In diesem Sinne ist die deutsche Kultur vor mehr als tausend Jahren als Teil der gemeinsamen Kultur europäischer Völker entstanden und hat sich, bei allen nationalen Besonderheiten, als deren Teil entwickelt.«

Es kommt freilich nicht noch schlimmer, vieles ist wesentlich besser. Und da zudem das, was unter Aussparung längst erarbeiteter Schlüsselbegriffe im neuen Programmentwurf »uferlos« sich verbreitet, gut gemeint ist, soll in Sympathie mit den vorliegenden Emanationen eine Ausdeutung versucht werden. Vielleicht kann dadurch deutlich werden, daß wir mit diesem Programmentwurf durchaus »auf dem Weg zur Kulturgesellschaft« sind; man muß nur noch dem dort praktizierten Pietismus die Begrifflichkeit abfordern. Das hülfe auch, den Jargon der Eigentlichkeit abzubauen und Empfindsamkeit durch Rationalität zu zügeln. Im Rahmen der nachfolgenden »katechetischen« Würdigung des Programmentwurfs (»Was heißt das?«) können natürlich nur die wichtigsten Teile berücksichtigt werden.

I.

»Das Godesberger Programm wies über den Sozialstaat hinaus auf den Kulturstaat.« Das mag schon sein; entscheidend ist aber heute (und zwar in aller Welt), daß der Sozialstaat nicht auf den Kulturstaat zu transzendieren hat, sondern der »ästhetische Staat« unter Aufhebung sozialer wie mentaler Verelendung um die Totalität von Humanität sich bemüht. Das bedeutet, daß man endlich das »Bürgerrecht Kultur« (dem »Bürgerrecht Erziehung« ähnlich) zu verwirklichen trachtet. So lange z.B. die Berufsschulen fast ausschließlich fachorientiert sind, wird dem größten Teil der Jugend die »Aneignung der Kulturgüter« verweigert. Gerade angesichts der Zukunft der Arbeitsgesellschaft (über die sich im Programmentwurf sehr einleuchtende Feststellungen finden — freilich nicht im Kulturteil) wird es darauf ankommen, kommunikative und kreative Kompetenz zu vermitteln, die sowohl die ich-starke Rezeption von Kunst wie die kulturelle Selbsttätigkeit ermöglichen.

»Kultur besteht für Sozialdemokraten nicht in der Pflege des Wahren, Schönen und Guten durch eine kleine Schicht. Kultur darf nicht Besitz einer Elite sein, sie muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen.« Die Demokratisierung und »Sozialisierung« des Guten, Schönen und Wahren bedarf einer Handlungsstrategie, die nicht den Abstieg von den Gipfeln zu bewirken trachtet, sondern den Weg zu den Gipfeln für alle begehbar macht. »Kultur für alle« ist eben nicht nur Alltagskultur. Wenn das Parteiprogramm aus der richtigen Feststellung, daß Kultur nicht Besitz einer Elite sein darf, folgert: »Kultur erweist sich daher im Alltag, im Verhältnis von Menschen zueinander, zur Natur, zu den Gegenständen des täglichen Gebrauchs, zu Wohnung, Kleidung, Ernährung, zur Arbeit und Erholung, Kultur manifestiert sich im Umgang mit Dingen, Pflanzen, Tieren, vor allem aber im Umgang von Menschen mit Menschen« — wenn das Parteiprogramm auf diese Weise die »Alltäglichkeit« von Kultur beschreibt, wird eine ganz wichtige Aufgabe der Demokratisierung von Kultur verkannt. Niemand wird bezweifeln, daß die hier beschriebenen kulturellen Möglichkeiten (Wohnung, Kleidung, Ernährung) wichtig sind; entscheidender aber ist es, die Kultur hoher ästhetischer Qualität allen zugänglich zu machen. Die revolutionäre Wirkung von Kunst besteht eben darin, daß sie Kunst ist (und nicht ein gutgemeintes Triviales). Dies bedeutet, daß sich die SPD auch eindeutig und nachdrücklich zur künstlerischen Spitzenleistung bekennen sollte, die aber eben potentiell für jeden (und darin besteht die Demokratisierung) erbracht wird. Demnach gibt es auch keine »bürgerliche Kultur« — ein Mißverständnis, das nach wie vor in sozialdemokratischen alternativen Kreisen spukt. Es gibt freilich eine Kultur, die von bürgerlichen Kreisen vor allem im Laufe des 19. Jahrhunderts usurpiert wurde und die *Herbert Marcuse* affirmative Kultur nennt.

»Die Kultur einer Gesellschaft war in der Geschichte häufig Resultat ökonomischer Prozesse oder Ausdruck ökonomischer Macht.« Wenn man in einem Parteiprogramm auf die Unterbau/Überbau-Relation rekurriert (dagegen ist nichts einzuwenden), sollte man zugleich im Sinne der emanzipatorischen Bedeutung von Kultur herausstellen, daß Kultur als Überbauphänomen in der Lage ist, den Unterbau zu verändern. *Karl Marx* zeigt am Beispiel der griechischen Kultur, die ökonomisch gesehen eine Sklavenhaltergesellschaft war, daß das »richtige« Bewußtsein die sozioökonomischen Strukturen zu verändern mag.

»Auch die Form von Informationsgesellschaft, wie sie von Konservativen propagiert wird, wäre geprägt durch die Gewinninteressen derer, die neue Medien und Informationssysteme einrichten, beherrschen, vermarkten und zum Ausbau ihrer Macht nutzen, während menschliche Bedürfnisse und Fähigkeiten sich dem Medienbetrieb einpassen oder verkümmern müßten.« Sieht man davon ab, daß die SPD eine solche Informationsgesellschaft lange Zeit kritiklos hinnahm und damit förderte (die Verkabelung der BRD hätte sonst nicht so rasch um sich greifen können), so wird die Emanzipationskraft der neuen Medien verkannt. Eine generelle Definition der Gefahr, die der Informationsgesellschaft droht, müßte die konkrete Aussage zum Pendant haben, daß alle emanzipatorischen Bemühungen, etwa der bundesdeutschen »freien Radios« (als Gesellschaftsfunk, als Lokalradio, als Hörradio, als basisorientiertes Radio), zu unterstützen sind. Im Sinne von *Bert Brechts* Radiotheorie: »Der Rundfunk ist aus einem Verteilungsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, d.h., wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen ...«

»Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, sondern eine Wirtschaft, die sich als Teil einer Kulturgesellschaft versteht und verhält.« Utopien sind sinnvoll, doch sollte es sich um reale Utopien handeln. Absurd die Fata Morgana einer Wirtschaft, die sich selbst aufheben müßte. Die Axiomatik ist zu unterschiedlich: Ein System wie das einer Wirtschaft, die auf Profitmaximierung beruht, das den Mechanismen des Marktes unterliegt, kann nicht zugleich mit dem »System Kultur« identisch sein. Durch rigorose Maßnahmen muß dafür gesorgt werden, daß das »System Kultur« zumindest neben dem »System Wirtschaft« zu existieren vermag, also nicht (etwa durch »Kulturindustrie«) vereinnahmt wird. In diesem Sinne müßte das Parteiprogramm die notwendigen Lebens- und Überlebensbedingungen für das System Kultur aufzeigen; etwa fordern, Kulturarbeit nicht mehr als »freiwillige Leistung«, sondern als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand zu definieren und zu finanzieren.

»Wenn Kultur sich im Umgang von Menschen mit Menschen erweist, muß sich Kulturgesellschaft zuerst bewähren in der Art, wie sie sich denen zuwendet, die sich nicht selbst helfen können: Kindern, Alten, Kranken, Behinderten, Verfolgten. Eine solidarische Kulturgesellschaft nimmt sich der Schwachen nicht nur an, weil sie es ihnen, sondern weil sie es sich selbst schuldig ist. Kultur muß sich auch im Verhältnis zur Natur bewähren durch behutsame Pflege, die auf Eigengesetzlichkeiten Rücksicht nimmt. Dies beginnt bei der Agrikultur.« Kulturpolitik kann nicht dadurch legitimiert werden, daß sie alle Bereiche der Politik (von der Sozial- bis zur Landwirtschaftspolitik) überwölbt. Präzisiert muß werden, was Kulturpolitik meint. Die hochentwickelte Industriegesellschaft läuft Gefahr, die Notwendigkeit der Postmaterialität zu versäumen. So ist zum Beispiel Sozialpolitik vor allem darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern; sie beachtet dabei zu wenig die Gefahr mentaler Verelendung.

»Kultur ist auch Ergebnis menschlicher Arbeit. Die Qualität der Arbeit ist zugleich Zeichen und Bestandteil von Kultur. Auch wenn Mühe und Selbstdisziplin immer zur Arbeit gehören werden, muß Arbeit als sinnvoll erfahrbar sein.« Kulturpolitik sollte sich nicht dazu aufspielen, Sonntagssätze zu allen Lebensbereichen zu verkünden. Die kulturpolitische Frage in der gegebenen historischen Situation lautet: Welche Rolle haben Kultur und Kulturpolitik angesichts der Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu spielen? Ausgangspunkt ist die Forderung auf eine gerechte Verteilung der zunehmend knapper werdenden Arbeit. Dem Recht auf Arbeit entspricht die Notwendigkeit, für die jeweils (noch) in Frage kommende Arbeit qualifiziert zu sein. Darüber hinaus muß der Mensch in die Lage versetzt werden, »Kompetenzen« für die sinnvolle Nutzung freier Zeit erwerben zu können. »Betätigungsfelder« sind zu schaffen — wobei Tätigkeit (Meta-Arbeit) den reduzierten, meist nur auf ökonomische Sicherung ausgerichteten Arbeitsbegriff aufhebt.

Eine komparative wie historische Anthropologie mag zu dem Ergebnis kommen, daß der Mensch keineswegs Arbeit für seine Identitätsfindung und seine Identitätsbildung benötigt. Auch die abendländische Geschichte bietet genügend Beispiele dafür, daß der Mensch ohne Arbeit durchaus sinnvoll und sinnerfüllt leben kann — zumal »Arbeitsnotwendigkeit« vielfach in unmenschlichen Lebensbedingungen ihren Grund hatte. Dementsprechend haben sich die Herrschenden bemüht, in den Genuß von Arbeitslosigkeit zu gelangen. Für diejenigen, die die Arbeit leisten mußten (z.B. die Sklaven, später die Lohnsklaven) bestand kaum eine Chance, je von der einen in die andere Sphäre zu gelangen. Mit der Industrialisierung kam für die »Lohnsklaven« die reale Utopie zum Vor-Schein, unter menschenwürdigen Bedingungen an Freizeit partizipieren zu können, das heißt, einen Lebenssinn zu finden, der in einem Bereich jenseits von Arbeit lag. War mit Hilfe von Arbeit und Klassenkampf, so *Karl Marx*, die auferlegte Entfremdung überwunden, wären die Expropriateure expropriert, rückte das Paradies auf Erden in den Bereich von Wirklichkeit. Dort »arbeitete« man nicht mehr; dort war man »tätig« — in Überwindung der zugewiesenen notwendigen (entfremdeten) Arbeit. Im Zeichen von Ausbeutung (Kapitalismus) wird der Mensch mit Hilfe von Arbeit unterjocht; jedem wird ein bestimmter ausschließlicher Kreis von Arbeit aufgedrängt, aus dem er nicht herauskommt:

»Er ist Jäger, Fischer oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will — während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweig ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe; ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.«

Die Vision, die dergestalt *Karl Marx* im nachgelassenen Fragment »Deutsche Ideologie« (1846) beschreibt: nämlich die Überwindung des Sichfestsetzens der sozialen Tätigkeit, »diese Konsolidation unsres eigenen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zu nichte macht« —, also die Eröffnung eines anthropozentrischen humanen Entwicklungspfad, orientiert sich eigentlich an Lebensformen der Feudalgesellschaft bzw. der Leisure class, die eben gerade deshalb als sinnvoll erscheinen, weil sie zweckfrei sind. Man kann bald Jäger, Fischer, bald Hirt oder kritischer Kritiker sein und bleiben; kann heute dies, morgen jenes tun (morgens jagen, nachmittags fischen, abends Viehzucht treiben), ohne dazu durch Lebensnotwendigkeit gezwungen zu sein. Der Sprung in die Freiheit er-

weist sich als ein Sprung aus »Arbeit« in »Tätigkeit«. Müßiggang ist nicht aller Laster Anfang, sondern im Gegenteil: ein Vorstoß zu humaner Selbstbestimmung.

Kulturpolitische Aufgabe ist es, den reduzierten, eindimensional gewordenen Arbeits- und Leistungsbegriff auszuweiten, d.h., ein Bewußtsein zu fördern, das die menschliche »Totalität« genauso im Auge hat, wie es sich auf die neuen Erfordernisse der veränderten Arbeitsgesellschaft einzustellen vermag. Zugespitzt formuliert: Arbeitete man bislang, um sich etwas Lebensgenuß verschaffen zu können, so wird man lernen müssen zu genießen, ohne viel zu arbeiten. Die libidinöse Moral eines postmateriellen Wertesystems (»Genießen«) ist nicht egozentrisch zu sehen; es geht darum, eine neue bürgerliche Lebensform zu entwickeln, die sowohl die »Freude am anderen« als auch die Hilfe für andere ins Zentrum von Tätigsein rückt. Neben die Erwerbsarbeit tritt die gesellschaftliche Tätigkeit, die die Kluft zwischen privaten und öffentlichen Leben überbrücken hilft. Selbstbestimmte Tätigkeiten im Bereich der Freizeit, der Eigenarbeit und bestimmter Ehrenämter, der Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit und genossenschaftlichen Kooperation gehören genauso dazu, wie das weite Feld der soziokulturellen und sozialpsychologischen Tätigkeit, die der mentalen Verelendung im Rahmen technologischer Großsysteme entgegenzutreten sucht.

»Sport kommt dem Bedürfnis nach Bewegung, Spiel und Wettkampf entgegen und bildet vor allem im jungen Menschen den Sinn für Fairness und Teamarbeit ... Fördern wollen wir eine Kultur des Wohnens. Wohnung soll nicht nur ein Dach über dem Kopf bieten, sie soll ein Ort sein, an dem die Menschen gesellig und gleichzeitig geborgen sein können ... Kultur wurzelt auch im Religiösen. Wo religiöse Erbe neu lebendig gemacht wird, entstehen ethische, soziale und künstlerische Impulse, die eine Kulturgesellschaft bereichern können.« Der breite Assoziationsstrom des Parteiprogramms überflutet alle Gefilde. »Irgendwie« stimmt dies alles; nur fehlt die Artikulation des erkenntnisleitenden Interesses und eine entsprechende Ausprägung in Begriffe, die komplexe Zusammenhänge definieren. Man desavouiert Kulturpolitik, wenn man sie zur Briefkastentante macht, die zu jeder Lebenslage und jeder Lebensfrage einige besinnliche Ratschläge zu geben vermag. Natürlich gibt es eine Wohnkultur, eine Eßkultur, eine Bekleidungskultur und so fort. Nachzudenken wäre statt dessen über die Rolle der Ästhetik in der modernen Industriegesellschaft. Die »Einzelheiten« ergeben sich daraus. Eine soziale und demokratische Anthropologie sollte sich vor allem mit den warenästhetischen Trivialmythen auseinandersetzen. Die Warenästhetik ist Täuschung, weil mit und in ihr der Anspruch der Ästhetik, Stofflichkeit und Schwerkraft durch Form bzw. »Formalität« überwinden zu können, nur dem Scheine nach aufrechterhalten, in Wirklichkeit jedoch ins Gegenteil verkehrt wird. Die Warenästhetik kaschiert lediglich die Regression in eine unsublimierte Materialität. In Form der Warenästhetik (mit einer für alle plausiblen Bildgrammatik) glaubt jeder, am Schönen teilzuhaben; doch erfolgt kein kontinuierlicher Lernprozeß und keine Aufklärung, die Komplexität zu erhellen vermöchte. Frischwärts bedeutet Rückwärts, Reflexion geht im sinnlichen Sog verloren. Das Interesse an Mündigkeit wird durch Profitgier überlagert. Die Gegenständlichkeit als wichtiges Element menschlicher Identitätsfindung ist substituiert durch die Gewalt der Sachen, die zu »haben« jedem Wunsch nach »Sein« vorgeht. Die Dinge verfügen über den Menschen. Die Verpackung ist die Botschaft.

»In der Sprache speichert sich menschliche Erfahrung, in ihr äußert sich geistige Differenzierung. Die Sprache kann aber auch abgenutzt werden und zu Klischees erstarren.« Ein Parteiprogramm, das sich mit Soziolinguistik beschäftigt — ein verdienstvolles Bemühen —, sollte dies einigermaßen gründlich tun. Eine Sprachkritik, die die Art des Spre-

chens, die man kritisiert, adaptiert, führt sich ad absurdum. Es kommt dabei weniger darauf an, ob ein Text gut oder schlecht »formuliert« ist; jeder, der mit Sprache zu tun hat, ist gut beraten, wenn er stilistische Toleranz übt. Verlangen kann man aber, daß derjenige, der drauflosredet bzw. -schreibt, etwas zu sagen hat — also sich ein Gedankengebäude mit Hilfe eines Begriffsgerüsts erarbeitet hat. In den »Leitlinien zur Kulturpolitik«, die (ein Beispiel unter vielen) der Düsseldorf Unterbezirksparteitag 1985 verabschiedete, heißt es: »Kunst und Künstler haben eine Verpflichtung gegenüber dieser Gesellschaft, eine Verpflichtung nämlich, der Gesellschaft bei der Meisterung ihrer Pflichten zu helfen (Albert Camus). Die Kultur ist nach Herbert Marcuse ein wichtiger Beitrag 'einer Gesellschaft zu ihrer Humanisierung'. Und nach Robert Jungk ist der Künstler der 'ewige Revolutionär, der die Gesellschaft mit dem Anderen, mit dem Zukünftigen, mit dem vorläufig logisch nicht Erfäßbaren konfrontieren kann'.« Und an anderer Stelle:

»Kunst und Kultur haben eine wichtige Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Findung von Reformperspektiven. Sie müssen eine menschenwürdige Gestaltung der Umwelt einfordern, Fehlentwicklungen der Gesellschaft aufzeigen und zu Utopien anregen. Dies gilt heute vor allem angesichts einer Periode des tiefgreifenden Umbruchs vieler gesellschaftlicher Wirkungszusammenhänge am Ende der traditionellen Epoche. Kultur darf deshalb nicht der Rückzug in die Idylle sein oder in die 'Sonntagskultur', wie Walter Jens das nennt. Kultur darf nicht die Flucht aus den Lebenszusammenhängen, der Ausstieg aus der Gesellschaft oder der Rücktritt in die Mythologisierung und Irrationalität sein. Kultur ist nicht die nostalgische Sehnsucht in das Gestern einer heilen Welt, nicht die Beschwörung von Ruhe, Ordnung und formaler Sicherheit. Kultur muß vielmehr Gegenkräfte mobilisieren gegen eine soziale und kulturelle Verarmung, gegen die 'Unwirtlichkeit der Städte', gegen die Ausgrenzung von Ausländern und Arbeitslosen, gegen die Zerstörung der Umwelt oder gegen den Wahnsinn der Hochrüstung.«

E contrario wird damit deutlich, was man beim Kulturteil des »Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« grundsätzlich vermißt: Die Plausibilität eines Gedankenganges, der sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit entwickelt; den Mut zu Schlüsselbegriffen, die Komplexität zu erfassen trachten (auch wenn sie für breite Wählermassen nicht »gutdeutsch« klingen). Die Inhalte sind nicht klar definiert, nicht konkret auf die aktuelle Situation bezogen; die Einarbeitung historischer Erfahrung fehlt genauso wie die Entwicklung antizipatorischer Vernunft. — Es ist natürlich richtig, daß »die Sprache ständiger Erneuerung« bedarf — nichts gegen die Ausmalung des allgemeinen sprachphilosophischen Ideenhimmels; ein Parteiprogramm müßte jedoch danach fortfahren und fragen, warum die Sprachkultur so zurückgegangen ist (etwa Kritik am Parlamentarismus wie an der Schule üben, den Verlust der Phantasie wie die unaufhaltsame Ausbreitung der Großlegasthenie durch rücksichtslose »Verkabelung« anprangern).

»Europa ist unverwechselbar geprägt durch seine vielsprachige, regional unterscheidbare und doch gemeinsame Kultur. Wir wollen dazu beitragen, daß sie sich weiter entfalten kann. Sie ist Teil einer Weltkultur; aber sie dient dieser Weltkultur nicht, indem sie sich in ihr auflöst, sondern indem sie ihre Traditionen und ihre Eigenarten in die Kultur der Weltgesellschaft einbringt.« Sticht man mit der Nadel analytischer Vernunft in derartige Aufgeblasenheiten, bleibt ein Häufchen von Versatzstücken, die beliebig handhab- und montierbar sind. »Unterscheidbar und doch gemeinsam« — was heißt das? »Nicht aufgelöst, aber eingebracht« — was heißt das? Präzise nachzudenken wäre über die Wege und Formen des Kulturaustauschs; worin Gemeinsamkeiten bestehen und worin nicht. Seelenvolle

Abendländerei ist sowieso suspekt; sie dient häufig nur dazu, abgrundtiefe Barbarei, wie sie gerade ein Produkt des sog. »christlichen Abendlandes« ist, mit prunkvoller Fassade zu verstellen. Kulturelle Erinnerungsarbeit sollte da mehr Trauer- als Stolz-Arbeit sein.

Bildung soll »*jungen Menschen helfen, in einer hochtechnisierten Welt menschliche Grunderfahrungen zu bestehen und daran zu wachsen: Liebe und Zärtlichkeit, Freundschaft und Trennung, Krankheit und Tod.*« Der Jargon der Eigentlichkeit ist nicht nur an dieser Stelle am Werk. Wie »wächst« zum Beispiel Jugend an Krankheit und Tod? Übersichtlicher wäre es auch, die Begriffspaare einigermaßen stringent zu ordnen: Liebe und Trennung, Freundschaft und Einsamkeit, Lebensfreude und Tod kämen dem (pietistischen) Sinnzusammenhang wohl näher. Instruktiver wäre zudem solche hochgemute Kulturpathetik, wenn man erführe, auf welche Weise das postmaterielle Tugendsystem zu vermitteln und zu verinnerlichen wäre. Wie sollten etwa die Bildungs-, Kultur- und Sozialorte (z.B. Schule, Theater, Krankenhaus, Altersheim) aussehen, damit die Schwerkraft des Lebens gemildert werden und Sublimierung um sich greifen kann? Was sind die identitätsstiftenden Werte? Wie kann »Anmut und Würde« gesellschaftspolitisch ermöglicht, die »ästhetische Erziehung des Menschen« als Bürgerrecht realisiert werden?

»*Alle diese Bildungsaufgaben gehen nicht auf Kosten der notwendigen Vorbereitung auf Arbeitswelt und Beruf. Im Gegenteil: In einer Arbeitswelt, in der Teamarbeit gefragt ist und im Laufe eines Arbeitslebens sehr verschiedene Aufgaben zu bewältigen sind, wird sich beruflicher Erfolg um so eher einstellen, je weniger eng und einseitig Bildung sich darauf konzentriert.*« Erweitert man die Bildungsaufgaben, was ja gut ist (das Parteiprogramm betont »Naturkundliches«: die Aufgeschlossenheit für Tier, Landschaft und Jahreszeiten), so geht das zur Zeit auf Kosten der Vorbereitung und Ausbildung für den Beruf. Die Schülerinnen und Schüler werden vollgestopft mit Wissenstoff; da ist kein Platz mehr für »Zusatzbereiche«. Wenn man eine dem gegensteuernde (sinnvolle) Forderung aufstellt, muß man die curriculare Revision angehen — und zwar im Ausmaß einer »kopernikanischen Wende«.

In dem Kapitel »Medienfreiheit« erfährt man, daß die Medien interessant und informativ bleiben sollen, jedoch nichts darüber, wie man der Informationsverschmutzung entgegenzutreten kann und wie angesichts der Bilderflucht das allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit zu verhindern wäre. Soll Telematik (Telekratie) nicht endgültig die »Antiquiertheit des Menschen« bestätigen, muß eine »Kulturrevolution« stattfinden, die den Menschen in die Lage versetzt, Gegenkräfte zu entwickeln. Da es so aussieht, daß die »Verkabelung« nicht mehr aufzuhalten ist, muß man wenigstens die Menschen mit der Freiheit »begaben«, sich von der Medienflut distanzieren zu können. Die »Dialektik der Aufklärung« fordert uns dazu auf, eine neue Didaktik für Aufklärung zu entwickeln.

Ich habe nichts dagegen, wenn der deutsche und europäische Film gefördert werden soll. Dies ist ein wirtschaftspolitisches Problem. Kulturpolitisch bzw. kulturpädagogisch ginge es jedoch darum, den *guten* Film zu fördern, den »Erlebnisraum Kino« zu erhalten bzw. kommunikative Kulturorte zu schaffen, die der Televisionseinsamkeit entgegenwirken. Die Literatur, die die Medienproblematik behandelt, ist höchst umfangreich. An der SPD-Kulturprogrammatik ist sie weitgehend spurlos vorübergegangen. Kein Wort über Gewalt im Videobereich. Statt dessen: »*Der einheimische Kurz-, Dokumentar-, Kinder- und Spielfilm muß auch künftig eine Chance haben.*« Auf welche Weise? Indem man ...; indem man nicht ...

Natürlich ist es schwer, mit einigen Zeilen Kunst zu definieren. Immerhin gibt es eine Reihe wichtiger ästhetischer Theorien — von Friedrich Schiller bis Herbert Marcuse und

Th. W. Adorno. Im Programmentwurf heißt es, daß Kunst kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft sei, sondern als eine notwendige Äußerung eines menschenwürdigen Lebens sich erweise. Da ist einiges durcheinandergeraten. Der Parteiprogrammatiker meint wohl: Kunst ist notwendig, da sie mit ihren »Äußerungen« (die Gedanken- und Gefühlsräume sinnlich erschließen) die reale Utopie eines menschenwürdigen Lebens zum Vor-Schein bringt. In diesem Sinne ist Kunst ein Teil des »Prinzips Hoffnung«. Wenn die Trompete im »Fidelio« ertönt, so Ernst Bloch, erklingt immer die Marseillaise. Die Bilder der Kunst sind Sinn-Bilder. Sie können in der Tat »ein Gegengewicht gegen Abstumpfung, Vereinsamung und Banalisierung des Alltags« sein. Vor allem aber sind sie ein Gegengewicht zu dem Versuch der Politik totalitärer, autoritärer, aber auch demokratischer Provenienz, den Menschen zu manipulieren. Wo *Es* war, soll *Ich* werden. Kunst kann Ich-Stärke vermitteln, indem sie den Menschen über sich, über die Mitmenschen wie über die Welt aufklärt.

Mit Überraschung liest man: »Kunst lebt vom Engagement, der Eigenwilligkeit, Radikalität und Verschiedenartigkeit von Menschen, von der Sehnsucht nach Schönheit, Sinnlichkeit, Freiheit und Glück, von Gesten und Entwürfen, mit denen wir Wirklichkeit wahrnehmen, aber auch aus der Routine des industriellen Alltags ausbrechen.« Wie man mit »Gesten« und »Entwürfen« Wirklichkeit wahrnehmen bzw. aus der Routine des industriellen Alltags auszubrechen vermag, müßte expliziert werden. Wahrscheinlich hat wieder einmal die begriffliche Trennschärfe des Programmschreibers ausgesetzt. »Vergessen« wurde auch, daß Kunst vor allem von ihrer *künstlerischen* Qualität lebt, weshalb Staat und Gesellschaft nicht nur Kunst, sondern auch den Künstler fördern sollten. »Schönheit« ist in diesem Zusammenhang ein viel zu enger Begriff. Zudem wird der künstlerische Formtrieb, seine Sublimierungs- und Verdichtungsfähigkeit, mit »Sehnsucht« sehr vage beschrieben. Welche Rolle die »Gesten« in diesem Zusammenhang zu spielen haben, bleibt genauso unverständlich wie die Feststellung, daß die Kunst vom »Glück« und von »Entwürfen« lebe. Daß dem Künstler, wenn der Mensch in seiner Qual verstummt, ein Gott zu sagen gibt, was er leidet, ist poetisch übertrieben; etwas besser wäre damit freilich die künstlerische Befindlichkeit schon umschrieben. Aus »Entwürfen« lebt die Kunst sicherlich nicht; sie führt zu Entwürfen — zu Entwürfen, die häufig nicht Wirklichkeit spiegeln, sondern Gegenwelten, Alternativen aufzeigen. In diesem Sinne ist Kunst das »ganz andere«.

»Die Moderne hat unterschiedliche Kunststile geschaffen; regional geprägte Volkstraditionen, klassische und romantische Kunst, die Antiformen der Protestkulturen und die modernen Medien entwickeln sich getrennt und beeinflussen sich gegenseitig.« Der Streit über das »unvollendete Projekt der Moderne« ist voll im Gange. Zumindest ein paar Aufsätze darüber sollte einer, der sich ein Parteiprogramm ausdenkt, schon gelesen haben. Übrigens: Die regional geprägten Volkstraditionen sind nicht ein Produkt der Moderne, sondern fast ausschließlich im Aufstand gegen sie bedeutsam geworden. Die klassische und romantische Kunst gehört nicht zur Moderne; sie stehen am Anfang einer Entwicklung, die in der Moderne aufgipfelte. Wenn die Protestkulturen Antiformen sind, müßte man auch sagen, gegen was sie sich wenden. Die Moderne ist, nebenbei, weitgehend identisch mit Protestkultur. Der Impressionismus, der Naturalismus, der Expressionismus, der Surrealismus wenden sich gegen die affirmativ-erstarrten Formen des Sehens, Fühlens und Denkens. Daß Stile sich getrennt entwickeln und gegenseitig beeinflussen, gilt irgendwie immer. Erfreulich, daß die SPD keine »Einheitskultur« will; Konservative wollen dies durchaus. Gegen sie wäre zu argumentieren.

»Wir sehen in den Menschen jeden Alters und Geschlechts nicht nur mehr oder minder verständige Konsumenten von Kunst; wir möchten, daß sie ihre eigenen schöpferischen Fähigkeiten entdecken und entfalten.« Der Segen für die Amateurkunst hängt schief. Herauszustellen wäre, daß Kulturpolitik dichotomisch angelegt ist:

— Zum einen muß sie mit allem Nachdruck um hohes und höchstes ästhetisches Niveau besorgt sein. Institutionenkritik — Kritik an Theater, Kritik an der Kunsthalle, am Museum ... — ist immer dann berechtigt, wenn diese hohe Qualität des Ästhetischen (im Sinne einer umfassenden Ästhetik verstanden, die nichts mit Formalismus zu tun hat) verlorengelut und durch die Mediokrität der Anpassung ersetzt wird. Diese Kultur hoher Qualität wird angeeignet, indem man nach-denkt, nach-fühlt, nach-»sieht«. Das Bürgerrecht Kultur will alle Menschen, nicht zuletzt via Erziehung, in die Lage versetzen, ein verständiger Rezipient (nicht Konsument, das ist bereits abwertend!) zu sein.

— Zum anderen wendet sich Kulturpolitik den kreativen Fähigkeiten eines jeden zu; diese müssen gefördert werden. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten wurde ein Vielzahl von Modellen entwickelt, die die Möglichkeiten für eine Verwirklichung von Massenkultur (ohne Anführungszeichen) erfolgreich vorausaufklärten. Dem SPD-Parteiprogrammatiker fällt dazu leider nur ein »lebendiges Vereinswesen« ein; die Alternativkultur, die Soziokultur bleiben unbeachtet. Leicht hätte er bei der Geschäftsstelle der »Kulturpolitischen Gesellschaft« erfahren können, welche »Topoi« hier in Frage kommen. Die vielen Gruppen, die seit Jahrzehnten, oft wenig unterstützt vom sozialdemokratischen Parteiapparat, in der Kulturlandschaft viele Blumen zum Blühen gebracht haben, hätten durch unterstützende Erwähnung honoriert werden müssen.

Der Entwurf eines Parteiprogramms ist eine schwierige Sache, es soll klug, kurz und allgemein verständlich sein. Die römische Spruchweisheit — *rem tene verba sequuntur* — könnte da weiterhelfen: Halte die Sache fest, die Worte folgen. Die »Sache« nämlich könnte man kollektiv erarbeiten, indem man eine fundierte Stoff- und Beispielsammlung anlegt, die relevante Literatur durchsieht, wichtige Schlüsselbegriffe registriert, diskutiert, problematisiert, instrumentalisiert. Voraussetzung wäre freilich ein steter Diskurs der SPD-Führungskreise mit denjenigen, die Kultur ausüben und Kulturpolitik einigermaßen kompetent betreiben. Ad hoc läßt sich Substanz schwerlich herbeizutieren. Positive Ansätze in der Vergangenheit sind durchaus gegeben. Die schon erwähnte »Kulturpolitische Gesellschaft« ist zwar keine SPD-Einrichtung, doch jederzeit offen für Beratung. Der Parteivorstand hat 1981 *Reinhold Schattenfroh* beauftragt, »Materialien zur Kulturpolitik« zusammenzustellen. Das Ergebnis war eine interessante Tour d'horizon der kulturpolitischen Landschaft. Es liegen vor die Arbeitsergebnisse vieler kulturpolitischer Arbeitskreise und Arbeitsgruppen innerhalb der SPD. Ein »Kulturforum« der SPD entstand. Und dann das weite Praxisfeld kommunaler Kulturpolitik. Die Veröffentlichung des Deutschen Städte-tages, des Instituts für Urbanistik. Das allgemeine Schrifttum. Und dann dieses Ergebnis! Man sollte sich jedoch nicht entmutigt fühlen, denn am Ende des Abschnitts »Politische Kultur« heißt es ja: »Wir setzen auf Weggenossen, die ihre Unabhängigkeit wahren und uns kritisch begleiten wollen.« Eine solche Hoffnung soll nicht enttäuscht werden, wie auch dieser Beitrag beweist. Ich frage mich nur: Hätte man nicht schon etwas früher auf die Weggenossen setzen sollen, damit ein Text entstanden wäre, der den »Weg zur Kultur-gesellschaft« präziser und damit inspirierender beschreibt? Man sollte verstärkt auf das Kohl-Syndrom innerhalb der SPD achten: Kohl in uns selbst bekämpfen. Die Begriffslosigkeit wächst und wächst. Nun kommt es darauf an, im Schaumteppich wieder Grund zu fassen.

II.

In einer »zweiten Runde« sei das, was assoziativ-kritisch zum Entwurf des Kulturteils im neuen Grundsatzprogramm der SPD vorgebracht wurde, mit einiger Systematik »positiv« zusammengefaßt und ergänzt, abzielend auf Leitlinien einer ums »Bürgerrecht Kultur« bemühten, somit wohl sozial-demokratischen Kulturpolitik.

1. *Demokratisierung und Sozialisierung des kulturellen Zeichen- und »Kürzel«-Systems.* Um die »Sprache der Kunst« verstehen zu können, benötigt man kulturelle Kenntnisse, vor allem aber muß man sich in Kultur einüben können. Das bedeutet Verfügbarkeit über die »Kürzel« und die Fähigkeit, diese zu entschlüsseln; Aufnahmefähigkeit für neue kulturelle und künstlerische Signale; geistiger und seelischer Nachvollzug; Vermögen, sich auszudrücken, sich zu artikulieren, seine Kreativität zu leben. Ästhetik in diesem Sinne muß hineingesprengt werden in den Alltag, in die stereotypen Szenarien und Zwänge unseres Lebens, damit die »Stunden wahrer Empfindung« häufiger schlagen, Augenblicke, da das Schöne, Gute und Wahre (jenseits einer affirmativen, systemstabilisierenden Vereinnahmung) auf- und vor-scheint und sich die Begegnung des Menschen mit der Idee vollzieht. In der Handlungsperspektive bedeutet dies:

— Dezentralisation von »Kulturorten«, in der Stadt und auf dem Lande; Schaffung einer kulturell dichten Infrastruktur (Kulturläden, Gemeindekinos, Gemeinde-Museen, Kulturwerkstätten, Kultur-Jugendzentren, Bürgerhäuser etc.); Schulen sollten in »Nachbarschaftsschulen«, als Teil von kultureller Gemeinwesenarbeit, »umgerüstet« werden. Neben den Mitteln für die Bauinvestitionen (die mit denkmalpflegerischen Maßnahmen Hand in Hand gehen können) sind Mittel für die laufenden Kosten und vor allem für die personelle Ausstattung notwendig; innerhalb des Berufsprofils des »Kulturarbeiters«, Kulturpädagogen, »Animators« können vor allem auch Künstler als Vermittler herangezogen werden.

— Kulturpädagogisch muß an den Schulen und Erziehungseinrichtungen kognitiver Ballast abgeworfen, mit Hilfe der Reduzierung von Stoffhuberei curricularer Freiraum geschaffen werden — damit kulturelle Bildung (musische Bildung) jenseits des Leistungsprinzips möglich wird. Die kulturelle Bildung ist dabei übergreifend zu »organisieren«, also fachdidaktische Isolierung zu vermeiden. Wichtig ist die intensive Kooperation mit außerschulischen Kultur-Werk-stätten; diese Partnerschaft kann auch dafür sorgen, daß Kulturarbeit innerhalb der Schule entschult wird. (Künstler in Schulen; Kinder- und Jugendtheater; Medienwerkstätten; Wissenschaftsläden; Bücherstuben; Zeitungscafés; Geschichtswerkstätten; Museumsschulen; kunstpädagogische Zentren; Kino-, Jazz- und andere Clubs; Schul-Diskotheken; dazu natürlich die traditionellen Einrichtungen wie Musikschulen, Malschulen etc.).

Besonderes Augenmerk ist dabei Schulbereichen zuzuwenden, die, wie etwa die Berufsschulen, noch weitgehend von kulturellen Bildungsangeboten ausgeschlossen sind. In Ergänzung zur Spezialqualifikation sind Kulturangebote notwendig, die dazu motivieren, kulturelle und soziokulturelle Kompetenz zu gewinnen, also »postmaterielle« Fähigkeiten, wie sie vor allem für eine flexible Industriegesellschaft mit entsprechenden Freizeitmöglichkeiten notwendig sind.

2. *Die ästhetische Erziehung des Menschen* ist als Gegensteuerung zu Warenästhetik und »Verkabelung« als staatliche wie kommunale Pflichtaufgabe zu begreifen. »Jetzt aber herrscht das Bedürfnis und beugt die gesunkene Menschheit unter sein tyrannisches Joch. Der Nutzen ist das große Idol der Zeit, dem alle Kräfte fronen sollen.« (Friedrich Schiller) Im demokratischen Staat muß, im Sinne des »Bürgerrechts Kultur«, jeder sich auch ästhe-

tisch »einrichten« können, muß ästhetische Erziehung jenseits der Kulturindustrie mit ihren Trivialmythen gefördert werden. Die mentalen Bedürfnisse sind — via Kulturpolitik — ernst zu nehmen und Spiel-Räume für ihre Entfaltung wie Befriedigung zu schaffen.

Dabei können und dürfen nur die kulturdemokratischen Strukturen (einschließlich Subventionen) vorgegeben werden, innerhalb derer der Geist dann weht, wie er will. Die freiheitliche Ausübung des »Kulturrechts« im Sinne kritischer Kulturaneignung schließt die Ermutigung im besonderen auch der traditionellen Kulturinstitute (wie Theater, Museum, Bibliothek etc.) zum Nonkonformismus ein. Die öffentliche Finanzierung der Kulturinstitute legitimiert sich gerade dann, wenn diese den *erstarrten Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielen, um sie zum Tanzen zu bringen*. Mit »Hochkultur« hat dies dann nichts zu tun — dann nichts, wenn das, was »auf den Gipfeln« geschieht, nicht elitär-hermetisch abgegrenzt wird; der Gesamtheit der Bevölkerung ist (über Kultursubventionen wie Kulturpädagogik) der »Weg zu den Gipfeln« einladend zu eröffnen. Nicht Kunst für das Volk, sondern Volk für die Kunst ist die Devise!

In der Handlungsperspektive bedeutet dies, daß der Staat wie die Gemeinden als Geldgeber ihre kulturpolitische Aufgabe nicht inhaltlich zu verstehen haben, sie also ihre Unzuständigkeit für das »Programm« ständig durch »Toleranz ohne Proporz« verifizieren. Die Schaffung von »Zwischengremien« (Arts Councils, Kulturbeiräten etc.), vor allem auch, was kulturelle Großprojekte wie etwa Ausstellungen betrifft, kann helfen, Kulturarbeit vom politischen Einfluß zu entkoppeln bzw. Bevormundungsstrategien aufzudecken. (Die nach Kriegsende geschaffenen Mittlerorganisationen für den Bereich auswärtiger Kulturpolitik, wie etwa Goethe-Institut, Inter Nationes, Institut für Auslandsbeziehungen, könnten auch landespolitischen Organisationsformen als Vorbild dienen.)

Im Medienbereich besteht Gefahr, daß das fortschrittlich organisierte öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem, das dem demokratischen Bildungsauftrag verpflichtet ist, kommerziell unterminiert wird, also das verkümmert, was Hörfunk und Fernsehen zum »kulturellen Phänomen« machen (Bundesverfassungsgericht 1961). — Innerhalb der neuen »Medienvielfalt« sind deshalb vor allem Organisationsformen zu fördern, die als »freie Radios« im Sinne der Brechtschen Radiotheorie nicht den Verteilungs-, sondern den Kommunikationsapparat im Auge haben.

3. Die Ende der sechziger Jahre einsetzenden *kulturökologischen Bemühungen* sind verstärkt fortzuführen. Kulturökologie wird dabei verstanden als der Versuch, mit kulturpolitischen und kulturplanerischen Maßnahmen in Verbindung mit Stadtentwicklungsplanung »Symbiosen« zwischen Mensch-Mensch (Kommunikation, Sozialisation) und Mensch-Umwelt zu erleichtern, also die Stadt vor dem Umkippen in ästhetische Verwahrlosung zu bewahren. (John Kenneth Galbraith auf dem Städtetag 1971, »Rettet unsere Städte jetzt!«: Die Stadt ist in Gefahr, über Profitopolis und Megalopolis zu Nekropolis zu werden — wo sie doch Metropolis sein sollte!)

In der Handlungsperspektive ist Stadt- und Landesplanung mit Kulturentwicklungsplanung zu verzahnen, sind infrastrukturelle Maßnahmenkataloge stets auch unter dem kulturpolitischen Aspekt zu sehen. Dem kommt in Hinblick auf die Zukunft der Arbeitsgesellschaft besondere Bedeutung zu.

4. Antizipatorische kulturpolitische Vernunft (Phantasie) muß sich vor allem der *Zukunft der Arbeitsgesellschaft* zuwenden. Im Zeitalter der Mikroprozessoren wird Arbeit (im abendländischen Bereich weitgehend mit der »Ressource Sinn« identisch) knapp.

Gesellschaftspolitisch ist ein neuer, und zwar permanenter Lastenausgleich notwendig: *Arbeit muß gerecht verteilt werden*. Das entscheidende Mittel dazu ist Arbeitszeitverkür-

zung (die Lebensarbeitszeit wie Tagesarbeitszeit betreffend). Freizeit definiert sich dann zunehmend nicht mehr als Ausgleichs- oder Regenerationszeit, sondern als Möglichkeit für humane Selbstverwirklichung. Der ökonomisch, aber auch ideologisch bestimmte Begriff »Arbeit« (ein reduzierter, die Entfremdung verinnerlichender Begriff) wird in Richtung »Tätigkeit« (Meta-Arbeit) erweitert.

»Der Erfolg und die emanzipatorische Wirkung von Arbeitszeitverkürzung (natürlich ohne Lohnausfall) hängen im übrigen sehr davon ab, ob die Gewerkschaften und auch die Kommunen, politischen Verbände, Kirchen usw. den Menschen in ihrer freigesetzten Zeit Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Selbstgestaltung ihres Lebens und ihrer Lebenswelt, ihrer Umwelt und ihrer individuellen und kollektiven Bedürfnisse und Bedürfnisbefriedigung zu bieten wissen. Kurzum, der Arbeitskampf kann sich heutzutage nicht auf die Arbeitsstätten beschränken; die Linke, inklusive die Gewerkschaftsbewegung, muß sich des ganzen Menschen annehmen und ihm sowohl kulturelle wie gesellschaftspolitische Aussichten eröffnen.« (André Gorz)

»Werkstatt« wird dabei zu einem Schlüsselbegriff, Schlüssel-Topos. In ihr vollzieht sich selbstbestimmte Tätigkeit als konkretes sinn-volles Tun. Werkstatt bedeutet Ort jeglichen Hand-werks; ferner workshop: Theaterwerkstatt, Medienwerkstatt, Öko-Werkstatt, Stadtsanierungswerkstatt, Geschichtswerkstatt, Sozialwerkstatt; Ort der Kreativität; Kommunikations- wie Sozialisations-Ort; Kooperative, Genossenschaft. Ein Topos, der Sinnerfüllung ermöglicht, der begreifende Handarbeit und sublimierende Geistes- wie Gefühlstätigkeit lokalisiert.

Werkstatt-Arbeit als Meta-Arbeit, als Arbeit im Sinne eines nicht mehr reduzierten, sondern wieder vieldimensional gewordenen Arbeitsbegriff (als Tätigkeit eben), muß natürlich finanziert werden. Die mit Hilfe der Mikroelektronik und anderer Rationalisierungsmaßnahmen, also mit zunehmend geringer werdender menschlicher Arbeitskraft erzielten Rationalisierungsgewinne müssen in vertretbarem Umfang (ohne Ausschaltung des Konkurrenzprinzips als heilsamer Aktivitätsbelebung) dafür herangezogen werden — in Form einer »Tätigkeits-Steuer«. Ein garantiertes Mindesteinkommen, ein »staatsbürgerlicher Grundgehalt«, hätte die ökonomischen Folgen des Verlustes von Arbeitsmöglichkeit (bzw. verkürzter Arbeitsmöglichkeit) mit auszugleichen.

* * *

Für die Idee einer »neuen« Kulturpolitik hat die Zukunft längst begonnen; hinsichtlich der Praxis befindet man sich vielfach erst auf dem Stand des vorletzten Irrtums (etwa in Form eines das Schöne, Gute und Wahre im affirmativen Geiste interpretierenden und praktizierenden Kulturbewußtsein). Das Selbstbewußtsein der »neuen« Kulturpolitik wurzelt in einer politischen Anthropologie, wie sie in den Grundwerten des Grundgesetzes zum Ausdruck kommt; um diese vom Kopf auf die Füße stellen zu können, muß man sie erst wieder in die Köpfe der Politiker hineinbringen. Dem dient kulturpolitische Programmatik. Hoffentlich!

Günther Horzetzky

Dimensionslos

Gedanken zum agrarpolitischen Teil des neuen SPD-Grundsatzprogramm-Entwurfs

»Was mich beunruhigt, ist der 'Mangel an Reibung'.«
Johannes Rau im Januar 1986

Reiben wir uns also — an der Agrarpolitik. Als sich die SPD noch Grundsatzdiskussionen über ihre Haltung zur Agrarpolitik leistete, da mag es ihr vordergründig ebenfalls »nur« um die Mehrheit gegangen sein. Aber solche Parteitage — sei es nun Breslau 1895 oder Godesberg 1959 — dienten *auch* der Abwägung von politischen, sozialen und ökonomischen Argumenten. Über den agrarpolitischen Teil im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands läßt sich dagegen überhaupt nicht mehr diskutieren. Er enthält politische, soziale und ökonomische Nicht-Positionen. Anders als feuilletonistisch ist ihm in der Kritik daher auch nicht beizukommen.

»Unsere Landwirtschaft«*

Nicht einmal der Deutsche Bauernverband versteigt sich zu einer begrifflichen Inbesitznahme der Landwirtschaft, zu der sich die Autoren in dem zwölf-zeiligen Agrarpassus mit dem Wörtchen »unsere« verstehen. Vornehm referiert er über »die« Landwirtschaft, die es natürlich ebensowenig gibt wie eine »unsrige«. Immerhin ist bereits mit der Wortwahl etwas erreicht: über »unsere«, über mithin eine sozialdemokratische Landwirtschaft streitet mensch nicht. Analytisches Herangehen, eine Untersuchung von Interessenlagen, ökonomischen Konflikten oder politischen Zielen im Zusammenhang mit Landwirtschaft verbieten sich. »Die« Landwirtschaft ist ja auf »unserer« Seite, auch wenn sich diese Annahme in der Praxis als belegbarer Unsinn herausstellt. Ob sich mit Auto-Suggestion Wahlen gewinnen, geschweige denn tatsächlich vorhandene Probleme lösen lassen? Von einer sozialistischen/sozialdemokratischen Umgestaltung des Sektors »Landwirtschaft« mag ohnehin niemand mehr träumen. Wozu auch? Sie ist schon »unser«.

Das große »Leiden«

»Unsere Landwirtschaft *leidet*«, heißt es. Tatsächlich: Wo unsereins leidet, da ist Hilfe angezeigt. Aber »leidet« sie, die Landwirtschaft, der Sektor? Sicher gibt es gesellschaftliches Leiden *in* der Landwirtschaft:

* Alle Zitate aus dem »Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD.« Irsee, Juni 1986. Zur Landwirtschaft heißt es darin auf S. 45: »(...) Unsere Landwirtschaft leidet unter einer Agrarpolitik, die steigende Überproduktion bei wachsender Schädigung der Umwelt zur Folge hat. Daher müssen wir die Landwirte vom ökonomischen Zwang umweltschädigender Intensivbewirtschaftung befreien. Dies gelingt nur, wenn ökologisch unschädliche Produktionsweisen ermutigt und Leistungen der Landwirtschaft für die Pflege der Umwelt angemessen abgegolten werden. (...)«

- Niedrige Einkommen vermindern die Lebenschancen von Kleinbauern und Landarbeitern;
- die Unfallgeneignetheit landwirtschaftlicher Arbeit ist unverantwortlich hoch;
- lange Arbeitszeiten, von der Natur bestimmte Zeit»souveränität« determinieren landwirtschaftlichen Alltag.

Das sind einige Leiden. Beileibe nicht alle. Sie sind konkret, treffen Menschen — nicht den Sektor Landwirtschaft. In diesem finden sich nämlich auch Menschen, die eben nicht »leiden«, denen es sogar gut geht, erst recht, wenn man sie und ihre Lebenslage mit der von Facharbeitern vergleicht. Auch Herzöge, Grafen, Barone, Rechtsanwälte und viele andere sind im Agrarsektor erwerbstätig. Ob sie so leiden, daß die SPD sie in ihr Herz mit einschließen muß? Volkspartei total, der arbeitslose Landarbeiter auf gleichem Leidensniveau wie der Präsident des Deutschen Bauernverbandes.

Der eine fährt zum Arbeitsamt, der andere hat einen Fahrer. Und ein bißchen mehr! Wir gönnen ihm das »bißchen«, aber nicht ein sozialdemokratisches *Mitleid*. Er würde es sich auch verbitten.

Leidensursache »Agrarpolitik«

Die Landwirtschaft leidet unter einer *Agrarpolitik*, meint das Irsee-Dokument, die steigende Überschüsse und eine wachsende »Schädigung« der Umwelt zur Folge habe. Die Formulierung verrät Ratlosigkeit. Die »Folgen«, Phänomene, werden benannt, die Substanz der Politik bleibt im Dunkeln. Da läßt sich Schuldzuweisung leicht vornehmen. Weil's ja auch so einfach ist. Die Politik ist schuld. Sie bedarf nur der Änderung und alles ist wahrlich wieder in »Butter«. Wenn es nur so wäre.

Die *eigentlichen* Ursachen des Leidens in der Landwirtschaft liegen weniger in der *Agrarpolitik*, sie sind vielmehr in den Selbstverständlichkeiten einer Marktwirtschaft zu suchen. Der Kapitalismus hat den Agrarbereich erreicht.

- Landwirte konkurrieren gegeneinander. Sie nutzen alle Möglichkeiten zur Senkung der Produktionskosten;
- biologisch-technische Entwicklungen (Fortschritt läßt sich das nicht immer nennen) erhöhen die Produktivität;
- große Betriebe erzielen Differentialgewinne, schaffen sich damit weitere Wachstumschancen.

Auf der Strecke bleiben die Kleinbauern, die dem Wettbewerb nicht gewachsen sind, bleiben die Landarbeiter, die sich in ihrer Vereinzelung und in ihrem Betrieb nur unzureichend zur Wehr setzen (können).

All' diese Entwicklungen sind durch die besondere Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) überdeckt, aber eben nicht ursächlich bedingt.

Eine kapitalintensive Bodennutzung und Nutztierhaltung ist das Merkmal der Landwirtschaft unter Weltmarktbedingungen — überall. Mit oder ohne GAP.

Überschüsse

Agrar-»Überschüsse« an sich dürften niemand stören. Was stört, das sind die Auswirkungen auf die Einkommen in der Landwirtschaft, das sind die Aufwendungen, die zur Stützung dieser Einkommen vom Steuerzahler und damit der Masse der Arbeitnehmer im Umlageverfahren aufgebracht werden müssen und die zur Finanzierung geradezu aberwitziger Maßnahmen dienen. Das Verfüttern überschüssiger Butter ist zum Beispiel billiger

als der Butterexport oder das Verschenken an Bedürftige. Schuld an diesem Skandal ist *auch* die GAP, aber keineswegs ausschließlich. Die Produktivitätsfortschritte in der Milchviehhaltung — um bei diesem Bereich zu bleiben —, der rückläufige Verbrauch, die erhebliche Wettbewerbsverschärfung auf den internationalen Märkten — all' diese Faktoren tragen auch und nicht unwesentlich zur Überschusssituation bei. Unter den gegebenen Machtverhältnissen, in denen es sogar in größeren Betrieben nur unzureichend gelingt, technologische Entwicklungen zu steuern, ist es eine außerordentlich kühne Unterstellung der Irsee-Autoren, eine andere Politik könne ausgerechnet im geradezu atomisierten Produktionsapparat »Landwirtschaft« erreichen, was woanders bislang gescheitert ist. Die SPD könnte es global. Das sei eingeräumt. Aber nur zu Lasten der Landwirte, indem sie eine »marktgerechtere« Preispolitik anvisierte und damit einen Eckpunkt jeder Agrarpolitik grundsätzlich anspräche. Nicht einmal der Begriff »Agrarpreispolitik« zielt jedoch die Passage.

Umweltschädigung

Es gehört zu den großen, unausrottbaren Mißverständnissen, daß die GAP für die »wachsende Schädigung der Umwelt« verantwortlich sei. Dabei wirkt doch das Preisstützungsniveau für die wichtigsten Agrarerzeugnisse des Nordens (Getreide, Milch und Rindfleisch) wie ein Hemmschuh, der eben Produktivitätsentwicklungen bremst. Dagegen gibt es vor allem dort Umweltprobleme, wo sich die Landwirtschaft ohne weitgehende GAP-Einwirkung entfaltet — z.B. bei Geflügel oder der Schweinehaltung. Wenn überhaupt, dann lassen sich vor allem in diesen Bereichen angebliche Agrar»fabriken« empirisch nachweisen, wobei in diesem Zusammenhang die Frage an die Autoren gerichtet werden muß, seit wann eine SPD Front gegen Fabriken macht. Nicht Fabriken sind doch eine Fragestellung wert, sondern die Bedingungen, unter denen dort Menschen arbeiten.

»Befreiung vom Zwang«

Die Landwirte sollen — so die famosen Autoren — vom Zwang einer umweltschädigenden Intensivbewirtschaftung befreit werden. Ein fürwahr wunderbares Ziel, das im Zeitalter der Konzerne, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und angesichts der internationalen Verflechtungen dieser europäischen Volkswirtschaften jeder formulieren kann, aber ebensovienig umzusetzen vermag wie die Forderung nach der sofortigen Abschaffung des Kapitalismus. Auf jeden Fall: So einfach ist weder das eine noch das andere. Nur ein freundliches Lächeln wird dem Eingeweihten entlockt, wenn er mit Staunen die Strategie zur Kenntnis nimmt, die sich die Autoren ausgedacht haben, um die »Zwangsbefreiung« zu erreichen. Man wolle — so ist zu lesen — »ökologische Produktionsweisen« ermutigen. Mit einer schrittweisen Ermutigung soll das Hineinwachsen in gleichsam paradiesische Zustände bewerkstelligt werden. Mit Ermutigung in den Sozialismus! Natürlich auf Kosten der Verbraucher, der Steuerzahler, der Arbeitnehmer ...!

Pflege der Umwelt

Die Leistungen der Landwirtschaft für die Pflege der Umwelt sollen, so Irsee, »angemessen« abgegolten werden, so, als würde sich die SPD für die Leistungen der Industrie mit Honorarangeboten anbieten, die die Umwelt durch Unterlassung der Verschmutzung

schonen. Verursacherprinzip? — Das gilt nicht für den Agrarbereich. Verpflichtungen aus dem Eigentum? Auch das gilt nicht für den Agrarbereich. Grundbesitz verpflichtet nicht, er berechtigt zu staatlichen Transferleistungen. Kürzlich stellte das auch der bayerische Verband der Grundbesitzer fest. Eine historisch einmalige Koalition tut sich auf: SPD und Grundbesitzerverbände!

Dimensionslos

Kurzatmig und geradezu provinziell nimmt sich all' das aus, was demnächst — hoffentlich nicht (!) — agrarpolitische *Grundsatz*programmatik der SPD werden soll. Die Dimensionen dieser Programmatik erinnern an Froschperspektive. Da kann eine Europäische Gemeinschaft in ihrer weltpolitischen Potenz eines Gegengewichts zu USA und UdSSR an der Agrarfrage scheitern, da kann das Elend in der Dritten Welt durch einige kleinere Änderungen an der GAP wirksam gelindert, da kann die Lage der 13 Mio. registrierten Arbeitslosen in der EG vom Konsum her verbessert werden — den Irsee- Autoren fällt nichts anderes ein, als Bauern zu einer ökologischen Produktion zu »ermutigen«! Verbraucher gibt es nicht. Steuerzahler und Arbeitnehmer kommen in diesem Zusammenhang nicht vor. Den Hunger in der Dritten Welt gibt es nicht; wenigstens werden Ursachen dafür nicht in der GAP gesucht. Das Leiden *in* der Landwirtschaft bleibt ohne grundsätzliche Lösungsvorschläge. Die derzeitige Struktur der Agrarproduktion wird für erhaltenswert angenommen. Die gesellschaftlichen Leiden in der Landwirtschaft damit offensichtlich auch. Wo Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften konfliktieren, da wird den Verhältnissen trotzig ihr Erhalt versprochen. So geistlos und in der Wirkung bedeutungslos war sozialdemokratische Agrarprogrammatik noch nie ...!

Andreas Westphal

Wenn vor Capri die rote Sonne im Meer versinkt ...

Zu den außenwirtschaftlichen Passagen des Programmentwurfs

1. Weltmarkt — weder Abschottung noch Unterordnung

Die internationale Verflechtung macht die politische Beeinflussung wirtschaftlicher Prozesse immer schwieriger. Erfreulicherweise sieht der Irseer Programmentwurf einen entscheidenden Mangel darin, daß »... den Kräften des internationalen Kapitals ... bisher weder interregional noch international politische Instanzen gegenüber(stehen), die stark genug wären, wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu steuern. Wo nationaler Kompetenzverlust nicht ausgeglichen wird durch gerechte und internationale Regeln, gilt das Recht des Stärkeren.« (39) Letzterer Satz verweist nun auf einen institutionalistischen Ansatz, der die weltwirtschaftlichen Probleme auf ein institutionell bedingtes Regulierungsdefizit zurückführt. Hier könnte ein institutionalisiertes System internationaler politischer Koordination Abhilfe schaffen. Zu fragen bleibt allerdings, ob es sich hierbei nicht um eine angesichts der massiven weltwirtschaftlichen Interessengegensätze nicht nur zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt, sondern auch unter den kapitalistischen Industrieländern um eine idealistische Konstruktion handelt.

Anzuerkennen ist, daß in der durch die internationale Konkurrenz gegebenen Einschränkung des nationalen Spielraumes auch eine Behinderung für soziale und ökologische Politik gesehen wird. Unbefriedigend wirkt jedoch das unvermittelte Nebeneinanderstellen der beiden Aussagen, daß man eine nationale Abschottung für erfolglos hält, daß man die Umstrukturierung der IAT (Internationale Arbeitsteilung) aber auch nicht allein dem Markt überlassen darf. Um die zweite Aussage glaubwürdig zu machen, müßten an dieser Stelle Strategien genannt werden, um die Umstrukturierung der IAT den Mechanismen der internationalen Konkurrenz zu entziehen.

Es muß allerdings vermutet werden, daß ein ernsthafter Versuch, eine wirtschaftspolitische Autonomie, sei sie nationaler, sei sie europäischer Natur, gar nicht angestrebt wird:

»Wir lassen uns nicht auf einen weltweiten Wettlauf um Ressourcen und Märkte ein, *wenn* [Hervorhebung d. d. Verf.] dadurch die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen beeinträchtigt werden und die Umwelt Schaden nimmt.« (39)

Das legt nahe, daß man *für* den weltweiten Wettlauf um Ressourcen und Märkte eintritt, sofern das eigene Land die negativen Effekte ganz auf wirtschaftlich schwächere Länder abwälzen kann.

2. Regionale, europäische Zusammenarbeit

»Um sich behaupten zu können und Spielräume zu gewinnen, braucht die Bundesrepublik Deutschland die regionale Zusammenarbeit.« (40) Hierbei, wie auch im gesamten Entwurf ist unterstellt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der BRD aktuell oder zumindest perspektivisch bedroht ist. Diese Unterstellung muß jedoch vor dem Hintergrund des Außenhandelsbilanzüberschusses und des Leistungsbilanzüberschusses der BRD und den wachsenden Handelsbilanzdefiziten der USA als dem entscheidenden außereuropäischen Handelspartner der BRD als falsch zurückgewiesen werden. Eine europäische Perspektive

ist nicht wegen der Selbstbehauptung der BRD in der Welt, sondern wegen der besseren Möglichkeiten zur Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik notwendig.

»Ein integriertes Europa öffnet Optionen, die den einzelnen Staaten verschlossen sind.« (40) Der Irseer Programmentwurf unterläßt es allerdings, die Frage aufzuwerfen, ob die verschiedenen Mitgliedsländer in gleichem Maße vom Europäisierungsprozeß profitieren werden. Kein Wort wird über die extremen nationalen und regionalen Unterschiede innerhalb Europas verloren, die eine Grundlage dafür abgeben, daß der westeuropäische Integrationsprozeß nicht vorankommt. Wenn über Europäisierung gesprochen wird, muß auch darüber gesprochen werden, wie die ökonomische Übermacht der BRD, die sich in EG-internen Handelsbilanzüberschüssen ausdrückt, abgebaut werden kann. Grundlage der weiteren Europäisierung muß die Bereitschaft der einzelnen EG-Mitgliedsländer sein, auf nationale Kompetenzen zugunsten von übergeordneten europäischen Institutionen zu verzichten. Ein solcher Verzicht kann aber vom Standpunkt der ökonomisch unterlegenen Länder nur stattfinden, wenn der Abbau nationalstaatlicher Schutzschranken bei der Herstellung des europäischen Binnenmarktes mit zwei Optionen verbunden ist: 1. Dem Zwang zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen und 2. einem massiven Ausbau der europäischen Regional- und Strukturfonds, der zu einem ganz erheblichen Anteil von der BRD finanziert werden müßte. Insofern heißt Europäisierung für die BRD notwendigerweise Verzicht auf Handelsbilanzüberschüsse und damit auf die Möglichkeit des Arbeitslosigkeitsexports. Das Schweigen über diese Zusammenhänge legt den Verdacht nahe, daß ein europäischer Binnenmarkt angestrebt werden soll, der die Hegemonialposition des bundesdeutschen Kapitals weiter ausbaut.

Geschwiegen wird auch über die Restriktionen, die notwendigerweise daraus resultieren, daß eine europäische Währung zu einer Leitwährung wird, die sich gegen andere Leitwährungen behaupten kann. Neben der Instabilität eines Multi-Währungsstandards darf hier die Unmöglichkeit von für eine eigenständige alternative europäische Wirtschaftspolitik an den Außengrenzen der EG notwendigen drastischen Kapitalverkehrskontrollen nicht außer acht gelassen werden. An dieser Stelle wird deutlich formuliert, daß es vor allem darum geht, Europas »Stellung in der Welt und seine Wettbewerbsfähigkeit« zu stärken (40). So tritt die angestrebte gerechtere Weltwirtschaftsordnung an die zweite Stelle hinter das Ziel, Europa zu einer Hegemonialmacht zu machen.

3. Gerechtere Weltwirtschaftsordnung

Ausgehend von der Phänomenologie der Unterentwicklung und Verschuldung der Dritten Welt wird festgestellt:

»In einer Zeit, in der Nord und Süd gleichwohl immer mehr zu einer Welt zusammenwachsen, können die Interessen des einen Teils der Welt nicht länger ohne schweren Schaden auf Kosten des anderen durchgesetzt werden. Wird kein besserer Ausgleich der Interessen gefunden, wird weltweit und zu Lasten aller mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch der Friede und damit unsere eigene Zukunft gefährdet. Wir haben nicht die Wahl zwischen Eigeninteresse und Solidarität ...« (41)

Eben das ist die Frage. Es ist nicht einfach möglich, die Mechanismen des Ost-West-Gegensatzes auf den Nord-Süd-Gegensatz zu übertragen. Im Ost-West-Gegensatz ist unter den Bedingungen des Atomzeitalters ein begrenzter militärischer Konflikt undenkbar — dies gilt jedoch keineswegs für den Nord-Süd-Gegensatz: Hier sind durchaus Druckmittel politischer und militärischer Art von seiten imperialistischer Staaten zur Auf-

rechterhaltung von politischen und ökonomischen Systemen denkbar, von denen die kapitalistischen Industrieländer profitieren. Diese Druckmittel — bis hin zur militärischen Intervention — sind wiederholt — vor allem, aber nicht nur, von den USA — angewandt worden. Vor diesem Hintergrund muß es als eine sträfliche Verharmlosung reaktionärer Globalstrategien betrachtet werden, wenn es heißt: »Wir haben nicht die Wahl zwischen Eigeninteresse und Solidarität ...« (41). Wir, d.h. die Völker Westeuropas, befinden uns in der Tat vor der historischen Entscheidung, an den existierenden Strukturen der Weltwirtschaft festzuhalten, d.h. Handelsbilanzüberschüsse gegenüber und Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und Schwellenländern weiter auszubauen, oder eine konsequente Orientierung auf den westeuropäischen Binnenmarkt anzustreben. Letztere müßte mit dem Gebot ausgeglichener Leistungs- und Kapitalbilanzen sowie mit dem progressiven Abbau von Direktinvestitionen verbunden sein. Die Nicht-Identität der Interessen der kapitalistischen Industriestaaten und der Entwicklungsländer wird sich unvermeidlich auch in einem Reallohnverlust in den Industrieländern bei Durchführung der genannten Maßnahmen auswirken. Das Sprechen über eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung kann nur in eine realistische Strategie münden, wenn auch die die Arbeiterbewegung Westeuropas selbst erfassenden Interessengegensätze zum Gegenstand von öffentlichen Diskussionen gemacht werden.

Einen entscheidenden Stellenwert nimmt im Irseer Programmentwurf folgender Gedanke ein: »Den meisten Entwicklungsländern ist, wie auch deren Überschuldung zeigt, der Versuch einer Imitation der Industrieländer schlecht bekommen.« (41) Demzufolge müssen »die Völker der Dritten Welt von einem Imitationszwang befreit« (41) werden. Hier wird die Destrukturierung und Restrukturierung der Ökonomien in Entwicklungsländern zu einem psychologischen Problem gemacht. Hingegen bleibt festzuhalten, daß jede Ökonomie, die den Gesetzen des kapitalistischen Weltmarktes ausgesetzt ist, durch diese Gesetze umgeformt wird — vollkommen unabhängig vom Willen der »herrschenden Kasten und Klassen« (23). »Wo Völker des Südens eigene Wege suchen, ihre eigenen Rohstoffe zu fertigen Produkten verarbeiten, mit eigenen Ressourcen ihre Energieversorgung aufbauen, zu ihrer eigenen Form produktiver Landwirtschaft finden, über einen wachsenden Binnenmarkt ihre Grundbedürfnisse befriedigen ...« (41), kann dies nur unter den Bedingungen einer partiellen Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt geschehen — der Aufbau einer autozentrierten Akkumulation in Entwicklungsländern bei gleichzeitiger erheblicher Penetration des Binnenmarktes durch Importe und Direktinvestitionen ist nicht möglich. Es ist der größte Widerspruch in den entwicklungspolitischen Passagen des Irseer Programmentwurfs, auf der einen Seite eine autonome Entwicklung der Dritte Welt-Staaten zu fordern und unterstützen zu wollen, auf der anderen Seite aber am Modell der Ausweitung der Weltmarktanteile der BRD oder eines von der BRD beherrschten Westeuropas festzuhalten.

Die strategische Einbettung des Irseer Programmentwurfes in eine derartige Hegemonialstrategie wird noch einmal in folgenden Aussagen deutlich: Der finanzielle Handlungsspielraum der Entwicklungsländer »wird immer weniger über Exportsteigerungen auf den Märkten des Nordens zu gewinnen sein« (42). Es gilt, »für einen besseren Kapitaltransfer in die Dritte Welt zu sorgen« (42). Zum einen handelt es sich hier um eine klassisch merkantilistische Strategie, die eigenen bundesdeutschen Weltmarktanteile auszubauen, die heimischen Märkte aber gegen Exporte der Entwicklungsländer, die diese auf absehbare Zeit noch dringend benötigen werden, abzuschotten. Zum anderen muß auf die Absicht geschlossen werden, die Direktinvestitions- und Kreditvergabepolitik weiter fortzusetzen.

Letzteres steht unzweifelbar im Widerspruch zu der Proklamation:

»Solange die Politik vieler Entwicklungsländer durch internationale Auflagen bestimmt wird, die sich aus der Überschuldung ergeben, bleibt wenig Raum für eigenständige Entwicklung. Daher müssen Zins- und Tilgungszahlung auf ein Maß beschränkt werden, daß eigene Entwicklungswege wieder öffnet.« (41)

Diese an sich unterstützungswürdige Aussage verliert allerdings dadurch an Wert, daß weder eine Analyse der Ursachen der Verschuldungskrise, noch die Andeutung von Strategien zu ihrer Überwindung vorgetragen werden.

Ein weiteres erhebliches Defizit besteht in der Tatsache, daß an keiner Stelle im Irseer Programmentwurf die Kräfte in der Dritten Welt benannt werden, die als entscheidende Subjekte einer Emanzipation dieser Länder fungieren — die Befreiungsbewegungen. Gerade weil die Sozialdemokratie für sich beansprucht, ein neues Verhältnis zwischen kapitalistischen Industrie- und Entwicklungsländern mitherzustellen, ist eine positive Bestimmung der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Befreiungsbewegungen, die die spezifischen Handlungsbedingungen der letzteren berücksichtigt, dringend erforderlich.

Malte Ristau und Martin Gorholt

Gemeinsam dem Morgenrot entgegen oder zerstritten-irrelevant in die neunziger Jahre?

Überlegungen zu Situation und Perspektiven der Jusos¹

I

Auf dem Hagener Bundeskongreß 1986 wurde ein Stück Juso-Geschichte abgeschlossen: In einem fast zehnjährigen widersprüchlichen Prozeß hatte die nach der Linkswende 1969 jahrelang dominierende reformsozialistische Strömung um Karsten Voigt, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Ottmar Schreiner ihre (absolute) Mehrheitsposition zumindest auf der mittleren und oberen Juso-Ebene verloren. Die beiden ehemals oppositionellen Gruppierungen Hannoveraner Kreis (HK) und Göttinger Kreis stellen nach Hagen den Vorsitzenden, vier von sechs Vorstandsmitgliedern und den Bundessekretär. Dieser Wechsel wurde ermöglicht durch die prägenden Erfahrungen der jetzt tonangebenden Jusos in der zweiten Hälfte der 70er Jahre: Die Refo-Tendenz mußte jahrelang büßen für die SPD-Politik der Schmidt-Ära, eigene Machtpolitik und unzureichende Konzepte — ungeachtet dessen, daß die »anderen« Jusos auch *nicht* mobilisierungsfähiger, inhaltlich überzeugender und nach innen hin demokratischer agierten.

II

Der Jubel der »Hagener Mehrheit« fiel verhalten aus. Zum einen waren die Mehrheiten wesentlich knapper als erwartet — den neuen Vorsitzenden wählten 45%, den neuen Bundessekretär 49% der Delegierten *nicht*. Zum anderen tritt die wesentlich regenerierte Gruppierung um die Zeitschrift *Sozialistische Praxis* (SP) eindeutig als dynamischer Faktor auf, während die neue Mehrheitskoalition in sich politisch und kulturell sehr heterogen und in widersprüchlichen Wandlungen begriffen ist.

Unsere These ist, daß sich die HK- wie die SP-Strömung sowohl politische und kulturelle Erfahrungen der sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre als auch wesentliche Einsichten des »westlichen« Marxismus (Dritte-Weg-Diskussion) produktiv angeeignet haben. Ein Beleg dafür ist die Diskussion um den Leitantrag Feminismus/Sozialismus auf dem Hagener Kongreß. Die durchaus unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verhindern bislang weitere Gemeinsamkeiten. (Die Kremersche Charakterisierung als »Dachverbände« teilen wir. Die internen Konflikte und Spannweiten sind allerdings im HK — vor allem in Hamburg und Bremen — derzeit nachweislich am größten.)

Auf der anderen Seite steht die fluchtartige Veränderung des Göttinger Kreises. Vom-Gralschüttertum eines orthodoxen Seminar-Marxismus früherer Jahre geblieben sind nur noch ökonomistische Selbstgenügsamkeit und blockierende Angst vor den kulturellen Praxen sozialer Bewegungen. Setzen wir voraus, daß die sozialistischen Studiengruppen (SOST) den süddeutschen Juso-Bezirken jeweils einige Denk- und Tatschritte voraus sind, läuft dieser Prozeß auf ein pragmatisches »Versinken« im SPD-Zentrum hinaus (vgl. die jüngsten Einschätzungen zum SPD-Parteitag in der Zeitschrift *Sozialismus*).

III

Die mit dem großen Frankfurter Kongreß Ende 1984 und dem programmatischen Impuls der »Sozialistischen Perspektiven« begonnene Neubestimmung der Refos als undogmati-

sche Juso-Linke wurde zwischenzeitlich durch eine Reihe von Veranstaltungen, Publikationen und Projekten fortgesetzt. Die Bündelung marxistisch-reformsocialistischer, ökosozialistischer und feministischer Theoreme zu einem integralen Sozialismus-Konzept mag noch unvollkommen sein. Doch wer stellt ernsthaft die Notwendigkeit in Frage? Wir gehen davon aus, daß diese Konstellation modellhaft für eine mögliche mehrheitliche Veränderung der SPD diskutiert. Die Eigen-Definition als Undogmatische Linke beinhaltet ein plurales Sozialismus- und Marxismusverständnis, das Widersprüche und Spannungen zuläßt und austrägt, das Denkverbote genauso vermeidet wie ökonomistische, patriarchale oder europazentrierte Reduzierungen linker Theorie.

Die neuen sozialen Bewegungen — vor allem die Frauenbewegung — haben emanzipatorische Werte und Ziele neu gesetzt oder freigelegt: Sie haben die Identifikation von Politik und Staat, die Macht der Männer, die technologische Entwicklung, den bisherigen Wachstumstyp und den gesellschaftlich produzierten Unfrieden nachdrücklich in Frage gestellt und dabei Positionen der Arbeiterbewegung wiederbelebt oder erweitert. Wir gehen davon aus, daß es nicht nur *eine* bestimmende Ursache gesellschaftlicher Ungleichheit gibt, woraus alle anderen ableitbar sind. Nur die Akzeptanz mehrerer Ursachen ergibt auch die Chance, mehrere gleichberechtigte Subjekte gesellschaftlicher Veränderung zu denken — und damit auch die Chance eines pluralistischen Reformprojekts. Als Kronzeugen für diese Strategien benennen wir (für die *spw*-Leser) Pietro Ingrao, Christine Buci-Glucksmann und Michèle Barrett.

IV

Wir beziehen uns positiv auf kurz- und mittelfristig angelegte Konzepte zur Abwehr unmittelbarer Krisenfolgen, wie sie insbesondere einer unserer »geistigen Väter«, Peter von Oertzen, vorgeschlagen hat. Die wichtigsten Aufgaben eines solchen Reformprogramms sind die Beseitigung von Armut, erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit Verhinderung der Spaltung der Gesellschaft in Habenichtse und Arbeitsplatzinhaber, die Schaffung von notwendigen sozialen Bedingungen und des bewußtseinsmäßigen und politischen Klimas für weiterreichende gesellschaftliche Reformen. Die Einsicht in den strategischen Stellenwert verbindet heute ehemals weit auseinanderliegende Juso-Fraktionen. Das ist nicht nur neu, sondern auch wichtig, weil das »ur-reformistische« Vorgehen *schrittweiser* (anti-kapitalistischer) Reformen fast 15 Jahre lang von den heutigen Juso-Mehrheits-Fraktionen heftigst entlarvt worden war. In Übereinstimmung im übrigen mit Peter von Oertzen beinhaltet der »*progressive Reformismus*« des SP-Projektes allerdings auch die »notwendigen Schritte über diese Gesellschaft hinaus«. Gemeint ist die Etablierung einer neuen ökonomischen Logik in Kernbereichen der Wirtschaft, ein differenziertes Entwicklungsmuster mit selektivem Wachstum und humaner Technologiepolitik und die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Während diese Bestimmung zunehmend zur Trennlinie zu halblinken Positionen in süddeutschen Bezirken (Göttinger) wird, ist die prinzipielle und scharfe Ablehnung der Gesellschaften sowjetischen Typs nach wie vor der entscheidende Konfliktbereich mit großen Teilen des HK.

V

Wir stimmen Uwe Kremer zu, wenn er konkrete Aufgabenstellungen der näheren Zukunft auflistet: Priorität für reformpolitische Sofortmaßnahmen, Rekonstruktion der Handlungsfähigkeit des Verbandes, Verstärkung der jugendpolitischen Aktivitäten, Verzicht auf Ausgrenzungen und Infragestellungen von ideologischer Legitimität.

Wir melden allerdings einige Bedenken an, die Uwe Kremer möglicherweise sogar teilt. — Ausgehend von der Diskussion um den politisch-ökonomischen Minimalkonsens (PÖM) werden für alle Politikbereiche Minimalkonsense formuliert. Absehbar werfen die süddeutschen Bezirke Stück für Stück sozialistische »Relikte« über Bord, der HK schreitet selbstquälerisch mit, so weit es machtpolitisch opportun erscheint. Die Diffamierung sozialistischer Perspektiven-Diskussion als »fundamentalistischer Käse« (Michael Wendl, Bayern), die Vorstellung eines energiepolitischen Minimalkonsenses im »Sozialismus«, der hinter das Hauff-Papier zurückfällt, rot-grüne Denkverbote aus Bayern im Juso-Bundesausschuß (28.9.86), die Propagierung eines gesellschaftlichen »Bündnisses der Vernunft«, das sowohl gegenüber Genscher-Liberalen als auch Biedenkopf-Konservativen schwammig wird, auf der Bundesdelegiertenkonferenz des SHB in Köln ergeben zusammengekommen ein beunruhigendes Bild. Das Gemisch aus nachwachsenden »jungen Sozialdemokraten« und Minimal-Konsens-Funktionären bei gleichzeitigem Versteckspielen vieler Hannoveraner kann mittelfristig den Juso-Verband in vor 69er Zeiten katapultieren.

VI

Die zweite strategische Grundlinie heißt »jugendpolitische Orientierung«. Eben diese suchen die Jusos immer dann neu, wenn sie sich vermeintlich oder tatsächlich in einer Krise befinden (Ex-Juso-Chef Schröder verband das 1979 mit dem Begriff »Konsolidierung«). Sehen wir bei den Hannoveranern als neue Jugendpolitik zunächst vorrangig die alte »gewerkschaftlich-orientierte« Politik im modernistischen Gewand, so machen die süddeutschen Pragmatiker der Partei das Angebot eines modernisierten Verbandes mit (hüsch anzusehendem) jugendhaftem Outfit. »Wir wollen Leben, Arbeit, Zukunft« als Motto und die Farben »Petrol« und »Pink« sind die tatsächlichen gemeinsamen »Grundlagen der Zusammenarbeit«.

Wir halten den jugendpolitischen Beschluß des Hagener Kongresses für eine tragfähige Grundlage. Allerdings *nur* dann, wenn die Juso-Aktionen den vielfältig zusammengesetzten Lebenswelten Jugendlicher und ihrem Herangehen an Politik gerecht werden und ökonomistische Verengungen vermeiden; wenn eigene bürokratische Verbandsstrukturen selbstkritisch überprüft werden und wenn *alle* Jusos akzeptieren, daß Kampf gegen Sexismus mehr bedeutet als Ausbildungsplatz-Quotierung und Öffnung der Erwerbsarbeit für Frauen.

Wir setzen auf selbstbestimmte Lernprozesse in der politischen Arbeit, auf den hohen Stellenwert persönlicher Emanzipation und die Notwendigkeit kultureller Experimentierbaustellen (Frauengruppen, Geschichtswerkstätten, kulturelle Projekte etc.)

VII

Wer wünscht sich nicht »starke Jusos für harte Zeiten«? Doch nicht alle wünschen sich einen durchgeplanten Verband.

Bundesweite Aktionen können sinnvoll, notwendig und erfolgreich sein, wie z.B. die Aktionen nach Tschernobyl oder die Frauen- und Mädcheninitiative zeigen.

Herzmann/Kuhne/Pauk haben in der *Sozialistischen Tribüne* (1/79) dargelegt, daß bundesweite Initiativen zur Darstellung und Stärkung der Organisation und konkrete, vor allem kommunalpolitische Projektarbeit vor Ort, sich keineswegs widersprechen. Bis heute beispielhaft ist die Kampagne des Bezirks Westliches Westfalen aus dem Jahre 1978 »100 Jahre Sozialistengesetze — Sichert die Grundgesetze heute«. Die acht Jahre später vom selben Bezirk gestartete Jugendkampagne war nur noch eine Karikatur davon.

Aufgabe der Juso-Ebenen von den Bezirken aufwärts sind begrenzte zentrale Projekte und in der Hauptsache differenzierte und vielfältige Zuarbeit für Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke. Das kann noch systematischer und effektiver erfolgen, wenn über Prioritäten eine Verständigung erfolgt. Das Hagener Aktionsprogramm aber wird aller Voraussicht nach für die Verbandspraxis nicht relevanter werden als das Hofheimer Arbeitsprogramm von 1978; denn die Motivation, es zu schreiben, war nicht die Herstellung von Handlungsfähigkeit, sondern die Legitimation für eine Mehrheit.

VIII

Es gibt bei den Jusos kein Zentrum des Verbandes, das gestaltend wirken könnte. Die ehemals weniger von ihrem Theorieansatz, wohl aber von ihrem praktischen Verhalten zentristischen Bezirke Westliches Westfalen, Hannover und Baden-Württemberg sind als eigenständige Faktoren nicht mehr erkennbar. Auch in Uwe Kremers Einschätzung tauchen sie nicht mehr auf (im Unterschied zu früheren Bundeskongreß- und Perspektiv-Papieren).

Die aktuelle Mehrheit gründet sich primär auf kurzfristiges Einflußstreben bzw. Einflußsicherung und auf das bereitwillig gelieferte Feindbild »SP«. Absehbar ist allein die SP-Gruppierung in der Lage, eine (absolute Delegierten-)Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen. Dieses Ziel ist gesetzt und hat eine realistische Chance. Es wäre allerdings der bewußte Weg in die Bedeutungslosigkeit des Juso-Verbandes, wenn dieser Weg anders als über eine produktive Streit-Kultur gesucht würde.

Das heißt für die SP-Strömung: Endgültiger Verzicht darauf, die Mutterpartei als Schiedsrichterin in Juso-Konflikten einzusetzen. Das heißt auch Anerkennung der historisch gewachsenen und in den *Herforder Thesen* dokumentierten Legitimität der Positionen des HK. Das heißt nicht: Verzicht auf Kontroversen. Und Uwe Kremer sei ins Stammbuch geschrieben, daß eine Kritik an einem Aktionskonzept nicht automatisch dem Antikommunismus geschuldet ist. Nicht die Teilnahme des DKP-Spektrums ist für uns Grund, eine Aktion abzulehnen, wohl aber z.B. die absehbare Beschränkung eines Bündnisses auf diese »relevante« politische Kraft.

IX

Eine inhaltliche Minimalverständigung zwischen den Strömungen muß drei Punkte umfassen, die seit 1969 die Identität der Jusos ausmachen:

1. Die Eigendefinition als sozialistischer Jugendverband, als linke Richtungsorganisation in der SPD, als eigenständiger Faktor auch innerhalb der Partei-Linken (wir nennen das »*Doppelstrategie*«).
2. Die Diskussion über reformpolitische Sofortprogramme auch und insbesondere unter der Prämisse, Korridore für weiterreichende Veränderungen zu öffnen bzw. zu vergrößern (wir nennen das »*antikapitalistische Strukturreformen*«).
3. Die Bestimmung einer sozialistischen Perspektive, die eine grundlegend andere ist, als diejenige der Gesellschaften sowjetischen Typs (wir nennen das »*demokratischer Sozialismus*«).

Auf dem Boden dieser Minimalverständigung wären die Strömungen/Fraktionen perspektivisch auflösbar, da sie nach zweimaliger Umgruppierung Mitte der 70er und Mitte der 80er Jahre so vielfältig und differenziert sind, daß viele Fragen quer durch die Strömungen kontrovers bzw. Konsens sind.

In der Diskussion über Quotierung sowie über selbstbestimmte Arbeitsansätze ist es z.B. den Juso-Frauen ein Stück weit gelungen, die Fraktionsgrenzen zu sprengen. Das tat-

sächliche Aufeinander-zu-Diskutieren ohne ängstliches Ausklammern auf der einen, zwanghaftes Abgrenzen auf der anderen Seite macht Hoffnung. Die Hagener Diskussion über Feminismus/Sozialismus zeigte allerdings auch, daß es noch Blockaden gibt.

Obwohl der Hamburger Antrag durchgängig in allen Kapiteln die Diskussionen der Frauenbewegung verarbeitet und Frauenbewegung als eigenständigen (autonomen) Faktor betrachtet, war es im HK wohl noch nicht möglich, ein Kapitel zu akzeptieren, in dem davon ausgegangen wird, daß die Geschlechterunterdrückung älter ist als die Klassenunterdrückung und daß es mehrere gleichwertige Subjekte politisch-sozialer Veränderung gibt.

X

Uwe Kremer hat völlig recht, wenn er das Strategie-Defizit der Jusos benennt. Auf dem Hannoveraner Kongreß 1971 waren »55 Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie« beschlossen worden, die ob ihrer immanenten Widersprüchlichkeit sowie ihres bis zur Beliebigkeit betriebenen Abstraktionsgrades zentralen Anforderungen nicht genügen konnten. Es fehlt bis heute ein gemeinsam getragenes, aus den Bedingungen der Bundesrepublik entwickeltes Rahmenkonzept »mittlerer Reichweite«, das die Arbeitsfelder überzeugend und zusammenhängend strukturieren könnte. Eine Strategiediskussion in 1987 ist notwendig. Als Voraussetzung allerdings sehen wir die vorherige »Gemeinsamkeit in der Praxis«.

Die Chance für eine Mehrheit links von den bürgerlichen Parteien war noch nie bei Bundestagswahlen so groß wie am 25. Januar. Diese Chance scheint sowohl von der SPD als auch von den Grünen verspielt zu werden. Eine linke Bundesregierung wird auf den Gebieten der Wirtschafts-, Energie-, Frauen- und Friedenspolitik nur energisch umsteuern können, wenn sie von den sozialen Bewegungen getragen und gedrängt wird und dieses Reformbündnis neue Schichten und Gruppen der Bevölkerung anspricht. Ausdruck dieses Bündnisses von unten ist auf parlamentarischer Ebene rot-grüne Zusammenarbeit, die sich von den Kommunen aus entwickelt hat. Jusos werden sich weiterhin in der SPD als auch in den sozialen Bewegungen als Triebfeder eines solchen Reformbündnisses verstehen müssen.

Nürnberg war ein Fortschritt für die Partei. Die Beschlüsse sind aber das Papier nicht wert, wenn Umsetzungsschritte nicht gegangen werden. Jusos werden innerparteilich und über außerparteiliche Initiativen konflikthaft die Umsetzung einfordern müssen, insbesondere in der Energiepolitik (Einsparungsmöglichkeiten ausschöpfen, Kraft-Wärme-Kopplung, AKWs abschalten). Das ist nach unserem Verständnis ein Element von »provokativer Kraft«. Sozialistische Perspektiven bleiben auf der Tagesordnung, weil regionale Disparitäten und sektorale Umbaunotwendigkeiten demokratische Planung verlangen, Finanz- und Entwicklungsmacht der Konzerne Vergesellschaftung nötig macht und Einführung neuer Technologien Demokratie am Arbeitsplatz erfordert. Wir werden schließlich nicht umhin können, die Handlungsorientierung und Praxisfähigkeit des Verbandes gemeinsam zu stärken und umzusetzen. Das bedeutet z.B. für die beiden derzeit nennenswert funktionierenden bundesweiten Projekte: Die Auswertung der Mädcheninitiative, einen mädchenorientierten »Umbau« der Organisation und eine massenhafte Umsetzung der jetzt anlaufenden Unterschriftensammlung für den neuerstellten Aufruf. In Auswertung des großen Entwicklungspolitischen Kongresses von Düsseldorf wird eine Diskussion über neue Konzepte und Arbeitsformen im Bereich der internationalen Solidaritätsarbeit zu führen sein. (Zur Erinnerung: Auf dem Hagener Kongreß mußte letzteres Projekt

noch gegen den erklärten Willen des neuen Vorsitzenden Guggemos ins Arbeitsprogramm gestimmt werden.)

»Die sozialdemokratischen Strömungen, die sich als links verstehen, tragen eine schwere Verantwortung für die Zukunft der Partei.« (Peter von Oertzen) Die Jusos werden sich bald entscheiden müssen, ob sie den Marsch in die Unerheblichkeit fortsetzen wollen oder sich gemeinsam den Aufgaben stellen. Voraussetzung ist freilich eine einmütige Definition von Sozialismus als »eine Befreiung von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung« (Ch. Buci-Glucksmann).

Anmerkung

- 1 Wir müssen hier (wie Uwe Kremer) notwendig plakativ bleiben, verweisen deshalb auf diverse Beiträge von uns z.B. in der *Sozialistischen Praxis* sowie der *Arbeitshefte* der Juso-Hochschulgruppen. Außerdem: *Sozialistische Perspektiven*, Marburg 1984, sowie »Alternative Beschlußbroschüre zum Juso-Bundeskongreß, Marburg 1986

Andreas Wehr

Beiträge zur Weiterentwicklung des Marxismus?*

Marxismus hat gegenwärtig wahrlich keine Konjunktur. Nur noch an wenigen Hochschulen kann man Kapitalkurse belegen, Buchreihen mit Arbeiten zu Aspekten der marxistischen Theorie schmelzen zusammen. Pragmatismus hat bei der Linken die immer auch anstrengende Arbeit der Analyse verdrängt. In dieser Situation muß es um so bemerkenswerter sein, wenn jetzt ein dickleibiges Werk, angelegt auf drei Bände, unter dem Titel »Pluraler Marxismus« im Entstehen ist, dessen Aufsätze, nach eigenem Verständnis, als »Beiträge gelesen werden (sollen), als Versuche, mitzuhelfen bei einer notwendigen Rekonstruktion« des Marxismus (14). Im Mittelpunkt steht das zentrale Thema der Rolle und Bedeutung der sogenannten neuen sozialen Bewegung. »Die Frage stellt sich theoretisch nach dem Zusammenhang der großen Probleme, praktisch nach der Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen, die sich an ihnen gebildet haben« (10). Ein daher für linke Sozialdemokraten interessantes Buch, dessen Besprechung auch einen größeren Rahmen rechtfertigt.

Autor des »Pluralen Marxismus« ist der Mitherausgeber der Zeitschrift »Das Argument«, der Berliner Philosophieprofessor Wolfgang Fritz Haug. Es wird kein geschlossenes Werk, sondern es werden einzelne Aufsätze vorgelegt; die des ersten Bandes stammen aus den Jahren 1977 bis 1985. Die meisten wurden zuerst in der Zeitschrift »Das Argument« bzw. in den Argument-Sonderbänden veröffentlicht. Es sind aber auch einige Erstveröffentlichungen darunter. Folgende inhaltliche Gliederung ist für das Gesamtwerk festgelegt: »Dialektik des Marxismus« und »Strukturelle Hegemonie« im ersten, die »Frage nach dem Ideologischen« und »Marxismus und die drei Welten« im zweiten Band. Der dritte Teil soll folgende Abschnitte haben: »Die kulturelle Unterscheidung und die Arbeiterklasse«, »Zur Struktur marxistischen Wissens« und »Positionen in Bewegung«. Aus der Anlage der Bücher als Aufsatzsammlungen und aus ihrer inhaltlichen Gliederung ergeben sich für den Leser, vor allem aber für den Rezensenten einige Probleme. Einzelne Themen werden in den Aufsätzen immer wieder aufs neue und auf unterschiedliche Art abgehandelt, es ergeben sich Wiederholungen und nicht selten auch Widersprüche. So bleiben die Aussagen des Autors oft interpretierbar und auch mehrdeutig. Die Aufteilung der drei Bände macht eine Abgrenzung der verschiedenen Teile schwierig. So finden sich z.B. Aussagen zum Ideologischen — Inhalt des zweiten Bandes — bereits im ersten, in den Aufsätzen zu Brecht und zur Ökonomismuskritik. Bei der vorliegenden Rezension wird daher nicht auf diese Aufsätze eingegangen. Unberücksichtigt bleiben auch einige Artikel, die sich mit hier nur am Rande interessierenden Themen (z.B. Thesen zur Ökologie und zur inneren Situation der BRD) beschäftigen.

Der Aufbau als dreibändiges Werk erlaubt aber vor allem nur ein sehr vorläufiges Urteil über den Haugschen Ansatz. Womöglich wird einiges von den Wertungen nach Vorlage des zweiten und dritten Bandes nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Dieses Risiko ist aber einzugehen, denn ein weiteres Abwarten würde die Chance der gegenwärtigen Ausein-

* Wolfgang Fritz Haug: Pluraler Marxismus — Beiträge zur politischen Kultur, Band 1, Argument-Verlag, Berlin/West 1985, br. 19,50 DM, Ln. 28,- DM. Die Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

andersetzung des Autors mit den Kritikern ungenutzt lassen, zumal der zweite Band erst jetzt mit gut einjähriger Verspätung erschienen ist.

Der »Plurale Marxismus« ist auch als Standortbestimmung in einer innermarxistischen Auseinandersetzung mit Gesellschaftswissenschaftlern im Umfeld der DKP zu verstehen. Die wichtigsten Aufsätze waren bereits Gegenstand der Kritik in der vom DKP-nahen Verlag »Marxistische Blätter« herausgegebenen Aufsatzsammlung »Marxismus, Ideologie, Politik«. In dem Haug-Artikel »Zu einigen Einwänden gegen das Konzept der strukturellen Hegemonie« wird direkt auf diese Kritik Bezug genommen.

Was ist eigentlich »pluraler Marxismus«?

Diese noch lange nicht abgeschlossene Kontroverse legt bei Haug auch »die Rezeption auf den Aspekt des pluralen Marxismus« (13) fest. Der Begriff selbst entstammt der Debatte der französischen Kommunisten und hat bei ihm eine dreifache Bedeutung: »Bezogen auf seine eigene theoretische 'Grammatik', sein nationales Politikmuster und seine internationale Stellung im System der 'drei Welten'« (11). Sehen wir uns zunächst die internationale Bedeutung dieses Begriffs an. Angesichts des selbständigen Entstehens mehrerer sozialistischer Länder, verbunden fast regelmäßig mit Zerwürfnissen und Spaltungen, ist der Polyzentrismus des Marxismus in der Tat längst zur Realität geworden. Die zuerst von Togliatti 1964 formulierte Forderung nach der »Einheit in der Unterschiedenheit und vollen Autonomie der einzelnen Länder« wird nach schmerzlichen Anpassungsprozessen mehr und mehr auch zur Praxis des Umgangs der sozialistischen Länder miteinander. Am Anfang stand die Kehrtwendung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten, dann auch der Volksrepublik China gegenüber Jugoslawien. Gegenwärtig sind wir Zeuge einer grundlegenden Änderung des Verhältnisses zwischen den Staaten der WVO und der Volksrepublik China.

Pluraler Marxismus, die Formel steht zum anderen aber auch für ein bestimmtes Verhältnis der Instanzen, Kräfte und Tendenzen des wissenschaftlichen Sozialismus auf nationaler Ebene. Einen Gedanken des italienischen Kommunisten Pietro Ingrao aufgreifend, fragt Haug »angesichts der Fragmentierung der Arbeiterklasse und der Politik der sozialen Bewegungen nach der 'aggregierenden Kraft'« (109). Dabei ist nach Haug nicht nur davon auszugehen, daß es unterschiedliche Strömungen im Marxismus gibt, »sondern es gibt marxistische Elemente auf ganz unterschiedlichen Ebenen, in heterogenen Praxisfeldern, wie in Politik, Gewerkschaft, Wissenschaft, Literatur, Kunst, ja sogar Recht und Religion, und es gibt sie in der Frauenbewegung und in anderen sozialen Bewegungen« (109). Bringt »die Entwicklung nicht von sich aus die Homogenisierung und Vereinfachung der Kräfte hervor« (Ingrao 1982), so bleibt doch die Zusammenführung der Kräfte das Ziel. Haug spricht von der »Einheit in der Vielfalt« (12) und an verschiedenen Stellen im Band von *dem* Marxismus. Ausdrücklich korrigiert er damit seine Rede von den »Marxismen« (vgl. 12) in den Thesen zum hundertsten Todestag von Marx (20). Seine Jünger werden angesichts dieser schnellen Kehrtwendung begeistert sein.

In dieser Perspektive geht er weiterhin von der »Notwendigkeit des Marxismus« im wortwörtlichen Sinne aus. Es ist verständlich, daß dieses Festhalten von Peter Glotz nicht hingenommen werden kann: »Der Philosoph führt bei der Bewahrung manche Eiertänze auf« und »das Problem liegt darin, daß selbst dieser differenzierte Kopf die marxistische Scholastik noch nicht völlig überwunden hat« (Glotz 1986). Eine scheinheilige Sorge, for-

dert Peter Glotz doch sonst die Überwindung des Marxismus als solchen und nicht etwa nur seiner scholastischen Verengungen.

Der Umgang mit der Krise des Marxismus

Die Stellungnahme zur Krise des Marxismus muß besonders interessieren, lautet doch der Untertitel der Kritik von Holz, Metscher, Schleifstein, Steigerwald u.a. »Krise des Marxismus oder Krise des 'Arguments'«. Hier wird die »Krise des Marxismus« als Eigenproduktion des »Arguments« verstanden. Jedes Gerede von einer allgemeinen Krise des Marxismus wäs demnach bodenlose Anmaßung einer relativ kleinen Gruppe marxistischer Theoretiker. Übersehen wird in dieser Polemik, daß das Gerede von der allgemeinen Krise des Marxismus keineswegs auf die Mitarbeiter des »Arguments« beschränkt ist, daß sie auch kein Problem der bundesdeutschen Linken allein darstellt.

Doch anders als viele dieser Kritiker, die mit der Feststellung einer Krise des Marxismus nur ihre ganz persönliche Abkehr von diesem Denken mit theoretischen Floskeln drapieren, sieht Haug nur eine historisch spezifische Form des Marxismus in der Krise. »Es ist immer kurzsichtig gewesen, die Krise einer historisch spezifischen Formation des Marxismus für die letzte Krise des Marxismus schlechthin zu halten. Die Regel für solche Situationen lautet: »*Der Marxismus ist tot — lang lebe der Marxismus!*« (55) Diese »spezifische Formation« ist auch nicht einfach gleichzusetzen mit dem Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus. Sie ist allgemeiner und tiefer im Denken des Marxismus verwurzelt, sie war Grundlage der im wesentlichen von Kautsky geprägten Anschauungen in der II. Internationale und lebt heute weiter im Marxismus-Leninismus; klassisch formuliert hat sie Lukács (1977). Diese »spezifische Formation« definiert Haug in Anlehnung an Althusser als »*das Denken im Muster der expressiven Totalität*. Für dieses Denken gibt es einen Wesenskern, der intensiv und konzentriert die qualitativen Bestimmungen enthält, die von ihm an die Oberfläche ausstrahlen.« (49) Im Ergebnis dieser auf den Kopf gestellten Wirklichkeit treten die gesellschaftlichen Kämpfe und die agierenden Subjekte in ihrer Bedeutung zurück, der Sieg des Sozialismus wird zur »ehernen Notwendigkeit«, zu einer »unumstößlichen Tatsache« und dergleichen mehr. Dieses Denken sieht Haug als schon lange in der Krise befindlich. »Denn wenn es ein *Scheitern* in der Geschichte von Marxismus und Sozialismus gibt, ist es das der 'zentrierten Ganzheit', der Gleichung von Dialektik und automatischem Fortschritt, des — zumeist unbewußt — organisierenden Musters der einen Subjekt-Substanz. Es ist an der Zeit, endlich Abschied zu nehmen von solchen Anschauungen.« (52)

Ausgehend von dieser Kritik entwickelt Haug Ansätze zur Rekonstruktion des Marxismus in zwei Richtungen: 1. Der zur Wissenschaft gewordene Sozialismus muß auch als solcher behandelt werden. 2. Es muß endgültig der Bruch mit der Hegelschen Geschichtsphilosophie vollzogen werden. Von diesem Standpunkt aus begegnet er Apologeten der Krise des Marxismus, die mit bestimmten Formen des gegenwärtigen Marxismus das ganze marxistische Denken auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen.

Die Aufforderung von Engels aus dem Zusatz zum Deutschen Bauernkrieg aufgreifend, wonach »der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will« (MEW 18, 517), formuliert er Bedingungen an die Diskussion und Weiterentwicklung des Marxismus. »Die Wissenschaft ist unabschließbarer Prozeß — wie 'der Wissenschaft gewordene' Sozialismus. Dieser Prozeß ist notwendig kontrovers, vielstimmig, vorangetrieben von Divergenzen. In ihm spielen

unterschiedliche Instanzen eine Rolle, die gegeneinander selbständig bleiben müssen. Die Logik des wissenschaftlichen Prozesses ist unvereinbar mit der Logik hierarchischer Administration von einem Machtzentrum aus, unvereinbar mit der Subordination unter Logiken der politischen Organisation.« (34) Natürlich muß ein solcher Standpunkt unweigerlich mit dem wissenschaftlichen Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus in unauflösbare Konflikte geraten. Haug ermahnt aber auch all diejenigen, die — wie etwa Frieder Otto Wolf — die Allwissenheit eines Machtzentrums für bare Münze nehmen, d.h. für eine logische Weiterentwicklung des Marxismus halten, sich die Sache nicht zu einfach zu machen. »Es besteht kein zwingender Grund, wegen unangemessener Wissenschaftsgläubigkeit, die den Namen Wissenschaft für *Gläubigkeit* mißbraucht, die Verknüpfung von Wissenschaft und Sozialismus aufzulösen.« (31)

Anders dagegen die Antworten auf die Thesen von André Gorz und Ernesto Laclau. Haug zeigt, daß die von beiden zur Rechtfertigung ihrer Absage an den Marxismus herangezogenen Texte von Marx anders gelesen werden können, ja zum Teil auch anders gelesen werden müssen. Untauglich bleibt danach der Versuch, den Marxismus auf seine »vormarxistischen Hegelianismen festzunageln« (39). Marx verstand eben nicht die Entwicklung zur bürgerlichen Produktionsweise als eine gesetzliche, Stufe um Stufe erklimmende Abfolge. »Die genetische Abfolge von Ordnungen, deren Analyse im 'Kapital' den Kontext darstellt, z.B. von Produktentausch, geldvermittelter Warenzirkulation und kapitalistischer Warenproduktion, wird von Marx an den entscheidenden Übergangspunkten ausdrücklich als vom Zusammentreffen unterschiedlichster Faktoren abhängig erklärt.« (47) Diese Passagen gehören zu den besten Teilen dieses Bandes. Haug erweist sich hier als ein guter Kenner der Klassikertexte. Durch die Rückführung der Diskussion auf die Quellen werden die modischen Marxtöter bereits in ihren eigenen Begründungszusammenhängen widerlegt. Dies gilt für den »Abschiednehmer« vom Proletariat, André Gorz, als auch für Ernesto Laclau, der übrigens deutschen Lesern erst durch die Veröffentlichungen im Argument-Verlag bekannt wurde. Moden ändern sich eben!

In der Abrechnung mit der geschichtsphilosophischen Betrachtung verliert Haug leider kaum ein Wort über die Entwicklungsphasen dieser Betrachtungsweise in der Geschichte des Marxismus. Zwar werden, wie gezeigt, Parallelen zwischen dem Denken in der II. Internationale und dem Theoriegebäude des Marxismus-Leninismus gezogen, ein womöglich bestehender innerer Zusammenhang wird nicht angesprochen. Doch ist es sicherlich kein Zufall, daß die geschichtsphilosophische Betrachtung vom »ehernen Gang der Geschichte« immer dann in den Vordergrund trat, wenn es galt, gewisse Erfolge abzusichern. Insbesondere, wenn die Erfolge relativ kleiner avantgardistischer Gruppen von staatsähnlich gewordenen Organisationen bewahrt und verwaltet wurden. So war es in der deutschen Sozialdemokratie nach der Überwindung der Sozialistengesetze, so war es bei den Bolschewiki nach der Oktoberrevolution. Übrigens hat sich die sicherlich falsche Gewißheit vom »gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus« nicht alleine handlungsblockierend ausgewirkt, ganze Generationen von Sozialisten wurden dadurch sicherer im Gang, die heroischen Anstrengungen und die enorme Leidenschaft wären ohne diese Gewißheit und die feste Hoffnung auf den »Zukunftsstaat« nicht vorstellbar gewesen. Es sollte zu denken geben, daß der Marxismus nur in dieser Form bisher bei den Massen »angekommen« ist. Kaum eine Theorie hat in der Neuzeit so viele Menschen in Bewegung gebracht und damit ihre Praxis bestimmt.

In Richtung auf die Rekonstruktion des Marxismus

Für diese wichtigen Zusammenhänge von Theorie und Praxis hat Haug aber keinen Blick, denn die Praxis bleibt in seinem Weltbild außen vor, unhinterfragter letzter Bezugspunkt jedes marxistischen Ansatzes. »Gerade vom Standpunkt einer wissenschaftlichen Theorie, die sich keinen ihr äußerlichen Diktaten beugt und sich nicht praktisch verkürzen läßt, wird die Praxis, insofern sie unter dem Diktat der Not-Wendigkeit entwickelt wird, zur letztlich entscheidenden Instanz.« (107) Und: »Wir plädieren für die Annahme der Dialektik des Marxismus. Der Standpunkt, von dem aus diese möglich ist, befindet sich in keinem Lehrgebäude, sondern im Freien, im *Reich der Notwendigkeiten*, der Existenzprobleme, welche den Sozialismus für die Menschheit zu einer Überlebensfrage machen.« (48) Wie dieser »Standpunkt« gebildet wird, bleibt im dunkeln. Er wird ebenso als gegeben betrachtet wie die übrige Praxis. Das heißt nichts anderes, als daß Haug das »wirkliche Leben« zur letzten Instanz verklärt. Auf die Einheit von Theorie und Praxis innerhalb der Praxis selbst hat aber schon Hans Heinz Holz hingewiesen. »Doch sind in die gegenständliche Tätigkeit selbst jene Verallgemeinerungen (und d.h. Abstraktionsprozesse) eingeschlossen, ohne welche weder die Kommunikation zwischen Menschen (und also gesellschaftliche Arbeit) noch sinnvolle geplante Eingriffe in die Natur möglich wären. Theorie und Praxis bilden mithin immer schon eine Einheit *innerhalb der Praxis selbst*, und Praxis ist, im Sprachgebrauch der dialektischen Logik, das übergreifende Allgemeine ihrer selbst und der Theorie.« (Holz 1984, 43)

Für Haug steht fest, daß die Rekonstruktion des Marxismus nur von einer »Pluralität von Akteuren und Artikulationszentren, die in ein lebensfähiges sozialistisches Projekt eingebaut werden müssen« (50), bewerkstelligt werden kann. Vergleichbare Forderungen nach Freiheit der Diskussion und einheitlichem Handeln vertreten marxistische Sozialdemokraten seit Luxemburgs Schrift »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« (Luxemburg 1972) gegenüber der bolschewistischen Partei und oft auch gegenüber einer autoritären sozialdemokratischen Führung. Ohne Zweifel sind diese Forderungen von Haug auch geprägt durch die Erfahrungen, die er selbst während der Phase der Annäherung des »Argument« an die deutschen Kommunisten in den siebziger Jahren gemacht hat. Ganz nebenbei, sozusagen im Vorübergehen, bekennt er sich auch zum demokratischen Sozialismus. »Diese Zielvorstellung ist insofern besonders wichtig, als sie in allen entwickelten kapitalistischen Ländern die einzige ist, die Aussicht auf irgend einen Erfolg haben kann.« (116)

Diese zu begrüßende Definition des eigenen Standpunkts darf aber nicht zur Ausgrenzung anderer Positionen aus der Linken benutzt werden. Genau dies tut aber Haug, wenn er die Anerkennung der Pluralität zur Bedingung der Zusammenarbeit erklärt. In einer Fußnote wird diese Haltung auf Probleme in der Friedensbewegung angewandt: »Schleifstein schlägt z.B. vor, die ein Bündnis störenden Fragen der Einschätzung des sowjetischen Sozialismus und auch die grundsätzlichen Fragen nach dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus in unserer Perspektive auszuklammern (um damit eben die genannten Bruchlinien der Sowjetkritik und des Antisowjetismus auszuklammern). Er übersieht dabei, daß eine hegemoniale Struktur die entscheidende Art und Weise ist, die Frage von Demokratie und Sozialismus aufzuwerfen. (...) Deshalb steht die Forderung nach 'Ausklammerung' der Ausweitung des hegemonialen Feldes (das eher eine 'Einklammerungspolitik' erfordert) entgegen.« (180) Man kann wohl behaupten, daß die Friedensbewegung nie das geworden wäre, was sie ist, hätte sie den Rat von Haug befolgt. Eine Wie-

derauflage der schlimmen Formel »Klarheit vor Einheit« auch in der Fassung »Zusammenarbeit nur mit den pluralen Marxisten« wäre ein verhängnisvoller Rückschritt für die gesamte Linke in der Bundesrepublik. So manche hektische Abgrenzung von seiten der DKP gegenüber dem »Argument« hat wohl in dieser Position von Haug ihre Grundlage.

Hegemonie ohne Hegemon?

1981 hat Haug im »Argument« 129 eine Vorschlag für das strategische Vorgehen der bundesdeutschen Linken vorgelegt. Es ist der »Gedanke einer hegemonialen Struktur ohne klassischen Hegemon« (172), genannt »Strukturelle Hegemonie«. Der praktische Sinn dieses Begriffs liegt nach Haug darin, »kulturelle und politische Handlungsfähigkeit unter unsern Bedingungen auszuweiten« (ebd.). Zu »unsern Bedingungen« rechnet er vor allem die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterbewegung, die keine hegemoniale Kraft entfaltet, und die gleichzeitige Stärke der sogenannten neuen sozialen Bewegungen, die heute einzig Fortschritt verheißen. Dies ist der Dreh- und Angelpunkt des Haugschen Ansatzes. Eine »strukturelle Hegemonie« erfordert nach Haug den Abschied von jeder »Stellvertreterpolitik«, denn sie wirkt als »Passivierungsdispositiv«. In diesem Zusammenhang kriegen auch die »Herforder Thesen« eins mit: »Selbst die marxistische Linke innerhalb der Sozialdemokratie hat sich von dieser Politikstruktur noch nicht emanzipiert, wie es sich an den — gleichwohl politisch sehr wichtigen — Herforder Thesen ablesen läßt.« (173) Und: »Strukturell kommen weder die Massen als Handelnde genügend vor, noch ist der Pluralität der gesellschaftlichen 'Subjekte' ausreichend Rechnung getragen.« (Ebd.) Nun sind die »Herforder Thesen« Ende der siebziger Jahre verfaßt worden, also vor dem Aufschwung der Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung. Die Aussagen zum Stellenwert dieser Bewegungen mußten daher notgedrungen sehr dürftig ausfallen. Im Zentrum der strategischen Aussagen stehen hingegen die Sozialdemokratie und die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Offensichtlich handelt es sich nach Haug dabei nicht um handelnde Massen!

Eine »strukturelle Hegemonie« soll so beschaffen sein, daß sie die darin eingehenden Subjekte in ihrer Autonomie stärkt und nicht schwächt: »In einem kulturellen Aktivierungsdispositiv muß die reale Handlungsfähigkeit größer sein als außerhalb, nicht kleiner. Was es daher braucht, ist eine Autonomie ohne Umschweife.« (182) Diese Forderung richtet sich kritisch an die Praxis linker Parteien und Bewegungen, die sich im Spannungsverhältnis von Autonomie und notwendiger Einheit bewegen müssen. Auch die Grünen sind weit davon entfernt, eine befriedigende Antwort auf diese Fragen zu geben. Die von Haug angebotene Lösung erschöpft sich in Postulaten: »Die Einheit einer hegemonialen Struktur dagegen kann sich artikulieren als *Konvergenz in der Differenz*. Diese Art der Bildung einer Einheit beruht auch nicht auf dem Ausklammern von Fragen, die Bruchlinien bezeichnen.« (180) Wie diese »Bildung der Einheit« konkret im Bereich der Friedensbewegung auszusehen hat, ist oben gezeigt worden.

Die Forderung nach einer »Hegemonie ohne Hegemon« läßt natürlich Fragen nach der Rolle der Arbeiterklasse in einem solchen Konzept entstehen. Ein Hegemon — wie von den Klassikern einschließlich Gramsci noch so gesehen — soll sie ja nicht mehr sein. Demnach also doch eine neue Variante des »Abschieds vom Proletariat«? In dem 1981 erstmals veröffentlichten Artikel »Strukturelle Hegemonie« ist die Bestimmung dieser Rolle noch sehr allgemein: »Dies heißt nicht, daß die Arbeiterklasse ein beliebiger, gar weglaßbarer (wie Gorz 1980 meint) Bezugspunkt wäre. Allerdings ist es erst die Beziehung der

Arbeiterklasse auf Wissenschaft und demokratische Emanzipation, was die auf ihren Klassenstandpunkt aufgebaute Perspektive hegemonial machen kann.« (182) Erst in einem Beitrag zur Strategiediskussion der »progressiven Organisationen der Schweiz« (POCH) versucht er eine genauere Bestimmung dieses Verhältnisses: »Auch wo Organisationen der Arbeiterklasse derzeit keine 'Vormachtstellung' in einem sozialistischen hegemonialen Feld einnehmen können ..., ist doch ein sozialistisches Projekt nur unter Bezug auf diese Klasse artikulierbar. *Unter allen Umständen gilt: Sozialistische Projekte lassen sich nicht auf den Standpunkt der Arbeiterklasse reduzieren, sind aber nur von diesem Standpunkt aus entwickelbar.*« (210)

Doch die entscheidende Frage bleibt, wie dieses Verhältnis in der konkreten Politik gestaltet werden soll. Solche allgemeinen Bestimmungen gleiten über die Probleme im Detail mehr oder weniger elegant hinweg. Sehen wir uns daher einmal genauer an, wie Haugs Bild von der Arbeiterklasse aussieht. Es finden sich im Buch verschiedene Stellen, die Aufschluß darüber geben. Eine zentrale Stellung nimmt bei ihm die Fragmentierung der Arbeiterklasse ein. Ohne eine genaue Ableitung zu geben, scheint er dieser Fragmentierung ein großes Gewicht beizumessen: »Wenn der klassische Arbeiterhegemon nicht mehr in Sicht ist, wenn die Arbeiterklasse fragmentiert und überdies mehrheitlich bis über beide Ohren in eine um den Warenkonsum angeordnete Lebensweise eingetaucht ist, dann kann ein dezentrales, plurales Verknüpfungsmuster des sozialistischen Projekts auch die Arbeiter stabilisieren.« (223) Und: »Die der Lebensweise inhärente Zerstreuung, vorwärtsgetrieben durch die neuen Medien, stellt ein System der Distraction/Dispersion der arbeitenden Massen dar. Die Arbeiterklasse wird zerstreut. Die zerstreuten Produzenten werden, interklassistisch, als Konsumenten rekonstruiert. Die in den marxistischen Diskursen zähl weiterlebenden alten Namen der Klassenakteure werden immer abgehobener.« (24) Die Zerstreuung also als ein Produkt einer um den Warenkonsum angeordneten Lebensweise. Haug als Autor der »Kritik der Warenästhetik« von 1971 zeichnet sich hier offensichtlich selbst sein Bild, ein Zerrbild der Wirklichkeit. Ganz anders hingegen argumentiert er in der Auseinandersetzung mit den POCH; Haug widerspricht der dort vorgetragenen These, die »Arbeiterklasse sei zur Fiktion geworden«: »Die bekannten Argumente von der Fragmentierung und Differenzierung der Arbeiterklasse stützen die Behauptungen keineswegs. Das war immer schon so.« (209)

Bei aller Widersprüchlichkeit bleibt festzuhalten: Haug bietet in seinen Texten nicht einmal einen Ansatz von Klassenanalyse. Die real vorhandene Fragmentierung wird maßlos überschätzt und zudem nur auf die Wirkungen der Konsumwelt zurückgeführt. Unbeachtet bleiben die Strukturen, die gemeinsame Interessen und immer wieder aufs neue eine objektive gemeinsame Klassenfrage hervorbringen. Angesichts dieser Einschätzungen muß einem angst und bange um die Bedeutung der Arbeiterklasse in Haugs Konzept einer »strukturellen Hegemonie« werden. Wer ihr so wenig zutraut, kann ihr wohl kaum eine zentrale Rolle darin zumuten.

Als Vorschlag für ein strategisches Vorgehen der bundesdeutschen Linken wird Haugs Konzept der »strukturellen Hegemonie« natürlich politisch diskutiert und auf seine Tauglichkeit überprüft. Aus der mehr grün-alternativen Perspektive sieht Wieland Elfferding in dem Vorschlag ein zeitgebundenes Konzept: »Diese Analyse bezieht sich überwiegend auf die Situation der späten siebziger Jahre. Parallel zur Gründung der Berliner Volksuni bezeugten andere Projekte die Ausbreitung von ökumenischem Geist in der Linken: Sozialistische Konferenzen, Gesundheitstage, Zukunft der Arbeit, Friedensmarsch der Frauen, Kirchentage von unten u.a.m.« (Elfferding 1984, 851) Er kommt dann zum Ergebnis, daß

der »große Sprung nach vorn«, in dem sich die Kräfte der verschiedenen Bewegungen zusammenschließen, ausgeblieben ist. Sicher nicht ohne Hoffnungen auf die Grünen kommt er zum Ergebnis: »Um so wichtiger wird die Frage, welchen Beitrag die Parteien zur Stabilisierung und Entwicklung eines Netzes von Oppositionsbewegungen leisten können.« (Elfferding 1984, 851)

Auch Frank Deppe sieht in dem Vorschlag einer »strukturellen Hegemonie« das Ergebnis einer zeitbedingten Analyse. Allerdings stellt er ihn in den Rahmen einer allgemeinen Abwendung vom Marxismus. Die Enttäuschung unter der marxistischen westdeutschen Intelligenz über das von ihnen stilisierte Subjekt eines revolutionären Proletariats führt Ende der siebziger Jahre zur Suche nach einem neuen Subjekt und zur Aufhebung des Arbeiterklassenstandpunktes. »Wenn hier von 'Aufhebung' die Rede ist, so soll ein doppelter Bruch im Denkansatz verdeutlicht werden: Zum einen die Distanz zu den 'Klassikern' des Marxismus, die Arbeiterklasse und Hegemonie stets zusammen gedacht haben (auch wenn sie der Frage nachgingen, warum die Arbeiterklasse in einer bestimmten historischen Periode *keine* hegemoniale Kraft gewesen ist); zum anderen reflektiert sich darin ein theoretischer Ansatz, der der marxistischen Analyse — d.h. der Ideologie und Politiktheorie — 'jenseits des Arbeiterklassenstandpunktes' einen eigenen Ort und damit auch dem Intellektuellen eine neue, autonome Rolle im Konzept der 'strukturellen Hegemonie' zuweist.« (Deppe 1984, 109ff.) Und: »Der 'Standpunktwechsel', der hier deutlich wird, versteht sich als Übergang vom 'Partikularismus' (des Klassenstandpunktes, der stets ökonomistisch, vielleicht auch 'produktivistisch' beschränkt bleiben muß) zu einem 'Universalismus', dem sich nunmehr alle Kräfte, die sich durch die 'strukturelle Hegemonie' pluri- und multizentrisch artikulieren, zuordnen sollen, also nicht mehr durch das 'Nadelöhr' des Klassenstandpunktes zurückgehalten und abgestoßen werden.« (Deppe 1984, 113) Nach Deppe spiegelt sich in dieser Entwicklung lediglich die Geschichte der marxistisch orientierten Intellektuellen.

Elfferding und vor allem Deppe liefern mit ihren Kritiken interessante Ansätze, die viel dazu beitragen, die Debatte aus den Höhen der theoretischen Diskussion wieder auf den Boden der bundesrepublikanischen Wirklichkeit zurückzuholen. Man braucht Deppe nicht in allen Ausführungen zu folgen, um zu erkennen, daß sich im Konzept der »strukturellen Hegemonie« die Identitätskrise der marxistischen Intellektuellen widerspiegelt. Diese Tatsache ist für sich genommen allerdings nicht gering zu schätzen. Brüche und Verwerfungen in diesem Bereich haben regelmäßige wichtige Auswirkungen auch auf die Praxis politischer Bewegungen und Parteien. Nicht ohne Grund hat die DKP der Abrechnung mit dem »Argument« ein ganzes Buch gewidmet. Die Erinnerung an die Wirklichkeit kann aber dazu beitragen, solche groß angelegten strategischen Modelle wie eine »Hegemonie ohne Hegemonie« im richtigen Licht zu sehen und als das zu erkennen, was sie sind: Kopfgeburten.

In einem eigens für den ersten Band geschriebenen Artikel (»Zu einigen Einwänden gegen das Konzept der strukturellen Hegemonie«) setzt sich Haug mit den Kritikern seines Vorschlags auseinander. Ohne auf die eigentliche Kritik von Deppe einzugehen, wirft er ihm vor, das Konzept unzulässigerweise auf die Politik ausgedehnt zu haben: »Frank Deppe (1984) nimmt die Überlegungen unmittelbar als Politiktheorie und Strategie in einem. Er übersieht ihre Beschränkung auf die kulturelle Ebene.« (186) Und: »Frank Deppe verfehlt den Unterschied der Logiken der verschiedenen Praxisbereiche der Gesellschaft von der anderen Seite. Er neigt spontan dazu, Überlegungen zur Organisation kultureller Praxen, die den Tatbestand des Politischen auf kultureller Ebene erfüllen, als Politik

schlechthin zu lesen.« (187) In der Tat hatte Haug seinen Vorschlag zunächst auf den kulturellen Bereich beschränkt. Er warnte sogar selbst vor Übertragungen auf andere Bereiche: »Verallgemeinerungen, die von kulturellen Praxen und vom Problem kultureller Hegemonie ausgehen, könnten daher zu gefährlichen Illusionen führen, würden sie unbesonnen auf staats- und parteipolitische oder auf ökonomische Probleme übertragen.« (181) Bereits 1982, in der Auseinandersetzung mit den POCH, verallgemeinert er allerdings selbst sein Konzept in Richtung einer allgemeinpolitischen Aussage: »Darüber hinaus ist in den meisten Ländern des entwickelten Kapitalismus eine derartige, von der Arbeiterklasse getragene oder gar aktiv ausgeübte Hegemonie nicht erreichbar. In meinem Versuch über 'strukturelle Hegemonie' habe ich daher die Frage so gestellt: Gibt es eine 'Hegemonie ohne Hegemon'?« (210) Es dient nicht der gemeinsamen notwendigen Diskussion, wenn nun in einem Text 1985 den Kritikern vorgeworfen wird, sie würden das Konzept der »strukturellen Hegemonie« unzulässig ausweiten. Es wird hier eine Vorgehensweise erkennbar, die, im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung mit dem Projekt Ideologie-Theorie (PIT) des »Arguments« bereits von Ute H.-Osterkamp exemplarisch beschrieben wurde: »Die Kritik an der Theorie bzw. dem Diskussionsentwurf wird weniger mit sachlichen Argumenten als vielmehr mit der Kritik bzw. Zensur des Kritikers begegnet, dem man mangelnde 'Diskussionskultur' ('Mißverständnisse', 'groteske Verdrehungen' etc.) vorwirft, wenn er seine Kritik an bestimmten Thesen festmacht und damit ignoriert, daß man an anderer Stelle auch ganz anders lautende Aussagen gemacht hat.« (Ute H.-Osterkamp 1983, 7ff.)

Was bleibt?

Wolfgang Fritz Haug zeigt im ersten Band des »Pluralen Marxismus«, daß er wichtige Beiträge zur Rekonstruktion des Marxismus zu leisten hat. Seine Abrechnung mit denen, die vom »Proletariat Abschied« nehmen (Laclau und Gorz), ist von Nutzen für all diejenigen, die auf diese vernichtende Kritik am Marxismus nicht nur mit dem Hochhalten von Glaubensbekenntnissen antworten wollen. Die für die Weiterentwicklung des Marxismus unentbehrliche Überwindung der geschichtsphilosophischen Betrachtung betreibt er allerdings ohne Blick auf die Praxis politischer Bewegungen. Er argumentiert hier als der unabhängige sozialistische Professor, der er in der Realität auch ist. Aus dieser Position heraus kann er sich so manche Wendung und Provokation erlauben, seine Vorschläge haben allerdings deshalb notwendigerweise auch nur ein geringes Gewicht in der politischen Diskussion.

Auf Glatteis bewegt sich Haug regelmäßig, wenn er Vorschläge zur Strategie und Taktik von Sozialisten unterbreitet. So verhält es sich vor allem mit seinem Vorschlag zur »strukturellen Hegemonie«. Mit seinem Versuch, ein Konzept zu entwickeln, das die sogenannten neuen sozialen Bewegungen mit umfaßt, legt er zwar den Finger in eine der großen Wunden der gegenwärtigen marxistischen Diskussion, sein eigener Ansatz einer »Hegemonie ohne Hegemon« führt aber nicht weiter. Im Gegenteil: Dieser Vorschlag liegt freiwillig oder unfreiwillig im Trend einer bei vielen zu beobachtenden allmählichen Abkehr von einer Analyse, die den Bewegungen der Ökonomie eine alle anderen Bereiche strukturierende Bedeutung gibt. Als Beispiel sei hier nur eine Positionsbestimmung der reformistischen Jungsozialisten genannt: »Wir gehen davon aus, daß es nicht nur eine Ursache gesellschaftlicher Ungleichheit und Krisen gibt, woraus alle anderen ableitbar sind. Nur die Akzeptanz mehrerer Ursachen ergibt auch die Chance, mehrere gleichberechtigte Subjek-

te gesellschaftlicher Veränderung zu denken — und damit auch die Chance eines pluralistischen Reformprojekts.« (Ristau 1986, 17) Das Konzept einer »strukturellen Hegemonie« beinhaltet auch ein Element des Selbstbetrugs, denn ohne die Überwindung der Schwäche der Arbeiterbewegung wird es wohl hier und da Einzelerfolge für die Linke geben, eine Wende hin zu mehr Demokratie und zum Erhalt des Sozialstaats wird es ohne das Engagement der Arbeiterbewegung nicht geben. Erst recht wird ohne die Arbeiterklasse im Zentrum eines alternativen Lagers zur Überwindung des Kapitalismus kein Sozialismus erreichbar sein. Da helfen auch keine noch so klugen Gedankenkonstruktionen.

Für Haug steht fest, daß es eine marxistische Diskussion nur geben kann, wenn sie unter wissenschaftlichen Bedingungen und mit der größtmöglichen Freiheit stattfindet. In dieser Frage gibt es eine breite Übereinstimmung mit marxistischen Sozialdemokraten. Unabhängigen linken Intellektuellen und ihnen ist gemeinsm, daß sie nicht — wie etwa Holz — Parteilichkeit für Arbeiterklasse mit der Parteilichkeit für die Kommunisten verwechseln: »Parteilichkeit für die Arbeiterklasse heißt Parteinahme für die Avantgarde der Arbeiterklasse in ihrer organisierten Form als Partei.« (Holz 1984, 50) Die Angriffe der DKP auf das »Argument«, besonders auf Haug, beginnen dort untragbar zu werden, wo sie auf die Exkommunizierung zielen. Per Beschluß vorgenommene Ausbürgerungen aus dem Marxismus darf es aber nicht mehr geben. Marxistische Sozialdemokraten haben keinen Anlaß, sich in dieser Auseinandersetzung in die eine oder andere Ecke zerren zu lassen. Sie sind verpflichtet, einen eigenen Standpunkt einzunehmen. Ich denke, daß das auch bei der Kritik der nächsten beiden Bände des »Pluralen Marxismus« so gehandhabt werden sollte.

Literaturverzeichnis

- Deppe, Frank, 1984: »Intellektuelle«, »Arbeiterklassenstandpunkt« und »Strukturelle Hegemonie«. Einige Gegenargumente, in: Hölz u.a., 1984, 97-117
- Elfferding, Wieland, 1984: Ist ein Parteienbündnis ohne Vorherrschaft möglich? In: *Das Argument* 148, 849-863
- Glötz, Peter, 1986: Hegemonie ohne Hegemon — Ansichten eines pluralen Marxismus. In: FAZ v. 18.3., und in: *Sozialistische Praxis* 3/1986, 26
- H.-Osterkamp, Ute, 1983: Ideologismus als Konsequenz des Ökonomismus. Zur Kritik am Projekt Ideologie-Theorie (PIT). In: Forum Kritische Psychologie. Argument-Sonderband 93, Berlin/West, 7-23
- Holz, Hans Heinz, Thomas Metscher, Josef Schleifstein und Robert Steigerwald (Hrsg.), 1984: Marxismus — Ideologie — Politik. Krise des Marxismus oder Krise des »Arguments«? Frankfurt/M.
- Ingrao, Pietro, 1982: Elemente einer neuen Logik linker Politik. In: *Das Argument* 133
- Luxemburg, Rosa, 1972: Gesammelte Werke, Berlin/West, 422-444
- Lukács, Georg, 1977: Geschichte und Klassenbewußtsein. Darmstadt, insbes. 170ff.
- Ristau, Malte, 1986: Thesen zum Selbstverständnis der undogmatischen Juso-Linken. In: *Sozialistische Praxis*, Sonderheft zum Bundeskongreß 1986, 17

Wolfgang Michal

Der Mann ohne Eigenschaften

Ein Portrait des SPD-Chefideologen Peter Glotz

Peter Glotz, der Bundesgeschäftsführer der SPD, wird, weil er fast jeden Tag in den Medien auftaucht, von seinen Bewunderern wie von seinen Verächtern oft als Cheftheoretiker und Vordenker verkannt. Beides ist er nicht. Im Gegenteil: Er ist ein *Nach-Denker*, ein Opportunist im klassischen (nicht im landläufig abwertenden) Sinn: ein *Chefideologe*, der die Wendungen seiner Partei »spontan« nachvollzieht und »wissenschaftlich« rechtfertigt. Ein Chefideologe erklärt, warum eine Partei so handeln mußte, wie sie handelte, und warum sie nicht so handeln konnte, wie man es von ihr erwartet hätte. In diesem Sinne ist Peter Glotz ein außergewöhnlich fähiger Vertreter: ein *Mann ohne Eigenschaften*, Medium für eine Partei, die er zwar nicht prägt, der er aber viel zu sagen hat. Seine Bücher beweisen es.

Dem Kanzler den Rücken frei halten

1975, ein Jahr nach der Wende von Brandt zu Schmidt, zwei Jahre nach dem Höhepunkt des Streits um die Linksentwicklung der Jungsozialisten und drei Jahre nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten zur Verhinderung von Radikalen im Öffentlichen Dienst publizierte Peter Glotz sein politisches Gesellenstück »Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus« — geschrieben in jenen drei Jahren der Ausgrenzung der Nach-68er-Bewegung aus der Politik der alten Fortschrittspartei SPD. Es waren die Jahre der zwangsweisen Umleitung des langen Marschs durch die Institutionen in die Bürgerinitiativen, die K-Gruppen und die Neuen Sozialen Bewegungen, aus denen Ende der 70er Jahre auch die grüne Partei entstanden ist.

Im Jahre *dieser* Tendenzwende, also 1975 — als die Schlacht gegen die Neue Linke geschlagen war — formulierte Peter Glotz noch einmal in aller Schärfe seinen ganz persönlichen innerparteilichen Radikalerlaß, der der Sprachregelungskunst eines energischen Bundesgeschäftsführers fünf Jahre vor der Eroberung dieses Parteiamts bereits vollkommen entsprach.

»Ich meine«, schrieb Glotz apodiktisch, daß die SPD »das soziale und politische Spektrum der Mitgliedschaft verkleinern muß. Die heute gegebene Spannweite ist zu groß; die Randgruppen paralysieren in ihrem erbarmungslosen Kampf die Gesamtpartei ... Wer glaubt, außerhalb der SPD das vertreten zu können, was er innerhalb der SPD nicht durchsetzen kann ... muß in die Schranken gewiesen werden ... Die SPD wird also den Jungsozialisten klarmachen müssen, daß sie in Zukunft keine Arbeitsgemeinschaft dulden wird, die außerhalb der Partei in öffentlichen Erklärungen oder gesellschaftlicher Praxis eine im Grundsatz andere Politik vertritt als die, die sozialdemokratische Parteitage mehrheitlich festgelegt haben. ... Die SPD wird z.B. auch darüber nachdenken müssen, ob sie Beitrittsanträge künftig nicht wieder gründlicher prüfen sollte ...«

Und — hier übernimmt Glotz sogar wörtlich das Vokabular der Berufsverbotsbeamten: der Widerruf der Mitgliedschaft müsse möglich sein, »wenn das Verhalten des neuen Mitglieds Zweifel an dessen Eingliederungsbereitschaft in das Spektrum der Partei aufkommen läßt.« Es ist deshalb kein Wunder, daß Glotz im Mai dieses Jahres für einen wissenschaftlichen Aufsatz über »Kommunismus, Marxismus und soziale Demokratie« eine län-

gere Passage ohne Quellenangabe wortwörtlich aus Carl-Dieter Sprangers Verfassungsschutzbericht übernimmt.

Schon immer hielt Gotz mehr von *Hinausdiskutieren* als vom *Hinauswerfen*. Und so hat er 1975 neben den »ernstzunehmenden« Anhängern der sogenannten Stamokap-Theorie offensichtlich auch gleich die beiden linken Kronzeugen seines Buchs, Jochen Steffen und Fritz Vilmar, mit »hinausdiskutiert«, ganz zu schweigen von den vielen jungen Amateuren, Idealisten, Dilettanten, Schwärmern, Gesinnungsethikern, Pfuschern, Herumtreibern, Moralpredigern und »vereinsamten, vermutlich oft gedeckelten Pädagogikstudenten«, die er sowieso nicht ausstehen kann und gegen die er in einer wenig wissenschaftlichen Denunziantensprache besonders gern vom Leder zieht. Politik machen heißt für ihn nämlich nicht »permanente Volksbewegung«, sondern präzises Handwerk, »Güterabwägung«, »Stückwerk-Technologie« im Sinne Max Webers, Richard Löwenthals und Karl Poppers. Politik im Glotzchen Sinn ist »Sozialtechnik« plus »Wertereflexion«, Verfahren plus Zieldiskussion (was nur so klingt wie »Sowjetmacht plus Elektrifizierung«). Für diese Profi-Vorstellung von Politik genügt im Grunde eine kleine Führungselite (zu der Glotz sich natürlich zählt) — und so kann er »den Anspruch auf permanente politische Beteiligung« schnell als »falschen Politisierungsbegriff« der Neuen Linken abqualifizieren. Aber warum definierte sich dieser Peter Glotz, der 1968 noch keine 30 Jahre alt war, als rechter Sozialdemokrat? Warum haßte er die »romantische« Linke?

Innehalten oder »machtgeschützte Innerlichkeit«

Das Tagebuch »Die Innenausstattung der Macht«, das die Jahre '76 bis '78 beschreibt und 1979 erschien, gibt Aufschluß: »Die Faszination des Professionellen hat mich in den rechten Flügel der SPD eingefädelt; ich hätte Angst gehabt, als Idealist zu gelten.« Idealisten — das waren »Spinner«, Verlierer, Versager, »verlegen und gehemmt«. Profis dagegen waren Aufsteiger — und hochkommen wollte der ehrgeizige Peter (der bereits mit 20 eine greisenhaft altkluge Abiturrede hielt) von früh an: »Ich habe die Anfängerrolle zutiefst gehaßt ... Ich bin ein Fanatiker des 'Ordentlich-Machens' ... Die Verachtung des nur Gutgemeinten ist mir geblieben; und das stillschweigende Einverständnis mit dem Gutgemachten.« Unterstützt fühlte er sich durch die Benn-Rezeption der 50er Jahre: »Die hochmütige Mischung von Realismus, Illusionslosigkeit und Aristokratentum bot Selbstschutz; die rigorose Ablehnung von Gejammer ermöglichte Distanz.«

Larmoyanz und Wehleidigkeit konnte er nie leiden, überspitzt gesagt: Gefühle machten ihm Angst. Er, der so gern über Identitätsprobleme schreibt, scheint selber ein handfestes Identitätsproblem zu haben: »An manchen Tagen frage ich mich, vor welchem Angriff, vor welchem Mißerfolg, vor welcher 'Enthüllung' ich mich eigentlich fürchte — und finde nichts, absolut nichts.« Fündig wird er dagegen in der Beschreibung seines »illusionslosen Skeptizismus«: »Wahrscheinlich war es die Angst, Hoffnungen scheitern zu sehen, der Wunsch, nicht verletzt zu werden. Vielleicht war die skeptische Generation eher eine ängstliche Generation?« Dieser so bestimmt auftretende, vermutlich dünnhäutige Peter Glotz hat eine fast neurotisch zu nennende Berührungsanst aus Verlierertypen. Zwei Mal in seinem Tagebuch beschreibt er, wie er nach Parteiversammlungen von verzweifelte Menschen angesprochen wird — und beide Male reagiert er hilflos, kalt und abweisend. Schon tragikomisch ist seine Abwehrhaltung gegenüber dem im gleichen Jahr geborenen Bernward Vesper, dem Schriftsteller und Ehemann Gudrun Ensslins, der aus privater und politischer Verzweiflung Selbstmord beging. Scheinbar abgebrüht und lakonisch, in Wirk-

lichkeit voll tiefsitzender Angst vor der Menschlichkeit dieses Versagers, rät er dem toten Anarchochaothen »aus bürgerlichem Elternhaus«: »Man soll sein Innenleben nicht überschätzen.« Derselbe Glotz liebt die alten kantigen Kämpfer seiner bayerischen Sozialdemokratie (die sogenannten Originale), nicht die eher blassen Aufsteiger der eigenen Generation (die sogenannten Enkel Willy Brandts); er sehnt sich nach einer »Geschichte«, die ihn »zeichnet«: mit Narben und offenen Wunden, mit Höhen und Tiefen; er sehnt sich nach einem Charakter — und bleibt ein »Mann ohne Eigenschaften«.

Liegt es daran, daß der 1939 geborene Sohn eines Handlungsreisenden die Erwachsenen häufig als verhuschte, verlegene, harmlose Mitläufer erlebte, die zwischen der zu Ende gehenden Unterdrückung der Nazizeit und den Hunger- und Entnazifizierungsjahren der Nachkriegszeit hilf- und orientierungslos hin- und herirrten? So wollte der kleine Peter nie werden. Aber wie sollte er werden? Mit seinem Berufsbild hatte er immer Probleme: Er wußte schlichtweg nicht, wen er vertreten sollte. Eine richtige Klientel nach alter Väter Sitte hatte der aus Böhmen zugewanderte, akademisch gebildete Kleinbürger nicht aufzuweisen, also mußte er sich eine zusammenbasteln und eine neue Theorie des Politikmachens konstruieren (was ihm im »diskursiven« Berliner Universitätsmilieu natürlich besser gelang als im ländlich-bodenständigen Bayern). Glotz über »die neue Rolle« des Politikers: »Er darf sich nicht mehr darauf beschränken, eine Klientel zu suchen, ... er muß sich als Moderator, Vermittler, Übersetzer zwischen auseinanderdriftenden politischen Kulturen begreifen.« Das war die Lösung: Der identitätslose Politiker neuen Typs vertritt nicht mehr die Interessen seiner Schicht, seiner Klasse, sondern moderiert (mäßigt) unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen. Er steht über den Interessen, die er vermittelt, das heißt, er betätigt sich als Jongleur.

Der Artist in der Zirkuskuppel — oder: Keine Panik im Bauch der Titanic

Glotz' drittes Buch, 1982 veröffentlicht, ist geprägt von der Larmoyanz und der Melancholie eines Ratlosen angesichts des endgültig im Weltwirtschaftspackeis steckengebliebenen Tankers SPD. »Die Unbeweglichkeit des Tankers« reflektiert die ersten Tage des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz und die letzten der Regierung Schmidt/Genscher. Während sich ein mosernder Lotse anschickt, von Bord zu gehen, und die Schlagseite der Titanic immer bedrohlicher wird, lauern unten im Wasser die Rettungsboote von Greenpeace und den Neuen Sozialen Bewegungen. Es gilt, die auseinanderstiebende und teilweise meuternde Mannschaft bei der Stange zu halten für einen letzten Versuch, den Schaden im Maschinenraum zu beheben.

Über den Defekt ist nur Vages bekannt (die reformistischen Arbeiterparteien »hängen irgendwo in der Mitte« zwischen Neokonservativen und Grünen) — und so muß sich Glotz zwei unterschiedliche Therapien offenhalten: die Zusammenarbeit mit den Grünen und die Zusammenarbeit mit den Konservativen. Obwohl der Brandtsche Schwenk von der »Mehrheit diesseits der CDU« zur »nationalen Verantwortung« noch nicht vollzogen ist und 1982 eine SPD-Mehrheit zu den Grünen tendiert, moderiert Glotz vorsichtshalber beide Koalitionsmöglichkeiten — rot/grün und rot/schwarz. Denn »eine absolute Mehrheit der SPD im Deutschen Bundestag, die nicht einmal gegen Strauß zu erreichen war« hält er »in aller übersichtbaren Zukunft erst recht nicht« für erreichbar. Und: »Wenn 6 oder 7 Prozent ins grüne Lager abwandern, sind sie durch Gewinn aus dem konservativen Potential nicht zu kompensieren.« (das hört sich zwar heute anders an, aber Politik ist eben Wandel durch Anpassung oder — wie Peter Glotz es ausdrücken würde — »Politik

ist Prozeß«). 1982 ist das Jahr der Unregierbarkeitsthese und der Staats- und Politikverdrossenheit, und diese Wirrnis geht auch an Glotz nicht spurlos vorbei. So will er unten, auf kommunaler Ebene, zusammen mit den Grünen und Alternativen seine »kleinen Netze« knüpfen und oben, auf nationaler und westeuropäischer Ebene, die »antagonistische Kooperation« mit den Konservativen erproben. Nirgends kommt der Wirklichkeitsverlust des SPD-Artisten schöner zum Ausdruck als in diesem Versuch, die »Machtbalance« zwischen CSU und Kreuzberger Anarchos zu »moderieren«.

Ursache seines Wirklichkeitsverlusts ist eine »illusionlose«, tatsächlich aber illusionistische Reformismusposition, die darauf hinausläuft, den Konservativen die Privilegien zu nehmen, ohne sie ihnen abknöpfen zu müssen. So setzte er der »moralistischen Linken«, die der SPD vorwirft, in 16 Regierungsjahren »nahezu nichts« verändert zu haben, seine »dürre Grundformel des Reformismus« entgegen, »daß man das Leid der Unterprivilegierten nur um die Rate mindern kann, die die Privilegierten nicht in die totale Obstruktion treibt ...« Feuilletonistisch bleibt deshalb auch sein »reformistisches Grundmuster« einer »antagonistischen Kooperation« zwischen »einer mißtrauischen (!), sich möglichst stark erhaltenden Arbeiterbewegung mit den großen Korporationen des Kapitals«. Daß gerade diese, von Otto Bauer und Rudolf Hilferding in den 20er und frühen 30er Jahren propagierte Strategie gegenüber dem Kapital versagte, scheint Glotz nicht weiter zu beirren, im Gegenteil: wie seinerzeit die staatsverliebten Kathedermarxisten mit ihrem Modell vom »organisierten Kapitalismus«, so entledigt sich auch Glotz wieder der in der Krise wachsenden »Randgruppen«: Rentner, Arbeitslose, Studenten, Hilfsarbeiter, Ausländer, Hausfrauen, Sozialhilfeempfänger, Mieter, Obdachlose, Kranke und Behinderte zählt er nicht zu den »konfliktfähigen« Teilnehmern des sozialen »Diskurses«; er baut einzig und allein auf die Kernschichten der Arbeitnehmerschaft (also auf die Betriebsräte von Daimler-Benz und Siemens) und die »disponiblen und nachdenklichen Eliten« (also auf die, die sowieso keine ausreichende Notwendigkeit verspüren, ihre Lage zu ändern).

Aus Idealismus quasi sollen die »Starken für die Schwachen« die Kastanien aus dem Feuer holen. Daß die Kapitalseite über einen solchen »Vordenker« gerne schmunzelt (vor allem in Form lobender Rezensionen), versteht sich von selbst. Denn Glotz' Passivität gegenüber den Konservativen, denen er die Festsetzung der Bedingungen überläßt, ab wann sie Obstruktion zu betreiben geneigt sind, entspricht seiner aktiven Abwehrhaltung gegenüber allen »Aussteigern«, die sowieso über kurz oder lang am »Monte verita« enden werden. »Die Abweichler, die wir unter dem kruden Sammelbegriff 'Alternative' zusammenfassen, sind nichts als ein Symptom«, das »nach dem Anpassungsprozeß« der Wirtschaftsmacht Bundesrepublik »an den Weltmarkt« wieder verschwinden wird. Bis dahin müsse man sich eben ein bißchen mit dem übersteigerten Subjektivismus« dieser Romantiker, mit ihrer »Sehnsucht nach einem neuen Naturbegriff«, mit ihrem »Gemeinschaftsradikalismus« und ihrem »häufig mißglückenden Epikureismus« herumschlagen. Konkret: Während SPD und CDU den westeuropäischen Markt aufbauen, dürfen die Alternativen zu beschäftigungstherapeutischen Zwecken ein wenig mit den »kleinen Netzen« spielen. Schon zwei Jahre später ist von kleinen Netzen keine Rede mehr. Die Zeiten hatten sich geändert — und mit ihnen die Glotzsche Ideologie.

Nur kein Miese-Peter sein!

1984, im Orwell-Jahr, legt Peter Glotz ein Konzept vor zur Wiedergewinnung der »kulturellen Hegemonie« der SPD »als Vorstufe politischer Macht«. Nach nur zwei Jahren der

Opposition (die man höflicherweise gleich den Grünen überließ) und der sanften Moderation zwischen den »zwei Kulturen« ist Führungswille wieder gefragt. Der Glotzsche Sprachgestus wird deutlich energischer, die Bestimmtheit, mit der er unser aller Zukunft ordnet, die Sicherheit seiner siebengescheiten Einlassungen wirken grotesk überhoben: Er analysiert »die fünf Fraktionen der Rechten«, formuliert »vier Thesen« und »fünf Vorüberlegungen«, macht »drei Beobachtungen« und erfaßt »sechs Problembündel«, stellt »drei Fragen« und bietet der Linken »grob gesagt, drei Alternativen«. »Das Land wird von sechs Entwicklungslinien bestimmt, die ich als die 'sechs großen Drohungen' bezeichne.« »Ich nenne diese Schlüsselfragen die 'großen Brüche'.« »Auf diesem Hintergrund skizziere ich roh und ohne Muße zwei Theorien mittlerer Reichweite und nenne sie 'Zweite Ostpolitik' und 'sozial gesteuerte Innovation'.« »In dieser Situation sehe ich für die Linke in Deutschland vier programmatische Ansatzpunkte. Ich nenne sie die vier Losungen für eine Politik der Innovation.« (In sieben Tagen schuf Gott die Welt — und siehe, sie war gut.)

Glotz' neues »Paradigma« (»Wer eine neue politische Gesteinsverschiebung herbeiführen will, muß ein Projekt formulieren«) nennt sich »Modernisierung« — Modernisierung der Ostpolitik und Modernisierung der Industriegesellschaft —, und mit diesem Modernisierungsoptimismus will er die sich widersprechenden ökonomischen Einzelinteressen politisch »überformen«: »die deutsche Linke kommt als strukturell in ihrem Land unterlegene Kraft nur durch Paradigmenwechsel an die Macht.« Also muß die Linke »drei, vier oder fünf Diskurse« über die Modernisierung beginnen. Daß diese Modernisierung die Fortsetzung der alten Politik meint, nur aggressiver, läßt Glotz nicht im unklaren: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige (!) Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert ... Die Linke muß sich klarmachen, daß ein Verzicht auf Produktivitätsgewinne zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und damit erst recht an Arbeitsplätzen führen würde ... Für die nächsten Jahre heißt das, daß die Linke antagonistische Kooperation anbieten muß.« Ja, mehr als das. 1984 verlangt Glotz nicht nur die Sozialpartnerschaft zwischen Tarifparteien und die Zusammenarbeit von CDU und SPD, sondern eine konzertierte Aktion nach amerikanisch-japanischem Vorbild: »Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen neue Methoden der Kooperation erproben ... Die Marktkennntnis und Planungsfähigkeit der Unternehmer und die soziale Kompetenz der Gewerkschaften müssen mit dem Entwicklungspotential des modernen Staates kurzgeschlossen (!) werden.« Folgerichtig plädiert Glotz für eine sozialdemokratische Elitförderung und betont — ganz im Sinne von Helmut Schmidts »Strategie für den Westen« — den nun notwendigen »Willen zur Führung«.

Sollte die SPD von den Konservativen an diesem westeuropäischen Imperialismus nicht beteiligt werden, so droht Glotz allerdings mit »Stellungskrieg«, mit einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit durch Klassenkampf: »in manchen Branchen bis zur Erschöpfung«. Die Linken, gegen die Glotz sein rechtes Modell verteidigt, heißen diesmal Strasser und Traube, IG Metall und SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Denn die wollen sich dem aseptischen Politikverständnis des Strategen nicht fügen, sie passen nicht in den Spielzeugbaukasten der Systemtheorie, in dem sich neben »historische Blöcken« »gesteuerte Innovationen«, »kontrollierte Systemveränderungen«, »konstruierte Bündnisse« und »vorausschauende Kanalisierungen« befinden. Da bleibt allenfalls noch Platz »für eine Gefühlkultur, die die Hygiene des Takts, die Kunst des Nicht-zu-nahe-Tretens und Nicht-zu-offen-Seins gelten läßt.« Nur von Bescheidenheit hat er nichts gesagt.

Dem Kanzlerkandidaten den Rücken frei halten

Glutz' fünftes Buch gerät »schlicht« zum anti-Kommunistischen Manifest — zur reformistischen Alternative gegen die Alternativen. Und es ist (unter dem Titel »Manifest für eine Neue europäische Linke«!) eine Kampfschrift für einen linken Neokolonialismus — nicht unähnlich der Kampfschrift Eduard Bernsteins aus dem Jahre 1899. Wie zur Jahrhundertwende formieren sich die kapitalistischen Kräfte des Nordens gegen den ausgebeuteten Süden: und wieder soll die SPD dabei sein, diesmal mit einem »Projekt der Moderne«, einer Offensive des Abendlandes im Zeichen seiner mehr als 400jährigen Aufklärung, einer Art Modernisierung des Missionsgedankens. Glutz' Plädoyer für einen »neuen historischen Führungswillen«, »für eine neue europäische Führungsschicht« soll dabei die Neokonservativen endgültig als Zurückgebliebene erscheinen lassen im Vergleich zum forschenden Eroberungsoptimismus einer von Selbstzweifeln befreiten Sozialdemokratie. Demagogisch zeichnet Glutz das Bild eines dekadenten konservativen Europas, umstellt von tüchtigen Amerikanern und Asiaten, die das Abendland nur noch als Museum vergangener Werte betrachten.

Ebenso düster sieht er die sich ausbreitenden grünen Politsekten, mit denen ein aggressiver, »sozial gesteuerter« Kapitalismus nicht zu machen ist. »Eine Linke, die vor allem Angst ausstrahlt und ein Sorgenklima verbreitet, wäre unfähig ... die naheliegende Koalition der konventionellen Linken mit den Rückzugsbewegungen« birgt »Risiken«. Diese Rückzugsbewegungen, die Grünen und Neuen Sozialen Bewegungen, sehen die Modernisierung als Leidensgeschichte und analysieren sie aus der Perspektive der Besiegten« (!) — eine solche Koalition könne »nicht gerade« als »Siegerekoalition« erscheinen. Also muß es »die Linke« aus eigener Kraft schaffen: durch einen »Ausbruch nach Europa«, gemäß der Rau'schen Devise vom sozialdemokratischen Alleingang. Glutz vollzieht diese Wende mit Bravour; und als »Tendenzliterat« und Tagesschriftsteller (»Ich bin nicht objektiv, ich bin Parteisekretär«) zieht er auch gleich mit der Sprechblasenproduktion seiner Kollegen Geißler, Stoiber und Haußmann.

Glutz' fünftes Buch schließt den Kreis zum ersten. Nur *einen* Grundzug gibt es, der durch alle hindurchgeht: Die Ausgrenzung der »romantischen« Linken bei gleichzeitiger Bewunderung für das gutgemachte Rechte. Das ist sozialdemokratische Tradition. Den innerparteilichen Rechtsruck nach 1973 hat er genauso ausgependelt wie den leichten Linksruck nach 1979 und den abermaligen Rechtsruck nach 1983 — gerade diese Fähigkeit macht ja sein Image aus: Ein *Mann ohne Eigenschaften* auf der Suche nach Identität. Doch solange seine Partei keine hat, wird auch ihr Chefideologe keine finden können. Peter Glutz ist nur der Ausdruck, der Expressionist der SPD.

Literaturverzeichnis

- Glutz, Peter, 1975: Der Weg der Sozialdemokratie, München, Wien, Zürich
 ders., 1979: Die Innenausstattung der Macht, München
 ders., 1982: Die Beweglichkeit des Tankers, München
 ders., 1984: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin/West
 ders., 1985: Manifest für eine Neue Europäische Linke, Berlin/West

Eric Hobsbawm

Labour an der Regierung — Erfahrungen und Aussichten*

Noch vor drei Jahren lohnte es sich nicht, konkret über die Aussichten einer neuen Labour-Regierung zu sprechen. Heute können sie, bei aller Vorsicht, wieder ins Auge gefaßt werden. Dieser Artikel will nicht das Programm von Labour und noch weniger verschiedene spekulative Wahlausgänge diskutieren, sondern das, was wir — vielleicht — aus der geschichtlichen Bilanz von Labour-Regierungen über die Aussichten einer künftigen lernen können. Ich betrachte in erster Linie die Innenpolitik, obwohl dies unrealistisch ist, weil heute internationale Zwänge dem, was nationale Regierungen tun können, höchst wirksame Grenzen setzen. Dies auch deshalb, weil über die Außenpolitik früherer Labour-Regierungen (mit wenigen Ausnahmen) nichts Positives zu sagen wäre. Sie verfügten kaum jemals über eine Labour-spezifische oder sozialistische Außenpolitik, die von den Liberalen, den Tories oder dem Konsens der herrschenden Klassen hätte unterschieden werden können. Dies ist eine erste Lehre, die aus der Vergangenheit gezogen werden muß.

Die Amtszeiten Ramsay Macdonalds

Es gab fünf Regierungsperioden von Labour (1924, 1929-31, 1945-51, 1964-70 und 1974-79). Was ist ihre Bilanz? — Die erste Regierung war eine Minderheitsregierung, da Labour nicht einmal die stärkste Fraktion im Parlament bildet und nur wenig besser als die Liberalen abschnitt, die ein gutes Stück hinter den Tories lagen. Tatsächlich wurde Labour sowohl durch die Liberalen wie durch intelligente Konservative ins Amt gebracht, weil — wie *Neville Chamberlain* es ausdrückte — eine Koalition der herrschenden Klassen, welche Labour heraushielte, die Partei der Arbeiterklasse in der Zukunft nur weiter stärken würde. Demgegenüber wäre sie in der Regierung zu schwach, großen Schaden anzurichten, jedoch nicht zu schwach, um in Mißkredit gebracht werden zu können.

Die erste Labour-Regierung schadete in der Tat den herrschenden Klassen wenig, obgleich der Geheimdienst, der damals wie später seine Aufmerksamkeit nur auf den Kommunismus richtete, sie als eine unheilvolle, subversive Konspiration ansah und sein Bestes tat, sie zu sabotieren (Sinowjew-Brief u. a. m). Andererseits fiel sie auch nicht in Mißkredit. Nach der kurzlebigen Regierung gewann Labour 25 Prozent hinzu. Was aber machte sie in den neun Monaten?

Labour versuchte keineswegs, den Sozialismus einzuführen, nicht nur weil sie dazu nicht in der Lage, sondern auch weil ihr Führer, *Ramsay Macdonald*, nichts weniger wollte als das: Er wollte Labour bei ehrbaren Bürgern akzeptiert sehen als eine zur Regierung fähige Partei, vielleicht sogar bei Labour-Mitgliedern selber, denn die Partei benötigte lange Zeit, um das Gefühl zu überwinden, es sei für die herrschende Klasse normaler, an der Regierung zu sein, als für die Vertreter von Labour. Selbst *Harold Wilson* war irrational

* Der Artikel erschien zuerst unter dem Titel »Labour's Prospects. Past Perfect — Future Tense« in: *Marxism Today*, No. 10/1986, London, S.12-19. Mit freundlicher Genehmigung der MT-Redaktion drucken wir die Übersetzung ab. Die Übertragung ins Deutsche besorgte Frank Heidenreich.

befriedigt, als er lange genug Ministerpräsident gewesen war, um — ganz irrtümlicherweise — beanspruchen zu können, daß Labour nunmehr »die natürliche Regierungspartei« sei. — Sogar trotz der Enttäuschung sowohl ihrer gemäßigten wie linken Anhänger agierte die Labour-Regierung, gemessen an den Standards der sechziger Jahre Wilsons oder der siebziger Callaghans, nicht so schlecht. Sie verbesserte die Arbeitslosenfürsorge und das Bildungssystem; ihr Wohnungsgesetz (Housing Act), das den kommunalen Wohnungsbau mit Mietpreisbindung förderte, war ein wichtiger Markstein in der Geschichte des Wohlfahrtsstaats. Mehr als eine halbe Million Häuser wurden nach diesem »Wheatley-Gesetz« (benannt nach dem Linken, der es als Gesundheitsminister durchbrachte) errichtet, bis die »Nationale Regierung« von 1933 die Subventionen strich. *Wheatley* hatte bis zum Sturz der Regierung nicht die Zeit, ein Gesetz zur Kontrolle der Baukostenschwindel durchzubringen, aber ein staatliches Beschäftigungsprogramm (besser: ein Versuch dazu) zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wurde eingeleitet. Übrig blieb das Projekt einer nationalen Elektrizitätsversorgung, das in der Folgezeit von den Konservativen ausgeführt wurde. Im großen und ganzen war die Bilanz nicht schlecht, es sei denn, man erwartete, Labour würde eine Revolution machen.

Die zweite Labour-Regierung von 1929 bis 1931 ist eine, die alte Labour-Anhänger gerne vergessen möchten. Glücklicherweise war es möglich, wenngleich abwegig, die Schuld für ihr Scheitern bei ihrem Premier *Ramsay Macdonald*, beim Schatzkanzler *Philip Snowden*, bei dem ehemaligen Gewerkschaftsrechten *J.H. Thomas*, der sich den Konservativen anschloß, und bei den Liberalen abzuladen, die 1931 beim Sturz der Labour-Regierung eine »Nationale Regierung« bildeten. Die Regierung von 1929 besaß keine Labour-Mehrheit, allerdings war gerade zu diesem Zeitpunkt Labour mit einer nur etwas geringeren Stimmenzahl als die Tories stärkste Partei im Parlament. Sie war abhängig von der Unterstützung der Liberalen. Da aber die Liberalen den Wahlkampf sogar mit einem ehrgeizigeren sozialen und ökonomischen Programm als Labour bestritten hatten, bildete dies kaum ein großes Handicap. Das Programm der Liberalen antizipierte recht weitgehend jene Art von Keynesianismus, den Labour später als ihren eigenen vorgab. Tatsächlich war Keynes der Berater der Liberalen in Wirtschaftsfragen.

Die zweite Labour-Regierung blieb nicht völlig ohne reformistische Fortschritte, hatte aber zwei größere Schwächen: Die erste war, daß die Führung sich schnell nach rechts bewegte, ohne sicher zu sein, die Situation in der Partei angemessen unter Kontrolle zu haben. Sie hatte daher die Partei 1928 mit einem Programm belastet, das in der Rhetorik sozialistischer Zukunftserwartungen stark war (der Entwurf stammte von *R.H. Tawney*), aber genau in dem, was Labour zu machen sich vornahm, sehr nebulös blieb. Darüber hinaus war die Labour-Linke, anders als 1924, von der Regierung systematisch ausgeschlossen. Die zweite Schwäche war, daß diese orientierungslose Regierung sich in die weltweite Depression von 1929-33 gestürzt sah. Sie hatte nicht die allergeringste Vorstellung davon, was zu tun sei, vor allem, weil sie jede Politik gegen Arbeitslosigkeit ablehnte, die innerhalb oder außerhalb der Partei vorgeschlagen wurde und mit der herrschenden ökonomischen Orthodoxie der Haushaltsexperten (treasury advisors) in Konflikt geriet.

Sie war keineswegs die einzige Regierung in der Welt, die sich unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise stolpern sah, aber sicher diejenige Regierung (zusammen mit den USA unter Präsident *Hoover*, wenngleich aus anderen Gründen), deren Reaktionen auf die Krise kläglichst verfehlt waren. Tatsächlich wurde die skandinavische Sozialdemokratie durch das schreckliche Beispiel der britischen Labour Party sogleich dazu angeregt, eine bessere Anti-Krisenpolitik auszuarbeiten.

Das spektakuläre Scheitern dieser Regierung wird deutlich durch den Zusammenbruch von Labour bei den allgemeinen Wahlen von 1931 — ihr Stimmenergebnis fiel um 25 Prozent — und durch die sichtbare Desintegration der Partei. Macdonald, Snowden und Thomas gingen zu den Tories über; *Sir Oswald Mosley*, damals ein radikal gesinnter Minister, führte eine Revolte an, die von namhaften Figuren der Linken wie *A.J. Cook* und dem jungen *Aneurin Bevan* unterstützt wurde, bis klar wurde, daß er sich über die sogenannte »New Party«, die er auf diesem Weg gründete, auf den Faschismus zubewegte. Von da an schrieben solche Stützen des rechten Fabianismus wie die Webbs (*Sydney Webb* war Minister gewesen) die Labour Party ab und setzten auf die Sowjetunion. Die bedeutendste Organisation von Sozialisten innerhalb der Partei, die Independent Labour Party (ILP), zog sich zurück und beging wenig später Selbstmord durch ihre Abspaltung (disaffiliation) von der Labour Party.

1931 waren die Verhältnisse bei Labour in größerer Unordnung als jemals sonst (1981 bis 1983 ausgenommen). Die Tatsache, daß die Kommunistische Internationale gerade ihre sektiererischste Phase durchlief, bedeutete leider, daß keine Abteilung der Linken aus der Lage einen Nutzen zog. Wie immer wir es betrachten, die zweite Labour-Regierung war ein Desaster.

Drastische Sozialreform der Regierung Attlee

Die dritte Periode (1945-51), welche die erste nicht schlechthin enttäuschende war, hat einen mythischen Heiligenschein angenommen. »Die Regierung Attlee«, wurde einmal gesagt, »ist in ernster Gefahr, sich aus der Wirklichkeit in die Halbwelt von Legende und Phantasie zurückzuziehen.« (K.O. Morgan) So richtig dies ist, basiert die Legende trotz einer weit negativeren internationalen Bilanz doch auf erheblichen innenpolitischen Leistungen.

Es ist behauptet worden, daß diese Leistungen lediglich den Konsens der Mitte verkörpern, der während des Krieges sich entwickelt hatte und von gemäßigten Tories bis zu Labour-Politikern der linken Mitte reichte, mit zwei Liberalen als ihren zentralen Ideologen: Beveridge und Keynes. Dies ist irreführend. Sicher, die Regierung Attlee führte in erster Linie aus, was die Kommissionen der Kriegszeit geplant hatten; und das Bildungsgesetz von 1944 (Butler Education Act) jedenfalls, eine der wesentlichen Eckpfeiler der britischen Nachkriegsordnung, wurde in der Tat noch unter der Regierung Churchill erlassen. Es ist gleichfalls nicht zu leugnen, daß die konservativen Regierungen nach 1951 bis zu Thatcher die meisten der Labour-Vorhaben akzeptierten. Die Regierung Thatcher versuchte als erste, das Britannien der Butler, Beveridge, Keynes und Attlee zu demontieren.

Dies bedeutete allerdings nicht, daß Britannien, wenn Labour 1945 nicht an die Macht gespült worden wäre, weitgehend genauso ausgesehen hätte. Es ist eine Sache, große Pläne für die Zukunft nach dem Kriege mitten in einem Krieg bekanntzugeben, vor allem dann, wenn man von den Bürgern weiß, daß sie für eine bessere Zukunft kämpfen. Wie die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zeigten, ist es eine ganz andere, sie auch auszuführen, wenn der Druck weicht. Nachkriegsregierungen der Tories hätten vielleicht manches getan, aber es bleibt unvorstellbar, daß sie sich an das Werk der Neugestaltung des Landes mit so viel aufrichtigem Enthusiasmus gemacht hätten wie Labour — die Linke und die Rechte in diesem Fall einmal gemeinsam. Für die Zeit vor 1945 bis 1951 kann Labour mit Recht zugleich Erfolge behaupten und kritisiert werden.

Die konkreten Leistungen sind beeindruckend in ihrer bloßen Zahl. Dazu gehören die

Verstaatlichungen der Bank von England, von Kohle und ziviler Luftfahrt (1946), der Elektrizität (1947), der Gasversorgung, der Eisenbahnen und einiger anderer Transportzweige (1948), von Eisen und Stahl (1949); der vollständige Neuaufbau der sozialen Versorgung und des Wohlfahrtssystems (Familienermäßigungen; Nationale Versicherung; Staatsbeihilfen, 1966 geändert in Sozialhilfe und das Nationale Gesundheitswesen); erhebliche Änderungen bei der Planung (neue Städte, ein grundlegendes Gesetz zur Stadt- und Territorialentwicklung); das meiste des heutigen Verwaltungsbeschwerdesystems (z.B. Mietenkammern) und noch weit mehr. Zusammengefaßt: Keine britische Regierung des 20. Jahrhunderts hat das Geflecht der britischen sozialen und wirtschaftlichen Institutionen in fünf Jahren dramatischer geändert als Labour 1945 bis 1950.

Verstaatlichung in Verbindung mit dem Wohlfahrtsstaat war ohne Zweifel das Herzstück dieses Programms. Aber gerade hier bestand eine entscheidende Unbestimmtheit in der Politik von Labour. Alle in der Regierung unterstützten das Verstaatlichungsprogramm (ausgenommen bei Eisen und Stahl) aus Gründen der Effizienz, weil man öffentliche Kontrolle der Unternehmen zu ihrer Integration in eine nationale Wirtschaftspolitik brauchte, weil die Beseitigung der Kapitalisten die industriellen Verhältnisse (wie jeder dachte) umwandeln würde, als ein Zeichen der Entschlossenheit von Labour, mit der alten Ordnung Schluß zu machen oder aus einer Mischung all dieser und einiger weiterer Motive heraus. Aber es gab tatsächlich kaum eine Überlegung, wie die Verstaatlichung in die allgemeine ökonomische und soziale Strategie von Labour paßte, sowie praktisch keine Überlegung, wie »Gemeineigentum« organisiert werden sollte.

Die Form der Verstaatlichung, die eigentlich ohne Diskussion übernommen wurde, war jene, die 1933 von *Herbert Morrison* für die Londoner Nahverkehrsbetriebe (London Transport) eingeführt wurde und mehr oder weniger auf solch früheren Modellen wie BBC und Central Electricity Board basierte, nämlich die autonome öffentlich-rechtliche Körperschaft, welche den Vorstand unverantwortlicher privater Kapitalisten durch ein gleichsam autokratisches Gremium staatlicher Bürokraten ersetzte, mit dem die Gewerkschaften ihre Tarifverhandlungen führten. Leider scheint die Gewerkschaftsführung jener Zeit tatsächlich ein System befürwortet zu haben, in dem Arbeiter nicht an der Geschäftsleitung partizipierten oder Verantwortung für sie trugen.

Es gab keinerlei Druck in Richtung irgendeiner Art von Arbeiterkontrolle — selbst die Linke zeigte bis in die sechziger Jahre daran kaum Interesse —, und anders als in Deutschland oder Frankreich interessierten sich weder Regierung noch Gewerkschaften noch privates Unternehmertum für Formen der Einbeziehung von Arbeitern in industrielles Management. Sicherlich hätten sich derartige Übereinkommen als nicht sehr befriedigend erwiesen, aber es ist trotzdem seltsam, daß die Verstaatlichung in Frankreich nach 1945 von britischen Vorstellungen zu Arbeiterkontrolle beeinflusst waren (Cole gegen den Austromarxisten Otto Bauer), hingegen nicht die Verstaatlichung durch eine Labour-Regierung.

Es gab ferner keine konkreten Vorstellungen über andere Formen des öffentlichen oder genossenschaftlichen Eigentums und Managements. Im Hinblick auf die Leitung der Wirtschaft ist es eine außerordentliche Tatsache, daß die Labour-Regierung kein Interesse an der Planung der Wirtschaft hatte im Unterschied zur französischen Regierung, die in den selben Jahren systematische Modelle für die Planung einer gemischten Wirtschaft entwickelte. Labour schien an Planung desinteressiert, und die Mechanismen, die für diesen Zweck vom Krieg ererbt worden waren, wurden abgebaut. Die Regierung war in ihren ersten Jahren nicht einmal besonders keynesianisch. Während dies uns davor hüten sollte, in die Regierung von 1945 zuviel Sozialismus oder gar Beherrschung der Ökonomie hinein-

zulesen, waren ihre wirtschaftlichen Leistungen dennoch beeindruckend. 1951 hinterließ Labour die britische Wirtschaft in guter Verfassung; hauptsächlich weil die Regierung, vor allem während der sogenannten »Austeritäts-Periode«, die nationale Gesundung (national recovery) vor Konsumanreize stellte und eine gerechte Verteilung sicherte.

Das System des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Sicherheit, das Labour installierte, war eindeutig das beste und menschlichste, das zu jener Zeit existierte. Der Regierung hielten ihre in erster Linie aus der Arbeiterklasse stammenden Wähler die Treue. Der Rückhalt von Labour wuchs nach 1945. Als die Tories 1951 sie mit einer etwas geringeren Stimmzahl schlugen, was auf die Eigenarten des britischen Wahlsystems zurückzuführen war, erzielte Labour in der Tat ihr höchstes absolutes wie relatives Stimmenergebnis: etwa 14 Millionen bzw. 49 Prozent.

Mit der Zeit aber, im Laufe des Jahres 1947, ging der Regierung Attlee spürbar die Luft aus. Nachdem sie einmal das 1945 beschlossene Programm ausgeführt hatte, besaß sie keine neuen Ideen. Die wesentliche Kritik an ihrer Innenpolitik ist, daß ihr jede langfristige Strategie für die Zukunft, ob für eine der sozialen Umwälzung oder des wirtschaftlichen Wachstums, fehlte. Weiterer Fortschritt wurde so selbst für die Labour-Linke zu einer Frage der Aufstellung von Wunschlisten für weitere Verstaatlichungen; und seit klar war, daß die Wirtschaft auf absehbare Zeit eine »gemischte« (d.h. eine teilweise private) sein würde, war der Umfang der Liste mehr ein Symbol sozialistischen Willens als das einer sozialistischen Strategie. Während die Rechte argumentierte, man brauche, wenn überhaupt, nicht viel mehr an Verstaatlichung, um »der Gesellschaft die Macht über die Kommandohöhen der Wirtschaft zu verleihen« (Gaitskell), verlangte die Linke zusätzliche.

Richtig ist, daß die Rechte wirklich glaubte, daß das britische Produktionssystem mit etwas makro-ökonomischer, keynesianischer Steuerung nunmehr hinreichend gut funktionierte, weil sie entweder Britannien immer noch für eine der großen und dauerhaften Industrienationen der Welt hielt, die auf keinen Fall verfallen könnte, oder weil sie dachte, man habe genug getan, um eine gemischte Ordnung auf den richtigen Weg zu bringen. Die Linke unterschätzte fast ebenso eindeutig die langfristige wirtschaftliche Krise des Landes. Labours Wahlsieg war der innenpolitische Aspekt von Britanniens heroischer Position im Krieg und seines Sieges über den Faschismus. War es denkbar, daß Britannien nach seinem größten Augenblick potentiell schlechter dastand als die zerstörten Länder, die es geschlagen hatte? Tatsächlich war es so.

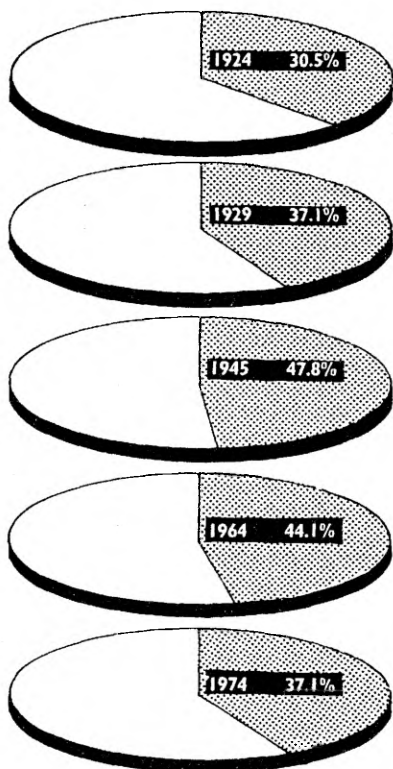
Über die (mit Ausnahmen wie Indien) verheerende internationale Bilanz der Jahre Attlees, die Britannien in einen US-amerikanischen Satelliten verwandelten, braucht kaum ein Wort verloren zu werden. Geschuldet war sie zum Teil dieser Unfähigkeit zu begreifen, daß Britannien nicht länger eine Großmacht ersten Ranges war; zum Teil der Entdeckung, daß ökonomische Schwäche — die als vorübergehend angesehen wurde — abhängig machte von amerikanischem Wohlwollen und Druck (z.B. hingen die Labour-Reformen von einem amerikanischen Kredit von 1945 ab) und zum Teil des ideologischen Antikommunismus. Erwähnt werden sollte, daß der Widerstand gegen diese Entwicklungen die Labour-Linke, soweit sie diese rechtzeitig erkannte, besser aussehen läßt als ihre Schwäche in ökonomischen Fragen. Gleichwohl muß noch einmal betruert auf die Abwesenheit irgendeiner spezifischen Labour-Außenpolitik hingewiesen werden.

Katastrophen perspektivloser Labour-Politik: Wilson und Callaghan

Die vierte Periode von Labour an der Regierung, 1964 bis 1970, war auf ihre Weise ebenso verheerend wie die zweite. Labour kam ohne ein erkennbares Programm, ohne eine erkennbare Perspektive ins Amt, abgesehen von Werbesprüchen (»Let's go with Labour« 1964, »You know Labour government works« 1966) und einem Appell an die leuchtende technologische Modernität, die *Harold Wilson*, der diese Regierung dominierte, von jenem bekanntlich sozialistischen Präsidenten der USA Kennedy übernahm: »Wir definieren und formulieren unseren Sozialismus neu in Begriffen der wissenschaftlichen Revolution.« (Wilson)

Der Stimmenanteil von Labour

Labour erzielte bei anderen Wahlen während ihrer fünf Amtszeiten folgende Ergebnisse:
1950: 46,1 %
1966: 47,9 % und
1974 (Oktober): 39,2 %



In der Tat stand ein Kalkül hinter dieser hohlen Phrase. Taktisch sollte sie die verbissene Fehde, die Rechte und Linke seit dem Ende der Jahre Attlees entzweit hatte, durch die Vermeidung politischer Verbindlichkeiten überspielen. Leider bedeutete dies, daß die Regierung in Fragen, die das britische Volk wirklich bedrängten, über keine eigene Politik verfügte. Auf diese Weise wurde im Laufe der Mitte der sechziger Jahre ziemlich klar, daß das System der sozialen Sicherheit, das gemessen an weltweiten Standards nicht mehr so herausragend war, für eine systematische Erneuerung und Neukonzeption reif war. Aber

auf diesem Gebiet gab es keine größere Reform, auch wenn ganz am Ende der sechziger Jahre *Crossman* mit Plänen für eine Rentenreform spielte, die zu nichts führten. Die am ehesten kohärente Politik in der Ära Wilson war die systematische Liberalisierung, die von *Roy Jenkins* im Innenministerium (z.B. in Fragen der Homosexualität, der Abtreibung und der Scheidung) verfolgt wurde. Aber obwohl sie begrüßt wurde, sie machte einerseits keine Labour-Regierung erforderlich, und andererseits bildete sie keinen ausreichenden Ersatz für eine Labour-Politik auf diesem Gebiet oder im allgemeinen.

Gleichwohl implizierte die Rhetorik auch eine Politik. Sie glaubte, das Land sei auf dem richtigen Weg und würde nur durch »restriktive Praktiken oder überholte Methoden bei der Tarifparteien« (Wilson) aufgehalten. Einerseits war diese Erkenntnis, daß mit der britischen Wirtschaft wirklich etwas nicht stimmte, ein Fortschritt gegenüber dem »Revisio-nismus« der Labour-Rechten in den fünfziger Jahren, der die Produktion nicht mehr für eine Problem hielt, mit der Folge, daß es beim Sozialismus nicht mehr um Planung und gesellschaftliche Kontrolle, sondern um »Gleichheit« ging. Andererseits war es kein Fortschritt; da Wilson so redete, als ob sich Britannien ohne größere Umstellungen vorwärtsarbeiten werde, wurden die Restriktionen und überholten Methoden auf einmal mit einer begeisterten Bewegung (inspiring heave) beiseite geschoben.

Die öffentliche Verwaltung wurde dementsprechend durch die Bildung neuer Ministerien, durch Umbenennung oder Auflösung alter und durch andere bürokratische Spiele durcheinander gerüttelt, womit sich seitdem die Thatcheristen befassen. Ein größerer Schub in wissenschaftlich gestützte Technologien sollte stattfinden, für die hervorragende Wissenschaftler mobilisiert wurden. Ein Ergebnis war die *Concorde*, aber die begeisterte Förderung der kapitalistischen Konzentration, die sich in jenen Jahren mit dem Segen der Regierung stark beschleunigte, bildete den Hauptinhalt der Wilsonschen Industriepolitik. Unter dem launischen *George Brown* kam es wohl zu einem »nationalen Plan« (d.h. einem Dokument, das der britischen Wirtschaft Ziele aufzeigte), aber viel wurde nicht geplant. Verglichen mit den sechs Jahren von *Attlee*, erscheinen die sechs von Wilson trotz sinnvoller Gesetzgebung im einzelnen leer und ruderlos.

Regierungen entschuldigen ihre Fehlschläge gern durch Berufung auf nicht beeinflussbare Unwetter, die sie »vom Kurs abbrachten«. Die Regierungen unter Wilson allerdings steuerten keinen Kurs. Die meiste Zeit verbrachten sie damit, mit all dem fertig zu werden, was die Schwäche der britischen Wirtschaft demonstrierte, die sie für gewöhnlich grob unterschätzten. Denn der große weltweite Boom, an dem Britannien bescheiden partizipierte, war auf seinem Höhepunkt und das britische Volk hatte es in der Tat »noch nie so gut gehabt«. Als aber die ersten Anzeichen für das Ende des weltweiten goldenen Zeitalters sichtbar wurden, hätten die Wilsonianer als gemäßigt reformerischer Verwalter der Verbindung von Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat, auf den sie ihre ganze Hoffnung setzten, vielleicht durchkommen können. Tatsächlich strauchelten sie international und stießen gegen die Widersprüche zwischen Wohlfahrtskosten und Stärke der Gewerkschaften einerseits und der Trägheit der Wirtschaft andererseits.

Im Zuge dieses Sich-vorwärtsquälens fand sich die Regierung in dem hoffnungslosen Versuch wieder, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe unter gesetzliche Aufsicht zu stellen. In dreierlei Hinsicht war dies ein Fehler. Zurückhaltung der Gewerkschaften ist möglich gegenüber einer Politik, die in den Augen der Gewerkschafter im Interesse der Arbeiter ist, obgleich dies den natürlichen Instinkten jedes (linken wie rechten) Gewerkschaftsführers widerspricht. 1948 stimmte der Gewerkschaftsdachverband TUC tatsächlich einem andauernden Lohnstop zu, um der »Austeritätspolitik« von *Stafford Cripps* voranzuhel-

fen. Die Regierung Wilson jedoch erschien und handelte nicht wie eine Regierung der Arbeiterklasse, sondern wie eine liberalere und menschlichere Ausgabe der normalen konsens-orientierten und keynesianischen Tory-Regierung. Und (anders als 1948) versuchte sie gar nicht erst, im Austausch gegen gewerkschaftliche Zurückhaltung einige andere Reformen zur Angleichung von Einkommen und Reichtum auszuhandeln. In den siebziger Jahren, als es zu spät war, wurde dies dank *Jack Jones* von der Transportarbeitergewerkschaft TGWU mit dem »Sozialkontrakt« versucht. Zweitens mußte gesetzlicher Zwang mit ziemlicher Sicherheit die Partei und die Linke spalten. Zu den Kritikern gehörten zwar in der Tat auch Politiker, die von der Linken weit entfernt standen (wie Callaghan, Crossland, Crossman, Marsh) — aber wer außer ihnen konnte einen selbstmörderischen Plan als solchen durchschauen? Wilson wurde geschlagen, weil er kein Gespür dafür zeigte, wie die Bewegung war. Drittens aber garantierte sein gescheiterter Versuch, den Gewerkschaften gesetzliche Beschränkungen aufzuerlegen, nachdem er sich erlaubt hatte, dies auf die Tagesordnung zu setzen, daß gesetzliche Aufsicht eine Parole der Tories wurde.

Die vollkommen negative Bilanz dieser Jahre in der Außenpolitik hinzugerechnet, fallen die Wilsonschen sechziger Jahre auf ihre Weise ebenso schlecht aus wie die Labour-Regierung von 1929 bis 1931; in gewisser Hinsicht schlimmer, da es Wilson gelang, die Partei tief zu spalten, ohne aber selbst sie zu verlassen. Die Zusammenarbeit der Rechten, des Zentrums und der Linken der Partei nach 1931, die die Regierung von 1945 möglich machte, war schwierig und turbulent genug, wie es in der Labour Party schon immer gewesen zu sein scheint; aber sie wurde wenigstens ermöglicht durch die Tatsache, daß alle in der Verdammung der Verräter die auf die andere Seite übergelaufen waren, Übereinstimmung finden konnten. Nach 1970 jedoch verblieben die »schuldigen Männer und Frauen« (wen immer man für schuldig hielt) in der Partei, die sich nach links bewegte, während die Führer ihres rechten Flügels nach rechts gingen.

Je weniger man über die fünfte Periode von Labour an der Regierung, die zweite Amtszeit von Wilson und die Jahre von Callaghan (1974-79), redet, desto besser. Nach dem Verlust von 11 Prozent der Stimmen und von fast eineinhalb Millionen Wählern seit Wilsons Spitzenergebnis von 1966 war die Labour-Minderheitsregierung in jeder Hinsicht zu schwach, um etwas zu leisten. Mit freundlicher Genehmigung der Liberalen und einiger anderer lebte sie von der Hand in den Mund, durch Probleme von allen Seiten bedrängt, zunehmend unfähig zu jedweder Steuerung und überrollt von einer Welle von Streiks. (...)

Schlußfolgerungen für 1987

Was können wir aus dieser nicht sehr begeisternden Bilanz lernen? Zunächst, daß Labour-Regierungen den Ernst der Krise der britischen Wirtschaft und die Tatsache des Abstiegs Britanniens als internationale Macht hartnäckig unterschätzten. Daß selbstverständlich die meisten Leute in Britannien bis in die siebziger Jahre so dachten, ist keine Entschuldigung. Ist dies heute noch der Fall? Wenn nicht — und ich denke, es gilt nicht mehr —, dann gibt es Grund zu Optimismus. Denn wenn sowohl das britische Volk als auch die Labour Party und die Arbeiterbewegung letztlich überzeugt sind, daß ihr Problem dem eines im Krieg besiegten und halb zerstörten Landes gleicht, dann können sich beide ohne törichte Illusionen auf die Aufgabe der nationalen Gesundung konzentrieren und die Opfer ins Auge fassen, die diese Gesundung sicher zur Folge haben muß. Und dies mag Labour wieder etwas von jener Dynamik und — allem zum Trotz — vorübergehender Einigkeit verleihen,

die sie 1945 besaß, und dem Rest des Volkes die Bereitschaft, eine Labour-Regierung zu unterstützen oder zumindest zu tolerieren.

Die Jahre mit Thatcher haben dies dreifach erleichtert. Erstens haben sie Britannien in vielem so ausgebombt, daß es viel leichter fällt, die Lebensfragen zu erkennen, denen sich Britannien jetzt gegenüber sieht. Thatcher zerstörte schließlich, wie *Tony Benn* einmal sagte, weit mehr britische Industrie als Hitler. Zweitens haben diese Jahre in den Köpfen der meisten Leute die ins Private treibende Ideologie des »freien Marktes« jener spießigen Fanatiker (suburban crusaders), welche das Recht der Reichen, in Ruinen reicher zu werden, als einen Lösungsweg für die Probleme der Welt und Britanniens verkleiden, vollständig diskreditiert. Sie hatten ihre Chance, und wir können sehen, was dabei herauskam. Es könnte vielleicht sogar sein, daß Thatcher in ihrem Niedergang den Zugriff auch auf jene traditionellen Aktivposten des alten Toryismus, auf Krone und Reich, Flagge und patriotische Reflexe, verlieren wird. Drittens waren die Niederlagen und Rückschläge für Labour so schwerwiegend und unbestreitbar (selbst für viele ehemals blinde Sektierer), daß die Bedingungen für eine Zusammenarbeit vermutlich in allen Teilen der Bewegung besser als irgendwann seit den dreißiger Jahren sind. Im übrigen ist es eine Lehre aus der Vergangenheit, daß gesplattene oder durch die Furcht vor Spaltung gelähmte Labour-Regierungen nichts erreichen.

Andererseits wird es in zweifacher Hinsicht schwieriger werden. Die Distanz — selbst die geographische — zwischen den Abteilungen des britischen Volkes, denen es gut und denen es nicht gut geht, hat so stark zugenommen, daß die Wohlhabenden ihren Beitrag zu den notwendigen Opfern nur widerstrebend leisten werden. Und was heute mehr als je zuvor fehlt, ist etwas, das Labour 1945 so viel Antrieb gab: der Hunger nach einer neuen und besseren Art von Gesellschaft (nicht bloß unter Arbeitern und Sozialisten), deutlich geschieden von der Rückwendung zu den Praxen einer alten Gesellschaft. Ehrlicher Weise muß gesagt werden, daß es (noch) nicht viel Vertrauen zu Labour als der treibenden Kraft der nationalen Gesundung und Errettung gibt.

Trotzdem ist Labours beste und heute vielleicht einzige Chance die, das Volk davon zu überzeugen, daß vor uns als mit Abstand vorrangige Aufgabe die Gesundung von einer großen nationalen Katastrophe liegt. Die Wirtschaft wird offensichtlich gemischt bleiben. Das war schon immer wahrscheinlich, und nicht einmal die radikalste Fassung eines Labour-Parteiprogramms der Linken hat jemals etwas anderes ausgesagt. Aber genauso klar ist, daß es jenseits des Thatcherismus aus praktischen Gründen, nicht um der Ideologie willen, eine grundlegende Wende hin zu gesellschaftlicher Kontrolle und Lenkung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen wieder geben muß. Und andererseits sollte den Arbeitern so wie den meisten von ihnen nach 1945 bewußt sein, daß eine ruinierte Wirtschaft nicht als ein florierendes Unternehmen betrachtet werden darf, von dem die Gewerkschaften rücksichtslos Lohnerhöhungen verlangen können, selbst wenn diese oder jene Gruppe für sich noch einen günstigen Abschluß erzielt. (...)

Das Jahr 1945 brachte uns nicht den Sozialismus, aber es veränderte das Antlitz der Nation gründlich und zum Besseren, und dies war das Werk von Labour. Wir können stolz sein, wenn die nächste Labour-Regierung auch nur halb so viel leistet. Allerdings legt 1945 zwei Lehren nahe: Die erste ist, daß eine Labour-Regierung bei größeren Reformen keine Zeit verlieren darf. Praktisch das gesamte Veränderungsprogramm der Regierung Attlee wurde in ihren ersten drei Jahren ausgeführt. Verzögerungen vervielfachen die Hindernisse. Diese Geschwindigkeit wurde zweifellos durch eine grundlegende Einigkeit zwischen der Rechten, dem Zentrum und der Linken ermöglicht. Ohne ein klares Programm wäre

sie allerdings nicht möglich gewesen, und das hatte Labour 1945. Sie hatte nichts Vergleichbares in den sechziger und siebziger Jahren. Und das schreckliche Beispiel der Ära Wilson zeigt, was geschieht, wenn eine Labour-Regierung, außer wieder in Ämter zu gelangen und interne Auseinandersetzungen zu umgehen, nichts im Auge hat.

Die zweite Lehre ist zu wissen, was zu tun ist. Die Versuchung, Unannehmlichkeiten — und eine schlechte Presse — dadurch zu vermeiden, daß man möglichst wenig über Zukunftspläne spricht, ist groß und angesichts der internen Geschichte der Bewegung nach 1979 mehr als verständlich. Aber jemand muß ausarbeiten, was eine Labour-Regierung machen soll. Wenn dies durch Kommissionen, Berater oder Mitglieder des Schattenkabinetts erfolgt, muß jemand die Teile aufeinander abstimmen — nicht um, wie eine bestimmte Sorte der Labour-Linken denkt, eine potentiell verräterische Parteiführung an Versprechen zu binden, die ihr auf einem Parteitag abgepreßt wurden, sondern weil eine Labour-Regierung eine Vorstellung davon haben muß, wohin sie will, was ihre Hauptprobleme sind und wie sie sie anpackt. (...)

Und die letzte Lehre aus der Vergangenheit, wiederum aus der Ära Wilson, lautet: Nach einer Phase des Rückzugs in die Wüste ist es für Labour nicht ausreichend, darauf zu vertrauen, daß die Tories sich selbst schlagen werden. Vielleicht tun sie das, so wie 1964. Damals reichte es, um Labour eine Chance zu geben — die Regierungen der sechziger Jahre vergaben sie.



Rüstungskonversion und Alternativproduktion
Hrsg. v. György Széll

Berichte über die Bemühungen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile, alternative Fertigung; Rüstungskonversion in der BRD, Italien, Frankreich, Österreich, Belgien und Großbritannien. Rüstungskonversion ist dabei mehr als eine technische und ökonomische Strategie zur Bewältigung der Folgen von Produktionsrückgängen und Abrüstungsschritten; ihre Einbindung in gewerkschaftliche Politik ist ausschlaggebend. Die Autoren sind alle friedens- und gewerkschaftspolitisch aktiv.
Alternative Wirtschaftspolitik 6
AS 118 (erscheint Ende 1986)
160 S., 17,60/14,60 DM f. Stud.

Projektgruppe Automation und Qualifikation (PAQ)
Widersprüche der Automationsarbeit
Zusammenfassendes Handbuch

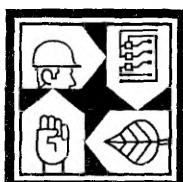
Der Band faßt bisherige Forschungen zusammen: historische Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Arbeit, Auseinandersetzung mit Theorien über Automationsarbeit, empirische Untersuchung von Automationsarbeit, arbeitsbiografische Forschung. Dargestellt werden Grundbegriffe der Arbeitsanalyse, Umbrüche in Managementtheorien und -aktivitäten sowie in den Arbeitstellungen insbesondere die Veränderungen der Position der Frauen. Das vom PAQ entwickelte Konzept der Analyse von Arbeits-tätigkeiten ermöglicht, vom Standpunkt der Arbeitenden alternative Gestaltungen von Technik und Arbeitsorganisation zu entwickeln.
ca. 160 S., br., 18,- DM
(erscheint Ende '86)

Frauen/Männer/Computer
Hrsg. v. G. Brosius u. F. Haug

Eine empirische Untersuchung zu den Handlungsmöglichkeiten im automatisierten Büro. Hier ist einiges in Bewegung. Zusammenarbeit wird als Zwang erfahren. Qualifikationsanforderungen steigen und werfen Probleme auf von der »natürlichen« Geschlechtszugehörigkeit von Arbeitsplätzen bis hin zu Fragen von Kultur, Freizeit und Familie.
AS 151 (erscheint Ende '86)
ca. 160 S., 17,60/14,60 DM f. Stud.

Jan Spurk
Soziologie der französischen Arbeiterbewegung

Zusammenhang von Modernisierung, Krise, Arbeiterbewegung und politischer Entwicklung im Nachkriegsfrankreich.
EPS 6, 316 S., br., 34,- DM



Sozialismus passé?
Hrsg. v. Karl-Ernst Lohmann

»Ein Band mit Kontroversen, wie ich sie gerne in der taz gelesen hätte ...« Arno Widmann, taz 6.1.86
Grüne Technikkritik und Sozialismus (O. Ullrich / R. Nernitz), Gründe für den technologischen Immobilitätismus der realsozialistischen Ökonomie (K. E. Lohmann / G. Heinsohn / O. Steiger) und ordnungspolitische Alternativen: Markt, Plan und informeller Sektor (E. Bergmann / D. Kricschowsky / R. Priem / K.G. Zinn).
Alternative Wirtschaftspolitik 7
Argument-Sonderband AS 135
168 S., 17,60/14,60 DM f. Stud.

Diskussionsschwerpunkt: Gewerkschaftskrisen

Erich Ott

Gewerkschaften und Sozialdemokratie

Zu Peter Glotz' Thesen zur gewerkschaftlichen Entwicklung und Perspektive

Das Thema Sozialdemokratie und Gewerkschaften, das zugleich ein Verhältnis ausdrückt, spielt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle, stand stets zur Diskussion, brachte Konflikte hervor, bei denen es meist explizit oder implizit um Dominanzprobleme, -ansprüche oder Vereinnahmung ging. Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften ist seit der Herausbildung dieser beiden Standbeine der Arbeiterbewegung Thema von Partei- und Gewerkschaftskongressen, ohne daß dies jemals dauerhaft und grundsätzlich geklärt worden wäre, was auch unter den spezifischen deutschen Entwicklungsverhältnissen bis 1945 und in der Geschichte der Bundesrepublik kaum möglich und sinnvoll sein dürfte. Traditionelle historische Verbundenheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation, wie auch die jeweils konkrete Ausprägung und Politik von Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben ein Verhältnis grundsätzlicher Verbundenheit — mit gelegentlichen Spannungen und Differenzen — hervorgebracht, wobei letztere in der Geschichte der Bundesrepublik ihren deutlichsten Ausdruck in der Phase der letzten Jahre sozialliberaler Regierungspolitik fanden, was nicht zufällig so sein dürfte.

Tendenzieller Abschied von der Tarifpolitik?

Einen interessanten Beitrag zu dieser Diskussion liefert Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, in einem Referat vor dem Zentralkomitee des internationalen Metallgewerkschaftsbundes (dokumentiert in: *Frankfurter Rundschau* v. 18.8.86, S.14; die folgenden Zitate sind diesem Text entnommen), das sich vor allem mit den Perspektiven und Entwicklungen der Gewerkschaften — genauer betrachtet, denen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik — befaßt. Im folgenden will ich zu einigen zentralen Thesen von Peter Glotz Stellung nehmen, nicht zuletzt in der Absicht, diese Diskussion anzuregen.

Peter Glotz stellt die zentrale These auf, daß die Gewerkschaften — sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen — *politischer* werden müssen, wenn sie überleben wollen. Dem kann man uneingeschränkt zustimmen, wobei zu sehen ist, daß sich im letzten Krisenjahrzehnt und vor allem in den letzten Jahren in der Bundesrepublik bereits eine eminente Politisierung der Gewerkschaften und ihrer Interessenkämpfe vollzogen hat.

Glotz begründet seine Politisierungsforderung mit zwei Argumentationen, die in diesem Zusammenhang jedoch einer kritischen Betrachtung zu unterziehen sind.

Der erste Begründungsstrang geht von dem »konzentrierten internationalen *Angriff des Neokonservatismus* gegen den Sozialstaat« aus, der seiner Meinung nach »das relative Klassengleichgewicht der Nachkriegsjahrzehnte« gefährdet und nur politisch beantwortet werden kann. Daß ein solcher Angriff auf den Sozialstaat im Krisenverlauf stattfindet und zunehmend massivere Formen annimmt, ist sicherlich unstrittig, wenngleich dies nicht erst eine Erscheinung ist, die mit der »Wende-Politik« neu und erstmals auftritt. Glotz argumentiert weiter, daß »das Zusammenhalten unterschiedlicher Arbeitnehmer mit unter-

schiedlichen Arbeitsplatzinteressen ... oft nur über allgemeinpolitische Themen möglich ist«, woraus er folgert: »Der Tarifikampf bleibt wichtig, ist aber nur noch ein kleiner werdender Ausschnitt unserer Arbeit.« D.h., die *Tarifpolitik* der Gewerkschaften wird zu einem tendenziell nebensächlichen Aufgabengebiet gewerkschaftlicher Politik deklariert. An seine Stelle sollen nach Glotz allgemeinpolitische Anstrengungen zur Verteidigung des Sozialstaates treten.

Einer solchen perspektivischen Orientierung im Organisationsgefüge der Arbeiterbewegung widerspreche ich entschieden. Hiermit würden die Gewerkschaften tendenziell zur Partei. Wo ist dann noch das spezifische Aktionsfeld der SPD? Die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften ist ganz sicher nicht nur eine Aufgabe der SPD als Partei, sondern auch eine gewerkschaftliche Kampfaufgabe. Aber in erster Linie ist hier die politische Partei gefordert, und zwar sowohl im Hinblick auf eine Nichtbeteiligung am Sozialabbau (vgl. die Zeit bis 1982) als auch auf die Durchsetzung von sozialstaatlichen Verbesserungen bzw. zumindest zur Erhaltung des status quo. In dieser Argumentation von Peter Glotz drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß er das Scheitern der sozialdemokratischen Politik bei der Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften analytisch mit einer auch für die Zukunft angenommenen Ohnmacht in diesem Bereich verbindet und nun von den Gewerkschaften hier wirksame Handlungsfähigkeit erhofft. Letzteres wäre ja wohl uneingeschränkt zu begrüßen, vorher Gesagtes muß aber in aller Offenheit deutlich ausgesprochen und erkannt werden.

Fatal wird es jedoch erst bezogen auf den tendenziellen Abschied von der Tarifpolitik. Stellt man beides, Tarifpolitik und Sozialstaatssicherung, mit dieser Gewichtung so gegeneinander, kann man heute schon absehen, daß die Gewerkschaften in einigen Jahren dort stehen würden, wo heute und in den vergangenen Jahren die SPD stand und steht, mit einem wesentlichen Unterschied, nämlich dem, daß sie sich von der Bühne ihres wirksamen und erfolgreichsten, wie auch ureigensten Interessensfeldes, der Tarifpolitik, verabschiedet hätte. Dies wäre in der Tat eine Katastrophe!

Auch die Einschätzung von Peter Glotz hinsichtlich der *Interessendifferenzierung der Arbeitnehmer* und der verbleibenden lediglich politischen Gemeinsamkeiten, ist in dieser Form falsch. Gerade die Tarifpolitik als Absicherung, als harter Hebel der Erhaltung und Verbesserung von Einkommensverhältnissen und Arbeitsbedingungen ist nach wie vor die größte politische und soziale Gemeinsamkeit auch unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen. Eine im Inhaltsspektrum wesentlich erweiterte und umfassendere Tarifpolitik, die sehr viel politischer ist und zugleich solidaritätserzeugende Langfristwirkungen bringt, ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften in der Zukunft.

Für den Ausbau der Tarifpolitik

Es bedarf bereits heute keiner tieferschürfenden Analyse mehr, um festzustellen, daß tarifpolitische Festschreibungen sich in der Krise als stabiler, sicherer und zuverlässiger für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften erwiesen haben, als gesetzliche Errungenschaften im Sozialstaatsbereich, von denen einige Beispiele zeigen, wie schnell sie auf dem Altar politischer Interessen der Kapitalseite geopfert werden.

Eine logische Schlußfolgerung darauf müßte meines Erachtens sogar sein, wesentliche Felder, die bisher originär dem Sozialstaatsbereich — also der gesetzlichen Regelung — zugeordnet wurden, künftig über die zu sichernde Gesetzesbasis hinaus in Tarifverträge einzubeziehen. Dies gilt beispielsweise für weite Bereiche von Arbeitszeitregelungen, für

das Überstundenproblem, für Mitbestimmungsregelungen, Kündigungsschutz, Bildungs- und Weiterbildungsfreiräume, Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen etc. In der Tat hat dies zur Folge, daß die Gewerkschaften, ihre Mitglieder, die betrieblichen Interessenvertretungen und die Tariffkämpfe noch politischer werden müssen, aber zur Stärkung der Tariffähigkeit, nicht zu ihrem Abbau zugunsten einer appellativen Politik an den Sozialstaat, an Parlament, Regierung und Parteien. Diese Glotzsche These wird auch um so unverständlicher, als er in der weiteren Argumentation einerseits die »wirtschafts- und sozialpolitische Hegemonie der Konservativen« anprangert, zugleich jedoch die weitestgehende wirtschafts- und finanzpolitische Ohnmacht der Nationalstaaten und die »substantielle Machtverlagerung weg von den nationalen Regierungen zu Banken und insbesondere Zentralbanken« beklagt. Dies und die daran anschließend durchaus überzeugend vorgebrachten Entwicklungstendenzen bezüglich »2/3-Gesellschaft«, »materieller Umverteilung«, »Angriffe auf die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften« widerlegen faktisch seine eigenwillige Politisierungsthese und Geringschätzung der Perspektiven der Tarifpolitik.

Eine Grundlage für diesen Widerspruch muß man in seiner Bewertung der technischen Entwicklung sehen. Hier erfolgt — wie auch schon häufig an anderer Stelle von ihm vorgebracht — eine Überbewertung der Differenzierungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft und einer seiner Meinung nach daraus erwachsenden weitestgehenden Auflösung gemeinsamer arbeitsbezogener Interessen. Die für Glotz in der Zukunft im Mittelpunkt stehenden »Rationalisierungsgewinner«, die »Produktionsintelligenz«, hebt er ab von Interessen, die auf den Arbeitsplatz oder -bereich bezogen und gewerkschaftlich durchzusetzen und zu sichern sind. Partiiell mag dies zutreffen, auch kann heute auf diese Gruppe bezogen niemand ein widerspruchsfreies Konzept zu ihrer gewerkschaftlichen Integration vorgelegen.

Mit ziemlicher Sicherheit aber trägt das Glotzsche Ansinnen in der Zukunft nicht, denn es klammert nicht nur bewußt die gemeinsame Interessenbasis aus, sondern erwartet eine gewerkschaftliche Organisation und Solidarität gegen eigene Interessen und versucht, auf der politischen Ebene eine neue gemeinsame Interessenbasis zu definieren, die letztlich ausschließlich »über den Kopf« entstehen muß. Dies hätte dann allerdings nur noch wenig mit tragfähiger Gewerkschaftspolitik und sehr viel mit allgemeiner Politik einer Partei zu tun. Glotz: »Wird die internationale Arbeiterbewegung auch die neuen Arbeiter organisieren können, die Aufsteiger, die Gewinner der industriellen Revolution — und sie für die Solidarität mit den anderen gewinnen können? Die Linke muß eine Koalition zustande bringen, die möglichst viele Starke mit den Schwachen solidarisiert — gegen deren eigene Interessen.«

Daraus folgt für ihn logischerweise auch der Bedeutungsverlust betrieblicher Interessen und des »Betriebes selbst als Gravitationszentrum« gewerkschaftlicher Aktivitäten. Außerbetrieblich erzeugtes allgemeinpolitisches Bewußtsein wird dann als die einzig konkrete Zielsetzung künftiger gewerkschaftlicher Politik angegeben.

Zum guten — oder besser gesagt: weniger guten Schluß — kommt dann das Rothsche »Soziale Bündnis« als Lösung der Probleme ins Spiel, als das Bündnis der »Schwachen« mit den »Stärkeren« und den ganz »Starken«, die alle aus Einsicht die Lage der Schwächeren durchgreifend verbessern und dies durch ein Handeln gegen die eigenen Interessen. Hierfür muß man die Erklärung wohl in der Theologie suchen, die Erkenntnisse der Gesellschaftsanalyse versagen an dieser Stelle die Gefolgschaft. Ein wenig bange muß es den Gewerkschaftern — aber auch vielen Sozialdemokraten — bei diesen Zukunftsvisionen schon werden. Sie sind gut beraten, wenn sie den Glotzschen Weg nicht gehen.

Ralph Greifenstein, Peter Jansen und Leo Kißler

Neue Technologien — Neues Management — Alte Gewerkschaften?

1. Problemaufriß

Gewerkschaften bezogen als Kinder der ersten industriellen Revolution ihre zentrale Legitimationsbasis aus der sich öffnenden Schere zwischen Produktivitätssteigerung und sozialer Verarmung. Bereits während der zweiten industriellen Revolution, in der die Gewerkschaften als Protagonisten der Rationalisierung auftraten, gerieten sie aufgrund ihrer faktischen Hilflosigkeit in der Weltwirtschaftskrise in eine Sackgasse. Die Unfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung, mit einer Wachstumskrise fertig zu werden, wurde während des III. Reiches gewaltsam aus dem Horizont relevanter Probleme verdrängt und in der anschließenden Phase des Wirtschaftswachstums »vergessen«. In der nun anbrechenden elektronischen Revolution, die wegen ihres systemischen Charakters (s.u.) zu Unrecht als dritte »industrielle Revolution« bezeichnet wird, bringen alte Probleme, die sich in neuem Gewand präsentieren, die Gewerkschaften in arge Bedrängnis.

Gewerkschaften sind in der Krise — heißt es. Im Unterschied zum realhistorischen Niedergang der Gewerkschaften in anderen Ländern — ein erschreckendes Beispiel liefert hierfür Frankreich (vgl. Jansen, Kißler, Kühne, Leggewie, Seul 1986) — treten Symptome der Gewerkschaftskrise in der Bundesrepublik nicht so offen zutage. Im Gegensatz zu Frankreich sind die bundesdeutschen Gewerkschaften weit davon entfernt, personell auszubluten. Ihr Mitgliederbestand konnte gehalten, in manchen Einzelgewerkschaften wie z.B. der HBV, sogar beträchtlich erhöht werden. Wenn im bundesdeutschen Spektrum überhaupt von Gewerkschaftskrise die Rede sein kann, dann sind die Symptome hierfür weniger in ihrem publizistisch aufgekochten Imageverlust als Folge von hausgemachten Skandalen, als vielmehr in jener allgemeinen Vertrauenskrise zu suchen, die vor allem bei jüngeren Arbeitnehmern gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation, dem »Apparat« nachweisbar ist. Dabei ist es für die Gewerkschaften kein Trost, zu wissen, daß dieser Vertrauensentzug nicht nur die gewerkschaftlichen, sondern auch andere politische und gesellschaftliche Großorganisationen verstärkt trifft. Immerhin haben die DGB-Gewerkschaften zwischen 1982 und 1984 fast ein Zehntel ihrer jugendlichen Mitglieder verloren.¹ Dadurch hat sich die Organisationslücke, d.h. die Punktdifferenz im Organisationsgrad von Gesamtmitgliedschaft und Jugendlichen vergrößert. Betrug diese 1971 noch 8,6 Prozentpunkte, so hatte sich die Differenz 1984 bereits auf 13,5 Prozentpunkte erhöht. Dieselbe Infas-Untersuchung belegt neben diesem strukturellen Problem der gewerkschaftlichen Organisation zugleich einen allgemeinen, nicht auf Jugendliche beschränkten Vertrauensverlust gegenüber den Gewerkschaften als Institution von 55% im Jahre 1976 auf 47% in 1984. Aber reichen diese Symptome aus, um eine Organisationskrise der Gewerkschaften zu diagnostizieren?

Aus der Studie geht gleichzeitig hervor, daß die Kritik an der »Institution« Gewerkschaft einhergeht mit einer stärkeren Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Grundwerten. Deshalb sind die akute Vertrauenskrise und die strukturell angelegte Organisationslücke nicht nur Symptome für eine zukünftig drohende »Vergreisung« der Gewerkschaften. Sie eröffnen auch die Chance, durch neue Organisationsanreize und durch das Aufbrechen von programmatischen und politisch-strategischen Verkrustungen den Her-

ausforderungen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs der Arbeitsbedingungen zu begegnen. Diese Chance nutzen zu wollen, heißt zunächst, die Qualität der technologisch bedingten Herausforderungen erkennen. Worin bestehen diese?

2. Mikroelektronik — Flexibilisierung — Destabilisierung der Gewerkschaften

Die herausragendste Eigenschaft der Mikroelektronik und ihrer vielfältigen Erscheinungsformen (CNC-Maschine, CAD/CAM, CIM) besteht in ihrer »Flexibilität«. Zumindest preisen Techniker und Manager die scheinbar unbegrenzten Einsatzmöglichkeiten der »chips«, die das Nervensystem von Informations- und Kommunikationstechnologien, von Industrierobotern, von autonomen Fertigungsinseln und »Geisterfabriken« bilden.

Technische »Flexibilisierungsstrategien« strahlen auf die Gesellschaft aus, werden zum Vorwand für Flexibilisierungsforderungen, die an die Gesellschaft gerichtet werden:

- auf makroökonomischer Ebene nehmen sie die Gestalt des Neo-Liberalismus an, der — wie in der Frühphase des Konkurrenzkapitalismus —
- eine »Liberalisierung« des Arbeitsmarktes anscheinend zwingend voraussetzt. Forderungen nach einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die sich insbesondere auf Arbeitszeitordnungen, Kündigungsschutzrecht und Normalarbeitsvertrag richten, werden in nahezu allen westeuropäischen Industrieländern laut;
- aber auch ein »flexibles Management«, in dem die Schumpetersche Formel des »small is beautiful« wieder auflebt, leistet seinen Beitrag zur Flexibilisierung verfestigter Unternehmensorganisationen: eine Reorganisation der arbeitsteiligen Zuordnung von Stamm- und Zulieferbetrieben entzieht der institutionalisierten Mitbestimmung durch eine Erosion der Begriffe von Betrieb und Unternehmen den Boden.

Der aus einem technischen Argumentationshaushalt begründete Flexibilitätsbegriff kolportiert den Mythos vom technischen Sachzwang. Auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gestülpt, gerät er zu einem Synonym für den Strukturwandel. Dabei wird nur zu leicht vergessen, daß die Techniker in den vergangenen Jahren auf ein Bündel von divergierenden Flexibilitätsanforderungen mit Problemlösungsstrategien reagieren mußten. Sie ergaben sich zum einen aus der Krise der *Arbeitsethik* und zum anderen aus der später einsetzenden Wachstumskrise. Unsicherer und unkalkulierbarer werdende Absatzmärkte forderten den Unternehmen eine verstärkte marktorientierte Flexibilität ab. Es galt, mit »Kleinserienproduktionen« Marktanteile zu halten, die man sich mit »Großserienproduktionen« erkämpft hatte. Eine Ironie der Geschichte besteht darin, daß die aus humanisierungsstrategischen Gründen lancierten Experimente mit teilautonomen Arbeitsgruppen nunmehr Modelle für die zu reorganisierenden Arbeitsabläufe abgaben: die teilautonomen Arbeitsgruppen haben sich zu Maschinensystemen und teilautonomen Fertigungsinseln entwickelt. Gerade diese Verquickung macht es den Gewerkschaften schwer, den Einsatz von Techniken, die sie noch vor wenigen Jahren als Mittel zur Humanisierung der Arbeit befürwortet hatten, nun als »job-killer« zu bekämpfen.

Mikroelektronik —

Ein Symptom für die Erosion der gewerkschaftlichen Organisationsbasis

Gewerkschaften haben sich (wie die *Industriesoziologen*) in der Nachkriegsentwicklung auf ein nahezu statisches Bild der Industriegesellschaft fixiert, in der der Fließbandarbeit eine viel zu große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Der schleichende Übergang in die

Dienstleistungsgesellschaft wurde verschlafen. Die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften entspricht der Beschäftigungsstruktur der 50er Jahre. Erst die Krise der industriellen Wachstumsgesellschaft, die Produkt- und Prozeßinnovationswelle der späten 70er und frühen 80er Jahre haben die Gewerkschaften aus ihrem Dornröschenschlaf wecken können.

Die auf »Gedeih und Verderb« (Club of Rome) vorwärtsdrängenden mikroelektronischen Problemlösungsstrategien destabilisieren gewachsene Strukturen. Als »kreative Krise« führen sie insbesondere in der Elektro- und Elektronikbranche zu einer rasanten Erneuerung der Produktpalette. Neue Produkte machen alte Berufe überflüssig. So wurden in der BRD bereits 60 traditionelle Lehrberufe zu den Akten gelegt. Prozeßorientierte Konzeptionen neuer Produkte stellen von vornherein darauf ab, auch traditionelle Produkte (z.B. Automobile) so zu gestalten, daß weniger Teile zu montieren sind und die Montage durch Roboter, automatisierte Fertigungsstraßen u.ä.m. bewältigt werden kann. Manuelle Arbeit wird durch maschinelle Arbeit ersetzt — der klassische Industriearbeiter wird zum Museumsstück. Der Mensch wird — wie drastische Rückgänge der Lohnkostenanteile belegen — in der Produktion marginalisiert (vgl. Balkhausen 1985, 183ff.).

Die kostenmäßige Marginalisierung spiegelt sich in Thesen zur »systemischen« Rationalisierung (Altman u.a. 1986, 191ff.) wider. Optimierungs- und Ökonomisierungsstrategien konzentrieren sich nunmehr auf die Verwertung des fixen Kapitals. Aus dem Interesse an einer Maximierung der Maschinenlaufzeiten leiten sich neue Automatisierungsstrategien sowie Forderungen nach der »Flexibilisierung von Arbeitszeiten« ab.

Neue Technologien bedrohen indirekt institutionelle Tatbestände von Gewerkschaftspolitik. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates gründen im sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Wie aber soll innerbetriebliche Interessenvertretungspolitik noch möglich sein, wenn sich dieses unter dem Einfluß neuer Technologien und ihres Flexibilisierungspotentials auflöst (vgl. Mückenberger 1985, 10f.)? Und wie können überbetrieblich Mitbestimmungsrechte noch greifen, wenn angesichts technisch machbarer Auslagerung traditioneller Unternehmensbestände aus der Unternehmensorganisation das »Unternehmen« zur rechtlichen Fiktion wird, die mit der Wirklichkeit nicht mehr viel zu tun hat? Mitbestimmungsrechte auf Betriebs- und Unternehmensebene greifen ins Leere — die gewerkschaftliche Mitbestimmungsoffensive wird zur hohlen Geste. Politik erschöpft sich in Symbolik.

Neue Technologien — neue Qualifikationen — und alte Industriearbeitergewerkschaften?

Neue Technologien verdrängen die menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß. Sie entwerten dadurch jedoch nicht nur traditionelle Facharbeiterqualifikationen, sondern führen auch zu neuen Qualifikationsanforderungen, und damit zu einem Facharbeiter neuen Typs: »dem Arbeiter-Ingenieur«. Als »Rationalisierungsgewinner« wird dieser Arbeitertyp mehr dem traditionellen Angestellten als dem Arbeiter der schwierigen Faust ähneln. Ging es bei diesem noch um die Frage der Klassenidentität, so wird bei jenem schon eine kollektive Interessenidentität schwer auszumachen sein. Gewerkschaftliche Interessenvertretung kommt zunehmend in ein politisches Dilemma. Wie die Klientel der »Rationalisierungsverlierer« als zahlende Mitglieder und Streikwaffe bei der Stange halten und gleichzeitig Organisationsanreize für die neue Produktionsintelligenz entwickeln, die buchstäblich an den Hebeln sitzt und ohne deren gewerkschaftliches Engagement die Streikwaffe zunehmend stumpf zu werden droht? Es läßt sich erkennen, daß neue »Tech-

nologien« ein erhebliches Krisenpotential für die Gewerkschaften enthalten. Verstärkt durch Vertrauensschwund und neo-konservative Schwächungspolitik (Stichwort § 116 AFG) könnte die strukturell angelegte Organisationsproblematik im Verbund mit einer zunehmend marginalisierten Mitbestimmung und dadurch angezeigter Lähmung traditioneller Interessenvertretungspolitik, sich zu einer Legitimationskrise verzahnen, die durch partizipative Managementstrategien weiter verschärft wird.

3. Partizipatives Management — eine außergewerkschaftliche Konkurrenzveranstaltung?

Neue Produktionstechniken determinieren die Arbeits- und Produktionsorganisation nicht. Ob und wie die in den neuen Techniken enthaltenen Spielräume ausgenutzt werden, bleibt Gegenstand von Managemententscheidungen. Das Management bestimmt über die Orientierung der in den Unternehmungen durchzusetzenden Innovationen. Gleichzeitig obliegt ihm die Entscheidung, ob und wie die Mitarbeiter in die Gestaltung des Innovationsprozesses eingeschaltet werden, um sichtbar werdende Akzeptanzlücken zu schließen.

Neue Managementphilosophien² zeichnen sich durch wohlklingende Vokabeln aus. Die einen fordern eine dynamische Unternehmensorganisation (Filius/Simon 1986, S.162), die anderen einen »gruppenorientierten Ansatz« (Heeg 1986, S.41). Und zuguterletzt wird in Anlehnung an den Zeitgeist noch eine »alternativ-informelle Führungs- und Arbeitsweise« (Krummenacher 1986, S.160) gefordert.

In allen Beiträgen wird konstatiert, daß das alte, in der Wachstumsphase herangereifte Management ausgedient hat. Ein neues, flexibles Management soll mit der Bürokratisierung des »kooperativ-technokratischen Managements« aufräumen. Kehrt man die Analyse der Ursachen von Akzeptanzproblemen (Heeg 1986) um, so schälen sich die Ideale einer »flexiblen«, innovationsfähigen Produktions- und Unternehmensordnung heraus:

- geringe Arbeitsteilung;
- Generalisten statt Spezialisten;
- geringe Standardisierung und Formalisierung;
- Dezentralisierung von Entscheidungen und Vermeidung hoher Komplexitätsgrade;
- ausgebaute Partizipationsmöglichkeiten;
- entwickelte Kommunikationsbeziehungen;
- keine Einschränkung der Bedürfnisbefriedigung.

Partizipative Managementstrategien finden ihren idealtypischen Niederschlag in dem »gruppenorientierten Ansatz«, der auf die *Schließung von Akzeptanzlücken* ausgerichtet ist. In einem dualistischen Partizipationssystem des »top down«- und des »bottom up«-Managements werden Akzeptanzprobleme auf Informationsprobleme reduziert. Es geht darum, den Arbeitnehmern die Ziele des Einsatzes neuer Technologien und damit verbundener organisatorischer Änderungen begreiflich zu machen, und die Arbeitnehmer nach Möglichkeit zu einem unternehmerischen Denken zu bewegen. Während das »top-down«-Management auf eine Verbesserung der Information von oben nach unten abzielt, bietet das »bottom-up«-Management eine operationale Partizipation an. Arbeitnehmer sollen in Qualitätszirkeln, Werkstattzirkeln, Lernstätten und (teil)autonomen Gruppen für innovative Zielsetzungen aktiviert werden. Akzeptanzprobleme, die im wesentlichen auf (unmotivierter) Ängste der Mitarbeiter zurückgeführt werden, sollen durch Gruppenaktivitäten überwunden werden.

Die von Unternehmensleitungen in verschiedenen Varianten angebotene operationale Partizipation, die sich noch in einem Experimentierstadium befindet, setzt die Gewerkschaften unter Zugzwang. Wenn Arbeitnehmer den Eindruck vermittelt bekommen, daß die *Mitwirkung in* Partizipationsmodellen »mehr bringt« als die *Interessenvertretung durch* Betriebsrat und gewerkschaftlich organisierte Mitbestimmung, dann werden Partizipationspotentiale von der Unternehmensseite abgeschöpft. Gewerkschaften laufen Gefahr, aus Entscheidungs- und/oder Kommunikationsprozessen, die sich zwischen Arbeitnehmern und ihren unmittelbaren Vorgesetzten etablieren, verdrängt zu werden. Hier wird ihre demokratische Legitimationsbasis unmittelbar berührt.

Die bisherigen Ausführungen über die möglichen Konsequenzen der Einführung neuer Technologien und damit verknüpfter neuer Managementstrategie verdeutlichen, daß sich in der Gewerkschaftskrise verschiedene Momente miteinander verschränken, weshalb wir von einer »verzahnten Gewerkschaftskrise« sprechen. Krisenzeiten sind Zeiten großer Freiheit — sagt André Gorz (1983, S.11); denn sie enthalten die Chance zur Veränderung. Gilt dies auch für Gewerkschaften?

4. Wege aus der Krise: Diskussionsansätze

Bei der Diskussion über Wege aus der Krise werden organisationspolitische, arbeits- und tarifpolitische und technologiepolitische Ansätze diskutiert.

Organisationspolitik und gewerkschaftliche Vertretungsstrukturen

In zweierlei Hinsicht ist die gewerkschaftliche Organisationspraxis zu überdenken: Der breit ausgebaute und hochgradig professionalisierte Organisationsapparat der Gewerkschaften bewirkte die bis heute vielleicht funktionale passive Folgebereitschaft der Mitglieder im Sinne eines distanzierten Anspruchsverhaltens oder gar Versicherungsnehmertums (Schauer 1984, S.228). Das traditionelle Verhandlungsfeld — wachsende Lohnabschlüsse —, in dem die Gewerkschaften Erfolge aufweisen konnten, wird aber in der Krise zunehmend geschwächt und verhindert auf diese Weise, daß die Gewerkschaftsmitglieder entweder unkritisch oder zumindest dulndend die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen weiterhin auf breiter Basis bereitwillig unterstützen.

Auf der anderen Seite bewirken technisch-organisatorische Innovationen, daß die Gewerkschaften einer zunehmend differenzierten bzw. segmentierten Arbeitnehmerschaft gegenüberstehen und in die Gefahr laufen, zu einer partikularistischen Interessenorganisation zu degenerieren. Die gesamtwirtschaftliche Lage und die Auswirkungen neuer Technologien stellen die Gewerkschaften somit vor ein »Institutionsproblem«.

Welche Forderungen für eine »neue Gewerkschaftspolitik« werden daraus abgeleitet? Unstrittig ist, daß die Gewerkschaften sich öffnen müssen und Raum bieten für kritische Diskussionsmöglichkeiten, um den Konflikt zwischen »Bürokratie und passiver Folgebereitschaft« und »innergewerkschaftlicher Beteiligung und solidarisch-kollektiver Interessenorganisation« aufzubrechen. Das bedeutet, die Gewerkschaften müssen nicht nur eine dezentrale, basisdemokratische Strategie verfolgen, sondern darüber hinaus für eine insgesamt differenzierte Arbeitnehmerschaft ein differenziertes Leistungsangebot machen (vgl. Feldengut 1986), das zugleich aber eine vereinheitlichte Interessenperspektive aller abhängig Beschäftigten erlaubt.

Wie dies zu realisieren ist, ist bislang noch eine offene Frage. Diese wird aber, wie z.B. jüngst auf dem Hamburger Gewerkschaftstag der IG Metall in Ansätzen diskutiert.³ Ver-

folgt man darüber hinaus die Thesen des Bedeutungsverlustes traditioneller Lohnarbeitsverhältnisse und der quantitativen Zunahme der Angestelltenschaft bei deren gleichzeitiger Proletarisierung, läßt dies ebenfalls den Schluß zu, daß die Gewerkschaften stärker die unterschiedlichen Sozialinteressen von Voll-, Teilzeit- und Unbeschäftigten aufgreifen (vgl. Jacobi 1985) und ihre organisationspolitische Stellung in mittelständischen Betrieben und bei den Angestellten verbessern müssen.

In die gleiche Richtung gehen auch Denkanstöße, gewerkschaftliche Aktivitäten über klassische Arbeitsverhältnisse hinaus auszudehnen auf Formen »neuer Heimarbeit«, »Schattenwirtschaft«, »alternativer Produktion« etc. Weitere Strategien, die ansatzweise diskutiert werden, beziehen sich darauf, den gesamten Lebensraum der Arbeitnehmer zu umfassen und das gewerkschaftliche Handlungsfeld auf die kommunalen und infrastrukturellen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer auszudehnen (vgl. Schauer 1984, S.249). Auch Themen sozialer Bewegungen könnten aufgegriffen werden, was an den Überlegungen um die »neue Armut« und dem DGB-Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum« deutlich wird. Diese Diskussionen sollen hier nicht weiter verfolgt werden.

Gewerkschaftliche Arbeits- und Tarifpolitik

Neue Technologien stellen für die gewerkschaftliche Arbeits- und Tarifpolitik eine besondere Herausforderung dar: Wesentliche Probleme gewerkschaftlicher Organisations- und Vertretungsstrukturen sowie gewerkschaftlicher Durchsetzungschancen hängen mit dem Charakter neuer Technologien und den mit ihnen verknüpften »neuen« Unternehmens- bzw. Managementstrategien zusammen. Konturen neuer Ansätze gewerkschaftlicher Arbeits- und Tarifpolitik sind aber im Spektrum wissenschaftlicher Reformvorschläge und gewerkschaftlicher Programmatik erkennbar.

Ausgangspunkt entsprechender Überlegungen ist der »Systemcharakter« neuer Technologien: Gewerkschaftliches Handeln beschränkt sich in klassischer Weise nur auf bestimmte Auswirkungsdimensionen des Technikeinsatzes; neue Technologien aber erfordern eine stärker prozeß- als ergebnisorientierte Sichtweise. Für den Bereich der Tarifpolitik bedeutet dies, sie auszuweiten auch auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation, d.h., *qualitative* Tarifpolitik wird »Mitbestimmungs-, Kontroll-, Informations- und Beratungsrechte enthalten müssen«, die Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung, Einführung und Anwendung von Technik einräumen (Friedrich-Ebert-Stiftung 1986, S.21). Als Mindeststrategien wären tarifliche Regelungen denkbar, die einen zeitlichen Aufschub für die Durchführung von technologischen Innovationen festlegen, damit Alternativen ausgearbeitet werden können (vgl. Zachert 1985).

Qualitative Tarifpolitik bedeutet weiter, klassische Felder wie Einkommens- und Beschäftigungssicherung zu integrieren mit Forderungen an Arbeitsinhalte, Qualifikationssicherung und dem Abbau von Kontrolle und Hierarchie. Besonderen Stellenwert erhalten auch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitgestaltung, da die mögliche Verringerung von Arbeitslosigkeit nicht nur unter sozialstaatlicher Perspektive zu betrachten ist, sondern zugleich organisationspolitische Probleme der Gewerkschaften lösen kann. In diesem Zusammenhang sind auch Modellvorschläge zu überprüfen, die die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen verbinden wollen mit qualitativen Veränderungen in der freigewordenen Arbeitszeit, die nicht Freizeit und Konsum zugeführt wird, sondern u.a. für berufliche und betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit etc. genutzt werden könnte (vgl. Briefs 1986; Friedrich-Ebert-Stiftung 1986, S.26).

Tarifpolitische Regelungen lassen sich erkämpfen; der Kern- und Problempunkt liegt aber in ihrer betrieblichen Umsetzung, wie etwa die letzten Arbeitszeitverkürzungen gezeigt haben. Dies führt im Zusammenhang mit neuen Technologien zu einem Dilemma: Intransparente systemische Rationalisierung auf der einen Seite und sozialtechnische Integration der Belegschaft durch partizipative Managementstrategien auf der anderen Seite erschweren die betriebliche Arbeits- und Gestaltungspolitik. Eine Reaktion auf diese Herausforderung stellt das Konzept zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz (vgl. das DGB-Konzept 1985) dar, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

- Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist gedacht als ein Gegenmachtmodell gegen partizipative Managementstrategien.
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz beugt der sozialtechnischen Integration der Beschäftigten und der unkontrollierten Nutzung des Arbeitsvermögens unterhalb rechtlicher Einflüssebenen vor.
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz verschafft eine neue »Akzeptanz«, indem Kommunikationskreisläufe, in die die Basis integriert ist, geschlossen werden.

Dieser Informationsfluß von unten ist sicher ein geeigneter Ansatz, prozeßbezogene Beteiligungsformen auf dieser Ebene zu entwickeln, birgt aber die Gefahr in sich, gewerkschaftliche Organisations- und Hierarchiestrukturen dennoch nicht aufzubrechen, wenn Initiative und Entscheidungsgewalt über Einrichtung, Arbeitsweise und Zusammensetzung der Arbeitskreise allein bei der betrieblichen Interessenvertretung liegt. Parikularistische Interesseneinbringung könnte u.U. nicht durchbrochen werden, eine flächendeckende Mitbestimmung wird damit nur partiell erreicht und Auswirkungen neuer Technologien könnten infolge nur zum Teil erfaßt werden. Modellvorstellungen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz und dezentrale, basisdemokratische gewerkschaftliche Strategien wären daher zu überdenken, etwa auf der Basis theoretischer Implikationen, wie sie in das Konzept der Produktionsöffentlichkeit eingeflossen sind (vgl. Kißler 1984).

Der Systemcharakter neuer Technologien und die daraus erwachsenden Probleme gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung können nicht allein durch basisnahe Belegschaftspartizipation aufgebrochen werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist ebenso die Integration von betrieblichen Experten in die Gewerkschaften, d.h., »technologischen Schlüsselgruppen« müssen qualitative Anforderungen an Technikeinsatz transparent gemacht werden. Ansätze hierzu existieren z.B. in den Technikerarbeitskreisen der IG Metall. Speziell aber muß die Diskussion um Krise, neue Technologien und Gewerkschaften auch überbetriebliche Aspekte berücksichtigen, denn idealtypisch ist Beteiligung vor allem bei »Technikplankonzepten« (Briefs 1986) anzusiedeln, die über Technologie entscheiden vor dem Technikeinsatz.

Gewerkschaftliche Technologie- und Gesellschaftspolitik

Technologischer Wandel und unterschiedliche Krisenerscheinungen, die die Gewerkschaften in eine Defensivposition manövrieren, aus der heraus sie nur mit reaktiven Anpassungsstrategien operieren können, erfordern ein verändertes gesellschaftspolitisches Vorgehen der Gewerkschaften. Besondere Beachtung verdienen dabei technologiepolitische Ansätze, die neben dem Ausbau der Mitbestimmung auf allen Unternehmensebenen weitergehende Beteiligung der Gewerkschaften bei Technologiesteuerung als Ziel formulieren. Dahinter steht die Vorstellung der sozialen Beherrschbarkeit für die Entwicklung neuer Technologien, d.h., verschiedene Technikoptionen werden auf der Basis dieser Vor-

schläge auf ihre »Sozialverträglichkeit« hin überprüft. Rappe beispielsweise spricht verschiedene Ebenen technologiepolitischer Einflußnahmen an (Rappe 1985):

1. Förderung von Schlüsseltechnologien: Beteiligung der Gewerkschaften an staatlichen Forschungsförderungsprogrammen, d.h., Einflußnahme auf die Entwicklung neuer Technologien durch selektive, konsensorientierte staatliche Förderung oder Behinderung; Aufbau gewerkschaftlicher Forschungsinstitute.
2. Politische Technologiefolgenbeherrschung und Begrenzung schädlicher Technikanwendung: technologiespezifische Rahmengesetzgebung; Einrichtung paritätischer industriezweigbezogener Innovationsausschüsse zur Bewertung und Analyse von Technikentwicklung als Rahmen gewerkschaftlicher Branchenpolitik; Maßnahmen im Rahmen staatlicher Struktur-, Beschäftigungs- und Qualifikationspolitik.
3. Sozialstaatlicher Schutz der Arbeitnehmer vor negativen Auswirkungen von Technikanwendung: Finanzierung gewerkschaftlicher Humanisierungsvorhaben; Ausbau der Möglichkeiten der Selbstverwaltungseinrichtungen zur Bewältigung der gesundheitlichen und sozialen Folgen neuer Technologien.

Diese Punkte liefern wichtige Anregungen, um zu einer flexiblen und differenzierten gewerkschaftlichen Strategie zu gelangen, die ihre gesellschaftlichen Machtressourcen und damit ihr Durchsetzungspotential im interessenbezogenen Prozeß der Technologieentwicklung und des Technikeinsatzes erhöht.

Kern/Schumann sprechen auf der Basis ihrer Analyse der »neuen Produktionskonzepte« von einer Strategie der »Politisierung der neuen Produktionskonzepte« (1985), die in die gewerkschaftliche Modernisierungspolitik einfließen müßte. Im einzelnen bedeutet dies:

- Sozialisierung der Anpassungslasten;
- offensive Politik der Arbeitsgestaltung und Ausrichtung der Bildungsprozesse an einem umfassenden Qualifikationsbrief; das impliziert:
 - Ausschöpfung der im Zusammenhang mit neuen Technologien erweiterten Gesamtmasse qualifizierter Funktionen für komplexe Arbeitsplatzdefinitionen und als dessen Voraussetzung Arbeitszeitverkürzungen, um den Zugang aller Erwerbsfähigen zur Arbeitssphäre zu sichern;
 - Nutzung neuer Technologien für die Beseitigung von Primitivfunktionen;
 - In Folge: Verallgemeinerung der Produktionsintelligenz und Ausformung der Industriearbeit als souveränes Arbeitshandeln.

Ohne die Voraussetzungen dieses Konzepts, nämlich die These vom Ende der Arbeitsteilung, hier verfolgen zu können, sind auch diese Überlegungen für die gewerkschaftliche Diskussion von nutzen, nicht nur bezogen auf ihre gesellschaftspolitischen Gestaltungsaufgaben, sondern auch bezogen auf ihre organisationspolitischen Probleme als Interessenorganisation: Die von Kern/Schumann angesprochenen Punkte sind die inhaltlichen Stränge veränderter gewerkschaftlicher Technologie- und Gesellschaftspolitik.

Der Abriss von Krisenbewältigungsstrategien hat gezeigt, daß eine differenzierte und flexible gewerkschaftliche Strategie notwendig ist. Dies läßt u.E. nur die Schlußfolgerung zu, daß auf allen Ebenen industrieller und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse sozial rationale Partizipationsformen zu entwickeln und zu installieren sind, die die Interessen der jeweils »Betroffenen« berücksichtigen. Dies beginnt bezogen auf die Diskussion um neue Technologien sowohl in Konzepten zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz als auch in idealtypischen Modellen zur konsensorientierten, sozialverträglichen Technologiegestaltung. Nur flächendeckende Partizipation kann eine grundsätzliche Umverteilung von Macht be-

wirken, indem individuelle und kollektive Interessendurchsetzungspotentiale aktiviert werden. — Wenn die Gewerkschaften diese Konzepte in ihrer Programmatik, in ihrem Handeln und in ihren Organisations- und Vertretungsstrukturen aufgreifen, haben sie die Möglichkeit aktiver Krisenbewältigung, die über eine bloß defensive Anpassungsstrategie hinausgeht. Die Frage nach der Krise der Gewerkschaften ist immer auch eine Frage nach ihrem gesellschaftlichen Gestaltungspotential.

Anmerkungen

- 1 Diese und weitere Ergebnisse einer für die Hans-Böcklers-Stiftung durchgeführten Infas-Analyse sind dem Beitrag von Feist/Krieger (1986) entnommen.
- 2 Wir stützen uns hier auf eigene Auswertungen der letzten Jahrgänge der Zeitschrift für Führung und Organisation (»zfo«).
- 3 Vgl. die programmatischen Aussagen Steinkühlers wie »betriebliche Basis als Keimzelle gewerkschaftlicher Gegenmacht« und den Einbezug von Angestellten, Frauen und Jugendlichen.
- 4 Man denke beispielsweise an Diskussionen um den »Konsumentenverband«.

Literaturverzeichnis

- Altmann, Norbert, Manfred Deiß, Volker Döhl und Dieter Sauer, 1986: Ein »Neuer Rationalisierungstyp« — neue Anforderungen an die Industriosozologie. In: Soziale Welt Nr. 2/3, S.191-206
- Balkhausen, Dieter, 1985: Die elektronische Revolution, Düsseldorf
- Briefs, Ulrich, 1986: Die informationstechnologische Entwicklung und die Zukunft von Arbeit und Gewerkschaften. In: WSI-Mitteilungen Nr. 3, S.245-255
- Deutscher Gewerkschaftsbund, 1985: Konzeption zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz. DGB-Schriftenreihe Mitbestimmung Nr. 7, Düsseldorf
- Feist, Ursula, und Hubert Krieger, 1986: Jugendliche und Gewerkschaften — Zwischen struktureller Organisationslücke und aktueller Vertrauenskrise. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 2, S.84-94
- Feldengut, Karl, 1986: Gewerkschaftspolitik in der Krise. In: Die Mitbestimmung Nr. 5, S.201-202
- Filius, Dieter, und Harald Simon, 1986: Dynamisierung der Unternehmensführung. Eine notwendige Forderung für die Managementstrukturen der 90er Jahre. In: zfo Nr. 3, S.161-167
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abteilung Struktur- und Beschäftigungspolitik), 1985: Auf der Suche nach dem sozialen Konsens, Bonn
- Glotz, Peter, 1986: Wenn es an Solidarität fehlt, wird die Streikwaffe stumpf. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 189, S.14
- Gorz, André, 1983: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin/West Heeg, Franz Josef, 1986: Einführung neuer Technologien. Ein gruppenorientierter Ansatz. In: zfo Nr. 1, S.41-46
- Jacobi, Otto, 1985: Lange Wellen wirtschaftlichen Aufschwungs und Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 11, S.642-650
- Jansen, Peter, Leo Kißler, Peter Kühne, Claus Leggewie und Otmar Seul, 1986: Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Programmatik, Frankfurt/M., New York
- Kern, Horst, und Michael Schumann, 1985: Das Ende der Arbeitsteilung — Eine Herausforderung für die Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 1, S.27-39
- Kißler, Leo, 1984: Produktionsöffentlichkeit als Lernstrategie. Die Bedeutung des Partizipationslernens für die Organisationsöffentlichkeit der Arbeit. In: Koubek, N., und K. Schredelseker (Hrsg.): Information, Mitbestimmung und Unternehmenspolitik. Veröffentlichung des 8. Wuppertaler Wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquiums vom 4./5. Februar 1983, Frankfurt/M., New York, S.149-169
- Krummenacher, Fred, 1986: Die Schwächen der kooperativen Führung überwinden. Flexibles Management statt Bürokratie. In: zfo Nr. 3, S.169-174
- Mückenberger, Ulrich, 1985: Ein Bruch mit dem Konzept des Normalarbeitsverhältnisses. In: Frankfurter Rundschau Nr. 13, S.10f.
- Rappe, Hermann, 1985: Konzept einer lebenswerten Arbeits- und Umwelt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 2, S.73-81
- Schauer, Helmut, 1984: Gewerkschaftspolitik und Beteiligung. In: Fricke, W., und W. Schuchard (Hrsg.): Beteiligung als Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, Bonn, S.227-249
- Zachert, Ulrich, 1985: Neue Technologien. Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen der Gegenwehr. In: WSI-Mitteilungen Nr. 9, S.542-549

Margrit Zauner

Gewerkschaften und Frauenförderpläne

Ein Versuch, das Recht auf Arbeit für Frauen durchzusetzen?

»Aber nur unter dem Losungswort völliger Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung beider Geschlechter in der Gewerkschaft und in dem, was durch sie erstrebt wird, ist der Sieg der Arbeit über die Ausbeutung, der Sieg der Kultur, des Fortschritts ... möglich, ja unbedingt sicher.« (Ida Altmann 1906 in: »Correspondenzblatt« Nr. 25, S.428)

Ida Altmann, die erste Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, schrieb dies heute immer noch Gültige in der Auseinandersetzung um das Für und Wider einer hauptamtlichen Frauensekretärin beim Dachverband der Gewerkschaften. Genau wie in der übrigen Arbeiterbewegung wurde auch in den Gewerkschaften debattiert, ob und wie Frauen organisiert werden können. Gerade in den Gewerkschaften setzte sich aber die Theorie des »Proletarischen Antifeminismus« durch. Diese auf Ferdinand Lassalle und sein »ehernes Lohngesetz« zurückgehende Position lehnte die Erwerbstätigkeit von Frauen unter dem Eindruck der schlechten Arbeitsbedingungen für Frauen und der »Schmutz-Konkurrenz« der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ab.¹

In der Praxis wurden im Ersten Weltkrieg Frauen massenhaft an den Arbeitsplätzen eingesetzt, für die die zum Militär eingezogenen Männer fehlten. Mit der Demobilisierung wurden die Frauen wieder genauso massenhaft entlassen, um den heimkehrenden Männern Platz zu schaffen, und dabei half die Gewerkschaft sogar mit.

In der Weimarer Republik lag die Frauenerwerbsquote nicht wesentlich über der des Kaiserreichs. Die Frauenfrage, die vor dem Ersten Weltkrieg noch lebhaft diskutiert wurde, verschwand in der Weimarer Republik weitgehend von der Tagesordnung der Gewerkschaftsdiskussionen.²

Die Haltung der Freien Gewerkschaften (ADGB) — der Führung wie der Basis — gibt Gertrud Hanna, die Nachfolgerin Ida Altmanns, wieder. Sie erklärte — in der Weltwirtschaftskrise — auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß 1931:

»Nach Gesetz und Sitte ist der Mann immer noch Ernährer der Familie ... Kein vernünftiger Mensch kann wünschen, daß die Fälle sich mehren, wo die Frau gezwungen ist, die Familie zu ernähren, weil der Mann keine Arbeit mehr finden kann, weil er durch billige Frauenarbeit verdrängt worden ist.«³

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften propagierte der deutsche Faschismus einerseits die »Rückkehr an Heim und Herd« und verdrängte die Frauen aus qualifizierten Berufen, bezog sie andererseits dann aber zunehmend in die Kriegswirtschaft ein. Beim Wiederaufbau nach dem 8. Mai 1945 waren die Frauen wieder zunächst als Arbeitskräfte willkommen. Mit dem Zustrom männlicher Arbeitskräfte — Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer — wurde es jedoch für die Frauen wieder zunehmend schwieriger, ihre Arbeitsplätze zu behaupten. Die hohe Arbeitslosigkeit der ersten »Wirtschaftswunder«-Jahre und die dementsprechend wiederauflebende »Heim-und-Herd-Ideologie« brachten wieder Vorurteile und Behinderungen der Frauenerwerbstätigkeit.

Dennoch stieg die Zahl der Frauen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, an. Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen⁴ betrug 1950 6.122.000; 1960 9.562.000; 1970 9.658.000; 1980 10.554.000 und 1983 11.103.000, davon waren 985.000 Frauen arbeits-

los. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (= Erwerbsquote) steigerte sich von 31 Prozent 1948 auf über 36 Prozent 1950 und 1960 und stieg nach einem kurzen Abfall auf 35,8 Prozent 1970 sowie 1980 wieder weiter auf 38 Prozent. 1983 betrug die Erwerbsquote der Frauen 38,9 Prozent.⁵

Die Entwicklung des Anteils der Frauen läßt sich in zwei Phasen unterteilen: Bis 1970 stagnierte der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft um ca. 16 Prozent. 1950 betrug er 16,4 Prozent, stieg 1960 auf 17,2 Prozent, fiel 1970 aber wieder auf 15,3 Prozent zurück. Innerhalb der letzten fünfzehn Jahre drehte sich dieser Trend um. 1980 betrug der Frauenanteil bereits 20,3 Prozent und steigerte sich bis 1984 noch einmal auf 21,6 Prozent.⁶ Der Frauenanteil ist in allen Gewerkschaften gestiegen, besonders große Zuwächse haben ÖTV, die HBV und die IG Metall erreicht.⁷

Die gewerkschaftliche Frauenarbeit hat sich ebenso wie die Mitgliedszahlen verändert. Von der »Kosmetik für die berufstätige Frau« zum Kampf der »Heinze-Frauen« war es ein weiter Weg.

Die Aktionen der »Heinze-Frauen« haben Ende der siebziger Jahre die Lohndiskriminierung von Frauen zu einem öffentlichen Thema gemacht. Im Fotolabor Heinze in Gelenkirchen wurden Frauen und Männern unterschiedliche Löhne für genau die gleiche Tätigkeit gezahlt, was durch einen Zufall ans Licht kam.⁸ Die Frauen klagten dagegen mit Unterstützung der Gewerkschaft IG Druck und Papier vor dem Arbeitsgericht und gewannen in letzter Instanz. Der Ansatzpunkt an der unmittelbaren Lebenssituation der Frauen hat nicht nur zu einem Erfolg im Kampf gegen die alltägliche Diskriminierung geführt, sondern auch das Bewußtsein der Frauen verändert.⁹ Darüber hinaus hat dieses Beispiel vielen anderen Frauen zu eigenen Aktionen Mut gemacht.¹⁰ Die Erfolge der letzten Jahre haben auch die Gewerkschaftsfrauen selbstbewußter gemacht. Um die Diskriminierung der Frauen hier und jetzt anzugehen, wird bei den Gewerkschaftsfrauen jetzt intensiv über Quotierung von Arbeitsplätzen und Frauenförderpläne diskutiert. In den Diskussionen auf der letzten DGB-Bundesfrauenkonferenz 1985 war die Quotierung noch sehr umstritten¹¹, in der Frage der Frauenförderpläne konnten sich die Gewerkschaftsfrauen auf mehrere Anträge einigen, die auch auf dem 13. DGB-Bundeskongreß vorgelegt und beschlossen wurden.¹² Betriebliche Frauenförderpläne sollen, von den Betriebs-/Personalräten initiiert, die Benachteiligungen der Frauen im Betrieb durch ein systematisches Maßnahmenbündel verbessern.¹³ Frauenförderpläne sollen, konkret an den Verhältnissen im jeweiligen Betrieb ansetzend, in der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen entwickelt werden. Sie richten sich direkt gegen die Unternehmer und geben gleichzeitig Frauen die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu erschließen. Die Durchsetzung von Frauenförderplänen erfordert gewerkschaftlichen Druck und kann nur unter Einbeziehung der Betroffenen selbst erfolgreich sein.

»Frauenförderpläne sind die konsequente Weiterentwicklung der Forderungen nach Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit.«¹⁴

Damit Frauenförderpläne *nicht nur dem individuellen Aufstieg der Frauen dienen*¹⁵, hat der DGB-Bundeskongreß verbindliche Bedingungen beschlossen, die einen Mißbrauch dieses Frauenförderungsinstrumentes verhindern sollen, insbesondere das Ausspielen der Kolleginnen und Kollegen gegeneinander und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Frauen.¹⁶

Ein Frauenförderplan entsteht auf der Grundlage einer genauen *Ist-Analyse* (Ausbildungsstand und -situation, Eingruppierungen, Arbeitszeiten, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen), aus der die *Ziel-Bestimmung* abgeleitet wird. Dieses soll in eine Be-

triebsvereinbarung münden, über deren Einhaltung bzw. den Stand der Maßnahmen regelmäßig berichtet wird (*Berichtspflicht*). Die Maßnahmen, die getroffen werden, müssen alle »Schlüsselfelder« ansprechen, die die Frauen benachteiligen. Solche Felder sind das Einstellungs- und Übernahmeverfahren, die Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, der Zuschnitt der Tätigkeitsfelder, die Beförderung und die Aufstiegsvorbereitung, die Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Veränderung des Bewusstseins der Vorgesetzten, Personalzuständigen und Kollegen und nicht zuletzt die Aktivierung und Unterstützung der Frauen.¹⁷

Es liegen mittlerweile einige Beispiele für betriebliche Frauenförderpläne, so bei IBM und ARAL, vor, ebenso Richtlinien von Stadtverwaltungen und Bundesländern zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst.¹⁸ Beispielsweise der Frauenförderplan bei der ARAL AG zeigt aber die Benachteiligungen von Frauen mehr allgemein auf und gibt vage Zusagen für die Zukunft, während konkrete Zielzahlen ebenso wie eine genaue Bestandsaufnahme fehlen.¹⁹

Neben den betrieblichen Frauenförderplänen soll auch die Unterrepräsentanz von Frauen im Bereich des DGB und seiner Einzelgewerkschaften mit Frauenförderplänen sowohl für den hauptamtlichen wie den ehrenamtlichen Bereich abgebaut werden. Erste Frauenförderpläne liegen bereits vor, besondere Beachtung verdienen dabei der Frauenförderplan des DGB-Landesbezirks Hessen und der Frauenförderplan der IG Metall. Der hessische Frauenförderplan für den hauptamtlichen *und* ehrenamtlichen Bereich wurde am 1. Januar 1985 in Kraft gesetzt. Der IG Metall-Plan wurde am 8. Juli 1986 vom Bundesvorstand beschlossen und will eine qualifizierte Beschäftigung von Frauen in hauptamtlichen Funktionen.²⁰ Wesentliche Elemente des IG Metall-Frauenförderplans sind:

- als *Zielgröße* die Beschäftigung von Frauen zunächst entsprechend ihrem Organisationsanteil (z. Zt. 14,7%) statt wie bisher 12,8 beim Vorstand bzw. 3,9 Prozent in den Verwaltungsstellen und als weitere Orientierungsgröße die Beschäftigung von Frauen gemäß dem Beschäftigtenanteil in der Metallindustrie;
- die *vorrangige Besetzung freier Stellen* mit Frauen;
- eine *gezielte Personalpolitik*, bei der als erste Maßnahme mindestens eine Frau in jeder Verwaltungsstelle eine politische Funktion bekleiden soll;
- *Qualifizierungsmaßnahmen* für Nachwuchssekretäre, bei denen Frauen besonders berücksichtigt und angesprochen werden sollen;
- *Veränderungen der Arbeitsbedingungen*, um Männern und Frauen die Vereinbarung von Beruf und Familienpflichten zu ermöglichen;
- eine *jährliche Berichtspflicht* über die Umsetzungsschritte und Ergebnisse des Frauenförderplans.²¹

Mit der Beschluslage des DGB auf dem 13. Bundeskongreß 1986 in Hamburg, die hier in einem Punkt ausführlich vorgestellt wurde, ist auch ein neuer Stand und Stellenwert für die gewerkschaftliche Frauenarbeit erreicht. Zwar legte bereits der Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 in München in § 2 Abs. 2 seiner Satzung die »Durchführung gemeinsamer Gewerkschaftsaufgaben für die Jugend und Frauen« als eine seiner Aufgaben fest²², aber trotzdem mußten die Frauen um ihre Anerkennung in den Gewerkschaften kämpfen. Die verbal anerkannte Notwendigkeit gewerkschaftlicher Frauenarbeit wurde praktisch kaum umgesetzt. Der Kampf der Gewerkschaftsfrauen um ihre Vertretung in den Gewerkschaftsvorständen ist auch ein Beleg dafür, daß die Kollegen ihre Vorurteile noch lange nicht überwunden hatten (und teilweise immer noch nicht haben).²³

So findet sich im Grundsatzprogramm von 1963 keine direkte Erwähnung der Belange der Frauen, es wird allgemein von »Arbeitnehmern« gesprochen, während die andere »Gemeinschaftsaufgabe 'Jugend'« als wichtiger Träger der Umsetzung dieses Programms gewürdigt wird.²⁴

Mit dem Anstieg der Zahl der weiblichen Mitglieder geht der DGB auch programmatisch mehr auf die Frauen ein. Das vom 8. Ordentlichen Bundeskongreß 1969 verabschiedete »Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen« faßt die Grundsätze und Forderungen zusammen und fordert eindeutig das Recht auf Arbeit für Frauen. Zur Realisierung der Grundsätze fordert der DGB neben gleichen Bildungsmöglichkeiten, Chancengleichheit, gerechter Bewertung der Arbeit sowie Arbeitssicherheit und -schutz auch eine verbesserte Gesundheitsvorsorge und besseren Unfallversicherungsschutz, gerechtere soziale Sicherungen sowie verbesserten Mutterschutz, mehr Hilfen für die Familien und Hilfen für das Alter.²⁵

Im derzeit gültigen Grundsatzprogramm von 1981 wird in der Präambel im Gegensatz zum Programm von 1963 das Recht auf Arbeit für Frauen gefordert.²⁶ 1986 beschloß der 13. Ordentliche Bundeskongreß auf Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) mit dem Antrag 337 die »Verstärkung des gewerkschaftlichen Kampfes zur Wahrnehmung der Interessen der Frauen« mit konkreten Maßnahmen, wie z.B. mit einer intensiveren Berücksichtigung der Interessen der Frauen in der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik, gezielter Werbung von weiblichen Mitgliedern und einer stärkeren Unterstützung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit anzugehen.²⁷ Die Diskussion und die Durchsetzung von Frauenförderplänen spielen dabei eine zentrale Rolle. Ebenso wie mit der Forderung nach Quotierung von Arbeitsplätzen läßt sich das Recht auf Arbeit für Frauen nicht alleine mit Frauenförderplänen verwirklichen. Es ist ein Weg, die Diskriminierung von Frauen konkret anzugehen. Der nächste Schritt, von der gerechteren Verteilung des Mangels zur Gleichberechtigung der Geschlechter zu kommen, ist auf dieser Grundlage möglich. Der Frauenförderplan ist ein notwendiger Zwischenschritt, um auch unter den verschlechterten Bedingungen der »Wende« die Frauen zu mobilisieren. Frauenförderpläne in allen Betrieben bieten ein großes Potential zur Bündelung der Interessen der Frauen. Frauenförderpläne sind ein offensives Mittel im Kampf gegen den Abbau der Rechte der Frauen. *Und deshalb brauchen wir viele Frauenförderpläne!*

Anmerkungen

- 1 Zur Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenarbeit vgl. das Stichwort »Gewerkschaften« in: Florence Hervé u.a. (Hrsg.): Kleines Weiberlexikon, Dortmund 1985, S.200ff.; und Gisela Losseff-Tillmanns: Frau und Gewerkschaft, Frankfurt/M. 1982, S.15ff.
- 2 Ebd.; vgl. auch Salomon Schwarz: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Berlin 1930, S.225ff.
- 3 Protokoll des 14. Gewerkschaftskongresses 1931, S.116, zit. nach: Gisela Losseff-Tillmanns, a.a.O., S.39.
- 4 Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Arbeitslose.
- 5 Florence Hervé, a.a.O., S.516, Tab.3.
- 6 Infas, Mitgliederzahlen: Struktur und Entwicklung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, in: Michael Kittner (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1986, Köln 1986, S.46f.
- 7 Infas, a.a.O., S.65.
- 8 Marianne Kaiser (Hrsg.): Wir wollen gleiche Löhne!, Reinbek 1980, S.13ff.
- 10 Marianne Kaiser, a.a.O., S.81f.

- 11 »Bessere Chancen im Beruf gefordert!«, in: Angestellten-Magazin 1, Düsseldorf 1986, S.8ff.
- 12 Die Anträge sind dokumentiert in: frauen und arbeit 5-7, Düsseldorf 1986, im folgenden zitiert als »Beschlüsse«.
- 13 Antrag 346: »Betriebliche Frauenförderprogramme«, in: Beschlüsse, a.a.O., S.26.
- 14 Ebd.
- 15 Antrag 347 »Frauenförderpläne«, in: Beschlüsse, a.a.O., S.27f.
- 16 Ebd.
- 17 Marianne Weg und Ulla Knapp: Wie kann ein Frauenförderplan aufgestellt werden?, in: Herta Däubler-Gmelin u.a. (Hrsg.): Mehr als nur gleicher Lohn!, Hamburg 1985, S.119ff.
- 18 Herta Däubler-Gmelin u.a., a.a.O., S.189ff.
- 19 Herta Däubler-Gmelin, a.a.O., S.204ff.
- 20 »Frauenförderplan der IG Metall«, in: Der Gewerkschafter 8, Frankfurt/M. 1986, S.48.
- 21 Ebd.
- 22 Gerhard Leminsky und Bernd Otto: Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 2. Aufl., Köln 1984, S.585.
- 23 Vgl. »80 Jahre hauptamtliche gewerkschaftliche Frauenarbeit« (unkorr. Wortprotokoll der 11. DGB-Bundesfrauenkonferenz), in: JW-Dienst-Exclusiv-Bericht Nr. 271, Wiesbaden 30.12.1985.
- 24 Gerhard Leminsky und Bernd Otto: Politik und Programmatik des deutschen Gewerkschaftsbundes, 1. Aufl., Köln 1974, S.45ff.
- 25 Gerhard Leminsky und Bernd Otto, 2. Aufl., a.a.O., S.588ff.
- 26 Gerhard Leminsky und Bernd Otto, 2. Aufl., a.a.O., S.34ff.
- 27 Antrag 337 »Verstärkung des gewerkschaftlichen Kampfes zur Wahrnehmung der Interessen der Frauen«, in: Beschlüsse, a.a.O., S.23.

Stefan Krätke

Erhaltung preiswerten Wohnraums und Konzepte zur Lösung des Neue Heimat-Problems*

I. Vorbemerkung

Im Fall Neue Heimat gab es eine unerwartete »Wende«: Der Deutsche Gewerkschaftsbund verkaufte seinen angeschlagenen Wohnungskonzern (mit 190 000 Wohnungen) zum 1. Oktober 1986 an den Berliner Privatunternehmer Schiesser. Ausgenommen sind davon die regionalen Neue Heimat-Gesellschaften Nordrhein-Westfalen (mit 43 000 Wohnungen) und Südwest (mit 30 000 Wohnungen): in diesen beiden Bundesländern (NRW und Hessen) ließen die bisherigen Verhandlungen zwischen den Landesregierungen und dem »gewerkschaftlichen Unternehmerlager« eine sogenannte Regionalisierungslösung mit staatlicher Hilfe realisierbar erscheinen; diese Lösungsmöglichkeit wird also für die betreffenden beiden Bundesländer nach wie vor offengehalten.

Der Fall Neue Heimat ist durch den Ausverkauf des Gesamtkonzerns keineswegs gelöst — nur versucht der Deutsche Gewerkschaftsbund, sich mit dieser Transaktion aus der Verantwortung zu stehlen. Bankrott ist in jedem Falle die »gemeinwirtschaftliche« Programmrhetorik der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In der Praxis sind die gewerkschaftseigenen Wirtschaftsunternehmen (einschließlich der formell »gemeinnützigen« Unternehmen) ohnehin längst marktkonform, d.h. expansiv profitorientiert geführt worden, wodurch führende Gewerkschaftsvertreter zwar größeres »Verständnis« für die Sorgen und Nöte des Unternehmerlagers erwerben konnten, in sozialpolitisch empfindlichen Versorgungsbereichen (wie dem Wohnungssektor) aber keineswegs zum Wohle der Arbeitnehmer-Kunden gewirtschaftet haben.

Für die Mieter der Neuen Heimat haben sich durch den Gesamtverkauf des Konzerns an einen Privatunternehmer die Zukunftsperspektiven weiter verschlechtert: Nichts kann den Käufer hindern, die Wohnungen optimal zu verwerten, schon gar nicht das geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht, das die Umwandlung von Mietsozialwohnungen in Eigentumswohnungen ermöglicht, und beim Vermietungsgeschäft nicht etwa die Gewinnerzielung begrenzt, sondern die Gewinn-Ausschüttung (mit der Folge beschleunigter Unternehmensexpansion). Selbstverständlich wird der neue Eigentümer die Neue Heimat-Wohnungen, deren gesetzlich befristete Sozialbindungen in den nächsten Jahren »planmäßig« wegfallen, überall dort, wo der Immobilienmarkt es vorteilhaft erscheinen läßt, zwecks Realisierung von Wertsteigerungen als Eigentumswohnungen verkaufen; unter Umständen wird er auch den Gemeinnützigkeits-Status des gekauften Unternehmens abzustreifen versuchen, um die verbleibenden Mietwohnungen mit erhöhten Marktmieten weiterverwerten zu können.

Die Ausführungen des folgenden Vortrags, der im Mai 1986 auf der Jahrestagung des Deutschen Mieterbundes in Bad Neuenahr gehalten wurde, haben durch die jüngste Entwicklung im Fall Neue Heimat noch an Aktualität gewonnen: noch dringlicher stellt sich jetzt die Frage nach Lösungsstrategien zur Sicherung preiswerter Sozialmietwohnungen,

* Referat und Vortrag zur Bundesarbeitstagung des Deutschen Mieterbundes am 23. und 24. Mai in Bad Neuenahr.

die vom Verlust der Sozialbindungen und Ausverkauf bedroht sind. Das folgende Plädoyer für neue Formen eines sozialstaatlichen Engagements im Wohnungssektor kann unmittelbar auf den noch nicht verkauften Neue Heimat-Wohnungsbestand in Nordrhein-Westfalen und Hessen bezogen werden, beinhaltet darüber hinaus aber auch einen Lösungsansatz zur Sicherung derjenigen Sozialwohnungen, die künftig statt von der Neuen Heimat oder gewerkschaftseigenen Verwertungsgesellschaften vom Brotfabrikanten Schiesser am Markt verkauft oder als Mietwohnungen höherverwertet werden.

II.

Die Wohnungsverkäufe der Neuen Heimat haben den massenhaft drohenden Verlust preiswerter Sozialwohnungen wieder verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Der Neue Heimal-Skandal ist ja nur die Spitze des Eisbergs: Heute droht für den *gesamten* älteren Sozialwohnungsbestand ein fortschreitender Wegfall von Sozialbindungen. Das hatte der Gesetzgeber allerdings von Anfang an beabsichtigt — die Befristung der Bindungen diene als besonderer Investitionsanreiz für die bevorzugten unternehmerischen Träger. Ferner droht die weitere Aushöhlung und evtl. endgültige Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Dies wird von manchen gemeinnützigen Unternehmen selbst mit vorangetrieben. Die Mieter müssen Schlimmes befürchten: Aufhebung der Sozialbindungen bedeutet Mietsteigerungen, Verdrängung, Umwandlung in Eigentumswohnungen. Die Neue Heimat hat sich durch ihre Fehlspekulationen der Vergangenheit in die Rolle eines *Vorreiters* für Entwicklungen gebracht, die nach und nach die Mieter des gesamten preiswerten Sozialwohnungsbestandes bedrohen. Als nächstes ist z.B. der Ausverkauf des Sozialwohnungsbestandes derjenigen gemeinnützigen Gesellschaften zu erwarten, die sich im Besitz von Industrieunternehmen befinden, und es gibt auch bereits Fälle, wo städtische gemeinnützige Wohnungsunternehmen Teile ihres Wohnungsbestandes veräußern. Angesichts der Situation, daß eine ganz offensive Zerstörung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Gange ist, erscheint eine bloß defensive Verteidigung des Status quo unzureichend. Um den Sozialwohnungsbestand als preiswerten Wohnraum mit dauerhaften Bindungen erhalten zu können, wird eine »offensive« Reform des gemeinnützigen Wohnungsbaus benötigt.

Unter den Betroffenen, den Mieterorganisationen und vielen wohnungspolitisch engagierten Fachleuten besteht weithin Konsens über zwei Punkte: 1. die öffentliche Hand soll eingreifen, um umwandlungsbedrohte Sozialwohnungen zu retten. Dafür sprechen drei Gründe: Angesichts der Wohnungsmarktlage, d.h. der zunehmenden Verknappung preiswerten Wohnraums, besteht ein dringendes öffentliches Interesse an der langfristigen Erhaltung des preisgebundenen Sozialwohnungsbestandes. Der massenhafte Ausverkauf solcher Wohnungen z.B. durch die Neue Heimat wird die Versorgungslage in den betroffenen Städten drastisch verschlechtern.

In die umwandlungsbedrohten Wohnungen sind bereits in der Vergangenheit umfangreiche öffentliche Mittel gesteckt worden — die öffentliche Hand kann nicht tatenlos zusehen, wenn aus weitgehend öffentlich finanzierten Wohnungen gewaltige private Veräußerungsgewinne gezogen werden. Es ist besser, heute *nochmals* öffentliche Mittel für diese Wohnungen aufzuwenden, als die früher eingesetzten Mittel vollends zur Spekulationsmasse werden zu lassen.

Die öffentliche Hand steht auch deshalb in der Verantwortung, weil sowohl die Fehlspekulationen der Neuen Heimat als auch der Ausverkauf ihrer Sozialwohnungen ganz le-

gal im Rahmen des vorhandenen Gemeinnützigkeitsrechts erfolgen konnten — der Gesetzgeber ist mitverantwortlich für die bedrohte Situation des Sozialwohnungsbestands.

2. Jede Lösung im Interesse der betroffenen Mieter muß die langfristige Erhaltung der Sozialbindungen garantieren.

Es bleibt jedoch *umstritten*, erstens in welcher Form und in welchem Umfang die öffentliche Hand eingreifen soll — der Neue Heimat-Skandal macht ja in dramatischer Weise deutlich, daß die *vorhandenen* Bindungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus offenbar nicht ausreichen, um die Mieter vor dem Ausverkauf der Sozialwohnungen zu schützen und ein langfristig stabiles und tragbares Mietpreisniveau zu gewährleisten. Meine zentrale These lautet daher: Eine wirksame Sicherung des preiswerten Sozialwohnungsbestandes erfordert *nicht nur die Erhaltung* von Bindungen, sondern auch eine *Konkretisierung und Reform der Bindungen* des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Konkretisiert müßten die sozialen Bindungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus folgende Punkte umfassen: Eine dauerhafte Preisbindung, und zwar in der Form, daß ein langfristig stabiles und von Haushalten mit niedrigen Einkommen tragbares Mietpreisniveau eingehalten wird. Es ist ohne weiteres möglich, daß diese Miethöhe die nötigen Ausgaben für Instandhaltung, Betrieb und Verwaltung deckt. Doch erlaubt die Einhaltung tragbarer Sozialmieten nicht mehr die im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau üblich gewordene, in der sogenannten Kostenmiete versteckte Gewinnerzielung.

Die dauerhafte Zweckbindung von Sozialwohnungen, d.h. Ausschaltung der Möglichkeit zum Verkauf zwecks Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und zur Erzielung von »freigegebenen« Mieten.

Eine dauerhafte Belegungsbindung, um zu sichern, daß die Wohnungen mit Mietern belegt werden können, die am sogenannten »freien« Wohnungsmarkt wegen niedriger oder unsicherer Einkommen oder aus Gründen ihres sozialen Status wenig Chancen haben.

Eine wirksame Reform der gemeinnützigen Bindungen hätte vor allem im wohnungswirtschaftlichen Bereich *erweiterte* Bindungen durchzusetzen:

Man muß das Recht zum Ausverkauf von Sozialwohnungen abschaffen, und damit die Spekulation gemeinnütziger Träger auf die Realisierung sogenannter Wertsteigerungen auf Basis freigegebener Mieten oder Eigentums-umwandlung.

Man muß die sogenannte Kostenmieten-»Bindung« reformieren: diese enthält nicht nur höchst fragwürdige Gewinngarantien, sondern wird auch ohne Ausverkauf bereits unterlaufen, z.B. durch die staatlich verordnete nachträgliche Zinsanhebung für öffentliche Baudarlehen. Darüber hinaus wird selbst die angebliche Zweckbindung der Gewinne, die ein gemeinnütziges Unternehmen aus Sozialmietwohnungen erzielt, längst unterlaufen durch die weite Ausdehnung des möglichen Geschäftskreises der Gemeinnützigen: sie dürfen nicht nur spekulative Bauprojekte im Eigentumssektor durchführen, sondern ihre Gewinne auch in Beteiligungen und Finanzanlagen stecken.

Hier kommt es darauf an, die alte gemeinwirtschaftliche Programmatik des Gewinnverzichts wiederzubeleben und *zeitgemäß zu präzisieren*, um Sozialwohnungen als preiswerten Wohnraum erhalten zu können. Geeignete Maßnahmen wären:

Der Verzicht gemeinnütziger Träger auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne (die bei älteren Sozialmietwohnungen beachtliche Größenordnungen erreichen). Für Neubauvorhaben braucht man dann eine reformierte, vom Kapitalmarkt abgekoppelte öffentliche Direktfinanzierung.

Der Verzicht staatlicher Institutionen auf nachträgliche Zinsanhebungen für öffentliche

Baudarlehen, und der Verzicht auf Gewinnausschüttung durch die in öffentlichem Eigentum befindlichen gemeinnützigen Unternehmen.

Eine Neubestimmung des Kostendeckungsprinzips im gemeinnützigen Sektor, die Abkehr von der herrschenden betriebswirtschaftlichen Praxis, Gewinne beliebig in Kosten umzudefinieren. Kostendeckende gemeinnützige Wohnungsbewirtschaftung soll sich an den *gebrauchsbezogenen Kosten* (Instandhaltung, Betrieb, Verwaltung, Abschreibung gemäß Abnutzung) orientieren, also statt Überschußerzielung Ausgabendeckung anstreben.

Die Durchsetzung solch weitgehender sozialer Bindungen setzt voraus, daß *neue gemeinnützige Trägerformen* geschaffen werden, die geeignet sind, zur Einhaltung tragbarer Mieten eine Wohnungsbewirtschaftung unter Gewinnverzicht vorzunehmen, die ihre Geschäftspolitik einer direkten öffentlichen Kontrolle zugänglich machen und ihren Mietern ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht einräumen. Darüber hinaus sollte den Bewohnern zugestanden werden, die Wohnungsverwaltung in genossenschaftsähnlichen Formen selbst in die Hand zu nehmen (Mieter-Verwaltungsgenossenschaften). Unter den vorhandenen gemeinnützigen Trägern sind vor allem die Kapitalgesellschaften nicht in der Lage, diese Kriterien zu erfüllen. Sie sind von ihrer Unternehmenskonstruktion und Geschäftspolitik auf kaufmännische Erfolgsmaßstäbe, Gewinnerzielung und Unternehmensexpansion ausgerichtet, wobei öffentliche Kontrolle und Mietermitbestimmung nur störend wirken. Das gilt — leider — auch für die öffentlichen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, bei denen seit Jahrzehnten eine weitreichende Privatisierung der Geschäftspolitik stattgefunden hat (man nennt dies auch »Organisationsprivatisierung« innerhalb des öffentlichen Sektors).

III.

Nachdem versucht wurde, übergreifend die Reformnotwendigkeiten zu skizzieren, die zur Erhaltung des preiswerten Sozialwohnungsbestands heute auf der Tagesordnung stehen, soll im Folgenden näher auf den »Fall Neue Heimat« eingegangen werden. Die Hintergründe sind weithin bekannt (Fehl Spekulation mit Vorratsgrundstücken und Eigentumsprojekten). Hier sollen eher Lösungsmöglichkeiten erörtert werden.

Als Ende letzten Jahres die Wellen der Empörung über die massenhaften Wohnungsverkäufe der Neuen Heimat besonders hoch schlugen und überall die Forderung nach einer Übernahme der bedrohten Sozialwohnungen durch die öffentliche Hand aufkam, haben in vielen Fällen selbst einige Politiker, die sonst ständig über die angeblich »leeren öffentlichen Kassen« klagen und dabei übersehen, daß in diesem Lande fortwährend eine Umverteilung verfügbarer öffentlicher Budgetmittel auf ökologisch und sozial fragwürdige Investitionsprojekte und Subventionen stattfindet, sich bereiterklärt, für eine Rettungsaktion zugunsten der Mieter Millionenbeträge aus öffentlichen Mitteln bereitzustellen. Dabei war die Übernahme der Wohnungen durch die öffentliche Hand zunächst nur als Übergangslösung gedacht — anschließend sollten die Wohnungen entweder einzeln an die Mieter, oder an Eigentümergenossenschaften mit entsprechender finanzieller Beteiligung der Mieter weiterverkauft werden, oder den vorhandenen städtischen oder landeseigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften übertragen werden. Nur in Einzelfällen sind Lösungsversuche bislang vorangekommen — in Hessen z.B. der Ankauf von Neue Heimat-Wohnungsbeständen durch das Land, in Nordrhein-Westfalen der Ankauf des regionalen Neue Heimat-Wohnungsbestands und seine Übertragung an eine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft.

Inzwischen wird vor allem über eine »Regionalisierung« der Neuen Heimat diskutiert. Darunter kann man dreierlei verstehen:

- a) die Beteiligung der öffentlichen Hand am Stammkapital von regionalen Neue Heimat-Gesellschaften;
- b) die vollständige Übernahme von regionalen Neue Heimat-Gesellschaften durch das betreffende Bundesland;
- c) den Erwerb des gesamten Wohnungsbestands von regionalen Neue Heimat-Gesellschaften durch das betreffende Bundesland.

Zu a): Das Eingreifen der öffentlichen Hand soll nicht in erster Linie zur finanziellen Sanierung der Neuen Heimat dienen, sondern vor allem die Mieter schützen und zugleich eine dauerhafte Sicherung und konkrete Verbesserung gemeinwirtschaftlicher Bindungen bringen. Dazu reicht die bloße öffentliche Beteiligung am Stammkapital von regionalisierten Neue Heimat-Gesellschaften *nicht* aus: Zwar könnte jede Finanzspritze für die Neue Heimat hilfreich sein, sie würde aus der Neuen Heimat aber bloß ein sogenanntes »gemischtwirtschaftliches« Unternehmen machen. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, daß gemischtwirtschaftliche Unternehmen faktisch keine wirksame öffentliche Kontrolle der Unternehmenspolitik bringen, daß sich vielmehr die Verwertungsinteressen der privaten Anteilseigner immer wieder durchsetzen.

Zu b): Bei der Übernahme ganzer Tochtergesellschaften der Neuen Heimat wird meist daran gedacht, durch das jeweilige Bundesland das Stammkapital der regionalen Neue Heimat-Gesellschaft »abzulösen«. Doch wird die Neue Heimat bestrebt sein durchzusetzen, daß nicht das Stammkapital, sondern das um ein Vielfaches größere Vermögen (v. a. in Form von Grundstücken und Gebäuden) der finanziellen Ablösung zugrundegelegt wird. Die Neue Heimat betrachtet ihre Vermögensbestände ungeachtet der umfangreichen öffentlichen Finanzierungsbeiträge als ihr rechtmäßig erworbenes Privateigentum. Zweitens müßten die Bundesländer zusammen mit den regionalen Gesellschaften auch die Schulden der Neuen Heimat mit übernehmen. Hier besteht die Gefahr, daß diese »Altlasten der Fehlspekulation« anschließend nach und nach auf die Mieter abgewälzt würden, obwohl die Sozialmietwohnungen mit dem durch Fehlspekulationen entstandenen Schuldenberg gar nichts zu tun haben.

Zu c): Die dritte »Regionalisierungsvariante« beinhaltet den öffentlichen Ankauf des gesamten Wohnungsbestands regionaler Neue Heimat-Tochtergesellschaften und ist von besonderem Interesse, da sie eine Gesamtlösung für die bedrohten Neue Heimat-Wohnungen auf regionaler Ebene ermöglichen soll, anstelle vieler aufeinanderfolgender Rettungsaktionen für einzelne verstreute Wohnsiedlungen. Die Befürworter dieser Lösung wollen die Wohnungen nach der öffentlichen Übernahme meist auf eine landeseigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft übertragen. Eine regionale Gesamtlösung wäre m.E. aber nur unter der Voraussetzung zu begrüßen, daß von den Finanzierungskonditionen her keine Mietsteigerungen vorprogrammiert werden, und daß die Wohnungen einem *reformierten* öffentlichen Träger unterstellt werden, der *erweiterte und verbesserte Bindungen* einführt.

Es fällt auf, daß sich alle dargestellten Lösungsvarianten zur Regionalisierung genau um diese konkreten Fragen herumdrücken. Für die Mieter sind das aber ganz elementar wichtige Fragen. Denn von der Trägerform, unter der die Sozialmietwohnungen künftig bewirtschaftet werden, und von den konkreten gemeinwirtschaftlichen Bindungen, die die Wohnungen dabei erhalten, wird entscheidend abhängen, was die Mieter künftig zahlen müssen.

Die konsensfähige und plausible Forderung, daß nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die Banken und die Gewerkschaften (als Eigentümer) sich an jeder Lösung finanziell beteiligen sollen (u.a. durch »Forderungsverzichte«), liegt hinsichtlich der genannten Frage reformierter Träger- und Bewirtschaftungsformen *auf einer ganz anderen Ebene*: die Forderung kann sich nur darauf beziehen, wie der *spekulationsbedingte* Schuldenberg der Neuen Heimat abzutragen sei. Zu *diesen* Schulden haben die davon bedrohten älteren Sozialmietwohnungen gar nichts beizutragen.

Realistisch betrachtet, werden die Regionalisierungsbestrebungen letztlich auf einen öffentlichen Ankauf des Wohnungsbestands der Neuen Heimat hinauslaufen.

Probleme bereitet dann der Preis der Wohnungen, die übernommen werden sollen. Niedrige Kaufpreise wären eine Voraussetzung, um langfristig niedrige Sozialmieten beibehalten zu können.

Bisher hat die Neue Heimat Sozialmietwohnungen zu einem Preisniveau verkauft, das mindestens dem Ertragswert freigegebener Mieten entspricht, in vielen Fällen auch dem gängigen Marktpreis für Miethäuser dieses Standards. Bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen ließen sich natürlich noch höhere Preise erzielen. Auf jeden Fall spekuliert die Neue Heimat bei ihren bisherigen Wohnungsverkäufen mit dem Wegfall der Kostenmietbindung, d.h. sie veranschlagt Preise, die sich nur auf Basis freigegebener Mieten errechnen können. Genau auf diese Art und Weise kommen die sogenannten »Wertsteigerungen« älterer Sozialmietwohnungen zustande, die jetzt von der Neuen Heimat zwecks Unternehmenssanierung faktisch realisiert werden sollen. Wenn die Käufer der Wohnungen dieses Preisniveau akzeptieren, sind sie gezwungen, über kurz oder lang ebenso hohe Mieten zu verlangen, wie sie in den Verkaufspreisen spekulativ zugrundegelegt sind.

Bisher veranschlagt die Neue Heimat also Spekulationspreise, die die öffentliche Hand im Interesse einer langfristigen Beibehaltung niedriger Sozialmieten und zwecks »sparsamer« Verwendung der benötigten öffentlichen Mittel nicht einfach akzeptieren sollte. Das Problem ist leider, daß der Gesetzgeber faktisch den Verkauf von Sozialmietwohnungen zu Spekulationspreisen rechtlich sanktioniert hat: Diese Preise können sich nämlich durchaus im Rahmen der sogenannten »Verkehrswerte« bewegen. Schaut man sich die Richtlinien und Verordnungen zur Verkehrswertermittlung genauer an, kann man feststellen, daß spekulative Wertsteigerungen automatisch auch den Verkehrswert bestimmen (mit Hilfe des marktorientiert ermittelten Vergleichswerts der Grundstücke), der so gesehen im Normalfall auf das marktübliche Preisniveau hinausläuft.

Für die Übernahme umwandlungsbedrohter Sozialmietwohnungen durch die öffentliche Hand sollte gegenüber der Neuen Heimat eine *weitergehende Kaufpreisbegrenzung* durchgesetzt werden: Gerechtfertigt wäre höchstens ein Preisniveau, das dem Ertragswert der *gebundenen* Miete (bzw. der gegebenen niedrigen Kostenmiete älterer Sozialwohnungen) entspricht. Legt man also die gegebene Miethöhe der älteren Sozialwohnungen zugrunde, an die ein gemeinnütziges Unternehmen bei der Vermietung ja »eigentlich« auf Dauer gebunden sein sollte, dann ergeben sich Kaufpreise, die mindestens um die Hälfte niedriger sind als die von der Neuen Heimat bisher veranschlagten Preise.

Das erstrangige Ziel einer öffentlichen Übernahme umwandlungsbedrohter Sozialmietwohnungen sollte sein, die Wohnungen unter Beibehaltung niedriger Mieten dauerhaft zu sichern. Aus der Sicht der Mieter erscheint ein Auffangkonzzept doch nur sinnvoll, wenn sie, die ohne eigenes Zutun von den gesetzlich sanktionierten Geschäftspraktiken der Neuen Heimat bedroht werden, keine zusätzlichen Belastungen tragen müssen.

Um Mietsteigerungen ausschließen zu können, werden zur *Finanzierung* des Erwerbs

zinslose Mittel benötigt. Daher sollte der öffentliche Ankauf nicht unüberlegt aus Kapitalmarktkrediten finanziert werden. Eine Kreditfinanzierung würde Mietsteigerungen vorprogrammieren, wenn (a) der Kaufpreis den Ertragswert der gegebenen Mieten übersteigt, oder (b) die erneute Zinskostenbelastung der älteren Sozialwohnungsbestände in den gegebenen Mieten keinen Raum mehr läßt für evtl. nötige erhöhte Instandhaltungsausgaben. Finanzierungsvorschläge zur Regionalisierungslösung übergehen diese Frage und vernachlässigen zudem die unsoziale Verteilungswirkung der Kreditfinanzierung, durch die ja Banken und Kapitalbesitzer wieder in die Lage gesetzt würden, an der Notlage der betroffenen Mieter zu verdienen.

Benötigt wird eine öffentliche Direktfinanzierung von Erwerbsmaßnahmen, d.h. ein »Interventionsfonds« aus Mitteln der öffentlichen Haushalte. Es wird allerdings kaum möglich sein, aus vorhandenen Budgetmitteln den *gesamten* Wohnungsbestand der Neuen Heimat *auf einen Schlag* anzukaufen. Aber ein relevanter Teil der Wohnungsbauförderungsmittel des Bundes, der Länder und Kommunen kann umgeschichtet werden in einen planmäßigen jährlichen Haushaltsposten für den Ankauf umwandlungsbedrohter Sozialmietwohnungen. Die öffentliche Übernahme des Wohnungsbestands der Neuen Heimat würde dadurch über einen längeren Zeitraum verteilt. Die längerfristig kontinuierliche Bereitstellung öffentlicher Interventionsmittel für Ankaufsaktionen wird ohnehin unumgänglich sein, da sich die drohende Bindungsfreigabe und Umwandlung von Sozialmietwohnungen über einen längeren Zeitraum hinweg fortsetzen wird.

Wenn man das Ziel verfolgt, den betroffenen Mietern ihre Sozialwohnungen zu gleichen Bedingungen wie bisher zu erhalten, muß weiterhin ausgeschlossen werden, daß im Anschluß an die öffentliche Übernahme eine fiskalische Entlastungsstrategie auf Kosten der Mieter einsetzt. D.h. die Mieter sollten anschließend auch von der öffentlichen Hand nicht unter Druck gesetzt werden, die Wohnungen individuell oder gemeinschaftlich zu kaufen. Die vielfach propagierte Neubildung von *Eigentümerge nossenschaften* durch die Bewohner, die dann gemeinschaftlich das Eigentum an den Wohnungen erwerben sollen, gilt bei vielen Politikern gerade wegen des genossenschaftlichen *Selbstfinanzungsbeitrags* als gern gesehene Entlastung. *Darin* liegt aber auch die Problematik: Alle diejenigen Mieter, die das für solche traditionellen Genossenschaftslösungen erforderliche Eigenkapital nicht aufbringen können, wären auch aus der genossenschaftlichen Demokratie und den genossenschaftlichen Verfügungsrechten ausgegrenzt. Eine Spaltung der Bewohnerschaft in Miteigentümer der Genossenschaft und normale Mieter ist dabei nicht auszuschließen.

Es reicht, wie gesagt, nicht aus, umwandlungsbedrohte Sozialwohnungen mit öffentlichen Mitteln zu erwerben, ohne gleichzeitig erweiterte und verbesserte soziale Bindungen durchzusetzen. Wenn gemeinnützige Unternehmen die *vorhandenen* Bindungen bereits unterlaufen, reicht eine Übernahme der Neuen Heimat-Sozialwohnungen durch andere, aber strukturell *gleichartige* gemeinnützige Unternehmen offenbar nicht aus: sie hätten ebenso wie die Neue Heimat die Möglichkeit, die Zweckbindung der Wohnungen durch Ausverkauf zu unterlaufen, und die Bindung an das Kostendeckungsprinzip faktisch durch nachträgliche Zinsanhebungen und vielerlei betriebswirtschaftliche »Tricks« zu unterlaufen.

An dieser Stelle ist zu betonen, daß auch Sozialwohnungen im Besitz der vielen landeseigenen und städtischen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften heute erweiterte und präziserte Bindungen erhalten müßten, und das bedeutet auch, die eingefahrenen Strukturen der öffentlichen Wohnungsbauträger zu reformieren. Negative Erfahrungen mit

diesen, seien es Liegenschaftsämter oder die verselbständigten öffentlichen Kapitalgesellschaften, unterstützen immer wieder den generellen Vorwurf eines »Staatsversagens«. Dabei wird übersehen, daß die vielfach kritisierten Erscheinungen einer zunehmend ertragsorientierten Behandlung des öffentlichen Wohnungsbesitzes konkret auf Trägerformen basieren, die in der Vergangenheit mit bewußter politischer Absicht geschaffen wurden. Das betriebswirtschaftliche Interesse, aus preiswerten älteren Sozialwohnungen immer höhere Mieten zu erzielen und »Wertsteigerungen« zu realisieren, ist in den derzeitigen Formen öffentlicher Trägerschaft fest verankert worden, damit sie »Erträge« vorweisen können. Wir brauchen daher neue öffentlich-gemeinwirtschaftliche Trägerformen, die dieser fatalen betriebswirtschaftlichen Interessenlage *nicht* unterworfen sind.

Für öffentlich angekaufte Sozialwohnungen der Neuen Heimat bietet sich die Überführung in ein *Kommunales Sondervermögen* an, das darüber hinaus auch ein Reformmodell für die vorhandenen öffentlichen gemeinnützigen Träger darstellen kann. Diese neue Form der Trägerschaft steht ganz im Unterschied zu den öffentlichen gemeinnützigen Kapitalgesellschaften unter direkter öffentlicher Kontrolle, und ihre Wirtschaftsführung muß nicht nach privatunternehmerischen Erfolgskriterien erfolgen.

Die Schaffung von Sondervermögen auf *kommunaler Ebene* bedeutet nicht, daß der Erwerb der dazugehörigen Sozialmietwohnungen allein von den Kommunen finanziert werden müßte. Selbstverständlich könnten/ müßten die Länder den größten Teil der benötigten Finanzmittel bereitstellen. *Kommunale* Sondervermögen bedeuten jedoch im Vergleich zur Landesebene eine Dezentralisierung der Trägerschaft und sind dadurch eher geeignet, die Wohnungsbewirtschaftung und -verwaltung den konkreten Bedingungen und Anforderungen der jeweiligen Örtlichkeit anzupassen. Eine noch weiterreichende Dezentralisierung bestimmter Verwaltungsaufgaben, z.B. durch Übertragung auf Mieter-Verwaltungsgenossenschaften in überschaubaren Wohnquartieren, ist damit natürlich nicht ausgeschlossen.

Die Trägerform des Sondervermögens ermöglicht die Festschreibung präzisierter gemeinwirtschaftlicher Bindungen in einer Satzung. Wie bei Stiftungen, die ebenfalls eine Art Sondervermögen darstellen, kann hier eine *dauerhafte Zweckbindung der Wohnungen* für die Versorgungsaufgaben des sozialen Mietwohnungsbestands gesichert werden, d.h. Ausschluß der Möglichkeit, die Wohnungen zwecks Realisierung von Wertsteigerungen zu verkaufen. Zur dauerhaften Zweckbindung des Sozialwohnungsbestands gehört auch seine dauerhafte Belegungsbindung nach öffentlich legitimierten Bedarfskriterien.

Ein kommunales Sondervermögen kann seinen Wohnungsbestand unter Gewinnverzicht bewirtschaften, d.h. Wohnungsvermietung nach dem Grundsatz der Ausgabenbedeckung (unter Verzicht auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne). Der ältere, bereits entschuldete Sozialwohnungsbestand würde damit eine Miethöhe erhalten, die die Bewirtschaftungskosten nicht übersteigt (»Bewirtschaftungskosten-Miet«). Auf dieser Basis, d.h. bei vollständigem Gewinnverzicht des öffentlichen Trägers, kann man eine bestandsbezogene Durchschnittsmiete bilden (sog. »Mietenpooling«), die wesentlich niedriger liegt als die von den Gemeinnützigen propagierte »Unternehmensmiete«. So käme man zu einer *dauerhaften Sicherung niedriger Mieten* des Sozialwohnungsbestands.

Die Trägerform des kommunalen Sondervermögens kann eine *dauerhafte Zweckbindung der Mieteinnahmen* für die Bewirtschaftung des zugehörigen Wohnungsbestands gewährleisten: Ein Sondervermögen ist aus dem normalen Verwaltungsapparat *ausgegliedert* und schafft einen geschlossenen, für die ordentliche Wohnungsbewirtschaftung zweckgebundenen Finanzkreislauf, aus dem es keinerlei unkontrollierte Abflüsse gibt. Bei den

vorhandenen gemeinnützigen Kapitalgesellschaften ist es hingegen legal und üblich geworden, aus der Vermietung von Sozialwohnungen nicht nur langfristig beträchtliche Gewinne zu erzielen, sondern diese Gewinne auch in den spekulativen Bau von Eigentumswohnungen oder in Finanzanlagen zu investieren. Die von den Gemeinnützigen seit langem propagierte »Gewinnerzielung zwecks gemeinnütziger Gewinnverwendung« ist insofern längst durchbrochen. Auch bei den von städtischen Liegenschaftsämtern direkt innerhalb des Verwaltungsapparats bewirtschafteten Wohnungen ist die Zweckbindung der Mietentnahmen für Bewirtschaftungsaufgaben nicht gesichert.

Die Trägerform eines kommunalen Sondervermögens würde eine *direkte öffentliche Kontrolle* der Unternehmensentscheidungen einführen. Dazu gehört nicht nur eine direkte Beteiligung des Kommunalparlaments. Vielmehr wäre auch eine *weitergehende Demokratisierung* realisierbar und wünschenswert:

Zum einen kann in den Leitungsgremien des Sondervermögens eine entscheidungsrelevante Beteiligung von Bewohnervertretern und Mieterorganisationen eingeführt werden, d.h. eine *qualifizierte Mietermitbestimmung*. Sie wäre durch die konkrete sozialpolitische Zweckbestimmung des Sondervermögens gerechtfertigt, für die unmittelbare Kontrolle einer ordentlichen Wohnungsbewirtschaftung von Vorteil und organisatorisch dadurch erleichtert, daß das Sondervermögen aus dem normalen Verwaltungsapparat ausgegliedert ist.

Zum anderen können unter dieser Form öffentlicher Trägerschaft zusätzlich Selbstverwaltungsmodelle gefördert werden: Nach dem praktischen Vorbild der »management cooperatives« im englischen Kommunalen Wohnungsbau können von den Bewohnern selbst (!) initiierte *Mieter-Verwaltungsgenossenschaften* überschaubare Einheiten des Sozialwohnungsbestands »selbstverwalten« und instandhalten. Worauf es ankommt ist, daß dies auf Basis einer kostendeckenden finanziellen Vergütung von Seiten des Sondervermögens erfolgt. Mieterselbstverwaltung soll eben nicht für öffentliche Sparprogramme funktionalisiert werden. Die Mieter benötigen für dieses Selbstverwaltungsmodell keinerlei Eigenkapital (wie beim Erwerb von Sozialwohnungen durch Eigentümergenossenschaften), sondern sie übernehmen die von ihren Mieten bereits abgedeckten Bewirtschaftungsausgaben in ihre Selbstverwaltung. Der öffentliche Träger behält dabei natürlich Kontrollrechte hinsichtlich Belegung und Abrechnungen.

Es handelt sich hier um ein *Verbundmodell* von kommunaler Trägerschaft und genossenschaftlicher Mieterselbstverwaltung. Seine Realisierung würde nicht nur im »Fall Neue Heimat« weiterhelfen, sondern könnte auch eine Perspektive für den künftigen gemeinnützigen Wohnungsbau eröffnen.

Roland Kunkel

Gewerkschaftsarbeit mit Jugendlichen

Ein kulturpolitischer Ansatz

Tu sagte: Wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz, wenn man nach Genuß strebt, wie soll man da kämpfen? Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?
(B. Brecht: Me Ti — Tu will kämpfen lernen und lernt sitzen)

I.

»Natürlich« sind Gewerkschaften und besonders die Gewerkschaftsjugend in den letzten Jahren politischer geworden; sie sind gezwungen, sich mit einer Politik des Staates auseinanderzusetzen, die schwere Nachteile für die Arbeitnehmer bringt. *Franz Steinkühler*, der neugewählte erste Vorsitzende der IG Metall, sprach das in seinem Grundsatzreferat auf dem 15. Gewerkschaftstag deutlich aus: »Der konservative Block ist von einer Politik des Klassenkompromisses zu einer Politik der Klassenkonfrontation übergegangen.«

Gerade die IG Metall Jugend hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um Interessen jugendlicher Arbeitnehmer gegenüber der Regierung zu vertreten. Erinnert sei an die Friedensaktionen gegen die Nachrüstung, die Kämpfe gegen Verschlechterungen des Jugendarbeitsschutzes, für eine Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung und vieles mehr.

Es sind vor allem zwei Probleme, die einer weiteren — dringend notwendigen — *Politisierung der Gewerkschafts(jugend)arbeit* entgegenstehen: die zunehmende Konkurrenz unter den Jugendlichen und Schwierigkeiten der Motivation von Funktionären. Der Aufriß dieser beiden Probleme und der Lösungsversuch durch die Entwicklung einer solidarischen Kultur der Arbeit sind deshalb Gegenstand dieses Beitrags.

II.

1. Die Konkurrenz der Jugendlichen um knappe Ausbildungs- und Arbeitsplätze einerseits und die zunehmende Individualisierung (im Sinne von wählen können zwischen verschiedenen Lebensstilen) andererseits haben zu einer Ausdifferenzierung der Lebensvorstellungen, Haltungen und Werte geführt. Wir haben es in den Betrieben mit sehr verschiedenen Kulturen zu tun, die teilweise völlig konträr zueinander stehen. Da arbeitet ein aufstiegsorientierter Elektroniker, Mitglied der Jungen Union, neben einem technikbegeisterter Punker, der sein Lebensgefühl im Betrieb verheimlichen muß. Der spontane Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen diesen Kulturen ist sehr klein, da sie ihre Identität vorwiegend aus wechselseitiger Abgrenzung beziehen.

Zusätzliche Stabilität gewinnen diese Kulturen durch ihre Verknüpfung mit der innerbetrieblichen Hackordnung von Leistungsstarken, die zu den Rationalisierungsgewinnern gehören können, und Leistungsschwachen, die verachtet werden. Die durchaus auch von »Schwächeren« verinnerlichteten Selektionsmechanismen sichern die Hackordnung gegenüber dem Gerechtigkeitsempfinden ab und geben dem Unterlegenen das Gefühl, selbst schuld zu sein.

Der Zersetzung von Kollegialität durch voll ausgelebte Konkurrenz gilt es also eine

Kultur entgegenzusetzen, die Solidarität erfahrbar werden läßt. Ohne täglich erlebte Solidarität auf Basis der Kooperation im Arbeitsprozeß und des Zusammenlebens im Betrieb prallt der Aufruf zur Solidarität an der Lebensrealität als hohler Spruch ab.

2. Diese Erfahrung machen viele unserer Jugendfunktionäre, die mit Engagement ihre Arbeit aufnehmen und oft an der Zerstrittenheit der Jugendlichen scheitern: Wir können uns einfach nicht einigen.

Nun kosten auch die großen politischen Auseinandersetzungen viel Kraft, und Funktionäre heißen nicht deshalb so, weil sie in allen Lebenslagen funktionieren. Sie wurden gewählt, und sie versuchen, diese Funktion wahrzunehmen. Dabei kommen einzelne durchaus auf zusätzliche 38,5 Stunden Arbeitszeit pro Woche. Ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit ist schwer zu vereinbaren mit einer stürmischen Liebschaft, mit Kindern, einem aufwendigen Hobby oder mit Wünschen nach Weiterbildung.

Viele ziehen es daher vor, sich solchem Streß, den Gefühlen der Vergeblichkeit und des im-Stich-gelassen-werdens, der Entfremdung von Freunden gar nicht erst auszusetzen. Fast alle Funktionäre kennen den Moment, wo man müde wird, aufhören und alles hinschmeißen will. Meine Frage ist, wie entwickelt und reproduziert sich die Motivation zum politischen und gewerkschaftlichen Handeln? Wie können Formen des Kampfes aussehen, in denen die persönlichen, beruflichen und politischen Interessen und Bedürfnisse sich nicht gegenseitig ausschließen?

III.

Ich versuche, beide Problemstellungen in der Perspektive einer zu entwickelnden Kultur der Arbeit zu lösen. Eine erst noch zu entwickelnde ist sie deshalb, weil wir aus den bisherigen Kulturen im Betrieb zwar Elemente übernehmen können, aber sie neu gruppieren, verändern und miteinander zur Synthese bringen müssen. Das ist angesichts der ständigen Produktion von Konkurrenz und Frustration nur als Prozeß denkbar.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß politische Kampagnen nur dann eine Chance auf *Akzeptanz* und *Engagement* haben,

- wenn die Ziele von der alltäglichen Erfahrung her nachvollzogen und von den unterschiedlichen Interessen der Arbeitnehmergruppen geteilt werden können,
- wenn die Inhalte spürbare Verbesserungen im Alltag realistisch in Aussicht stellen,
- und wenn die Kampfformen dem entsprechen, was sich die Betroffenen bei allem Mut selbst zutrauen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen fragen da ganz einfach: Was habe ich denn davon? Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß politische Kampagnen eine enorme Durchschlagskraft entwickeln, wenn sie an der Unzufriedenheit in der eigenen Lebensweise anknüpfen und Formen anbieten, in denen Veränderungen tatsächlich gelebt werden können. Bei den Aktionen zur Veränderung des § 116 AFG haben z.B. viele mitgemacht, die es einfach satt haben, im Betrieb herumgeschubst zu werden.

Über den wichtigen Zusammenhang zwischen der Einnahme neuer Haltungen und der Änderung von Lebensweisen heißt es bei *Bertolt Brecht* sehr prägnant:

»Wenn wir Vorurteile bekämpfen, müssen wir im Auge behalten, daß sie kaum jemals einzeln auftreten. Sie hängen immer mit anderen zusammen, darunter solchen, die unter Umständen zäher und für ihre Inhaber lebenswichtiger sind als die von uns bekämpften. Wir merken oft, daß unser Mann ein Vorurteil nicht aufgibt, obwohl er unseren Argumenten keine Argumente mehr entgegenhalten kann, nicht einmal das (für gewöhnlich äußerst ungern benutzte): er braucht die betreffende Ansicht, um so existieren zu können, wie er existiert. Gehen ihm die

Argumente aus, so nimmt er an, sie fehlen nur ihm selber, nicht aber sie fehlten überhaupt. Von der Erkenntnis aber, er sei ein schlechter Argumentator bis zur Verachtung des Argumentierens ist der Schritt klein.

Wenn er meint, er brauche dies oder das, um existieren zu können, meint er: um so existieren zu können, wie er existiert, eine andere Art kann er sich natürlich nicht vorstellen.

Wenn wir mit ihm sprechen, müssen wir das immer im Auge behalten, daß wir außer der Art, wie er existiert, noch eine andere Art zu existieren für ihn bereithalten, sonst muß er befürchten, uns läge mehr an unseren Argumenten als an seiner Existenz.« (B. Brecht: Über die beste Art, die Menschen von ihren Klassenvorurteilen zu befreien)

IV.

Bevor ich nun versuche darzustellen, wie das in der gewerkschaftlichen Praxis aussehen kann, muß ich doch den Kulturbegriff präziser fassen. Für diese Überlegungen eignet sich der Kulturbegriff von *Wolfgang Fritz Haug* am besten, er sei kurz referiert. Das Individuum muß sich, um zu überleben, ständig körperlich, geistig und emotional reproduzieren. Dies ist nur gesellschaftlich möglich, wir müssen also bestimmte Verhältnisse zu anderen Menschen und zur Natur eingehen. Haug fragt nun nach der Form, in der diese Verhältnisse eingegangen werden, und bezeichnet als *kulturell*

»die Dimension der Ausbildung und des einverständigen Lebens von Gruppenidentität, Lebensformen, (in der) Individuen, Gruppen oder Klassen das praktizieren, was ihnen lebenswert erscheint, und worin sie sich selber als Sinn und Zweck ihrer Lebenstätigkeit fassen« (Haug 1979a, 184). Und: »Noch etwas anders ausgedrückt, erfaßt der Begriff des Kulturellen die Umsetzung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen in erfüllte Lebensweise.« (ders. 1979b, 11)

Dieser Vergesellschaftung in Selbstbestimmung setzt er den Begriff des Ideologischen entgegen, der den »Wirkungszusammenhang ideeller Vergesellschaftung von oben« faßt (Haug 1979a, 191). Für unsere Fragestellung ist das entscheidende, daß beides im betrieblichen Alltag in einer Person nebeneinandersteht: Kulturelle neben ideologischer Praxis im Arbeitsprozeß, in der Pause, als Vorgesetzter ...

Wie wichtig Unternehmer die kulturellen und ideologischen Prozesse im Betrieb einschätzen, zeigt die Konjunktur des Begriffes »Organisationskultur« in der Managementliteratur seit Anfang der 80er Jahre:

»Eine Organisationskultur läßt sich als Summe aller Werte verstehen, die von den Mitgliedern einer Organisation als wahr und richtungweisend angesehen werden. Organisationskulturen sind gewissermaßen der Leim, der Organisationen zusammenhält. Im Detail können Organisationskulturen folgende Funktionen erfüllen:

- Organisationskulturen helfen allen Mitgliedern, Verhaltensweisen auszuwählen und zu interpretieren. Die Kenntnis dominierender Werte verdeutlicht, welches Verhalten erwünscht oder unerwünscht ist.
- Kulturen können die Emotionen von Organisationsmitgliedern beeinflussen, indem sie Interesse, Freude und Zugehörigkeitsgefühle hervorrufen. Sie festigen so die Bindung an Organisationen.
- Organisationskulturen sind informale Kontrollmechanismen von Mitarbeiterverhalten, die formale Kontrollmethoden, wie zum Beispiel Pläne oder Organisationsstrukturen ergänzen. Die von Mitarbeitern verinnerlichten Werte steuern Verhalten auch dann, wenn keine schriftlich niedergelegten Handlungsanweisungen existieren, rasche Entscheidungen aber dennoch notwendig sind.
- Ausgeprägte Organisationskulturen können die allgemeine Leistungsfähigkeit von Organisationen fördern, so daß daraus höhere Produktivitäts- und Gewinnraten resultieren.« (Wirtschaftswoche Nr. 17 vom 18.4.86, 125)

Dieses Zitat macht deutlich, daß die Zersetzung von gewerkschaftlich-kollegialen Milieus und die Einsetzung von Konkurrenz als Grundwert durchaus politische Absicht ist. Der Versuch des Wertemanagements hat ideologische Effekte zum Ziel.

V.

Zurück zur ursprünglichen Fragestellung, wie sich eine Kultur der Arbeit entwickeln läßt, die unterschiedliche, teilweise einander ausschließende Kulturen in sich vereinigt und die Selbstbewußtsein, Sinn und Motivation produziert. Die Richtung der Antwort sei im folgenden exemplarisch skizziert. *Franz Steinkühler* benannte in seinem Grundsatzreferat als zentralen Widerspruch konservativer Ideologie, daß sie »einer Mehrheit vorgaukelt, was mit ihrer Politik nur für eine Minderheit eingelöst werden kann«. Der gewerkschaftliche, solidarische Weg dagegen kann tatsächlich die Interessen möglichst vieler (je nach Durchsetzungskraft) sichern. Wenn es nun gelingt, die Anteile an Werten, Einschätzungen und Verhaltensweisen, die der Erreichung des solidarischen Zieles im Weg stehen, als selbstgesetzte Hindernisse zu identifizieren, entsteht die Möglichkeit der Veränderung.

Beispiel:

In einer Gruppe von Auszubildenden eines Großbetriebes werden massiv ausländerfeindliche Forderungen vertreten. Alle sind Mitglied der IG Metall, die Gruppe wählt mehrheitlich CDU, einige noch weiter rechts, zwei, drei Abweichler dringen mit ihrer Position nicht durch. Ich stehe mit den Positionen der IG Metall alleine. Die Jugendlichen sind stinksauer, daß die Gewerkschaft solchen »Schwachsinn« wie Wahlrecht für Ausländer fordern kann; wenn sie das vorher gewußt hätten, wären sie nicht eingetreten. — Die Positionen stehen sich so unversöhnlich gegenüber (ich bin froh, daß sie mir überhaupt zuhören), daß ich eine Denkpause vorschlage.

Nach der Pause schlage ich einen Themenwechsel vor. Wenn ich schon mal da bin, will ich ein Meinungsbild zur 35-Stunden-Woche. Schließlich bin ich ihr zuständiger Sekretär und werde von ihren Beiträgen bezahlt. Die Diskussion beginnt zögernd, das Argument Arbeitszeitverkürzung auch für Auszubildende aus Gründen der Gleichbehandlung wird akzeptiert. Auf eine Frage erkläre ich die Ziele der Arbeitgeber, die in dieser Tarifrunde die Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen wollen und dafür auch die Kolleginnen und Kollegen mit einiger Gewißheit massenhaft kalt aussperren werden. — Betroffenes Schweigen. — Ich frage, ob wir trotz des Risikos der Aussperrung unsere Forderungen stellen sollen und auch dafür streiken. Eine lebhaftere Debatte entbrennt in der Gruppe darüber, ob wir uns ein Zurückweichen vor Arbeitgeberdrohungen überhaupt erlauben können. Einhellige engagiert vorgetragene Gruppenmeinung: Nein. Alle wollen mithelfen in dieser Tarifrunde. Wir sind uns einig, daß nur ein großer solidarischer Kraftakt uns solche Auseinandersetzungen bestehen läßt.

Am Ende frage ich nach der Solidarität mit ausländischen Kollegen: Können wir uns denn leisten, daß die arbeiten gehen, wenn wir streiken?

Wie weit diese Irritation anhält, weiß ich nicht. Immerhin bleiben Betriebsrat und Jugendvertretung am Ball, Verabredungen sind getroffen.

Wenn wir Kulturen mit ihren Widersprüchen konfrontieren können (in einer Atmosphäre, wo das nicht abgewehrt werden muß), gewinnen wir eine Chance, daß Kulturen füreinander fruchtbar werden und Lernprozesse einsetzen. Das wirksamste Mittel zur Integration von Kulturen ist der Einigungsprozeß beim Verfolgen gemeinsamer Ziele.

Wesentlich dabei ist die Haltung, in der ich als Funktionär den Jugendlichen gegenüber trete. Jugendliche haben ein sehr feines Gespür dafür, ob es jemand ehrlich mit ihnen meint, ob sie ernstgenommen und ihre Argumente und Erfahrungen akzeptiert werden. Sobald sie sich als Objekte von Agitation fühlen, Überheblichkeit bemerken, ist Kommunikation und damit Lernen kaum noch möglich.

Ernstnehmen heißt im nächsten Schritt vor allem, Gefühle ernst zu nehmen. Das ständige Leugnen-müssen von Gefühlen, die nicht zum Ausdruck kommen dürfen, macht erst die Starrheit vieler Kulturen aus. Die meisten können eben nicht cool auf den Anschluß eines Vorgesetzten reagieren und können ihre Zukunftsangst nicht durch lockere Sprüche abtun. Angst hemmt entscheidend das Lernvermögen. Wer Jugendliche ernst nimmt, gibt ihnen die Chance, Selbstbewußtsein zu entwickeln, Gefühle zum Ausdruck zu bringen und oft das erste Mal im größeren Kreis darüber zu reden, wie es ihm/ihr wirklich geht. Der Ort, wo das gelingt, ist »Heimat«. Die Friedensbewegung war dabei beispielhaft, wie durch das Eingeständnis von Angst Energien freigesetzt werden, die politisches Handeln bewirken und so wieder Angst mindern können.

Intensiv spürbar werden solche Prozesse aber erst richtig in materialisierter Form durch die verschiedensten Aneignungs-, Verarbeitungs- und Veröffentlichungsformen unserer Kulturarbeit. Ob Jugendliche einen Roboter bauen und ihn mit einer Steuerung zum Einsatz an Infoständen ausrüsten, ob sie Materialien für eine Aktion entwickeln, eine Zeitung machen oder ein Sportturnier organisieren — hier erleben sie sich als kreativ, lernfähig und produktiv. Sie arbeiten selbständig, holen sich Rat ein, machen Fehler und korrigieren sich. Sie entwickeln Selbstbewußtsein, vertreten ihre Einstellung vor dem Ausbildungsleiter und spüren (jedenfalls überwiegend), daß sie sich aufeinander verlassen können.

Sie entwickeln eine Gruppenidentität, wenn sie Plakate und Transparente malen, die ihr Lebensgefühl zum Ausdruck bringen. Hier kann auch der Widerspruch zwischen persönlicher, beruflicher und politischer Entwicklung aufgehoben werden.

An einer attraktiven Jugendarbeit beteiligen sich mehr Aktive, der einzelne wird entlastet und kann sich auch mal ausruhen. Warum sollen aber nicht auch Freunde / Freundinnen mit zur Jugendgruppe kommen? Warum kann ein Hobby nicht im Rahmen von Gewerkschaftsarbeit ausgeübt werden? Wer sagt, daß Kinder und Rentner nicht ihren Platz bei unseren Veranstaltungen haben können?

VI.

Woody Guthrie, der Pionier der amerikanischen Folk-Bewegung, sagte einmal über seine Lieder:

»Ich hasse eine Lied, das dich denken läßt, du seist nichts nütze. Ich hasse ein Lied, das dich denken läßt, du seist zum Verlierer geboren. Für niemand nütze. Für nichts nütze. Ich bin darauf aus, Lieder zu singen, die dir beweisen sollen, daß dies deine Welt ist, und wenn sie dich ein dutzendmal aus den Latschen geschlagen hat, egal wie stark sie dich umgefahren und überrollt hat, egal welche Hautfarbe du hast, wie groß du bist, wie du gebaut bist, ich bin darauf aus, Lieder zu singen, die dich stolz auf dich und deine Arbeit machen.«

Wenn wir statt »Lied singen« »Gewerkschaftsarbeit machen« einsetzen und das in der Praxis einlösen, haben wir ein starkes Stück Kultur der Arbeit geschaffen. Und das sollte den Kampf nicht lohnen?

Literaturverzeichnis

- Haug, Wolfgang Fritz, 1979a: Umrisse einer Theorie des Ideologischen. In: Projekt Ideologietheorie (PIT): Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband 40, Berlin/West
ders., 1979b: Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. In: Haug/Maase (Hrsg.): Materialistische Kulturtheorie. Argument-Sonderband 47, Berlin/West

Bericht

Britta Ernst und Gerwin Möller

Antonio Labriola — Vordenker des historischen Materialismus

Internationales Symposium, 11. bis 13. September 1986, Universität Bremen

»Ich bin nicht der Paladin von Marx. Ich akzeptiere jede Kritik, bin ich doch selbst in allem, was ich sage und schreibe, ein Kritiker; ich stehe voll und ganz zu dem Ausspruch: Verstehen heißt überwinden, aber ich muß doch hinzufügen: Überwinden heißt, verstanden zu haben.«

Als *Detlev Albers* 1983 in seinem Beitrag »Den Marxismus historisch denken« für den kontrovers diskutierten Argument-Sonderband 100 »Aktualisierung Marx« dieses Zitat eines gewissen Antonio Labriola aufgriff, um jenen Gedanken, wie überhaupt das Werk dieses italienischen Theoretikers in unsere aktuelle Diskussion einzuführen, haben viele über das Ansinnen, uns die Rezeption Labriolas zu verordnen, gestöhnt oder es gar belächelt, waren doch die Beschäftigung mit Gramsci und Bauer noch gar nicht verdaut und auch noch umstritten (vgl. Uli Schöler, »Otto Bauer — nein danke?«, Bremen 1984, und die Diskussion in dieser Zeitschrift). Den Beweis für die Notwendigkeit des Studiums der Schriften Labriolas lieferte nun im September 1986 ein Internationales Symposium, das mit Unterstützung des Kulturforums der SPD an der Universität Bremen stattfand.

»Interessierte Vergeßlichkeit« und Rezeptionsansätze

Das Nichtwissen über Antonio Labriola (1843-1904) nannte *Hans-Josef Steinberg* (Bremen) »eine interessierte Vergeßlichkeit hinsichtlich eines bedeutenden Denkers«, dessen oben zitierter Satz eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus in der SPD darstellte. Durch seine Hervorhebungen, »daß der Marxismus keine einfach Sache sei, aber auch nicht entrückt im Himmel einer zweifelhaften Wissenschaftlichkeit existiere« (Steinberg), verdarb es sich der italienische Denker jedoch mit allen Seiten. Gleichzeitig war Labriola von einer unendlichen Hochschätzung der deutschen Sozialdemokratie eingenommen. Steinberg zitierte aus einem Brief vom März 1890 an Wilhelm Liebknecht: »Ich hoffe, daß die italienischen Demokraten nach und nach einsehen werden, was die deutsche Socialdemokratie bedeute«, und eine Äußerung gegenüber Eduard Bernstein: »... ich habe immer diese Marotte, mich mit der deutschen Socialdemokratie zu identifizieren ...« (1896).

Aber eben diese deutsche Sozialdemokratie hat Labriola zu Lebzeiten kaum beachtet und bis auf einen Nachruf in der »Neuen Zeit« zum Tode des italienischen Freundes wird er seitdem fast gänzlich ignoriert. Bemerkungen über Labriola sind nur spärlich zu finden, sein Name wurde teilweise falsch überliefert (so wurde aus Antonio z.B. Arturo), seine Briefe sind größtenteils verschollen. Ausnahmen stellt zum einen die Übersetzung der Schrift »Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes« (1898) durch Franz Mehring im Jahre 1909 dar, zu nennen wäre auch noch ein Artikel von Rosa Luxemburg von Mai 1899, »Antonio Labriola über Bernstein« in der Leipziger Volkszeitung, in dem sie die Chance sah, »die Einschätzung des italienischen Marxisten den deutschen Genossen zugänglich zu machen« (Steinberg), hatte dieser doch in einem Aufsatz die Argumente Luxemburgs in der Auseinandersetzung mit Bernstein positiv eingeschätzt.

Von größter Wichtigkeit für den theoretischen Werdegang des Sozialisten Labriola, so *Sven Eric Liedman* (Göteborg), war sein Kontakt mit Friedrich Engels. Die Korrespondenz zwischen den beiden dauerte von 1890 bis 1895. Engels sah in Labriola einen »strikten Marxisten«, und Liedmann nannte diese Äußerung insofern bemerkenswert, »als es wahrscheinlich zum erstenmal war, daß Engels die Bezeichnung Marxist ohne Gänsefüßchen und ohne Ironie für eine Einzelperson benutzte«. Die Übereinstimmung dieser beiden Sozialisten versuchte Liedman anhand ihrer Auffassungen über den *historischen Materialismus* zu belegen. Hier sah sich Labriola zu einem großen Teil als Schüler von Engels, der wiederum beeindruckt war von den außerordentlichen Kenntnissen des Italieners über die deutsche philosophische Tradition, und Labriola selbst mit großem Respekt gegenübertrat. Aus diesem Dialog mit Engels heraus schrieb Labriola seine Schrift »Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes« und setzte die Forschung über den historischen Materialismus fort. Ihre Ergebnisse, zusammengefaßt in seinen berühmten drei »Essays«, bilden bis heute den Kern seiner Aktualität für das sozialistische Denken der Gegenwart.

Als einen »Mann der aktiven parteilichen Stellungnahme, ohne jedoch feste Bindungen an eine Partei gehabt zu haben«, beschreibt *Franco Sbarberi* (Turin) den Autor der »Essays« über den historischen Materialismus. Er war damit »ein sehr außergewöhnlicher Intellektueller in der zeitgenössischen Konstellation des Marxismus für den Zeitraum der II. und III. Internationalen«. *Hans-Jörg Sandkühler* (Bremen) beschreibt in seinem Vergleich zwischen Labriola und Plechanov die Aufgabe dieser beiden wissenschaftlichen Sozialisten der »Zweiten Generation« in ihren Ländern: Sie hatten »ein bereits geschichtlich gewordenes Werk zu rekonstruieren und aus ihren sprachlichen, wissenschaftlichen Kulturen heraus zu übersetzen«.

Die Anschauung Labriolas über den kritischen Kommunismus »verbindet sich bedeutungsvoll mit einer dynamischen Auffassung des Marxismus«, stellte *Giuseppe Cacciatore* (Neapel) fest. Er hob hervor, daß es Labriola gelungen sei, »die Marxsche Theorie von jenen Aspekten zu befreien, die immer wieder metaphysisch-deteministische Formen des Reduktionismus erzeugt haben, so daß sie die Marxsche Theorie der revisionistischen Kritik aussetzen mußten«. Es sei diese kritische und undogmatische Auffassung des Marxismus, welche einen Leitfaden der Charakterisierung des italienischen Sozialismus von Labriola zu Gramsci und über Gramsci hinaus erkennen lasse. Die Linie, die von Labriola über Gramsci zur marxistischen Diskussion der Gegenwart führe, so Cacciatore, sei die Tradition, welche Theorie und Praxis des Sozialismus mit den Problemen einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation verknüpft, die auf das Schema von der Partei als einzigem Subjekt der Veränderung verzichtet, und sich hingegen auf einen Begriff von Hegemonie bezieht, den Gramsci in bezug auf Labriola folgendermaßen ausgedrückt hat: Ihre Aufgabe sei es, »dem weltlichen, traditionellen Humanismus eine moderne und aktuelle Form zu geben, die die ethische Basis für einen neuen Staatstyp bilden muß«.

In Frankreich wurden die Schriften Labriolas relativ frühzeitig übersetzt. Labriola stand in engem Briefkontakt zu Georges Sorel, und so entfaltete sich sein Denken in Frankreich im Dialog mit einem der seinerzeit einflußreichsten französischen Theoretiker (*Shlomo Sand*, Tel-Aviv). Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung um das Jahr 1890 kam es hier zum Eingang der sozialistischen Theorie in die Welt der Intellektuellen. Sand maß der Beschäftigung mit dem Werk Labriolas in Frankreich die Bedeutung bei, daß sie die marxistische Theorie erstmals auf ihre elementarsten Begriffe zurückgeführt und verständlich gemacht habe.

Von einem Einfluß auf das sozialistische Denken im Polen des ausgehenden 19. Jahrhunderts sprach *Radilawa Gortat* (Warschau). Sie zeigte vor allem Parallelen in der Interpretation des historischen Materialismus auf. Von besonderem Interesse schien uns aber ihr Hinweis auf eine »gewisse Renaissance von Antonio Labriola« auf dem Publikationsmarkt im Polen der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts. Diese polnische Wiederentdeckung ging einher mit der »Woge der Säuberung der Gesellschaftswissenschaften von den dogmatischen Deformationen der Stalinzeit« (Gortat).

Über die Aktualität Labriolas

Ein Leitmotiv für die Arbeit Labriolas war es, den von Marx und Engels geprägten Sozialismus nach Italien und Frankreich »hineinzuübersetzen«. So formulierte er:

»Was ist das 'Kapital' anderes als die Kritik jener Ökonomie, die als praktische Revolution nur in England bis etwa 1860 herangereift war und in Deutschland gerade eben erst begann? Was ist das 'Kommunistische Manifest' anderes als die Krönung und Explizierung des latenten oder offenkundigen Sozialismus in den Arbeiterbewegungen Frankreichs und Englands?«

Detlev Albers (Bremen) bewertete dieses Leitmotiv Labriolas als eine Freilegungsarbeit, die natürlich auch auf die Gegenwart und die Entwicklung des Marxismus hier wie in sämtlichen anderen Ländern zu beziehen sei. Wir ständen heute noch viel stärker vor der Aufgabe, die marxistische Theorie in den Zusammenhang von Kultur, Sprache und Nationalcharakter vieler Länder zu übertragen. Hier könnten wir an das von Labriola vorgedachte Verständnis von der geschichtlichen Bedingtheit, Offenheit und Entwicklungsbedürftigkeit dieses Gedankenguts anknüpfen.

Albers griff einen Brief Labriolas an Sorel auf, um dessen Ansicht über das Offene und Unfertige der Einsichten des historischen Materialismus zu belegen: »Es besteht kein Grund, große Augen zu machen, wenn der historische Materialismus über seine allgemeinste Formulierung noch nicht wesentlich hinausgekommen ist.« Albers führte aus, daß beides, »das Beharren auf dem Unfertigen, Am-Anfang-stehen der materialistischen Geschichtsauffassung, noch jenseits der Arbeiten von Marx und Engels, und seine vielfach abgewandelte Warnung vor Dogmatisierungsgefahren«, Labriola jedoch nie zu relativistischen Positionen gelangen ließ. Sein Herausarbeiten der Grundgedanken des historischen Materialismus, die Anerkennung verschiedener Marxismen, die sich national unterschieden, versetze ein solches Marxismusverständnis in die Lage, die im weltweiten Befreiungskampf notwendige Kompatibilität der sozialistischen Theorie mit anderen Weltanschauungen herzustellen.

Für die globalen Herausforderungen der Gegenwart gelte es, Konzeptionen wie »nukleare Sicherheitspartnerschaft« zwischen den Militärblöcken, »ökologischer Umbau der Industriegesellschaft«, »revolutionäre Sparpolitik« in der »Ersten« zugunsten der »Dritten Welt«, aber auch die Projekte des »feministischen Sozialismus«, die jeweils aus den Anforderungen der politischen Praxis entstandenen Teilansichten dieses Sachverhalts bezeichneten, zusammenzuführen. In einer Situation, in der »auf einer hundertfach zu klein werdenden Erde das gemeinsame, allen Klassenunterschieden vorgelagerte Überlebensinteresse der Gattung, der Menschheit« in den Vordergrund der Politik getreten sei, werde der Sozialismus, will er handlungsanleitend bleiben, vor mehr als nur vor einer Wandlung, vor mehr als nur einer Erfindung neuer Methoden und Instrumente, von der örtlichen zur globalen Ebene, stehen. Diese Herausforderung für die sozialistische Theorie, so Albers,

wird »um so mehr gelingen, je bewußter sie dabei mit der eigenen Herkunft, den Bedingungen ihres Werdens und ihrer Zielsetzung umzugehen versteht. Dazu werden ihr die 'Essays' des ersten italienischen Marxisten auch in Zukunft unentbehrlich sein«.

Fazit: Uns scheint sowohl für die Programmdebatte in der SPD als auch in der Strategiediskussion bei den Jusos die Lektüre Labriolas fruchtbar zu sein. Gerade ein offener Marxismus, wie er Labriola vorschwebt, der sich nicht anmaßt, ein für alle Zeiten abgeschlossenes Weltbild zu bieten, kann in der Lage sein, die Diskussion von Feministinnen für unser Verständnis über das Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus, die Vorstellungen der Ökologie über den Umbau der Industriegesellschaft unter der Bedingung des »Friedens mit der Natur« und die Forderungen der Länder der sogenannten Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu verbinden. Unsere Strategiediskussion muß die Frage des Marxismusverständnisses einschließen und die Autonomie anderer Denkrichtungen akzeptieren. In diesem Sinne können Marxistinnen und Marxisten bei den Jusos und in der SPD von Labriola und seiner Methode lernen.

Die Bremer Tagung, deren Ergebnisse im Argument-Verlag erscheinen sollen, sollte ein Anstoß in diese Richtung gewesen sein.

Briefe an Redaktion und Autoren

Betritt: Diskussionsschwerpunkt »Linke Kultur und SPD« (spw 32)

Wo steht die SPD, wie kann man sie verändern? Mit dieser Frage beschäftigte sich *spw* zum wiederholten Male. Doch kann die SPD-Kultur überhaupt bewußt verändert werden? Ist Kultur planbar?

Wer eine günstige Veränderung innerhalb der Partei erreichen möchte, muß zunächst eine Art Kultur-Check durchführen, um zu wissen, wo die Partei steht. Wie aber läßt sich der Status quo der SPD-Kultur dingfest machen, wie ist das kaum faßbare Durcheinander von Geist, Stil und Handlung zu objektivieren? Man kann dabei sehr unterschiedlich vorgehen: Man kann die Weltsicht, Normen, Werte und Handlungsregeln betrachten, Rituale deuten, Sprachprodukte analysieren. Der Kulturstatus kann anekdotisch, positivistisch und interpretativ beschrieben werden. Mit plakativen Farben malt Joachim Günther impressionistische Bilder von der SPD-Kultur. Doch die anekdotenhafte Anhäufung von Beispielen wird es kaum schaffen, die Ganzheit einer Kultur zu beschreiben.

Die zweite Möglichkeit wäre, die Zahnräder des kulturellen Regelwerks zu analysieren, mit denen vor allem Normen, Anschauungen und Werte identifiziert werden sollen. Welche Regeln werden sanktioniert, welche allgemein akzeptiert? Wie sieht für die Mitglieder die ideale Partei aus? Typische Fragen wären etwa: »Wie häufig kommt es vor, daß Jungsozialisten den Landesvorstand in Gegenwart anderer kritisieren?« Oder: »Wie oft kommt es vor, daß Frauen in ihrer Rede von Männern unterbrochen werden?«

Es geht darum, zu ergründen, warum die Welt so und nicht anders gedeutet wird, wie es die Mitglieder der SPD tun. Im Rahmen dieser Methode dürfte auch von höchster Bedeutung sein zu fragen, wie die bestehende SPD-Kultur stabilisiert wird, und erst dann, wie sie verändert werden könnte. Eine solche Kulturanalyse steht noch aus, was ich sehr bedaure. So unüberlegt, wie Erhard Eppler seine Kulturthesen im SPD-Programm-Entwurf formuliert, ist es nicht schwer, sie zu kritisieren und abzulehnen. Was aber können wir auf die Beine stellen? Zunächst möchte ich einen Kulturbegriff vorstellen, der von Sigmund Freud stammt, und den ich empfehle zu übernehmen. Seinen Worten zufolge ist die menschliche Kultur alles, worin sich das menschliche Leben über seine animalische Bedingung erhoben hat und worin es sich vom Leben der Tiere unterscheidet.

»Sie umfaßt einerseits all das Wissen und Können, das die Menschen erworben haben, um die Kräfte der Natur zu beherrschen und ihr Güter zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse abzugewinnen, andererseits alle die Einrichtungen, die notwendig sind, um die Beziehungen der Menschen zueinander zu regeln.« (S. Freud, *Das Unbehagen in der Kultur*, 1930)

Darunter ist nach Freud zu verstehen: der Gebrauch von Werkzeug, Bau von Wohnungen, Zähmung des Feuers, Bodenbearbeitung, Verkehrsmittel, Haustierzucht, Hygiene, Bekämpfung von Krankheiten und die Regelung der Beziehungen der Menschen untereinander. Darüber hinaus Reinlichkeit, Ordnung und Schönheit, eine Schönheit, die über das Nützliche hinausweist.

Kaum bestritten dürfte sein, daß es innerhalb dieser globalen Kultur verschiedene Kulturebenen gibt, einige sagen dazu: verschiedene Kulturen. Ich bevorzuge den Begriff der *Kulturstufe* oder des *Kulturniveaus*, da ich der Überzeugung bin, daß es wertvolle und weniger wertvolle Kulturstufen gibt. Der Vorteil dieser Anschauungsweise ist, daß sie die Chance einer Weiter- oder Höherentwicklung zu einer höheren Kulturstufe beinhaltet.

Auf welcher Kulturstufe befindet sich die SPD? Viele werden mir ohne weiteres zustimmen können, wenn ich sage, daß es mit der innerparteilichen Demokratie nicht sonderlich weit her ist, daß sich die Gesamtpartei durchaus nicht einem unbedingten Humanismus verpflichtet fühlt, daß sie vielmehr reichlich opportunistisch darauf aus ist, Macht und damit Herrschaft über andere zu gewinnen. Ich behaupte nun, daß die Orientierung auf Macht und Herrschaft für das individuelle Leben sowie für die gesellschaftliche Entwicklung zerstörerisch ist. Die bisherigen sozialistischen Bewegungen haben den Faktor der individuellen Emanzipation vernachlässigt und sich fast vollständig auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse konzentriert. Die Befreiung des einzelnen und der Gesellschaft sind keine sich ausschließende Anliegen. Es handelt sich vielmehr um zwei Sichtweisen, die sich nicht bekämpfen, sondern verbrüdern sollten. Dieses Thema scheint mir weder in der Psychologie noch im Sozialismus genügend erkannt, geschweige denn in gemeinsames Handeln umgesetzt worden zu sein. Ungeachtet der starken Berührungängste gibt es Ansatzpunkte für eine bessere Verständigung. Gemeinsam ist den beiden Ideenwelten der Wunsch nach Emanzipation des Menschen. Es zeigt sich, daß schon vor der »Einführung des Sozialismus« in einigen Feldern der Politik und der Wirtschaft, vor allem aber im zwischenmenschlichen Bereich Vorstellungen verwirklicht werden können, die mit einem freiheitlichen Sozialismus in Verbindung stehen: Solidarität, gegenseitige Achtung, Gleichberechtigung und Sozialinteresse. Was hat die Partei dazu bisher beigetragen? Meiner Meinung nach können die Machtstrukturen nicht überwunden werden, indem man sich ihrer bedient. Die Überwindung von Machtstrukturen bedeutet die Absage an jeglichen Autoritarismus, egal in welcher Form: als Patriarchat, Religiosität, wirtschaftliche Macht oder Militär. Es sieht nicht so aus, daß sich die Gesamtpartei dieser wohlverstandenen Anti-Autorität durchgängig verpflichtet fühlt. Ihr Aufbau und Inhalt sind eher dazu angetan, die alten Strukturen fortzusetzen.

Angesichts dieser Realität ist es sehr schwer, nicht in Resignation zu verfallen. Manchmal will es scheinen, als ob sich alle finsternen Mächte verschworen hätten, soziale Errungenschaften wieder zurückzudrehen. Ich habe es nur allzuoft selbst erlebt, wie ich mich in den täglichen politischen »Sauereien« verstrickte und die notwendigen übergeordneten Aufgaben aus dem Auge verlor. Welche wären das? Nach wie vor scheint mir psychische Hygiene dringend notwendig. Aufklärung ist sozusagen ein Stück Vorbeugung gegen autoritative Tendenzen und Heilung von Minderwertigkeitsgefühlen und Machtwahn. Aufklärung ist damit Kulturpolitik. Es sollte versucht werden, eine Gesinnung zu inspirieren, die Mut macht zu einem lebenslangen Arbeiten an der Selbst- und Menschenkenntnis und an der Menschheitskultur, deren Horizont gar nicht weit genug gefaßt werden kann. Dies bedeutet nicht, politische Gesinnung und philosophische Weltanschauung zu oktroyieren. Gemeint ist, in das Ringen um eine humane, freiheitliche und fortschrittliche Lebenseinstellung einzutreten. Dazu noch einmal Sigmund Freud:

»Unter den großen Denkern, Dichtern und Künstlern aller Nationen wollen wir diejenigen auswählen, denen wir das Beste zu schulden vermeinen, was uns an Lebensgenuß und Lebensverständnis zugänglich geworden ist. Keiner von diesen Großen soll uns fremd erscheinen, weil er in einer anderen Sprache redet. Aus allen Vorzügen und Reizen der Kulturländer können wir uns ein neues, größeres Vaterland zusammensetzen, das für uns ein Museum sein soll, erfüllt mit allen Schätzen, die die Künstler der Kultur Menschheit seit vielen Jahrhunderten geschaffen und hinterlassen haben.« (S. Freud: Zeitgemäßes über Krieg und Tod, 1915)

Es sollte Anliegen aller Parteimitglieder sein, gemeinsam einen Kulturbeitrag zu leisten, der der Größe und Tragweite des libertären Sozialismus würdig ist. Gerald Mackenthun

Besprechungen

Obermeyer, Ute: Das Nein der SPD — Eine neue Ära? SPD und Raketen 1977-1983. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH, Marburg 1985 (170 S., br., 20,- DM)

Das 1985 erschienene Buch von Ute Obermeyer macht den Versuch, die friedenspolitische Entwicklung der SPD anhand des sogenannten »Nachrüstungsbeschlusses« in dem Zeitraum von 1977 bis 1983 zu dokumentieren. Die Beschreibung stützt sich auf offizielle Parteidokumente und Presseveröffentlichungen aus den entsprechenden Jahren und besteht aus einer Aneinanderreihung von Zitaten, deren Auswahl widersprüchlich ist und vielfach nicht das widerspiegelt, was letztendlich als Fazit gezogen wird. Anhand des Quellenmaterials soll u.a. die These untermauert werden, daß »weder von einem grundsätzlichen Wandel des Charakters der SPD als Partei der 'Humanisierung des Kapitalismus' noch von einer prinzipiellen Abkehr vom Militärpakt des Imperialismus, der NATO, gesprochen werden kann.«

Es geht nicht um eine Gesamtdarstellung der Sozialdemokratischen Partei, sondern mehr um eine zugegebenermaßen in dieser Zeit dominierenden Fraktion. Die Kritik Obermeyers an der Haltung der Parteibasis zur sozialdemokratischen Regierungspolitik macht sich an einigen Repräsentanten der Linken fest und klammert marxistische Positionen (bewußt?) aus.

Die Darstellung der Parteitage Berlin 1979 bis Köln 1983 bleibt oberflächlich, weil sie sich ausschließlich auf offizielle Informationen stützt, die nicht hinterfragt werden. Die Rolle des SPD-Kanzlers, Helmut Schmidt, der mit seiner absoluten Loyalität zur Führungsmacht der NATO die Entwicklung der Partei in der sicherheitspolitischen Debatte lange Zeit nicht ver-, wohl aber behindern konnte, nimmt breiten Raum ein. Die Autorin weist zurecht darauf hin, daß die Linke in der SPD relativ spät auf die sicherheitspolitische Diskussion im Vorfeld des Berliner Parteitages 1979 reagiert hat und — ebenso wie die außerparlamentarische Bewegung — mit Kernenergieproblemen und der Verhinderung des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß beschäftigt war. Es fehlt leider eine Einschätzung der Friedensbewegung und der Grünen, so daß deren Einwirkungsmöglichkeiten auf die SPD nur oberflächlich analysiert werden können.

Der⁷ Ausblick, den das Buch gibt, ist ein Appell an die Friedensbewegung, »die SPD durch starken außerparlamentarischen Druck auf ihrem Kurs gegen amerikanische Erstschlagsphantasien zu stabilisieren, dann kann dies zur Verbreiterung und Effektivierung der Ziele der Friedensbewegung führen.« Die Reduzierung der Probleme auf amerikanische Erstschlagsphantasien ist jedoch für eine gesellschaftliche Veränderung, die die Voraussetzung für eine wirkliche Friedenspolitik ist, wenig hilfreich. Sie ist es ebensowenig für die Friedensbewegung, der seit längerem klar ist, daß die Probleme, die anzugehen sind, nicht beim Raketen zählen aufhören.

Die Notwendigkeit, den Grundkonsens der Friedensbewegung zu erweitern, eigene Widersprüche zu beseitigen und Konzepte zu entwickeln, um dieser Sozialdemokratischen Partei neue Impulse zu geben, bleibt von der Autorin unbeachtet. Daß die Friedensbewegung autonom bleiben muß, ist eine substantielle Forderung, aber noch lange kein Konzept.

Die Untersuchungen beziehen sich auf sicherheitspolitische Aspekte, die außenpolitische und innergesellschaftliche Zusammenhänge nicht ernsthaft einbeziehen. Ohne diese

aber kann die Entwicklung der SPD nicht gesehen werden. Der Bewußtseinsbildungsprozeß der Partei in der Friedenspolitik wird, bedingt durch den Untersuchungsgegenstand, auf einen Zeitraum von sechs Jahren reduziert. Die weitgehenden programmatischen Veränderungen vor allem in der Friedenspolitik, wie sie nach der Schmidt-Ära innerhalb der SPD stattfinden, und die gerade durch die langanhaltende und kontroverse Debatte um den NATO-Beschluß ihre Glaubwürdigkeit erhält, werden in den zahlreichen Zitaten angeschnitten, dann aber völlig verdrängt. Sie dienen, so die Autorin, ausschließlich dazu, »die Arbeiterbewegung und die kritische Intelligenz mit dem kapitalistischen Herrschaftssystem auszusöhnen«. Dieses Buch bringt weder neue Informationen noch interessante Denkanstöße und ist von daher nicht einmal als Einstieg für eine kritische Auseinandersetzung mit der SPD lohnend.

Eva-Margarete Bittner (Berlin/West)

Weinzen, Hans Willi (Hrsg.): Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft — Wirtschaftspolitische und andere Schriften von Viktor Agartz. az-Verlag, Verlag der anderen Zeitung, Frankfurt/M. 1985 (239 S., br., 26,50 DM)

Um ein Buch zu veröffentlichen, das neben biographischen Hintergrundinformationen aus Aufsätzen und Reden einer historischen Persönlichkeit besteht, bedarf es wichtiger Gründe. Nimmt man dieses von Hans Willi Weinzen herausgegebene Buch zur Hand, dann wird recht bald deutlich, welche Absichten der Herausgeber verfolgt, indem er Leben und Werk von Viktor Agartz einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht es. So wird vom Herausgeber sicher nicht ohne Grund ein Zitat aus der »Anderen Zeitung« an den Anfang des Buches gestellt, worin der »Abschied von Viktor Agartz« im Jahre 1964 nicht nur Nachruf der sattsam bekannten Art ist, sondern schmerzvoller Ausdruck des Verlustes einer Persönlichkeit, die in hervorragender Weise eine bedeutende Traditionslinie der deutschen Arbeiterbewegung verkörperte. Es werden darin nicht nur die wichtigsten Stationen im Leben Viktor Agartz nachgezeichnet, sondern auch die zerstörten Hoffnungen, die weiter schwelenden Probleme und Konflikte der wieder bürgerlichen Republik in der Person Viktor Agartz und in der Beschreibung ihres Lebenswerkes verdichtet: »Sein Tod zerstörte die Hoffnung, daß dieser bedeutende Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler, der in den ersten Nachkriegsjahren Berater des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher und des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler war, dieser hervorragende marxistische Analytiker des Spätkapitalismus und der westdeutschen Restauration, Befürworter sozialistischer Politik und Anhänger der Einheit der Arbeiterbewegung, noch einmal — nachdem ihn ein Komplott politischer Gegner aus seinen gewerkschaftlichen Funktionen verdrängte, eine Rufmordkampagne seinen Ausschluß aus DGB und SPD bewirkt hatte, ein politischer Strafprozeß gegen ihn gestartet worden war und er sich drei Jahre später leidend und abwartend von politischer und publizistischer Tätigkeit zurückgezogen hatte — die Rolle spielen würde, zu der er berufen war.« (5)

Die Gründe für die Herausgabe dieses Buches liegen wohl nur oberflächlich betrachtet darin, »neugierig auf Leben und Werk« Viktor Agartz' zu machen. Im Grunde genommen bemüht sich Hans Willi Weinzen in diesem Buch, Viktor Agartz als Verfechter einer anti-bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auszuweisen.

Mit dem Sturz des schon zu seinen Lebzeiten als »Cheftheoretiker« des DGB titulierten Viktor Agartz wurde nicht nur eine theoretische und praktisch-politische Traditionslinie in der Arbeiterbewegung entscheidend getroffen, sondern zugleich entledigten sich die Verfechter einer harmonistischen Sozialpartnerschaftslehre jener »Führungsfigur«, die wie keine andere an hervorragender Position in DGB und SPD eine an marxistischem Denken

orientierte sozialistische Politik verfolgte. Die Stärke und Gefährlichkeit eines Viktor Agartz gründet nicht auf der »reinen« marxistischen Lehre und auch nicht auf einer revolutionären Praxis. Sein Wirken in der Adenauer-Ära bestand darin, die Autonomie der Arbeiterbewegung gegenüber den bürgerlichen Kräften zuerst nach dem Kriege auszubauen und dann zu verteidigen.

Schien es lange Zeit so, als könne es der bürgerlichen Geschichtsschreibung gelingen, selbst den Namen Viktor Agartz vergessen zu machen, so hat inzwischen die krisenbedingte Suche nach gesellschaftspolitischen (Re-)Orientierungen, nach historischen Erfahrungstatbeständen auch dazu geführt, die Arbeiten Viktor Agartz' aufzuspüren und vor allem seine Gedanken für die aktuellen Diskussionen um die »Zukunft der Arbeit«, um die »Gemeinwirtschaft« etc. wieder zugänglich zu machen.

Hans Willi Weinzen hat dazu mit seinem Buch einen entscheidenden Beitrag geleistet, indem er nicht nur 23 bedeutende und z.T. schwer zugängliche Beiträge Viktor Agartz' zusammengetragen hat, sondern auch die meines Wissens vollständigste und umfassendste Biographie zur Person von Agartz seinem Buch voranstellt. In dieser das Buch einleitenden Biographie werden nicht nur die jeweiligen Stationen im Leben des Viktor Agartz aneinandergereiht, sondern auf dem Hintergrund der jeweiligen historischen Zusammenhänge rekonstruiert. Dadurch werden beispielsweise seine Funktionärstätigkeiten als Wirtschaftsexperte der Nachkriegs-SPD und als »Cheftheoretiker« des DGB weder »aufstiegs-ideologisch« verherrlicht noch als Ausdruck einer durchgängigen politisch-ideologischen Orientierung gewertet. Der Versuch jedoch, das Agartzsche Konzept zur gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Neuordnung zumindest in seinen Grundrissen zu skizzieren, bleibt in fruchtbaren Anfängen stecken. Fruchtbar und vielversprechend sind Weinzens Ansätze, theoretisch-konzeptionelle Entwicklungslinien nachzuzeichnen, die bis zu den Arbeiten von Hilferding, Naphtali und Lenin reichen. Eher oberflächlich hingegen wirken Einschätzungen des Agartzschen (Gewerkschafts-)Konzepts »als ein einheitsgewerkschaftliches Programm mit überwiegend linkssozialdemokratischer marxistischer Prägung und geringfügigen Zugeständnissen an katholische und liberale Positionen« (31). Auch die »Gründe für das Scheitern« der von Viktor Agartz verfolgten Neuordnungspolitik orientieren sich noch zu locker an dem historischen Nachkriegsgeschehen, in dem sich ja erst der Gegensatz von Konzeption und Durchsetzungsbedingungen zuspitzte. Daß das »Konzept der Wirtschaftsneuordnung«, politisch vermittelt durch Agartz' Aktivitäten in SPD und DGB, »in wachsendem Gegensatz zum politischen Umfeld (gerät)« (32), erklärt zu wenig und begründet noch nicht die Notwendigkeit, etwa bei der Lösung gegenwärtiger und gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme gerade auf *diese* Konzeption zurückzugreifen. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang eine stärkere analytische Durchdringung des Zusammenhangs von praktisch-politischer Aufgabenbewältigung und theoretischer Konzeption. »Aufstieg und Fall« von Viktor Agartz verweisen darauf, aus seinem Leben und Werk die Lehren zu ziehen, die insbesondere seine Leistung in der Vermittlung von Theorie und Praxis betreffen. Anders herum: Ist die theoretische Konzeption stimmig, ist die darauf gründende praktisch-politische Zielsetzung noch längst nicht realisiert. In dieser Hinsicht dürfte der »Fall Agartz« noch wichtige Erkenntnisse beinhalten, die eine weitere Beschäftigung durchaus lohnend erscheinen lassen, zumal alle übrigen von Weinzen analysierten Arbeiten zum Komplex »Viktor Agartz« durchweg bestandssichtend und nicht »erfahrungsvermittelnd« ausgerichtet sind.

Die in diesem Buch veröffentlichten Beiträge von Viktor Agartz werden nach sieben Bereichen gegliedert: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, Sozialisierung, Planung und

Staat, Mitbestimmung. Die hier zugänglich gemachten Reden und Schriften berücksichtigen vor allem »die in der Weimarer Republik und in den ersten Nachkriegsjahren geschriebenen Arbeiten« (46). Auf »grundlegende Referate« wird verzichtet, »da sie bereits nachgedruckt worden sind« (46). Somit ist dieses Buch deshalb interessant und notwendig, weil es z.T. schwer zugängliche Schriften Agartz' zusammenfaßt und nunmehr auch leicht einsehbar macht. Trotz dieser »lückenhaften« Auswahl wird durch Weinzens Buch deutlich, daß der Sozialist Agartz, der schon 1915 in die SPD eintrat, die sozialistische Position nie aufgegeben hat und die Geschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung eine Zeitlang entscheidend mitbeeinflußt hat, bereit war, aus der Kenntnis des unerbittlichen Gegensatzes von Kapital und Arbeit heraus die erforderlichen — auch persönlichen — Konsequenzen in einer bürgerlichen Republik zu ziehen.

Ein weiteres Verdienst Weinzens liegt in der Erstellung der derzeit wohl vollständigsten, chronologisch geordneten Zusammenstellung der Arbeiten von Viktor Agartz. Wohl nicht bzw. nicht vollständig berücksichtigt sind in diesem dritten Teil des Buches jene Vorlagen, Expertisen und Schriftwechsel zum »Dienstgebrauch«, die noch in Archiven des DGB und der SPD liegen und voraussichtlich noch viele interessante Aspekte zur Tätigkeit von Agartz liefern können. Den Rahmen des vorliegenden Buches hätten sie aber sicherlich gesprengt. Viel einfacher zu realisieren wäre hingegen eine Übersicht über die vorhandene Sekundärliteratur zum Leben und Werk von Viktor Agartz. Nicht nur die Serviceleistung für interessierte Leser, sondern auch eine mögliche Entwicklung in der Perspektive, aus der heraus eine Beschäftigung mit dem Komplex »Agartz« erfolgte, wäre sicherlich, zeitgeschichtlich betrachtet, nicht ohne Wert.

Trotz der genannten Einschränkungen hat Hans Willi Weizen mit dieser Veröffentlichung eine bedeutende Grundlage für eine Auseinandersetzung mit Agartz erstellt. Es ist zudem ein verdienstvoller Beitrag, auf jene sozialistischen Positionen der Nachkriegsentwicklung aufmerksam zu machen, sie in ihrer ungeschmälerten Bedeutung als Baustein dieser Republik auszuweisen, die von anderen bei der Frage nach »nationaler Identität« und bei der Verwaltung eines vermeintlich »gemeinsamen Erbes« so gerne und so vollständig beseitigt werden. Dies allein wäre schon Grund genug, dieses Buch einer breiteren Öffentlichkeit zu empfehlen.

Josef Hülsdünker (Münster)

Reuter, Edzard: Vom Geist der Wirtschaft. Europa zwischen Technokraten und Mythokraten. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1986 (288 S., Ln., 34,- DM)

Der Name des Autors, Sohn des legendären Berliner Bürgermeisters Ernst Reuter, provoziert zu Vorbemerkungen in zweierlei Richtung. Edzard Reuter ist eines der wenigen SPD-Mitglieder in den Vorstandsetagen bundesdeutscher Konzerne; als Mitglied des Daimler-Benz-Vorstandes ist er zuständig für die Finanzpolitik des Großunternehmens. Freilich hat ihm die Parteimitgliedschaft auch Karriereinbußen beschert. So schied er beim Rennen um die Neubesetzung des Vorsitzendenposten Anfang der 80er Jahre aus. Andererseits honorierte die Partei seine industrie- und finanzpolitischen Erfahrungen mit wiederholten Angeboten, einen Ministersessel in Bonn zu übernehmen. Das war bereits in der Ära Schmidt der Fall; Vogel wollte ihn dann in sein »Schattenkabinett« holen, aber Reuter dementierte. Nun steht sein Name — mit aller Zurückhaltung — im Zusammenhang mit jenen, die für die Rau-Mannschaft genannt werden. Wenn Glotz vom Typ des »modernistischen Unternehmers« spricht, dürfte er Reuter vor Augen haben. Allerdings läßt die »Serienfertigung« eines solchen Unternehmertyps auf sich warten. — Interessant ist andererseits, auf welche Weise in einem Großkonzern wie Daimler-Benz »Politik gemacht« wird.

Dies erhellt, wenn man die Konzepte der Daimler-Manager Hanns Martin Schleyer, Joachim Zahn und Edzard Reuter vergleicht. Stand der ehemalige BDI/BDA-Präsident Schleyer für ein autoritäres Politikmodell («Das soziale Modell», Stuttgart 1974), so gilt Reuter als Vertreter einer flexiblen, überlegten, Kompromisse nicht ausschließenden Linie, während Joachim Zahn wiederum (Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates) als Anwalt der marktradikalen Strategen der Konzernzentrale bezeichnet werden kann. Seine Funktion als Vorsitzender des Kuratoriums der Hanns Martin Schleyer-Stiftung steht paradigmatisch für die politische Konzeption. Ein solcher Vergleich dürfte jene Zurechnungen relativieren, die die alte Kapitalgruppen-Differenzierung auf die Gegenwart übertragen möchten. Viel plausibler erscheint dagegen die These einer flexibel-situativen Implementierung politischer Konzepte durch die Großkonzerne.

In diesem Spektrum steht Reuter für einen aufgeklärt-pluralistischen Umgang mit Fragen der Konzern- und Gesellschaftspolitik. Das garantiert aber nicht gleichermaßen aufgeklärte Konzern- und Gesellschaftsstrukturen. Insofern ist der Vergleich mit Walther Rathenau, den Wilhelm Paul (*Debatte* 5/86, 43ff.) vorgenommen hat, instruktiv, zeigt er doch die immanenten Ambivalenzen des sozialliberalen Modernisierungskonzeptes ebenso für die 20er wie für die 80er Jahre.

Zunächst einmal verdeutlicht die Lektüre des Buches, was in der Industriepolitik Diskussionsgegenstand ist und was nicht. Ebenso wie die spektakulären Auftritte des badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth in Sachen Daimler-AEG-Fusion, High-Tech-Subventionierung und gezielter staatlicher FuT-Politik signalisiert Reuters Konzept, wie überholt die lautstark in der Öffentlichkeit ausgetragene Kontroverse um Markt und Staat im Grunde ist. Entgegen den publikumsorientierten Thesen der Angebotspolitiker ist für Reuter völlig klar, daß und wo Staatsinterventionen notwendig sind. »Unsere Wirtschaftsverfassung ist ... in eine korporativistische Ordnung hineingewachsen, die jenseits der klassischen, ausschließlich marktbestimmten Mechanismen angesiedelt ist« (50). Vor diesem Hintergrund werden auch korporatistische Strukturen zur Konfliktregulierung notwendig. Reuter nennt das »Kräftedreieck Staat, Großunternehmungen und Gewerkschaften« (ebd.), dessen Zusammenspiel bis zur Wiederbelebung der Konzentrierten Aktion gehen könnte, aber nicht muß. Viel wichtiger erscheint Reuter, den »wirtschaftlich-sozialen Konsens« im Vorraum der Macht zu befestigen. Entsprechende Anforderungen richten sich — getreu der Ideologie der »Mitte« — an beide Seiten. Unternehmerischer Konfrontationspolitik à la BetrVerf-Klage zur Mitbestimmung erteilt Reuter ebenso eine Absage wie einer Orientierung an Erhards »formierter Gesellschaft«; ein Dementi, das man auch als Affront gegen die Erhard-Hagiographie Kurt Biedenkopfs («Die neue Sicht der Dinge», München 1985) lesen kann. Andererseits hat natürlich auch die gewerkschaftliche Konfrontationspolitik abzusanken. In einer Situation, in der sich das gesellschaftliche Konfliktpotential verschärft, empfiehlt Reuter die Orientierung an den Popperschen Idealen des *social engineering* (276 u.a.) — freilich mit verdeckten Karten, denn — wie weiland Bernstein in anderem Kontext — »Strategien ... hat man bekanntlich und man betreibt sie, man redet besser nicht darüber« (236).

Dennoch zeigen die Konzernpolitik von Daimler-Benz und die Überlegungen Reuters im vorliegenden Band die Umriss eines, vom Wendekurs abgesetzten, alte sozialliberale Motive aufnehmenden und fortschreibenden Politikkonzeptes. Tragend ist der Gedanke sozialpartnerschaftlicher »Konzentration der Kräfte« (etwa 126, 147), dessen Substanz in einem erneuerten industriepolitischen Konsens liegt. Modernisierung soll sich antizipatorisch vollziehen, nicht in defensiven Rückzugsgefechten, die Marktanteile und Konsens-

einbrüche nach sich ziehen könnten. Weder »Deindustrialisierung« noch Erhaltungssubventionen sind gefragt. Den konzernspezifischen Schlüssel zum Erfolg sieht Reuter in horizontaler Konzentration, um sogenannte Synergieeffekte (Rationalisierungsschübe) freizusetzen. Diese Position bestimmt offensichtlich die Konzernstrategie, wie die Fusionen mit MTU, Dornier und AEG zeigen. Auch im Management konnte sich Reuter mit dem schrittweisen Übergang von einer funktionalen zu einer divisionalen Gliederung des Gesamtkonzerns durchsetzen. Die Rahmenbedingungen hat eine Strukturpolitik nach dem Beispiel Baden-Württembergs (243ff.) bereitzustellen, die finanzielle Ressourcen mobilisiert, das mittelständische Innovationspotential ausschöpft und nicht zuletzt den Zugriff auf die Forschungs- und Entwicklungs-Kapazitäten der Hochschulen eröffnet. Die »Konkurrenzfähigkeit«, die auf diesem Wege entfaltet werden soll, hat sich in der Außenexpansion zu beweisen, allerdings mit dem spezifischen Akzent des »europäischen Binnenmarktes«.

Die Flexibilität des Konzeptes erweist sich in der — vorsichtigen — Distanzierung von Nachrüstung und SDI-Einstieg, allerdings immer mit der universellen Maßgabe, daß Vereinseitigungen zu vermeiden seien. Dies ist gleichsam von der stofflichen Basis des Konzerns diktiert, der nach den Fusionen ein Zwittergebilde von Zivil- und Rüstungsproduktion darstellt und — über Dornier — bereits in SDI eingestiegen ist. So fragt sich, welche Stabilität entspannungsfreundlichen Passagen bei Reuter zuzubilligen ist.

Die »Offenheit« sozialpartnerschaftlicher Konfliktregulierung steht bei Reuter obenan. Der aus den 70er Jahren schon bekannte Haken ist die korporatistische Einbindung der Gewerkschaften. Deren Position wird — ganz im Sinne der Unternehmerverbände, aber auch von Peter Glotz (s. Tutzingers Rede, FAZ v. 11.7.86) — mittels Flexibilisierungsmaßnahmen im Arbeitsrecht, Arbeitszeitordnung und Sozialrecht unterhöhlt. Sozialpolitik gilt als die andere Seite der Industriepolitik, aber in Maßen: »Wir müssen mehr investieren, mehr sparen und weniger verbrauchen« (49), eine Maxime, die auch für die Tarifpolitik gelten soll.

Kurzum, Reuter propagiert ein erneuertes sozialliberales Politikmodell unter Krisenbedingungen. Tatsächlich macht das Reuter-Konzept aber weniger Sinn für eine zweite sozialliberale Regierungsperiode als vielmehr für jenen »Politik-Typus« der 90er Jahre, der auf einem erneuerten Konsens der Altparteien aufbaut und für das Modernisierungswerk eine große Koalition nicht ausschließt. Das trifft sich mit jenem Denken, das Volker Gransow in Analyse der Affinitäten von Richard Löwenthal und Daniel Bell als »sozialdemokratischen Neokonservatismus« bezeichnet hat (vgl. *spw* 21, 1983).

Klaus Naumann (Köln)

Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Band 1: Doris Schubert: Frauenarbeit 1945-1949. Quellen und Materialien, Schwann, Düsseldorf 1984 (349 S., br., 36,- DM). Band 2: Frauenpolitik 1945-1949. Quellen und Materialien. Mit Beiträgen von Anna-Elisabeth Freier, Andrea Hauser, Barbara Henicz, Annette Kuhn, Monika Möller und Ingeborg Nödinger, Schwann, Düsseldorf 1986 (232 S., br., 36,- DM)

Die Ausweitung der Reproduktionsarbeit von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Herausbildung frauenspezifischer Politik sowie deren organisatorische Entwicklung sind in den Blick der Bonner Hochschullehrerin Annette Kuhn geraten. Bereits seit ein paar Jahren macht sie mit einigen ihrer Position nahestehenden Frauen den Versuch, den Ansatz eines erweiterten Arbeitsbegriffs theoretisch und empirisch zu begründen. Ausgangspunkt ist die politische Ausnahmesituation der deutschen Nachkriegszeit, in der

die Überlebensarbeit von Frauen die Voraussetzungen für den Wiederaufbau geschaffen hat. Ausgehend von der Feststellung der ausgebliebenen politischen Emanzipation der Frauen nach der Niederlage des Faschismus wollen sie das Versagen von Frauenpolitik nach 1945 erklären.

Die Verfasserin des ersten Bandes, *Doris Schubert*, formuliert ihre Fragestellung selbst so: »Mir geht es darum, über die Schilderung der Erscheinungsformen der Überlebensarbeit und die selbstbewußte Herausstellung des Wertes dieser Arbeit hinaus, ihre Funktionalisierung für den Wiederaufbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die systematische staatliche Unterstützung und Absicherung dieser Funktionalisierung sowie die Kontinuität der staatlich sanktionierten Ausbeutung weiblicher Arbeit einerseits, aber auch des 'Mit-sich-machen-lassens' der Frauen selbst andererseits herauszuarbeiten und mögliche Erklärungen für das 'Stillhalten' der Frauen zu skizzieren.« (32f.) Zwar wird sehr viel empirisches Material herangezogen, um die in der Tat herausragende Bedeutung der Reproduktionsarbeit der Frauen aufzuzeigen, es gelingt allerdings nicht, eine theoretisch stichhaltige Begründung für die angenommene weitverbreitete Bewußtseinsform »Emanzipation nach 1945« zu entwickeln.

So ist der Stellenwert beider Bände eher in dem präsentierten Material zu suchen, mit dem die Situation von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit ausführlich beschrieben wird. Erinnert wird z.B. an die »Aktion Nordsee«, mit der in den Jahren 1948/49 3900 deutsche Hausgehilfinnen aus der britischen Zone und später auch dem britischen Sektor Berlins nach Großbritannien vermittelt wurden. In den ersten Monaten beschränkte sich die Arbeitsvermittlung noch auf hauswirtschaftliche Kräfte für Krankenhäuser, Heime, Anstalten und bäuerliche Haushaltungen, später waren auch die städtischen Privathaushalte einbezogen. Die Anwerbungsaktion hatte damals großen Erfolg.

Im zweiten Band wird versucht, der »feministischen Nachkriegspolitik« (Annette Kuhn) nachzuspüren und im wesentlichen die Frauenpolitik am Beispiel der ersten Zusammenschlüsse in Form von Frauenausschüssen bis hin zum Dachverband »Demokratischer Frauenbund Deutschlands« (wurde in den Westzonen verboten) und Deutscher Frauenring dargestellt. Bei der letztgenannten Organisation war ein starker Einfluß der bürgerlichen Frauenbewegung aus der Zeit vor 1933 festzustellen.

Zu kritisieren ist die mangelnde theoretische Begründung der These von der Gleichberechtigung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Im Gegensatz zu diesem wiederholt gescheiterten Versuch besteht der Hauptnutzen der beiden Bände in der Präsentation von historischen Quellen. Der erste Band beinhaltet fast 300 interessante Dokumente zur Nachkriegssituation, Überlebensarbeit der Frauen, Währungsreform, weiblichen Erwerbsarbeit, Doppelbelastung, Lohndiskriminierung sowie zum Recht auf Arbeit. Im zweiten Buch folgen ca. 70 weitere Materialien über die Überlebenspolitik und Frauenorganisationen.

Kurt Schilde (Berlin/West)

Über die Autoren / Autorinnen

- Bittner, Eva-Margarete*, geb. 1950; Mitglied in SPD, HBV, AWO, im Fachausschuß I Berlin- und Deutschlandpolitik, Internat. und in der Berliner Initiative für Frieden, Internat. Ausgleich und Sicherheit
- Bloomfield, Jon*; führender Aktivist in der britischen Friedensbewegung (Campaign for Nuclear Disarmament CND), Mitglied ihres internationalen Ausschusses; Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Großbritanniens sowie des Herausgeberkreises der Zeitschrift »Marxism Today«
- Ernst, Britta*, geb. 1961; Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, Mitglied in SPD, HBV, 1984/85 Mitglied im Juso-Landesvorstand Hamburg
- Glaser, Hermann*, geb. 1929; Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Arbeitsgebiete: Kulturpolitik der SPD und Kulturtheorie. Mitglied der SPD, der Kulturpolitischen Gesellschaft, Vors. des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages
- Gorholt, Martin*; Dipl.-Volksw., Juso-Unterbezirksvorsitzender Hamm, Studium in Dortmund, dort ASTA-Vorsitzender, seit 12/1984 Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen
- Grefenstein, Ralph*, geb. 1957; wiss. Mitarb. im Projekt »Mitbestimmung am Arbeitsplatz und neue Technologien« im Rahmen des Programms »Soziale Technikgestaltung«, Forschungsschwerpunkte: Industrie- und Betriebssoziologie, Mitgl. der ÖTV
- Günther, Joachim*, geb. 1951; Kreisgeschäftsführer der SPD Berlin-Kreuzberg, Mitglied in HBV, AWO und der *spw*-Redaktion
- Hobsbawm, Eric*; em. Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Birkbeck-College, London. Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift »Marxism Today«
- Horzetzky, Günther*, geb. 1951; Gewerkschaftssekretär der GGLF, Mitglied der SPD
- Hülsdünker, Josef*, geb. 1951; Dr.phil. Lehrbeauftragter. Veröffentl. u. a.: *Theoretische und methodologische Voraussetzungen sozialgeographischer Freizeitforschung* (1982); *Praxisorientierte Sozialforschung und Gewerkschaftliche Autonomie* (1983). Arbeitsgebiete: Industriegesellschaft; Empirische Sozialforschung.
- Jansen, Mechtild*, geb. 1952; Studium der Soz. Wiss. an der Univ. Bremen. Vorsitzende des SHB von 1975-1978, 1978 Ausschluß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes in der BRD
- Jansen, Peter*, geb. 1948; Dr., Dipl.-Pol., wiss. Mitarbeiter am Projekt »Mitbestimmung am Arbeitsplatz und neue Technologien« im Rahmen des Programms »Soziale Technikgestaltung«. Forschungsschwerpunkte: Systemvergleich Frankreich/BRD und Gewerkschaften
- Karnatz, Michael*, geb. 1955; Studium Mathematik/Physik, Gymnasiallehrer, Mitglied in SPD, GEW, *spw*-Redaktion
- Kißler, Leo*, geb. 1948; Dr.Dr., Hochschullehrer a.d.Fernuniv. Hagen (Soziologie), Mitarbeit am Projekt »Mitbestimmung am Arbeitsplatz und neue Technologien« im Rahmen des Programms »Soziale Technikgestaltung«. Forschungsschwerpunkte: Arbeitssoziologie, Mitbestimmung, Systemvergleich Frankreich/BRD
- Krätke, Stefan*, geb. 1952; tätig beim Forschungsschwerpunkt »Stadterneuerung« der Hochschule der Künste Berlin. Veröffentlichung u. a.: *Stadterneuerung ohne Spekulanten* (Mitautor, 1983)
- Kunkel, Roland*, geb. 1953; Dipl.-Volksw., Gewerkschaftssekretär, zuständig für die Jugendarbeit der IG Metall in Berlin (West). Mitglied in IGM und SPD
- Mackenthun, Gerald*, geb. 1950; freier Journalist, Mitglied in der IG Druck/JV
- Michal, Wolfgang*, geb. 1954; Journalist, Mitglied in der SPD und IG Druck
- Möller, Gerwin*, geb. 1961; Student der Politikwissenschaften, Mitglied in SPD, ÖTV, im Juso-LV Bremen
- Naumann, Klaus*, geb. 1949; Dr., Redakteur der »Blätter für deutsche und internat. Politik« in Köln. Arbeitsgebiete: Innen- und Gesellschaftspolitik, polit. System der BRD, Technologiepolitik. Mitglied im BdWI
- Neumann, Kurt*, geb. 1945; Rechtsanwalt, ehemaliger SHB-Bundesvorsitzender; 1974-76 Landesvorsitzender der Berliner Jusos, von 1981-85 und seit 1986 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
- Ott, Erich*, geb. 1945; Dr.phil., Dipl.-Betriebsw. u. Dipl.-Pol.-Soz.Wiss., Dozent in Kiel. Mitglied der SPD
- Quandt, Jürgen*, geb. 1944; seit 1980 Pfarrer in der Kreuzberger ev. Kirchengemeinde »Zum Hl. Kreuz«, Ausländerpfarrer im Kirchenkreis Berlin-Kreuzberg seit 1985, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft »Pro Asyl«
- Ristau, Malte*; Studium Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie in Münster. 1980-84 Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, seither Juso-Referent und Sekretär der Histor. Kommission beim SPD-PV
- Schildt, Kurt*, geb. 1947; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Jugendarbeit und Sport, Regional- und Sozialgeschichte und ihre Didaktik, Jugendopposition im Faschismus, Kulturindustrie und Ideologie; Mitarbeit in der Berliner »Geschichtswerkstatt«
- Wehr, Andreas*, geb. 1954; Jurist, von 1976-84 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jusos, Mitglied in SPD, HBV, AWO und *spw*-Redaktion
- Westphal, Andreas*, geb. 1958; Dipl.-Volksw., wiss. Mitarb. am Inst. f. Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie, FU Berlin. Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik in Frankreich, Technologieentwicklung. Mitglied in SPD, ÖTV und *spw*-Redaktion
- Zauner, Margrit*, geb. 1961; Studentin der BWL; Mitglied in SPD, SJD-Die Falken, ÖTV, JEF sowie des Landesvorstandes der Berliner Jusos seit 1986. Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Frauenpolitik



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
9. Jahrgang 1986
spw 30 bis 33

***spw*-Verlag Berlin/West**

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Katrin Fuchs (Werl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretär: Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Tel.: (030) 461 7083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,
Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1986.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1986

Die spw erscheint 1986 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 12,50 DM, in der Republik Österreich 90,— ÖS, in der Schweiz 12,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 8,50 DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 9,— DM (65,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	30/ 3
Editorial	31/131
Verlagsmitteilungen	31/133
Editorial	32/259
Editorial	33/387
Das spw-Konzept 1987	33/389

Aufsätze

<i>Albers, Detlev, und Lothar Peter: Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (I)</i>	30/ 45
<i>Albers, Detlev, und Lothar Peter: Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (II)</i>	31/ 157
<i>Albers, Detlev: Erste Anmerkungen zum Irseer Programmwurf</i>	32/ 270
<i>Axl, Heinz-Jürgen: »Europäisierung Europas«. Utopien, Visionen und realistische Perspektiven der Kooperation</i>	30/ 35
<i>Biermann, Wolfgang: »Widersprüche in der NATO — Ansatzpunkte für die Friedensbewegung?«</i>	31/ 148
<i>Bimboes, Detlef: Ökologie und Sozialismus. Herausforderungen und Aufgaben im Verhältnis von Natur und Gesellschaft</i>	30/ 59
<i>Blume, Jürgen: Lexikon der Meinungen oder wissenschaftliches Handbuch? Zu einem sozialdemokratischen »Lexikon des Sozialismus«</i>	32/ 282
<i>Brauner, Renate, und Andrea Kunzl: Der lange Weg zur Quote. Österreichische Erfahrungen ..</i>	30/ 19
<i>Damm, M., W. Elfferding, Ch. Müller, M. Stobbe und J. Thureau: Die Dieppen-Formel zum politischen Erfolg</i>	32/ 285
<i>Dehm, Diether: Kulturarbeit für den Ausstieg aus der Profitlogik</i>	32/ 312
<i>Demele, Ottwald: Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital — ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit?</i>	31/ 209
<i>Elfferding, Wieland: s.u. Damm, Monika</i>	
<i>Glaser, Hermann: Europa zwischen Humanität und Barbarei</i>	32/ 332
<i>Glaser, Hermann: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Kulturpolitik? Auseinandersetzung mit dem Kulturteil des SPD-Grundsatzprogrammwerfs</i>	33/ 409
<i>Göll, Edgar: Demokratische Sozialisten in den USA</i>	32/ 300
<i>Gorholt, Martin, und Malte Ristau: Gemeinsam dem Morgenrot entgegen oder zerstritten-irrelevant in die neunziger Jahre? Überlegungen zu Situation und Perspektiven der Jusos</i>	33/ 430
<i>Greifenstein, Ralph, Peter Jansen und Leo Kißler: Neue Technologien — Neues Management — Alte Gewerkschaften?</i>	33/ 465
<i>Günther, Joachim: »Amerikanisierung« oder Parteidentität? Zur Organisationskultur der SPD</i>	32/ 324
<i>Häupl, Michael: Stadtökologie am Beispiel Wiens</i>	30/ 69
<i>Heine, Michael: Weiterbildungsprogramme — eine Waffe gegen Arbeitslosigkeit?</i>	31/ 165
<i>Hindels, Josef: Sowjetunion heute und Gorbatschows Reformen aus austromarxistischer Sicht</i>	32/ 294
<i>Hobsbawm, Eric: Labour an der Regierung. Erfahrungen und Aussichten</i>	33/ 452
<i>Holler, Eckard: Die Geschichte des Club Voltaire Tübingen 1970-1986</i>	32/ 348
<i>Horzetzky, Günther: Dimensionslos. Gedanken zum agrarpolitischen Teil des SPD-Grundsatzprogrammwerfs</i>	33/ 422
<i>Jansen, Peter: s.u. Greifenstein, Ralph</i>	
<i>Kißler, Leo: s.u. Greifenstein, Ralph</i>	
<i>Klönne, Arno: Thesen zur »neuen Geschichtsbewegung«</i>	32/ 346
<i>Krätke, Michael: Wie weiter im Steuerstaat?</i>	31/ 199
<i>Krätke, Stefan: Erhaltung preiswerten Wohnraums und Konzepte zur Lösung des Neuen Heimat-Problems</i>	33/ 479
<i>Kremer, Uwe: Der Juso-Bundesverband in der zweiten Hälfte der 80er Jahre</i>	32/ 307
<i>Krüger, Stephan: Der Dienstleistungssektor als Bezugspunkt alternativer Wirtschaftspolitik ...</i>	31/ 191

<i>Kunkel, Reinhard</i> : Gewerkschaftsarbeit mit Jugendlichen. Ein kulturpolitischer Ansatz	33/488
<i>Kunzl, Andrea</i> : s.u. <i>Brauner, Renate</i>	
<i>Mattfeldt, Harald</i> : Zur Tagesordnung der politökonomischen Linken	31/175
<i>Michal, Wolfgang</i> : Der Mann ohne Eigenschaften. Ein Portrait des SPD-Chefideologen Peter Glotz	33/446
<i>Müller, Christine</i> : s.u. <i>Damm, Monika</i>	
<i>Müller, Michael</i> : Das SPD-Projekt »Sondervermögen: Arbeit und Umwelt«. Die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen als Inhalt und Ziel gesellschaftlicher Veränderungen	30/ 86
<i>Neumann, Kurt</i> : Jenseits des »Industrialismus«. Thesen zur Perspektive eines neuen Typs von Produktivkraftentwicklung	30/ 51
<i>Neumann, Kurt</i> : »Für einen neuen Reformismus«. Zu einigen Fragen im politischen Denken Peter von Oertzens	31/171
<i>Neumann, Kurt</i> : Sozialdemokratie im Umbruch? Die SPD nach den Parteitag in Nürnberg und Offenburg	33/399
<i>Nohara, Erik</i> : Zum 11. Parteitag der SED. Gorbatschow rüttelte die Delegierten aus dem Halbschlaf	31/152
<i>Nordhoff, Hans-Bernhard</i> : Naturaneignung durch Gen- und Biotechnologie. Versuch einer Ableitung	30/ 76
<i>Ott, Erich</i> : Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Zu Peter Glotz' Thesen zur gewerkschaftlichen Entwicklung und Perspektive	33/464
<i>Pausch-Gruber, Ursula</i> : Quotierung in der SPD	30/ 15
<i>Ristau, Malte</i> : s.u. <i>Gorholt, Martin</i>	
<i>Stobbe, Michael</i> : s.u. <i>Damm, Monika</i>	
<i>Thurau, Jens</i> : s.u. <i>Damm, Monika</i>	
<i>Wehr, Andreas</i> : Beiträge zur Weiterentwicklung des Marxismus?	33/436
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Genossenschaft und marxistische Sozialdemokratie	30/ 27
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Sozialdemokratische Entspannungspolitik — weiterentwickeln oder aufgeben?	32/275
<i>Westermann, Karin</i> : »Seien Sie mir heiter und ruhig ...« Zum Film Margarethe von Trotta über Rosa Luxemburg	32/340
<i>Westphal, Andreas</i> : Wenn vor Capri die rote Sonne im Meer versinkt ... Zu den außenwirtschaftlichen Passagen des Programmentwurfs	33/426
<i>Wolf, Frieder Otto</i> : Ökologische Modernisierung — geht denn das? Zu einem neueren sozialdemokratischen Konzept	31/183
<i>Zauner, Margrit</i> : Gewerkschaften und Frauenförderpläne. Ein Versuch, das Recht auf Arbeit für Frauen durchzusetzen?	33/474

Kommentare und Berichte

<i>Bloomfield, Jon</i> : Labour unter Beschuß der US-Regierung	33/397
<i>Blume, Jürgen</i> : »Nicht in Mehrheiten, sondern in Alternativen denken!« »Spuren im Alltag suchen — Geschichte in der politischen Praxis« — Geschichtstagung der SPD vom 19. bis 20. April 1986 in Oldenburg	32/371
<i>Claire, Anne Le</i> : Simone de Beauvoir	31/135
<i>Ernst, Britta</i> , und <i>Gerwin Möller</i> : Antonio Labriola — Vordenker des historischen Materialismus. Internationales Symposium 11. bis 13. September 1986 in Bremen	33/493
<i>Flöther, Klaus</i> , und <i>Reinhard Zänger</i> : »Die Technik und ihre soziale Dimension«. Von nachdenklichen Minderheiten, neuen Fragen und antagonistischer Kooperation. Ingenieurkongreß der SPD am 18./19. Februar 1986 in Düsseldorf	31/242
<i>Fuchs, Katrin</i> : Der Gorbatschow-Plan und die Aufgaben der Bundesrepublik	30/ 8
<i>Günther, Joachim</i> : »... auszusprechen, was ist«	33/391
<i>Heidenreich, Frank</i> : »... kennen Kommunisten nur noch vom Fernsehen her.« (Willy Brandt) Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 40. Jahrestag der Berliner Urabstimmung, 14. April 1986 in Berlin/West	31/247
<i>Holl, Hans</i> : Boris Becker	30/ 6

<i>Holtfort, Werner:</i> »Mit nie dagewesener Härte ...«	32/ 263
<i>Jungmittag, André, und Matthias Machnig:</i> »Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Bericht von einem Gemeinschaftsprojekt von Prokla, spw, Sozialismus, der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik und dem IMSF am 5./6. April 1986 in Frankfurt/Main	31/ 235
<i>Kalleicher, Vera, und Petra Müller:</i> Wir wollen Brot und Rosen. 12. Frauenkonferenz der IG Metall vom 7. bis 9. November 1985 in Frankfurt/M.	30/ 111
<i>Karnatz, Michael:</i> »He, Alter, haste mal 'ne Mark?« Zum Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen	33/ 392
<i>Klotz, Johannes:</i> 21. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung vom 10. bis 14. September 1985 in Linz	30/ 105
<i>Kowalsky, Wolfgang:</i> »Konfliktuelle Kohabitation«, Akt I, erste Szenen	31/ 143
<i>Machnig, Matthias:</i> s.u. <i>Jungmittag, André</i>	
<i>Mackenthun, Gerald:</i> Konservative Denkspiele. »Die Tagesordnung der Zukunft — Humaner Fortschritt, Sicherer Leben«. Kongreß der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. und 30. Mai 1986 in West-Berlin	32/ 374
<i>Michal, Wolfgang:</i> Fußball ist unser Leben	32/ 262
<i>Möller, Gerwin:</i> Von Koschnick zu Wedemeier	30/ 13
<i>Möller, Gerwin:</i> s.u. <i>Ernst, Britta</i>	
<i>Müller, Petra:</i> s.u. <i>Kalleicher, Vera</i>	
<i>Neumann, Kurt:</i> Schillers Erben. Bericht vom Wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD am 9./10. Mai 1986 in Hamburg	31/ 239
<i>Pelinka, Peter:</i> Waldheim-Sieg im ersten Wahlgang — der zweite läßt wenig Hoffnung	31/ 146
<i>Quandt, Jürgen:</i> Was habt ihr euch bloß dabei gedacht? Zur SED-SPD-»Lösung« des Flüchtlingsproblems	33/ 394
<i>Rix, Christiane:</i> Deutschlandpolitik in europäischer Perspektive. Tagung der FES am 17./18. Januar in Berlin/West	30/ 103
<i>Rix, Christiane:</i> Nicaragua — das Stiefkind der Sozialistischen Internationale	31/ 139
<i>Strieder, Peter:</i> AFG 116 paßt ins konservative Spaltungskonzept	30/ 11
<i>Wanninger, Karl-Heinz:</i> Diskussionen im juristischen Elfenbeinturm. Rechtspolitischer Kongreß der SPD vom 20. bis 22. Juni 1986 in Essen	32/ 377
<i>Wehr, Andreas:</i> Die Devise heißt Ausstieg!	31/ 137
<i>Wolf, Klaus-Peter:</i> »Soziales Bündnis« oder sozialistische Zielperspektive? Bericht vom 5. Neuland Gespräch des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe zur Programmdebatte am 7./8. Februar 1986	30/ 109
<i>Zänger, Reinhard:</i> s.u. <i>Flöther, Klaus</i>	
<i>Zellner, Wolfgang:</i> Gelingt es, über den eigenen Schatten zu springen?	32/ 267

Archiv und Dokumentationen

<i>Löwenstein, Kurt:</i> Das Primat des Klassenkampfes	30/ 97
Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD-Ostwestfalen/Lippe vom 28. April 1986: Leben und Arbeiten in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm	31/ 217
Kulturteil des Entwurfs für ein neues SPD-Grundsatzprogramm. »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«	32/ 352
»Asylantenfrage« und Grundgesetzänderung (Werner Holtfort)	32/ 359

Interviews

<i>Heinz Albrecht</i> erinnert sich. 1946: Sofortige Vereinigung verneint, Bündnis hingegen bejaht ...	30/ 91
»Rot-grüne Koalition nicht instabiler als die sozialliberale Koalition«. Interview mit <i>Hans Janßen</i> über den Kampf für die 35-Stunden-Woche, Kernenergieverzicht und die Macht nach den nächsten Bundestagswahlen	32/ 362

Briefe an Redaktion und Autoren

Betritt: Klaus-Peter Wolf zu Wolfgang Abendroth u.a. SPD — Jenseits von Godesberg, Heilbronn 1985, in: <i>spw</i> 29 (Heinz-Gerd Hofschien)	30/115
Betritt: Diskussionsschwerpunkt »Linke und Kultur und SPD«, in <i>spw</i> 32 (Gerald Mackenthun)	33/497

Besprechungen

<i>Aldridge, Robert C.</i> : Erstschatz! Die Strategie des Pentagon für den Atomkrieg (Christoph Butterwegge)	30/125
<i>Eckert, Rainer</i> : Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise (Heinz-Gerd Hofschien)	31/250
<i>Engelmann, Bernd</i> : Vorwärts und nicht vergessen. Vom verfolgten Geheimbund zur Kanzlerpartei. Wege und Irrwege der deutschen Sozialdemokratie (Heinz-Gerd Hofschien)	30/123
<i>Gärtner, Heinz, und Günther Trautmann (Hrsg.)</i> : Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus (Uli Schöler)	32/379
<i>Lexikon des Sozialismus</i> . Herausgegeben von K.H. Klär, Th. Meyer, J. Miller, K. Novy, H. Timmermann. (Jürgen Blume)	32/282
<i>Die Grünen (Hrsg.)</i> : Zur Bedeutung der »Europäisierung der Sicherheitspolitik« (Christiane Rix)	30/121
<i>Guha, Anton-Andreas, und Sven Papcke (Hrsg.)</i> : Der Feind, den wir brauchen, oder: Muß Krieg sein? (Christoph Butterwegge)	30/125
<i>Haug, Wolfgang Fritz</i> : Pluraler Marxismus. Band 1 (Andreas Wehr)	33/436
<i>Obermeyer, Ute</i> : Das Nein der SPD — Eine neue Ära? SPD und Raketen 1977-1983 (Eva-Maria Bittner)	33/489
<i>Oertzen, Peter von</i> : Für einen neuen Reformismus (Kurt Neumann)	31/171
<i>Reuter, Edzard</i> : Vom Geist der Wirtschaft. Europa zwischen Technokraten und Mythokraten (Klaus Naumann)	33/502
<i>Sachs, Wolfgang</i> : Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche (Peter Jehle)	30/117
<i>Schacht, Kurt</i> : Die SPD in der Opposition (Heinz-Gerd Hofschien)	31/250
<i>Scharrer, Manfred</i> : Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung (Uli Schöler)	32/380
<i>Teichler, Hans Joachim (Redaktion)</i> : Arbeiterkultur und Arbeitersport (Uli Schöler)	31/255
<i>Weinzen, Hans Willi (Hrsg.)</i> : Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft — Wirtschaftspolitische und andere Schriften von Viktor Agartz (Josef Hülsdünker)	33/500
<i>Wippermann, Wolfgang</i> : Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels (Jürgen Blume)	30/119

PROKLA, SPW, SOZIALISMUS,
MEMORANDUM, IMSF

KONTROVERSEN ZUR KRISENTHEORIE

ÜBERAKKUMULATION, VERSCHULDUNG,
NACHFRAGEPOLITIK UND ALTERNATIVEN

VSA

Über die Ursachen der Wirtschaftsschwäche in den kapitalistischen Ländern, die auch in der BRD zu einem anhaltenden Beschäftigtenabbau und der Verschlechterung der sozialen Verhältnisse geführt haben, diskutierten am 5. und 6. April 1986 die Redaktionen der Zeitschriften Prokla, SPW, Sozialismus sowie die Memorandum-Arbeitsgruppe und das Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF).

Die Diskussionsbeiträge und Referate, die auf diesem Kongreß gehalten wurden, sind in diesem Buch protokolliert; es enthält u.a. Beiträge von: Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Jörg Goldberg, Jürgen Hoffmann, Jörg Huffs Schmidt, Kurt Hübner, Detlev Ipsen, Heinz Jung, Alfred Kleinknecht, Klaus-Peter Kisker, Uwe Kremer, Stephan Krüger, Harald Mattfeldt, Alexander Schubert, Herbert Schui, Michael Stanger, Karl Georg Zinn.
180 Seiten, DM 14,80

VSA-Verlag

Stresemannstr. 384a,
Postfach 50 15 71,
2000 Hamburg 50

VSA

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Berlin (Hrsg.)

FRAUEN



BILDER

spw

ELEFANTEN PRESS

Format: 210 x 280 mm
80 Seiten — 19,80 DM

Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in 1 000 Berlin (West) 65, Tel. 030 / 461 70 83